



Plenarprotokoll

52. Sitzung

Freitag, 1. Juli 2011

Gemeinsame Beratung

a) Mehr Zeit für Pflege..... 4434

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1573

b) Förderung der beruflichen Weiterbildung im Bereich der Altenpflege finanziell sichern..... 4434

Antrag der Fraktionen von SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1594 (neu)

Birte Pauls [SPD]..... 4435, 4445
Ursula Sassen [CDU]..... 4436, 4446
Anita Klahn [FDP]..... 4438
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 4439

Antje Jansen [DIE LINKE]..... 4440
Flemming Meyer [SSW]..... 4441
Wolfgang Baasch [SPD]..... 4442
Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit,
Soziales und Gesundheit.. 4443

Beschluss: Ablehnung der Anträge
Drucksachen 17/1573 und
17/1594 (neu)..... 4446

Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt..... 4446

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1427

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit,
Soziales und Gesundheit.. 4446
Antje Jansen [DIE LINKE]..... 4448
Werner Kalinka [CDU]..... 4449

Wolfgang Baasch [SPD].....	4450	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Christopher Vogt [FDP].....	4452	Drucksache 17/1654	
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4453	Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	4468, 4483
Flemming Meyer [SSW].....	4454	Werner Kalinka [CDU].....	4470, 4486
Beschluss: Überweisung an den Sozi- alausschuss und den Wirtschafts- ausschuss zur abschließenden Be- ratung.....	4455	Detlef Buder [SPD].....	4472
Perspektiven des Wirtschaftsrau- mes Brunsbüttel.....	4455	Katharina Loedige [FDP].....	4474
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP		Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	4475
Drucksache 17/1596		Anke Spoorendonk [SSW].....	4476, 4481
Jost de Jager, Minister für Wis- senschaft, Wirtschaft und Ver- kehr.....	4456	Martin Habersaat [SPD].....	4478
Jens-Christian Magnussen [CDU].	4457	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	4479
Detlef Buder [SPD].....	4459	Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	4480
Oliver Kumbartzky [FDP].....	4460	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4481
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4462	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4482
Björn Thoroe [DIE LINKE].....	4464	Wolfgang Kubicki [FDP].....	4484
Lars Harms [SSW].....	4465	Peter Harry Carstensen [CDU].....	4485
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4467	Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	4489, 4493
Dr. Michael von Abercron [CDU].	4467	Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	4489
Olaf Schulze [SPD].....	4468	Klaus Schlie, Innenminister.....	4490
Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landes- regierung erledigt.....	4468	Beschluss: Ablehnung der Anträge Drucksachen 17/1644 (neu), 17/1653 und 17/1654.....	4494
Keine Bevormundung der Kreise und Kommunen bei der Schülerin- nen- und Schülerbeförderung.....	4468	Folgen der endgültigen Stilllegung der AKWs Brunsbüttel und Krüm- mel.....	4494
Antrag der Fraktion DIE LINKE		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Drucksache 17/1644 (neu)		Drucksache 17/1575	
Keine Ersatzvornahme gegen Krei- se bei der Schülerbeförderung.....	4468	Emil Schmalfuß, Minister für Ju- stiz, Gleichstellung und Inte- gration.....	4494
Änderungsantrag der Fraktion der SPD		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4495
Drucksache 17/1653		Jens-Christian Magnussen [CDU].	4496
Schülerbeförderung - die Kreise über Elternbeteiligung entscheiden lassen.....	4468	Olaf Schulze [SPD].....	4497, 4498
		Oliver Kumbartzky [FDP].....	4498
		Björn Thoroe [DIE LINKE].....	4500
		Lars Harms [SSW].....	4500
		Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landes- regierung erledigt.....	4501
		Keine Vorfestlegung für eine Pri- vatisierung des UK S-H.....	4501

Antrag der Fraktionen von SSW und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1613 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der
SPD
Drucksache 17/1648

Lars Harms [SSW]..... 4502
Daniel Günther [CDU]..... 4503
Jürgen Weber [SPD]..... 4504
Kirstin Funke [FDP]..... 4505
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 4506
Antje Jansen [DIE LINKE]..... 4508
Jost de Jager, Minister für Wis-
senschaft, Wirtschaft und Ver-
kehr..... 4510

Beschluss: Überweisung an den Bil-
dungsausschuss..... 4511

**Fortschreibung des Psychiatrie-
plans**..... 4511

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/994

Bericht und Beschlussempfehlung
des Sozialausschusses
Drucksache 17/1584

Ursula Sassen [CDU]..... 4512, 4519
Bernd Heinemann [SPD]..... 4513
Anita Klahn [FDP]..... 4514
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 4516
Heinz-Werner Jezewski [DIE
LINKE]..... 4517
Flemming Meyer [SSW]..... 4518
Dr. Heiner Garg, Minister für Ar-
beit, Soziales und Gesundheit.. 4519

Beschluss: Ablehnung..... 4521

Gemeinsame Beratung

**a) Auswirkungen der Aussetzung
des Wehrdienstes und Zukunft
der Freiwilligendienste und des
Katastrophenschutzes in Schles-
wig-Holstein** 4521

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1425

**b) Wissenschafts- und Studien-
platzstandort nachhaltig si-
chern!**..... 4521

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1426

**c) Bereitstellung von Studienanfän-
gerkapazitäten durch die Aus-
setzung der Wehrpflicht**..... 4521

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1569

Jost de Jager, Minister für Wis-
senschaft, Wirtschaft und Ver-
kehr..... 4521

Markus Matthießen [CDU]..... 4523

Rasmus Andresen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 4524

Andreas Beran [SPD]..... 4525

Kirstin Funke [FDP]..... 4526

Björn Thoroë [DIE LINKE]..... 4527

Anke Spoorendonk [SSW]..... 4529

Beschluss: Überweisung an den Bil-
dungsausschuss und an den Sozi-
alausschuss zur abschließenden
Beratung..... 4529

**Forschung und Tourismus auf Hel-
goland durch „Bluehouse“-Projekt
stärken**..... 4530

Antrag der Fraktionen von CDU,
FDP und SSW
Drucksache 17/1595

Änderungsantrag der Fraktion die
LINKE
Drucksache 17/1643

Beschluss: Überweisung an den Wirt-
schaftsausschuss..... 4530

**Sammeldrucksache über Vorlagen
gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäfts-
ordnung des Schleswig-Holsteini-
schen Landtags**..... 4530

Drucksache 17/1626 (neu)

Beschluss: Annahme..... 4530

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr**Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung, begrüße Sie sehr herzlich und wünsche uns einen guten Tag.

Zunächst einige geschäftsleitende Bemerkungen: Erkrankt sind Frau Kollegin Ranka Prante und Herr Kollege Mark-Oliver Potzahr. Wir wünschen ihnen gute Besserung und hoffen, dass sie nach der Sommerpause wieder in unserer Mitte sein werden.

(Beifall)

Zum Ablauf der Tagesordnung! Die Fraktionen haben sich auf folgende Veränderungen verständigt: Wir beginnen mit den beiden gesetzten Punkten 18 und 24 zur Pflege. Es folgt Punkt 51 zur Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt. Dann kommen die beiden Punkte, die gestern Abend nicht mehr aufgerufen werden konnten; das sind der Tagesordnungspunkt 26, Perspektiven des Wirtschaftsraums Brunsbüttel, sowie der Punkt 34 b, Dringlichkeitsantrag betreffend Keine Bevormundung der Kreise und Kommunen bei der Schülerbeförderung. Nachmittags geht es dann um 14 Uhr mit dem gesetzten Punkt „Folgen der Stilllegung der AKWs Brunsbüttel und Krümmel“ weiter.

Jetzt begrüßen Sie mit mir bitte Gäste auf unserer Besuchertribüne. Das sind Mitglieder des Sozialverbands Deutschland, Ortsverband Halstenbek-Rellingen. - Meine Damen und Herren, seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 18 und 24 zur gemeinsamen Beratung auf:

Gemeinsame Beratung**a) Mehr Zeit für Pflege**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1573

b) Förderung der beruflichen Weiterbildung im Bereich der Altenpflege finanziell sichern

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1594 (neu)

(Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort erteile ich für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte seien Sie heute Morgen einmal so freundlich und bemühen Sie Ihre Phantasie. Stellen Sie sich vor, Sie stehen vor einer Berufswahl und entscheiden sich ganz bewusst für den Bereich Kranken- oder Altenpflege. Sie werden gefragt warum. Ihre Antwort wird lauten: Sie möchten kranken und pflegebedürftigen Menschen helfen und sie begleiten. Sie möchten in einem Team arbeiten. Sie möchten medizinische Behandlung, Geriatrie und Ernährung in der praktischen Arbeit umsetzen.

Keiner von Ihnen wird spontan antworten: Ich möchte in die Pflege, weil ich einen Schreibtischjob suche. - Fakt ist aber, dass bis zu einem Drittel der Arbeitszeit von **Pflegefachkräften** für die Dokumentation verwendet wird. Das sind durchschnittlich circa 20 Minuten pro Stunde.

Können Sie sich vorstellen, wie kostbar diese Zeit ist, wenn sie den Pflegebedürftigen zur Verfügung stehen würde, wenn diese wieder zur Selbstständigkeit mobilisiert werden sollen oder aber einfach auch, wenn die Lebenszeit einfach kürzer wird?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das in einer sehr umfangreichen Ausbildung Erlernte kann oft genug nicht umgesetzt werden, weil immer mehr Zeit für die **Dokumentation** und für häufig unabgestimmte **Kontrollmechanismen** bereitgestellt werden muss. Der Personalschlüssel ist aber dazu parallel im Laufe der Zeit nicht erhöht worden. Immer mehr **berufsuntypische Aufgaben** fallen an, und immer weniger Zeit für die eigentliche Pflege steht zur Verfügung.

Das ist uns auch in den Pflegepraktika, die meine Fraktion im Mai gemacht hat, immer wieder bestätigt worden. Das ist einer der Gründe, warum so viele Kolleginnen und Kollegen den Beruf vorzeitig und sehr früh verlassen.

Ich möchte an dieser Stelle absolut nicht missverstanden werden. Dokumentation ist wichtig, sehr wichtig und sie sichert auch im Sinne des Verbraucherschutzes Qualität und Transparenz zwischen Patient und allen anderen Beteiligten. Sie gibt dem Pflegepersonal Aufschluss über Entwicklung und

bietet Sicherheit. Die Ausmaße sind aber einfach zu hoch.

Besonders in einer Zeit, in der Pflegezeit wertvoll ist und wir händeringend nach Fachpersonal in der Pflege suchen, dieses Personal durch unangemessene Rahmenbedingungen zu frustrieren, können wir uns in der Gesellschaft nicht länger leisten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir wollen keine Abschaffung der **Dokumentation** - ganz und gar nicht -, sondern wir wünschen uns eine **Reduzierung** auf ein sinnvolles Maß, das Sicherheit, Transparenz und Qualität weiter gewährleistet, und eine Form der Dokumentation und Kontrolle, die die Profession **Pflege** nicht immer und ständig infrage stellt und natürlich mit allen Akteuren abgestimmt ist.

Wir brauchen für die Pflege gut **motivierte Menschen**. Denen müssen wir Rahmenbedingungen bieten, die es ihnen physisch, psychisch und organisatorisch ermöglichen, diesen anspruchsvollen Beruf möglichst lange auszuüben. Dazu gehören feste, **verlässliche Arbeitszeiten**, die mit Familien vereinbar sind, ein **Gehalt**, von dem man leben kann, **organisatorische Rahmenbedingungen**, in denen die eigentliche Pflege die Hauptrolle spielt und das Gelernte umgesetzt werden kann.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen, deshalb muss der Pflegebedürftigkeitsbegriff dringend geändert werden, weg von der Minutenpflege hin zur **patientenorientierten Pflege** - um nur einige Ansatzpunkte zu nennen.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dazu gehört aber auch eine **kostenlose Ausbildung**. Bis 2020 fehlen uns deutschlandweit 300.000 Pflegefachkräfte in drei Ausbildungsgängen. 1.200 landesgeförderte Ausbildungsplätze in der Altenpflege sind nicht ausreichend. Ich erkenne zwar an, dass sie im letzten Jahr schon um 30 Plätze angehoben worden sind. Wer zu spät kommt, muss warten oder aber selbst das Schulgeld bezahlen. Und wer nicht warten will oder zahlen kann, sucht sich einen anderen Beruf und kehrt der Pflege den Rücken zu. In einem Land, in dem man kostenfrei Medizin studieren kann, sollte auch die Altenpflegeausbildung kostenfrei sei.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt beim SSW)

(Birte Pauls)

Deshalb hatte es schon im Herbst letzten Jahres einen Ursprungsantrag von der SPD, getragen von der ganzen Opposition, zur Sicherstellung des dritten Ausbildungsjahres bei **Umschülern in Pflegeberufen** gegeben. Die bislang dafür zur Verfügung gestellten **Mittel** aus dem **Konjunkturpaket II** laufen bis Ende 2011 aus. Dann müssen die Umschüler das dritte Ausbildungsjahr wieder selbst bezahlen. Dieser Antrag wurde zurückgenommen, weil gleichzeitig der Bundesrat beschlossen hatte - nämlich einen Tag vorher, dass diesbezüglich Geld wieder zur Verfügung gestellt werden soll. Ein wirklich weiser Beschluss. Und Umsetzung bis heute? - Mal wieder Fehlanzeige!

Die in diesem Bereich zuständige FDP in Bund und Land handelt nicht, ist mit dem Personalwechsel überfordert, konkrete Entscheidungen für die Pflege werden wieder einmal nach hinten verschoben. Stattdessen gibt es im selbst ausgerufenen Jahr der Pflege Runde Tische noch und nöcher - auch hier wird gerade wieder ein Versorgungsgipfel vorbereitet. Ich finde den Austausch mit den Fachleuten immer gut und wichtig, aber sämtliche Erkenntnisse, die den Bereich Pflege zukunftssicher machen können, liegen bereits auf dem Tisch. Wir haben hier kein Erkenntnisproblem, sondern ein wirkliches Handlungsdefizit. Herr Minister Garg, setzen Sie Ihre gut gemeinten - das glaube ich Ihnen sogar - Grußworte endlich in Handeln um!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der **Bundesrat** hat am 24. September 2010 im Rahmen einer Entschließung mit den Stimmen Schleswig-Holsteins die Bundesregierung aufgefordert, zeitnah eine Regelung zu schaffen, die einen **Anspruch auf Förderung der beruflichen Weiterbildung** im Bereich der **Altenpflege** über den gesamten Ausbildungszeitraum vorsieht. Diese Entschließung hat Schleswig-Holstein in einem Antrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt aufgegriffen und am 16. Juni 2011 in den Bundesrat eingebracht. Da Niedersachsen und Bayern einen inhaltlich ähnlichen Antrag gestellt haben, hat sich Schleswig-Holstein dem angeschlossen. Damit

könnte man den SPD-Antrag „Förderung der beruflichen Weiterbildung“ in der Sache für erledigt erklären.

Ich möchte der engagierten Kollegin Birte Pauls nicht unterstellen, dass sie mit diesem und dem weiteren Antrag nur öffentlichkeitswirksam das Thema Pflege besetzten wollte - es war ja alles richtig, was sie hier sagte -, sondern sie möchte damit vermutlich die Schlagzahl bis zur Erreichung des Ziels einer besseren personellen Ausstattung und Ausbildung in der Altenpflege erhöhen. Dabei werde ich sie gern unterstützen

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

- ja, selbstverständlich, wenn es um die Sache geht -, auch wenn ich für meine Fraktion eine andere Strategie verfolge. Es macht keinen Sinn, ständig in einzelnen Pflege Themen herumzustochern. Es muss endlich ein **ganzheitliches Konzept** her. Wir brauchen den großen Wurf sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund des **Fachkräftemangels in der Pflege** spielt der **Zeitaufwand für Dokumentation** eine große Rolle. Die SPD greift mit ihrem Antrag „Mehr Zeit für Pflege“ dieses Thema auf und spricht damit sicherlich allen in der Pflege Tätigen und den Pflegebedürftigen aus der Seele. Ich muss dann aber doch auch etwas kritisieren: Der Antrag ist nicht konkret genug. Die Formulierungen sind zu allgemein gehalten und zeigen nicht auf, wo genau Handlungsbedarf besteht.

(Widerspruch bei der SPD)

Das ist ein Rundumschlag, und Sie zeigen auch nicht auf, wofür die Landesregierung überhaupt zuständig ist. Noch gilt das Heimgesetz, und das ist ein Bundesgesetz.

Am 1. August 2009 ist das **Gesetz zur Stärkung von Selbstbestimmung und Schutz von Menschen mit Pflegebedarf oder Behinderung**, das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz, in Kraft getreten. Wie gesagt, bis zum Inkrafttreten einer Durchführungsverordnung gilt das Heimgesetz, das in seinen Vorgaben und mit all der zugehörigen Bürokratie für Schleswig-Holstein gilt.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Pauls zu?

Ursula Sassen [CDU]:

Selbstverständlich.

Birte Pauls [SPD]: Frau Sassen, können Sie mir sagen, wann wir mit den Verordnungen für dieses Selbstbestimmungsstärkungsgesetz, das - wie Sie selbst sagten - bereits 2009 einstimmig aus diesem Parlament heraus auf den Weg gebracht worden ist, zu rechnen ist? Wann können wir endlich mit diesen Verordnungen und damit auch der Umsetzung rechnen?

- Wir haben darüber in der letzten Landtagsdebatte schon diskutiert. Ich denke, zu diesen Themen wird Ihnen der Minister gleich etwas sagen können.

(Zurufe von der SPD - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das ist doch Regierungshandeln!)

Ich denke, das ist in unser aller Interesse. Damit habe ich Ihre Frage beantwortet.

Im Selbstbestimmungsstärkungsgesetz wurde in § 21 der **Forderung nach weniger Bürokratie** in Teilen bereits Rechnung getragen, indem Regelprüfungen unter bestimmten Voraussetzungen in größeren Zeitabschnitten erfolgen können, sodass damit weniger Personal durch die Prüfungen gebunden wird.

Mit dem § 20 Abs. 9 im Selbstbestimmungsstärkungsgesetz, **Prüfung von stationären Einrichtungen**, könnte allerdings eine **neue bürokratische Hürde** entstehen. Dort heißt es:

„Um eine möglichst einheitliche Durchführung der Prüfung sicherzustellen, erlässt das zuständige Ministerium eine Richtlinie im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden. Der Landespflegeausschuss ist zu beteiligen. Kommt das Einvernehmen innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht zustande, entscheidet das zuständige Ministerium.“

Der Entwurf dieser Prüfrichtlinie liegt vor. Es gibt bereits erste kritische Stimmen zum Entwurf, der in seinem Umfang und seiner Fragestellung auf insgesamt 105 Seiten in der Tat ein weiteres Bürokratieaufkommen verheißt. Doppelprüfungen und Abstimmungsmängel zwischen MDK und Heimaufsicht werden befürchtet. Es gibt die Sorge, dass mit diesem weiteren aufwendigen Prüfverfahren und den daraus resultierenden Aufstockungen des heimaufsichtlichen Personals eine Erhöhung der Verwaltungskosten verbunden sein wird.

Wir bitten das Ministerium, uns zum gegebenen Zeitpunkt darüber zu berichten, und hoffen, dass es zu einer einvernehmlichen Ausgestaltung der Prüfrichtlinie kommt, sie nachvollziehbare Kriterien enthält und dennoch den Qualitätsanforderungen entspricht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Noch in dieser Legislaturperiode? - Wolfgang Baasch [SPD]: Moment, wir wollten am Entwurf beteiligt werden!)

Ich sage Ihnen dies alles, um zu zeigen, wie wenig konkret im Gegensatz dazu Ihr Antrag ist. Sie zeigen gar nicht auf, wo wir ansetzen sollen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Baasch zu?

Ursula Sassen [CDU]:

Ja, bitte.

Wolfgang Baasch [SPD]: Frau Kollegin Sassen, erinnern Sie sich daran, dass wir bei unserer Diskussion zum Selbstbestimmungsstärkungsgesetz bei der Verabschiedung allgemein mit allen Fraktionen übereingekommen sind, dass Entwürfe für Verordnungen und die Umsetzung des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes natürlich vom Ministerium mit allen Fraktionen in diesem Haus diskutiert und auf den Weg gebracht werden sollte? Und nun zitieren Sie aus einem Entwurf, den wir nicht kennen. Wie kann das passieren?

- Das ist ganz einfach zu erklären. Ich habe diesen Entwurf auch nicht aus dem Ministerium. Der Informationsstand ist hier also doch von allen Fraktionen der gleiche. Ich habe ihn aus einer anderen Quelle. Darum könnten Sie sich auch bemühen.

(Peter Eichstädt [SPD]: Das ist unglaublich! - Zuruf von der SPD: Das macht es auch nicht besser! - Wolfgang Baasch [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Die Grenze der Belastbarkeit des Pflegepersonals ist bereits überschritten. Daher muss sich für die Pflegenden und die Pflegebedürftigen etwas ändern. Darin stimmen wir überein.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Der SPD-Antrag ist nicht zielführend und enthält nichts Konkretes. Wir lehnen ihn daher ab.

(Ursula Sassen)

Für die CDU-Fraktion haben die bedarfsorientierte Neuausrichtung in der Pflege auf Bundes- und Landesebene und das Ziel, die Pflegeberufe attraktiver zu machen, Vorrang.

Die Verordnung zur Durchführung des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes bei stationären Einrichtungen muss zeitnah erfolgen. Da sind wir uns alle einig.

Die Prüfrichtlinie nach § 20 Abs. 9 des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes für die zuständigen Behörden in Schleswig-Holstein ist so zu gestalten, dass der zusätzliche Bürokratieaufwand leistbar ist und auch kleinere Einrichtungen nicht überfordert.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Ursula Sassen [CDU]:

Ja, ich formuliere meinen letzten Satz. - Auf dem Weg dorthin werden wir die Landesregierung konstruktiv begleiten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Pauls, Ihre beiden Anträge sind aus Sicht der Liberalen ohne Mehrwert. Ich habe allerdings ein persönliches Verständnis dafür, weil ich annehme, dass es aus Ihrer beruflichen Situation und Ihren Erfahrungen kommt, dass Sie an diesem Thema so engagiert arbeiten. Dafür haben Sie meinen Respekt.

Ich möchte daran erinnern, dass wir zu dem Thema **Ausbildung in der Pflege** bereits in der 7. Tagung sowie anschließend im Sozialausschuss den Bericht des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit beraten haben. Uns allen ist bekannt, dass Minister Dr. Garg seinen persönlichen Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Pflege, der generellen Weiterentwicklung und in der Förderung der Ausbildungssituation hat. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gern daran, dass diese Regierungskoalition dafür gesorgt hat, dass wir die **Zahl der Ausbildungsplätze** im Bereich der **Pflege** trotz einer katastrophalen Haushaltslage - das betone ich - auf 1.200 landesweit erhöht haben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich kann verstehen, Frau Pauls, dass Sie fordern, das solle alles kostenlos sein. Aber wo ist ein Finanzierungsvorschlag?

Das Land beteiligt sich weiterhin vielfältig am Reformprozess bei der Pflegeausbildung auf **Bundesebene**. Ziel muss sein, eine stärkere Modularisierung und eine Optimierung der Ausbildung zu erreichen.

Die **Altenpflegeausbildung** wird überarbeitet. Dass wir nicht an jedem einzelnen Schritt so beteiligt sind, wie Sie es gerne hätten - das könnte auch ich kritisieren. Aber es lässt sich nicht ändern. Sie müssen berücksichtigen, dass wir dem Ministerium Aufträge erteilt und Freiräume eingeräumt haben. Ich sehe darin kein Problem.

Geplant ist, die **Berufsausbildung** für Berufserfahrene zu straffen und einen **Seiteneinstieg** zu ermöglichen. Das ist hinsichtlich der demografischen Entwicklung ganz wichtig.

Ich verstehe auch nicht, warum Sie die Forderung nach Förderung der beruflichen Weiterbildung über den gesamten Ausbildungszeitraum erneut aufbringen. Ich weiß nicht, ob Sie sich an die Drucksache 17/915 - Ihr eigener Antrag - und die Drucksache 17/940 - das war unser Antrag zu dieser Thematik - erinnern. Beide Anträge decken sich inhaltlich in diesem Punkt. Es gibt einen übergreifenden **Konsens** in dieser Frage, der auch dokumentiert ist. Die Landesregierung kommt diesen Forderungen in Ihrem Sinne nach, bringt sich im Bundesrat entsprechend mit verschiedenen Initiativen ein, zum Beispiel jüngst mit der umfassenden Prüfung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf Bundesebene. Und weil die Opposition das alles weiß, erklärt sie ihre Anträge für erledigt. Da müssen Sie mir mal erklären, welcher Sinn dahintersteht.

Ich frage mich: Was wollen Sie mit dem aufgewärmten Antrag erreichen? Ich kann in diesem Zusammenhang wirklich nur auf das Papier des Landtagspräsidenten hinweisen, auf das in dieser Tagung schon mehrfach Bezug genommen wurde.

Auch zu Ihrem zweiten Antrag „**Mehr Zeit für Pflege**“ stellt sich mir die Frage, ob Ihnen bekannt ist - davon gehe ich aufgrund Ihrer guten Vernetzung in diesem Bereich aus -, dass das **Ministerium** nach § 20 Abs. 9 Selbstbestimmungsstärkungsgesetz gerade zusammen mit dem **Landespflegeausschuss** eine Prüfrichtlinie in diesem Bereich erarbeitet. Ich betone noch einmal: Es ist verabredet

(Anita Klahn)

und festgehalten worden, das ist eine Aufgabe des Ministeriums. Wir haben das abgegeben. Das noch einmal zu Ihrer Anmerkung von gerade eben.

In Ihrer Kleinen Anfrage von September 2010 fragten Sie, Kollegin Pauls, ob die Landesregierung plane, den **Umfang von Dokumentationen** in der Pflege zu reduzieren. In der Antwort ist nachzulesen, dass das Sozialministerium in den Jahren 2002 bis 2004 ein Modellprojekt zur vereinfachten Pflegeplanung und Dokumentation durchführte. Es wurde ein **Standardtagesplan** entwickelt, der eine Halbierung des Dokumentationsaufwandes ergab. In den Folgejahren wurden die Pflegekräfte entsprechend geschult. Ich bin erstaunt, dass Sie so ganz andere Zahlen haben als ich. Diesem Bericht konnte ich nämlich entnehmen, dass der Dokumentationsaufwand von zehn Minuten auf fünf Minuten reduziert werden konnte. Wieso Sie von 20 Minuten sprechen, sollten wir einmal klären.

Aus meiner Sicht sind Fortschritte erzielt. Soweit ich informiert bin, sind zum Beispiel die viel kritisierten **Doppelprüfungen** zwischen **MDK** und **Heimaufsichtsbehörden** entfallen. Die Landesregierung räumte damals - wie Sie das heute auch noch tut - dem Aspekt der Entbürokratisierung auch im Pflegebereich einen hohen Stellenwert ein. Auch wir unterstützen den Anspruch der Entbürokratisierung bei gleichzeitiger Sicherstellung von transparenter und qualifizierter Pflege.

Auch ich kenne die Kritik, dass das Personal mit Dokumentationen überlastet sei. Aber ganz ehrlich: Wir können wenig in die betriebsinternen Abläufe eingreifen. Frau Pauls, vielleicht erinnern Sie sich an eine Veranstaltung, auf der wir beide gemeinsam waren, auf der das Thema Dokumentation sehr kontrovers diskutiert wurde. Es wurde auch gesagt, es sei eine Frage der **Organisation** der einzelnen Institutionen. Ein gewisses Maß an Dokumentation - das muss ich ganz klar sagen - ist notwendig. Das ist der **Träger** seinem Personal, seinen Patienten, den ihm anvertrauten Personen gegenüber schuldig. Im Zweifel muss er nachweisen können, ob er allen alles hat zukommen lassen.

Meine Damen und Herren, die Unterstellung in den Anträgen der SPD, die Landesregierung handele nicht, weise ich entschieden zurück. Sie entspricht nicht der Faktenlage. Sie versuchen, etwas in die Öffentlichkeit zu transportieren, was dafür untauglich ist. Ich bin der Auffassung, die Landesregierung handelt in dieser Frage umfassend.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In **Schleswig-Holstein** leben heute 80.000 **Pflegebedürftige**. Im Jahr 2020 werden es etwa 100.000 sein. Diese Entwicklung ist ein klarer Handlungsauftrag an die Politik, besonders an die Regierung. Wir müssen heute den Grundstein für die Versorgung von Morgen legen. Daran gibt es keinen Zweifel.

Ein Sozialminister, der ankündigt, dass ihm die Pflege besonders wichtig ist, weckt bei allen Beteiligten, auch bei der Opposition, große Hoffnungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Leider sind diese Erwartungen bisher enttäuscht worden - bis auf die Ausnahme, die die Kollegin Pauls fairerweise angeführt hat, nämlich die Erhöhung der Ausbildungsplätze in der Altenpflege.

Ich zitiere den Koalitionsvertrag von CDU und FDP, genannt „Koalition des Aufbrauchs“,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Seite 36 - mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„CDU und FDP werden sich für ein modernes, bedarfsorientiertes Personalbemessungsverfahren einsetzen ...“

Wo ist es denn, das versprochene **Personalbemessungssystem**? Wo ist es denn?

(Zuruf von der SPD: Morgen geht es los! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir Grüne erwarten von Ihnen, dass Sie Ihr Versprechen einhalten, Herr Minister. Oder ist dieses Versprechen geplatzt wie eine gelbe Seifenblase?

(Widerspruch bei der FDP)

Dann sollten Sie das auch sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Menschen haben Angst davor, ihren Lebensabend in einem Pflegeheim verbringen zu müssen. Jeder achte würde sogar lieber sterben, als ins Heim zu gehen. Das hat eine aktuelle Umfrage ergeben.

(Dr. Marret Bohn)

(Zurufe von CDU, FDP und von Minister Dr. Heiner Garg)

- Frau Präsidentin, wären Sie so freundlich, den Minister darauf hinzuweisen, dass Kommentare von der Regierungsbank nicht erlaubt sind?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe)

- Ist es so, dass er das selber entscheiden kann?

(Zurufe)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Abgeordnete, Sie haben jetzt das Wort. Ich bitte Sie, fortzufahren.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ob ich den Kommentar für passend hielt, behalte ich mal für mich.

Wer reich ist, kauft sich private Pflege ein, und wer arm ist, verbringt seinen Lebensabend mit einem wildfremden Menschen in engster Umgebung. Das ist für viele Menschen ein Albtraum, und das wollen wir Grünen nicht zulassen. Der **Anspruch** auf eine gute **Pflege** ist für uns ein **Menschenrecht**. Wir wollen, dass alle eine gute Pflege bekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders ältere Menschen, Kinderlose und Menschen mit Behinderung machen sich große Sorgen, dass sich später niemand um sie kümmert, dass niemand Zeit für sie hat. Dabei haben auch Pflegebedürftige ein Recht auf **soziale Teilhabe**. Sie wünschen sich ein Gespräch, und sie wünschen sich Zeit. Zeit ist in unserer Gesellschaft zur Mangelware geworden. Das gilt für viele Arbeitsbereiche, besonders für die Pflege. Egal ob im Krankenhaus oder in der Altenpflege, **Zeitdruck** ist für die Pflegekräfte ein ständiger Begleiter geworden, und ein viel zu großer Teil der Arbeitszeit - da stimme ich mit der Kollegin Pauls absolut überein - wird nach wie vor, auch wenn es sich gebessert hat, mit der Dokumentation verbracht.

Wir Grünen fordern: Schluss mit der Minutenpflege, Schluss mit „satt und sauber“ und Schluss mit dem Burn-Out bei Pflegekräften!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir wollen eine völlig **neue Personalbemessung**, in der menschliche Werte im Vordergrund stehen. Wir wollen eine Personalbemessung, in der sich die **Dokumentation** auf das Wesentliche beschränkt. Und wir wollen eine Entlastung des Pflegepersonals durch Einsatz **moderner Medien**. Andere Länder zeigen, dass es geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden in den nächsten Jahren mehr Pflegepersonal brauchen. Wir Grünen wollen, dass die Bundesagentur für Arbeit die berufliche **Weiterbildung** im Bereich der Altenpflege **finanziell fördert**. Das ist aus sozialpolitischer wie aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ein wichtiger Baustein gegen den Fachkräftemangel in der Pflege.

Den Ursprungsantrag hatten wir damals auf Initiative des SSW gemeinsam eingebracht. Auch heute bringen wir einige Anträge gemeinsam mit der Opposition ein. Allen Anträgen werden wir gern zustimmen. Wem die Pflege eine Herzensangelegenheit ist, der sollte dies auch tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich der Frau Abgeordneten Antje Jansen das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Pflegetätigkeit ist Arbeit von Menschen mit Menschen. Zu Recht bestehen hohe Ansprüche an die **Qualität** dieser Arbeit und ebenso an die **Überprüfbarkeit** der Qualität. Allerdings darf dieser Anspruch nicht in Formalismus ausarten.

Leider gibt es bei der Entwicklung eine Eigendynamik, und die geht in die falsche Richtung. Das Hauptproblem dieser Entwicklung liegt darin, dass die Dokumentationspflichten zulasten der Beschäftigten gehen.

Was könnte man tun? - Man könnte die Notwendigkeit der Dokumentationsarbeit in vollem Umfang anerkennen. Dann müssten diese Arbeit und der zeitliche Aufwand auch vollständig in Personal- und Kostenschlüsseln ausgeglichen werden.

Was könnte man zusätzlich tun? - Man könnte die Dokumentationspflichten auf ein sinnvolles, überschaubares und notwendiges Ausmaß reduzieren. Es kann nicht sein, dass die Dokumentationsarbeit

(Antje Jansen)

40 % des Arbeitstages ausmacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Wirklichkeit und der verdichtete Arbeitsalltag stellen die in der Pflege Beschäftigten vor die hässliche Entscheidung, entweder einfach die Dokumentation sein zu lassen und sich den anvertrauten Menschen und deren Bedürfnissen zuzuwenden oder die Dokumentationspflichten auf Kosten der Pflegeansprüche der betreuten Menschen gewissenhaft zu erfüllen.

Wir erleben gerade folgende Situation: Durch den **Wegfall der Zivildienstleistenden** brechen viele sozial bedeutsame Hilfstätigkeiten in der Betreuung pflegebedürftiger Menschen weg. Bleibt also - das dürfte die Standardvariante sein -, der Dokumentationspflicht auf eigene Kosten nachzukommen. Man kann aber nicht glauben, es wäre aus schieren Kostengründen zulässig, die Selbstaubeutung der Beschäftigten an die äußerste Grenze zu treiben und die letzten Reserven aus ihrer Arbeitskraft herauszuquetschen. Gerade in der Pflege treten immer wieder Situationen ein, in denen psychische und physische Leistungsreserven gefordert werden. Das kann nur funktionieren, wenn wir diese Reserven haben.

DIE LINKE wird dem Antrag „Mehr Zeit für die Pflege“ zustimmen; denn wir wollen gute Pflege für die Menschen, die Pflege benötigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehören für die Beschäftigten in der Pflege Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen mit Anforderungen, die sie auch erfüllen können. Dokumentation ist notwendig, aber sie kostet Zeit und Geld. Daher fordern wir Linken: Mehr Personal in die Einrichtungen!

(Beifall bei der LINKEN)

Wer qualifizierte Pflegearbeit will, muss auch bereit sein, Pflegearbeit zu qualifizieren, für genügend **Aus- und Fortbildung** von Pflegekräften in der Altenpflege zu sorgen. Gegen den **Fachkräftemangel** in den Pflegeberufen hilft natürlich nur eine gute, qualifizierte Ausbildung. Der Ausweg aus dieser Misère über die Anwerbung von Pflegekräften funktioniert in unserem Land nur bedingt. Wir wollen die Ausbildung von Fachkräften für den Bedarf im eigenen Land. Das heißt, dass wir für **Gehalts- und Arbeitsbedingungen** eintreten, die die Arbeit in der Pflege attraktiv machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Ausbildung von Pflegekräften im Wege der **Umschulung** ist nicht der Königsweg. DIE LINKE wird den von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Antrag unterstützen. Die Förderung der beruflichen Weiterbildung im Bereich der Altenpflege muss laut Bundesratsbeschluss finanziell abgesichert werden. Aber die Umsetzung dieses Bundesratsbeschlusses wird die Probleme durch den drohenden Fachkräftemangel in diesem Bereich nicht lösen. **Ausbildung** ist notwendig, und sie muss bezahlt werden. Das bedeutet, dass die Kosten der Ausbildung übernommen werden müssen. Wir fordern, dass der Staat Ausbildungsplätze in der Altenpflege vergütet und finanziert. Für uns ist die Forderung: Die Ausbildung in diesem Bereich muss kostenfrei sein!

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Prinzip bleibt: Wir wollen gute Pflege. Das bedeutet für uns, Pflege braucht hohe fachliche und ethische Qualitätsstandards, Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung, die den Wert der Arbeit sozial honoriert. Das ist nicht nur eine Frage der Gehälter, sondern auch eine Frage der sozialen Anerkennung der Menschen, die in der Pflege arbeiten. Pflege braucht gute Ausbildung. Schleswig-Holstein muss hier mehr tun. Das Land kann mehr tun, indem es mehr Ausbildungsplätze finanziert; denn die bis jetzt vorhandenen Ausbildungsplätze reichen bei Weitem nicht aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen. Liebe Kollegen! Ich denke, wir alle sind uns mittlerweile der großen Herausforderung in der Zukunft der Pflege bewusst. Die Prognosen zur Entwicklung des **Pflegebedarfs** und zur Entwicklung der Anzahl Erwerbsfähiger in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sind hinlänglich bekannt: Immer weniger Menschen im arbeitsfähigen Alter müssen in Zukunft eine immer größere Anzahl von Pflegebedürftigen versorgen. Für den SSW ist deshalb eines völlig eindeutig: Wenn es uns nicht bald gelingt, das Tempo bei der **Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze** und bei der Schaffung attraktiverer Arbeitsbedingungen deutlich zu erhöhen, steuern wir hier auf eine Katastrophe zu. Es passiert ganz einfach viel zu wenig, um dem schon heute steigenden

(Flemming Meyer)

Bedarf gerecht zu werden. Die Anträge, die die beruflichen Weiterbildungen finanziell sichern und den bürokratischen Aufwand innerhalb des Pflegeberufs verringern wollen, können wir deshalb voll und ganz unterstützen. Auch wenn sie für andere hier ohne Wert sind, möchte ich sagen: Wir halten sie für wichtig und für richtig.

(Beifall beim SSW)

Wir sind ganz klar der Auffassung, dass alles getan werden muss, um den drohenden Pflegenotstand zu verhindern. Schon heute kommt aber in der Altenpflege nur ein potenzieller ausgebildeter **Bewerber auf drei offene Stellen**. Eine aktuelle Studie kommt zu dem Ergebnis, dass wir in Deutschland bereits am Ende des Jahres insgesamt rund 970.000 Pflegekräfte benötigen. Leider werden viele dieser Stellen unbesetzt bleiben. Aus diesem Grund muss die Politik alle Möglichkeiten nutzen, um jungen wie alten Menschen **Anreize** dafür zu geben, als Pflegefachkraft zu arbeiten.

Eine sehr sinnvolle Maßnahme haben SPD und Grüne in ihrem Antrag zur finanziellen Förderung der beruflichen Weiterbildung im Altenpflegebereich, den wir gern auch unterschrieben hätten, erneut aufgegriffen. Selbstverständlich müssen Umschulungen in diesem Berufsfeld nach dem SGB III über den **gesamten Ausbildungszeitraum finanziell gesichert** werden. Denn wenn der Träger oder der Auszubildende für das letzte Drittel der Umschulung selbst aufkommen muss, steigert das ganz sicher nicht die Attraktivität. Wir halten es für das Mindeste, dass die entsprechende Entschließung des Bundesrats schnell durch die Bundesregierung umgesetzt wird. Darauf wollte die Landesregierung im Übrigen schon im vergangenen September hinwirken, als SSW, SPD und Grüne einen gemeinsamen Antrag in dieser Sache einbringen wollten. Es ist beschämend, dass wir hier bis heute keine weiteren nennenswerten Schritte gesehen haben.

Doch wir dürfen uns nichts vormachen: Allein die **finanzielle Absicherung von Umschulungen** in Pflegeberufen wird nicht reichen, um das Problem zu lösen. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass sich vor allen Dingen die Arbeitsbedingungen in diesem Berufsfeld verbessern. Damit erzählen wir ganz sicherlich nichts Neues. Wer regelmäßig in einer Pflegeeinrichtung ein- und ausgeht, wird feststellen, dass die **Fluktuation** beim Personal enorm hoch ist. Wir müssen uns bewusst machen, dass die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die damit verbundene längere Verweildauer in diesem Beruf erheblich zur Entschärfung des Fachkräftemangels beiträgt.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Hierzu zählt selbstverständlich auch die Reduzierung des **bürokratischen Aufwands**. Ein Großteil der Pflegenden wählen diesen Beruf deshalb, weil sie mit Menschen arbeiten und ihnen helfen wollen. Heute verbringen Pflegefachkräfte leider oft mehr als ein Drittel ihrer Arbeitszeit damit, die einzelnen Arbeitsschritte zu dokumentieren. Ohne dieses System grundsätzlich anzweifeln zu wollen, muss doch die Frage erlaubt sein, ob ein solch dokumentarischer Aufwand wirklich nötig ist. Denn gerade der Umstand, nicht in dem Umfang für die Pflegebedürftigen da sein zu können, dass es dem eigenen Anspruch gerecht würde, lässt Pflegefachkräfte zweifeln. Eine **Verringerung des dokumentarischen Aufwands** bedeutet letztlich mehr Zeit für die pflegebedürftigen Menschen und führt zu größerer Zufriedenheit aller Beteiligten.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Dieses Ziel sollte für alle eine Verpflichtung sein.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch von der SPD-Fraktion das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das **Selbstbestimmungsstärkungsgesetz** haben wir im Juni 2009 hier im Landtag einstimmig beschlossen. Wir haben es einstimmig beschlossen, weil wir uns der Verantwortung gegenüber den Menschen, aber auch den großen Veränderungen, die wir mit diesem Gesetz - es ist ja ein Paradigmenwechsel - auch in der Pflegepolitik auslösen, bewusst sind, denn es geht darum, die **Rechte des Einzelnen** zu stärken und nicht mehr Pflege nach den Einrichtungen zu definieren, sondern vom Bedürfnis der Menschen her. Es sollen dort auch die Interessen der Menschen in den Vordergrund gestellt werden.

Deswegen haben wir uns im Landtag darauf verständigt, um viele Widerstände in den einzelnen Fraktionen oder Forderungen der einzelnen Fraktionen aus dem Weg zu räumen, dies gemeinsam zu beschließen, um ein Signal zu setzen, dass wir dann

(Wolfgang Baasch)

aber auch - damals von der Ministerin Dr. Trauer- nicht - erwarten, dass man uns frühzeitig, und zwar sofort, wenn es Entwürfe für Verordnungen zum Selbstbestimmungsstärkungsgesetz gibt, darüber verständigt und uns an den Prozess der Erarbeitung der Verordnung - es sind viele Verordnungen im Rahmen des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes vorgesehen - teilhaben lässt, und wir nicht nur informiert werden, sondern wirklich mitwirken.

Der Kollege Minister Garg, der damals Abgeordneter war

(Christopher Vogt [FDP]: Immer noch!)

- Abgeordneter ist er heute noch; den „Minister“ hat er dazubekommen -, war derjenige, der dies auch mit auf den Weg gebracht hat. Insofern finde ich es richtig, wenn wir heute anmerken, dass wir einigermaßen entsetzt darüber sind, dass die Kollegin Sassen uns mitteilt, dass es den **Entwurf einer Verordnung** gibt, die in der Verbändeanhörung oder in einer Anhörung ist, dass um Stellungnahmen gerungen wird, und dass wir hier und heute das erste Mal davon hören. Herr Minister, ich hoffe, Sie können das irgendwie erklären und richtigstellen. Wenn es nicht so wäre, wäre es tatsächlich ein Foul von Ihnen. Das wäre nicht in Ordnung und so nicht hinzunehmen.

(Beifall bei SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch noch auf einen zweiten Punkt hinweisen. Dieses Selbstbestimmungsstärkungsgesetz ist nur eines von **drei beabsichtigten Gesetzen**. Wir haben ein dreistufiges Pflegegesetzbuchverfahren in Auftrag gegeben. Wir haben bis jetzt auch wenig über die Erarbeitung der beiden anderen Gesetzbücher gehört. Auch da würden wir gern wissen, **wie der Stand** ist. Aber wir wissen auch, dass das **Personalbemessungssystem** immer noch fehlt. Das hat die Kollegin Pauls angesprochen. Wir wissen auch, dass in der **Ausbildung** nicht alles gesichert ist. Wir wissen, dass sich im Moment die **Pflegesätze** für die **Heime** nicht positiv entwickeln. Wir wissen, dass **Pflegenotstand** droht.

All das sind Punkte, bei denen ich glaube, dass es nicht darauf ankommt, dass wir recht haben oder politisch etwas erreichen können, sondern wo wir auf der Grundlage - wie wir es im Rahmen des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes getan haben - unsere gemeinsame Verantwortung suchen müssen, um auch in diesem Bereich gemeinsam nach vorn zu kommen und deutlich zu machen - gerade gegenüber den Menschen, die pflegebedürftig sind

und Unterstützungsleistungen brauchen -, dass wir hier gemeinsam an einem Strang ziehen.

Dies können wir tatsächlich auch vor dem Hintergrund der Punkte, die ich extra aufgezählt habe, deutlich sagen: Wir haben das Gefühl, dass die Gemeinsamkeit in diesem Haus nicht mehr gewollt ist und dass der Minister sich keine Mühe macht, tatsächlich den politischen Bereich so mitzunehmen, um in dem Bereich Pflege die hehren Ankündigungen, die er selbst macht, umzusetzen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ja, ich komme zu meinem letzten Satz.

Wir - auch ich ganz persönlich - sind von der Äußerung der Kollegin Sassen wirklich etwas schockiert. Ich hoffe, dass es dem Minister gelingt, dies hier heute auszuräumen, denn es wäre unerträglich, wenn wir eine getroffene Vereinbarung so mit Füßen träten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter, Sie sind weit über der Zeit. - Für die Landesregierung erteile ich jetzt dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, um den Kollegen Baasch vielleicht ein wenig zu beruhigen: Erstens werden Sie im August im Sozialausschuss - wie zugesagt - den **Entwurf der Durchführungsverordnung**, über die wir nicht wegen des Inhalts politisch gestritten haben, sondern weil es Ihnen zu langsam ging - ich habe erklärt, warum es so lange dauerte -, selbstverständlich bekommen, und wir werden darüber diskutieren. Ich gehe davon aus - ich weiß nicht, was die Kollegin Sassen ansprechen wollte -, dass sie den **Entwurf einer Prüfrichtlinie** meint.

(Ursula Sassen [CDU]: Genau!)

Das ist etwas anderes als die Durchführungsverordnung, die der Kollege Baasch zu Recht immer wieder eingefordert hat. Der Entwurf einer Prüfrichtlinie ist zunächst im **internen Beteiligungsverfahren**

(Minister Dr. Heiner Garg)

ren. Ich gehe davon aus, dass Sie der Landesregierung zubilligen, ein solches Projekt zunächst einmal den unmittelbar Betroffenen zukommen zu lassen. Vor diesem Hintergrund muss man genau wissen, was man meint und worum es geht.

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Ich glaube, die Kollegin Sassen hat zum Stand und zur Positionierung des Landes Schleswig-Holstein, was die **Förderung der beruflichen Weiterbildung** in der Altenpflege und das Bundesratsverfahren anbelangt, alles gesagt, was dazu zu sagen ist. Kollege Meyer, vor dem Hintergrund verstehe ich höchstens Ihre Anmerkung, wenn Sie den Beschluss zur Bundesratsdrucksache 517/10 nicht kennen, der das Land Schleswig-Holstein zugestimmt hat. Ein entsprechender Antrag ist im Arbeits- und Sozialausschuss als Unterausschuss des Bundesrats übrigens von Schleswig-Holstein gestellt worden. Nur weil es noch weitergehende Initiativen aus Bayern und Niedersachsen gab, die den Bereich der **Krankenpflege** mit einschließen, haben wir uns dem dann angeschlossen, was ich richtig finde, weil beide Bereiche miteinander verbunden werden und verbunden gehören. Ich denke, dazu ist alles gesagt.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Es ist Ihre Aufgabe und Ihr gutes Recht zu behaupten, die Regierung tue nichts oder zu langsam, der Minister mache nichts oder zu wenig oder zu langsam. Lassen Sie mich jenseits dieser sehr originellen Einschätzung ein paar Anmerkungen zu der Frage „Mehr oder weniger Bürokratie?“ machen. Das bringt mich übrigens zunächst einmal zu Folgendem, Frau Kollegin Bohn: Ich glaube, wir tun uns alle keinen Gefallen mit Ergebnissen aus vermeintlichen Umfragen darüber, wie sich alte Menschen vor stationären Einrichtungen fürchten. Das mag sogar stimmen; ich will das gar nicht infrage stellen. Was mich daran ärgert, ist die entsprechende Intonation. Deswegen mein Zwischenruf, der sich selbstverständlich von der Regierungsbank nicht gehört: Ist daran die Regierung auch schuld? - Ich glaube, wir müssen aufpassen, wenn wir über den Bereich Pflege reden, dass wir die, die noch pflegen und dazu bereit sind, nicht noch dadurch demotivieren, dass wir ihnen ständig mit solch angstmachenden Aussagen vormachen, wie es im Moment tatsächlich bestellt ist. Frau Kollegin Bohn, ich finde das gefährlich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es ist der Sache auch mitnichten dienlich.

Lassen Sie mich nun zu der Frage mehr oder weniger Bürokratie kommen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Bohn zu?

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Selbstverständlich.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir Grünen sehr wohl die Situation der Pflegeausübenden im Auge haben, dass die Studie, die ich aus dem „Deutschen Ärzteblatt“ zitiere, aber ganz ausdrücklich diejenigen befragt hat, die irgendwann einmal der Pflege bedürfen? Ich denke, das sollten wir sehr ernst nehmen. Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

- Ich bin selbstverständlich bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie das zum Vortrag bringen wollten. Ich bitte Sie aber, zur Kenntnis zu nehmen, dass der sprachliche Umgang mit solchen Ergebnissen nicht zu der Demotivation derjenigen führen darf, die jeden Tag diese schwere Arbeit leisten.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in Schleswig-Holstein bis 2005 vor allem über **Pflegemissstände** debattiert. Das hat dazu geführt, dass sich diejenigen, die engagiert gepflegt haben, zum Teil abgewandt haben, weil sie es zu Recht nicht mehr ertragen haben, dass sie immer dann in das Licht der Öffentlichkeit gezogen werden, wenn etwas nicht klappt. Es gehört sich auch, darüber zu reden, was im Pflegealltag mit viel Liebe, mit viel Engagement und mit viel Einsatz klappt.

(Beifall bei FDP und CDU - Wortmeldung der Abgeordneten Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Präsidentin, ich würde gern fortfahren.

Die Forderung nach **weniger Bürokratie** spricht sich immer so locker aus. Wir alle sind sehr schnell dabei, weniger Bürokratie einzufordern. Man muss aber genau hingucken, wofür die **Dokumentation** gedacht ist. Sie dient zum einen dem Schutz derjenigen, die pflegen, damit sie nachweisen können, dass bestimmte Leistungen auch erbracht worden

(Minister Dr. Heiner Garg)

sind, deren Erbringung notwendig ist. Zum anderen ist eine Dokumentation zum Schutz der Pflegebedürftigen notwendig.

Diese Gratwanderung versuchen wir im Moment in eine **neue Prüfrichtlinie** zu gießen, die auf der einen Seite das Verfahren für diejenigen, die dokumentieren müssen, deutlich vereinfacht, auf der anderen Seite aber den Schutz der zu pflegenden Menschen und derjenigen, die pflegen, nicht außer Acht lässt. Daher wäre es hilfreich, nicht nur mit den pauschalen Forderungen nach weniger Bürokratie zu kommen, sondern sich das ganz genau anzugucken und im Zweifel auch genau zu sagen, wo man sich weniger Aufwand wünscht, was sich an den Dokumentationsverfahren ändern soll, wie dokumentiert werden soll, in welchem Zeitraum dokumentiert werden soll und wie es nachvollziehbar ist, dass dokumentiert wurde.

Offen gestanden tue ich mich ein bisschen schwer mit der pauschalen Forderung, dass alles überflüssig sei, was in den Einrichtungen passiert. Ich bin der Letzte, der Ihnen nicht zugesteht zu sagen, wir brauchen mehr Zeit für diejenigen, die zu pflegen sind. Diejenigen, die zu pflegen sind, brauchen aber auch Sicherheit dahin gehend, dass das, was passiert, ordentlich, qualitativ hochwertig und nachvollziehbar passiert.

(Beifall bei FDP und CDU)

In den **Einrichtungen** gibt es nach wie vor eine hohe Unklarheit in der Frage der **Anforderungen**. Es gibt nach wie vor viel zu häufig einen vorauseilenden Gehorsam in der Frage, was alles möglicherweise noch aufgeschrieben werden soll; im Zweifel auch mit der Hand auf irgendwelche Zettel. Aus diesem Grund erarbeiten wir die Prüfrichtlinie, die ganz klar definiert, welche Anforderungen in Zukunft zu erfüllen sind, und zwar in Frageform. Die Art der Beantwortung reduziert den **Aufwand für die Pflegenden** durch einfaches Ankreuzen erheblich.

Wir haben eine bundesweit anerkannte Expertin als Beraterin für das ganze Verfahren geholt. Wenn diese neue **Prüfrichtlinie** eingeführt wird, dann wird sie durch eine entsprechende Studie wissenschaftlich evaluiert. Ich glaube, mehr kann man für die von Ihnen zu Recht geforderte Entbürokratisierung im Bereich der Pflege nicht leisten; es sei denn, Sie meinen, dass die Pflegedokumentation auf ein Minimum reduziert werden soll. Dagegen bin ich allerdings entschieden.

Vielleicht gelingt es doch noch, die vom Kollegen Baasch eingeforderte Einmütigkeit im Bereich der

Pflege anhand der Diskussion, die wir ab August über die Durchführungsverordnung zur Selbstbestimmungsstärkung führen werden, zu erreichen. Vielleicht gelingt dies über die Sommerpause. Werfen Sie einfach einen Blick auf die bisher erreichten Ziele der Landesregierung und auf die bisherigen Aktivitäten der Landesregierung im Bereich der Pflege! Vielleicht überlegen Sie sich dann den einen oder anderen Debattenbeitrag im Hinblick auf vermeintliche Versäumnisse. Wenn ich mit den Menschen im Land spreche, die in den Pflegeeinrichtungen tätig sind, dann zeigt sich: Wir waren in der Pflege noch nie so weit, wie wir es heute sind.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Die Landesregierung hat die verabredete Redezeit um 2 Minuten und 50 Sekunden überschritten. Diese Zeit steht allen Fraktionen wieder zur Verfügung. Ich erteile jetzt der Frau Abgeordneten Birte Pauls von der SPD-Fraktion das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich freue mich. Ich freue mich wirklich über jeden Weg, der die Pflege in Zukunft sicherstellt

(Beifall bei der FDP)

und der sicherstellt, dass es Menschen gibt, die den Pflegeberuf wieder ergreifen können. Fakt ist heute etwas anderes.

Fakt ist nämlich, dass die Menschen in den Einrichtungen, die eine hervorragende und engagierte Arbeit leisten, zusätzlich zu dieser Arbeit ständig und immer noch ihre Freizeit benötigen und in Anspruch nehmen, um **Dokumentation** zu leisten. Ich habe oft mit den Menschen in den Pflegeeinrichtungen gesprochen. Es wurde mir immer wieder mitgeteilt, dass die Menschen einen ständigen Spagat machen. Es gibt einen ständigen **Spagat** zwischen **fachlicher Kompetenz** auf der einen Seite und **wirtschaftlichem Denken** auf der anderen Seite. Es gibt einen ständigen Spagat zwischen Menschlichkeit und Wirtschaftlichkeit. Die **Heimbenotung** führt dazu, dass alles, was nicht dokumentiert wurde, quasi nicht gemacht ist - egal, wie gut die Pflege ist. Dies wirkt sich auf die Heimbenotung aus. Dies hat wiederum Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Heime. Die Leute haben dann Angst um ihre Arbeitsplätze und so

(Birte Pauls)

weiter. Deswegen benutzen sie zusätzlich ihre Freizeit.

Das ist die Situation heute. Wer das so, wie es Frau Sassen und Frau Klahn gemacht haben, missachtet und uns an dieser Stelle Populismus vorwirft, hat nicht erkannt, dass wir hier eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen haben, die wir möglichst schnell angehen müssen, weil wir hier eine „Baustelle“ haben. Immer mehr **Pflegekräfte gehen** in die **nördlichen Nachbarländer**, auch nach Holland, weil sie dort bessere Rahmenbedingungen vorfinden und weil sie in unseren Einrichtungen frustriert sind, die im Augenblick nur mit wirtschaftlichem Zwang arbeiten können. Diese Rahmenbedingungen zu ändern, muss unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein. Wenn der Herr Minister diesbezüglich einen Schritt nach vorn macht, dann kann ich mich an dieser Stelle nur freuen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Frau Abgeordnete Sassen erhält das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag oder im Rahmen des Zeitkontingents.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Frau Kollegin Pauls, ich möchte an dieser Stelle etwas ganz deutlich machen: Wenn Sie meinem Redebeitrag und auch dem Redebeitrag von Anita Klahn genau zugehört haben, haben Sie gehört, dass wir uns in diesem Haus in der Sache alle einig sind, dass sich an der Pflege, bei den zu Pflegenden und bei den Pflegenden etwas ändern muss. Wir werden Ihren Antrag nur deswegen ablehnen, weil er ein Rundumschlag ist. Er ist inhaltlich nicht dazu angetan, die spezielle Angelegenheit in dieser Sache zu verbessern und in Gang zu bringen. Wir können das gern bei einem anderen konkreten Beispiel tun. Ich glaube, hier nicht im Raum stehen lassen zu dürfen, dass hier irgendjemand nicht in dem Sinne, den Sie genannt haben, handeln möchte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Ich sehe, wenn ich mich umschaue, keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Zunächst kommen wir zur Abstimmung zu a) An-

trag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1573. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW abgelehnt worden.

Wir kommen dann zur Abstimmung zu b) Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1594 (neu). Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 17/1594 (neu) mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 51 auf:

Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1427

Das Wort für den Bericht hat der Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herr Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ihnen vorliegende Bericht gibt, glaube ich, sehr ausführlich Antwort auf die Fragen, die gestellt worden sind zur Situation von älteren Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Ich will deswegen nicht den Bericht referieren, sondern ich will einige grundlegende Bemerkungen zu dem Thema machen, weil dieses Thema zunehmend an Bedeutung gewinnen wird unter dem Aspekt, wie wir ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch stärker in den **Arbeitsmarkt** einbinden. Dazu gehört aber auch die Frage, welchen Beitrag die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereits heute für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes leisten. Wenn Sie sich einmal überlegen, was wir uns in den vergangenen Jahren geleistet haben, auf welches Wissen verzichtet wurde durch unterschiedlichste Philosophien, durch Frühverrentungsmöglichkeiten, auf welches Potenzial an dieser Stelle, auf welches Wissen, auf welche Erfahrungen verzichtet wurde, ich glaube, wenn man freundlich ist, dann schmunzelt man heute nur darüber, dass man das in der Vergangenheit so getan hat. Wenn

(Minister Dr. Heiner Garg)

man weniger freundlich ist - und an der Stelle würde ich dazugehören -, dann ist ganz klar: Eine solche Dummheit kann sich heute keiner mehr leisten, auf dieses Potenzial zu verzichten.

(Beifall bei der FDP)

Es gehört aber auch dazu, ganz klar zu sagen: Menschen sind heute gesünder, und sie sind Gott sei Dank leistungsfähiger als jemals zuvor - und das auch im Alter. Die durchschnittliche **Lebenserwartung** steigt beständig und damit natürlich auch die Rentenbezugsdauer. Dennoch scheiden ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland immer noch verhältnismäßig früh aus dem Erwerbsleben aus, im besseren Fall als Frührentnerin oder als Frührentner, im schlechteren Fall als Arbeitslose ohne realistische Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Ich meine, das ist gerade angesichts der **Bevölkerungsentwicklung** - nicht vor der wir stehen, sondern in der wir mitten drin sind - und der künftigen **Altersstruktur** eine echte Verschwendung von Ressourcen, um das einmal ganz deutlich zu sagen, von Talenten und Erfahrungen, die sich unser Land nicht mehr leisten kann und auch nicht mehr leisten darf.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deswegen muss in den Unternehmen, selbstverständlich auch in der Politik, ein noch stärkeres Umdenken stattfinden, selbstverständlich auch politisch, aber auch gesamtgesellschaftlich. Es wird zukünftig unabdingbar sein, die **Beschäftigungsfähigkeit** älterer Menschen zu erhalten und ihre Potenziale für Unternehmen und Gesellschaft länger zu nutzen.

Ich sage ganz deutlich: Gestern haben Sie die sehr erfreulichen Arbeitsmarktdaten von ihrer Grundstruktur für Schleswig-Holstein bekommen. Ich sage als Arbeitsminister, bedauerlicherweise profitieren im Moment vor allem junge Menschen von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was gibt es daran zu bedauern?)

- Das ist natürlich nicht zu bedauern, Herr Kollege Tietze. Bedauerlich ist aber, dass **ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** von dieser derzeitigen **konjunkturellen Situation** noch nicht in dem Maße profitieren, wie wir uns das alle wünschen. Das gilt übrigens für **Schwerbehinderte** genauso.

Mit Blick auf den sich abzeichnenden **Fachkräftebedarf** können wir es uns definitiv nicht mehr leis-

ten, auf diese Potenziale zu verzichten. Ich appelliere deswegen auch heute von dieser Stelle aus an Unternehmen: Geben Sie älteren Menschen eine Chance in Ihrem Unternehmen, geben Sie Ihnen die Chance, sich zu beweisen, und geben Sie Ihnen vor allem die Möglichkeit zu zeigen, dass sie unverzichtbar sind für unser gesamtgesellschaftliches wirtschaftliches Umfeld!

(Beifall bei FDP und CDU)

Was wir brauchen, ist die deutliche Reduzierung des oft **zu frühen Ausscheidens** aus dem Berufsleben, wir brauchen eine bessere **Wiedereingliederung** älterer Arbeitslose, und wir brauchen deutlich mehr Wahrnehmung von **beruflicher Weiterbildung**.

Von den **Unternehmen** verlangt die älter werdende Erwerbsbevölkerung selbstverständlich **flexiblere Regelungen**. Sie müssen die zum Teil großen Unterschiede in der individuellen Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berücksichtigen, und wir brauchen branchenspezifische Lösungen für **altersgerechte Arbeitsbedingungen** und für eine bessere **Gesundheitsprävention**, für den Tiefbauarbeiter anders als für eine Sekretärin oder eine Ärztin. Übertragung anderer Aufgaben und das Angebot von **Teilzeitmodellen** sind hier nur einige Stichworte. Die Situation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steht auch im Kontext der Anstrengungen von Bund und Ländern zur Sicherung des aktuellen und noch mehr zur Sicherung des zukünftig sich abzeichnenden Fachkräftebedarfs. Ich glaube, der vorliegende Bericht erläutert die Aktivitäten der Landesregierung dazu im Einzelnen sehr genau. Ich habe Ihnen hier im März über unser **Bündnis für Fachkräfte Schleswig-Holstein** berichtet, das die Landesregierung im Februar initiiert hat. Derzeit läuft die konkrete Ableitung von politischen Handlungsfeldern auf Arbeitsebene. Die Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Menschen, die das 50. Lebensjahr hinter sich gelassen haben, ist dabei eines der zentralen Handlungsfelder, denen wir uns nicht nur stellen müssen, sondern die wir auch anpacken müssen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst für die Fraktion DIE LINKE die Frau Abgeordnete Antje Jansen.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei der Landesregierung und insbesondere bei dem federführenden Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit für den vorgelegten Bericht. Herr Minister Garg, ich kann Ihnen in Ihrer Einschätzung nur zustimmen bei dem, was Sie über die Situation der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt gesagt haben. Ich hoffe aber, dass die Landesregierung nun auch aktiv das anpackt, was sie gesagt haben, so dass ich Sie dann auch beim Wort nehmen kann.

Zwei Schlagworte bestimmen die Diskussion über die **Situation der Älteren** auf dem **Arbeitsmarkt**. Zu dem **demografischen Wandel** und damit zu dem auf unser Land zukommenden **Fachkräftemangel** hat der Minister ja schon Stellung genommen. Diesen **Mangel** haben wir bereits in einigen **Berufsfeldern**, zum Beispiel im Pflegebereich, worüber wir ja schon im Vorfeld diskutiert haben.

Befürchtet wird, dass durch den demografischen Wandel die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland um bis zu 6,5 Millionen Menschen sinken könnte. Die Heraufsetzung des **Rentenalters auf 67 Jahre** soll bundesweit etwa 1 Million Arbeitskräfte im Arbeitsmarkt halten. Wenn es denn gelingt, die Quote der Erwerbstätigen bis zu über 55-Jährigen von derzeit 56 auf 70 % zu steigern, wären eine weitere Million Menschen für den Arbeitsmarkt gewonnen.

Die Landesregierung sieht es als Erfolg an, dass die **Erwerbstätigenquote** der 50- bis unter 65-Jährigen in Schleswig-Holstein im Jahrzehnt von 2000 bis 2009 von 34,2 auf 42,4 % gestiegen ist. Die Altersstatistik der Erwerbstätigen verbessert sich schon dadurch, dass die geburtenstarken Jahrgänge jetzt die 50-Jahres-Grenze erreichen, und sie verbessert sich, weil die geförderten Vorruhestandsregelungen weitgehend abgeschafft worden sind.

Allen positiven Zahlreihen zum Trotz bleibt es dabei: Der **Anteil der über 50-Jährigen** unter denen, die in die **Langzeitarbeitslosigkeit** und in **Hartz IV** gehen, ist in Schleswig-Holstein stabil überproportional und sogar noch leicht angestiegen. Ältere Arbeitslose haben größere Probleme, den Weg in den **ersten Arbeitsmarkt** zurückzufinden. Für DIE LINKE ist die Frage nach der Situation Älterer auf dem Arbeitsmarkt vor allem die Frage, ob der Zuwachs der Beschäftigung und die Beschäftigung existenzsichernd oder nur ein fließender Übergang in die Altersarmut ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zeiten der ungebrochenen lebenslangen Erwerbsbiografien sind vorbei. Notwendig sind **armutsfeste Renten**. Wir meinen damit armutsfeste gesetzliche Renten, die es auf der Grundlage von Minijobs und Gelegenheitsbeschäftigungen nicht gibt. Armutsfeste Renten setzen sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsverhältnisse voraus. Die Schwelle einer existenzsichernden Rente wird durch die Anhebung des Rentenalters auf 67 um zwei Beschäftigungsjahre angehoben. Es ist klar: Eine Alterssicherung, die von vornherein auf gesetzliche Renten plus private Vorsorge gestützt ist, zeichnet den Weg in die Altersarmut für all jene vor, die irgendwann aus der lückelosen Erwerbstätigkeit herausfallen.

Wer unter den Bedingungen von Armut trotzdem arbeitet, kann zusätzliche private Rentenversicherungen nicht bezahlen. In allen **Kommunen** steigt die Zahl der **Empfänger von Grundsicherung im Alter** an. Altersarmut entwickelt sich zu einem breiten Problem.

Wir sollten nicht vergessen, dass sich darin eine über die Jahrzehnte verfolgte Unternehmensstrategie ausdrückt, Belegschaften immer weiter zu verjüngen und die älteren Arbeitnehmer so schnell wie möglich aus dem Arbeitsprozess auszumustern. Diese Unternehmenspolitik hat auch damit zu tun, dass infolge von Konkurrenz und Rationalisierungsdruck die Reserven aus dem Arbeitstag herausgequetscht wurden. Die **Leistungsanforderungen** sind heute so hoch, dass wir altersgerechte Arbeitsplätze benötigen.

Die **Beschäftigungschancen** hängen bei älteren Menschen im Übrigen genauso wie bei allen Beschäftigten vom **Qualitätsniveau** ab. Das ist eine Binsenweisheit, wird aber an der Stelle zum Problem, wo der Bedarf an **Schonarbeitsplätzen** gerade bei gering Qualifizierten besonders hoch ist, die üblicherweise auf Arbeitsplätzen tätig sind, die über Jahre zu körperlichem Verschleiß führen. Gerade diese Arbeitsplätze fehlen aber, und sie werden immer weniger.

Die Landesregierung geht im Bericht davon aus, dass eine aktive und präventiv ausgestaltete Arbeitsmarktpolitik einen hohen Wirkungsgrad erzielen kann. Dann fragen wir uns, warum die **Bundesregierung** über ihre **Kürzungspolitik** die Möglichkeiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik zusammengestrichen hat.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroé [DIE LINKE] - Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

(Antje Jansen)

Die Landesregierung hat die Gelegenheit unseres Berichtsantrags genutzt, um auf die Bedeutung der älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen für die Sicherung des Arbeitskräfteangebots hinzuweisen. Wenn wir heute die Zeitung aufschlagen - Herr Minister Garg hat darauf Bezug genommen - und die **aktuellen Arbeitsmarktzahlen** sehen, sieht das Bild ganz anders aus: Die Arbeitslosenzahlen sinken, aber sie steigen bei den über 55-Jährigen, im vergangenen Jahr um 9,7 %, also bewegt sich der Trend gegen die älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

Auch der Bericht zeigt: Wir müssen eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gestalten. Wir brauchen **sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze**, und wir brauchen einen **öffentlichen Beschäftigungssektor**.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten die Lebenserfahrung der älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nutzen, um hier besser zu werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Läuft schon die Zeit? Die Hälfte ist schon rum! - Weitere Zurufe)

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hätte fast gesagt: Herr Kollege, kommen Sie erst mal in mein Alter!

2005 gab es in Schleswig-Holstein 180.000 **Arbeitslose**, 2011 sind es weniger als 100.000. Dies ist eine Erfolgsstory. Das besonders Gute daran ist: Die Entwicklung geht nicht an den **Älteren** vorbei, auch sie profitieren von dieser Entwicklung. Ich zitiere aus dem Bericht der Landesregierung: Mehr als **26 %** der Beschäftigten sind **über 50 Jahre** alt. Seit 2000 ist dies eine Steigerung von 34 auf 42 %, auf das Jahr 2009 umgerechnet. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist seit 2008 um mehr als 10 % in dieser Altersgruppe gestiegen. - Das sind gute Zahlen. Das zeigt eine deutliche Tendenz.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ältere sind ein besonderer Gewinn für den Arbeitsmarkt, wenn man dies nutzt. Die Bundesregierung hat es wie folgt ausgedrückt: Ältere sind leistungsfähig und motiviert, sie verfügen über langjährig erworbene fachliche Kompetenzen, ein umfassendes Erfahrungswissen und hohe Sozialkompetenz.

Der Bericht der Landesregierung macht deutlich, dass auch die **Betriebe** in Schleswig-Holstein einiges tun. Ich erwähne beispielhaft altersgemischte Teams in Betrieben, flexible Alterszeitmodelle in starkem Maße, Job-Sharing, organisierten Wissenstransfer. Das sind Beispiele aus der Praxis in Schleswig-Holstein, vor denen wir uns nicht verstecken sollten.

Dass in der **Aus- und Weiterbildung** die Älteren nicht ganz so intensiv dabei sind, ist doch ganz normal, weil sie schlichtweg Erfahrung und Kompetenz haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich brauche keine Weiterbildung mehr, um hier manche Rede halten zu müssen oder zu können.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Man lernt nie aus! - Weitere Zurufe)

- Das ist wahr, das gilt Gott sei Dank für uns alle.

Wir haben im Februar 2011 rund 26.700 **Langzeitarbeitslose** in Schleswig-Holstein gehabt. Frau Kollegin, Gott sei Dank ist auch hier eine positive Entwicklung in Schleswig-Holstein sichtbar. Wir hatten 2006 rund 52.000 Langzeitarbeitslose. Die Lage hat sich - ich zitiere aus dem Bericht, Herr Minister - deutlich verbessert. Insofern ist die **Gesamtsituation** im Bereich der **über 50-Jährigen** positiv, auch dank vieler Förderprogramme und unterstützender Hilfen.

Gleichwohl haben es **Langzeitarbeitslose** - das liegt in der Natur der Sache - schwerer, und Langzeitarbeitslose werden es auch künftig in bestimmten Bereichen schwer haben, gute Arbeitsbeschäftigungen zu bekommen.

Das Thema **Arbeitsmarkt für Ältere** ist nicht nur eine Frage der Zahlen, es ist auch eine Frage der **Inhalte und Gewichtungen**. Ältere werden immer vitaler. Wir haben heute eigentlich nicht mehr drei, sondern vier Generationen. Das ist eine Chance für die Wirtschaft. Wir haben mehr Gesundheitsbewusstsein. Das muss auch in den Betrieben deutlich werden. Denn wer älter wird, hat andere körperliche Voraussetzungen. Die Zahl derer, die frühzeitig in Rente gehen, wird geringer werden. Das liegt nicht nur am Altersbereich, sondern auch an der

(Werner Kalinka)

Nachfrage. Insofern ist der Fachkräftemangel durchaus ein Thema, das hier angesprochen wird.

Ältere haben gute Chancen, wenn man sie an der richtigen Stelle arbeiten lässt. Es liegt im Wesentlichen auch an einem selbst, wie man dies sieht. Wenn jemand Lust und Freude an Arbeit hat, dann läuft es besser, als wenn er es nicht hat. Ich habe eine Nachbarin, die morgens um sieben in den Garten geht. Das Schöne ist, sie macht einen Teil unseres Gartens gleich mit, weil sie Lust und Freude hat, zu arbeiten und etwas zu tun, weil sie es ihr Leben lang getan und Spaß daran hat.

(Zurufe)

- Ja, Hartmut, du musst in Dobersdorf wohnen!

Die Frage, mit welcher Einstellung man an diese Dinge herangeht, ist wichtig und wertvoll, die Dinge nicht allein in Freizeit zu sehen, sondern auch in anderen Fragen. Man ist so alt, wie man sich fühlt.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, Probleme nicht zu verschweigen. Ich kann das ergänzend hinzufügen. Wir sollten nicht übersehen, dass auch **Generationszusammenarbeit** manche Konflikte in sich birgt, die in der Natur der Sache liegen. Wir sollten nicht übersehen, dass gerade manche Ältere über Mobbing klagen, dass sie über **Ausgrenzung** klagen. Das sind Themen, die in Betrieben und zum Teil auch in Verwaltungen Wirklichkeit sind. Dies darf man nicht übersehen. Auch die **Arbeitsverdichtung** stellt manche Ältere vor größere Herausforderungen als Jüngere. Eines ist auch klar: Es gibt Arbeiten, die man in einem bestimmten Alter nicht mehr machen kann. Man kann mit 67 nicht mehr aufs Dach steigen, und deswegen muss der Polizeibeamte bei uns mit 57 nicht mehr in den Nachtdienst. Das ist auch richtig und gut so.

Deswegen sollten wir **flexible Arbeitszeitmodelle** und die **Wahlfreiheit** weiter als wichtig ansehen. Wenn man früher in Rente oder Pension geht, hat man übrigens deutliche Abschläge hinzunehmen. Das wird in dieser Diskussion häufig vergessen. Mancher will mehr Flexibilität, weil er Zeit für die Enkelkinder haben möchte, vielleicht auch, weil er jemanden pflegt oder einfach Zeit für sich selbst haben möchte. Dies alles spielt eine große Rolle.

Frau Präsidentin, mein letzter Satz: Man wird schneller älter, als man denkt. Aber dies ist auch eine Chance, wenn man das weiß, wenn man das sieht und wenn man danach lebt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit einem Zitat aus dem vorliegenden Bericht der Landesregierung beginnen. Auf Seite 15 heißt es:

„Insgesamt ist davon auszugehen, dass sowohl die Beschäftigungschancen Älterer steigen als auch die Beschäftigungsquoten in der Altersgruppe 50 plus zunehmen werden. Dies erfordert eine aktive arbeitsmarktpolitische Begleitung und Unterstützung.“

Sehr wohl und sehr richtig formuliert! Nur: Warum folgt dann nicht der Aufschrei über die **Streichungen** in der **aktiven Arbeitsmarktpolitik** durch die Bundesregierung? Insgesamt werden durch die **Bundesregierung** die finanziellen Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik nämlich in diesem Jahr um 1,3 Milliarden € gekürzt,

(Unruhe)

und für 2012 ist eine weitere **Absenkung der Eingliederungsleistungen** vorgesehen.

(Glocke der Präsidentin)

Wie wirken sich diese drastischen Kürzungen für die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus?

Erstens. Bei der **Entgeltsicherung** für **ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** nach dem SGB III wird die **Aufstockung** für die Rentenversicherung ersatzlos gestrichen. Damit wird deren Bereitschaft, geringer entlohnte Jobs anzunehmen, praktisch auf null gesenkt.

Zweitens. Die **Eingliederungsgutscheine** für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden gestrichen.

Drittens. Die Maßnahmen zur **Aktivierung beruflicher Eingliederung** werden von Pflicht- in Ermessensleistungen umgewandelt.

Viertens. Die **öffentlich geförderte Beschäftigung** wird drastisch zurückgefahren.

Das sind nur einige Punkte, mit denen die Bundesregierung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik gnadenlos kürzt.

(Christopher Vogt [FDP]: Es gibt auch immer weniger Arbeitslose!)

(Wolfgang Baasch)

- Wie bitte?

(Christopher Vogt [FDP]: Es gibt auch immer weniger Arbeitslose!)

- Herr Kollege, ich komme darauf noch zu sprechen, aber vielleicht ist es auch in einer Situation, in der weniger Arbeitslose da sind, sinnvoll, gerade die verstärkt zu fördern, damit die auch den Zugang in den Arbeitsmarkt finden.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Aus dem Bericht der Landesregierung wird deutlich, dass sich die **Arbeitsmarktsituation älterer Menschen** in Schleswig-Holstein verbessert, was auch durch einen Anstieg der Zahl der Beschäftigten über 50 Jahre belegt wird. Aktuell wird durch die Zahlen aber auch belegt - das ist im Bericht festgehalten -, dass der Zugang an Arbeitslosen aus Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ab 50 Jahren in den letzten Jahren gestiegen ist. Der Anteil älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die **länger als zwölf Monate arbeitslos im SGB III** waren, ist deutlich höher als im Durchschnitt. Nach dem Bericht ist auch die **Langzeitarbeitslosigkeit** im Bereich des SGB II bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern höher als im Durchschnitt aller Langzeitarbeitslosen. Also bleibt festzuhalten: Es gibt keinen Grund zur Entwarnung, und es gibt auch keinen Grund, sich auf Lorbeeren auszuruhen.

(Beifall der Abgeordneten Ellen Streitböcher [DIE LINKE])

Es bleibt die Aufgabe, durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik gerade in einer Zeit des **konjunkturellen Aufschwungs** dafür zu sorgen, möglichst vielen Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen und gerade auch ältere Arbeitslose durch gezielte Förderprogramme und gezielte Unterstützungsleistungen einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu verschaffen. Hier zu kürzen, wie es die Bundesregierung mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten tut, ist kontraproduktiv und schlicht und ergreifend fahrlässig.

Ich will noch einen Punkt aus dem Bericht der Landesregierung aufgreifen, mit dem die Arbeitgeber aufgefordert werden, stärker in den **Gesundheitsschutz** und in die Förderung, **Weiterbildung und Qualifizierung** ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu investieren.

Es ist die Pflicht, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, damit dem Arbeitsmarkt das **Fachwissen** gerade der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht verloren geht; denn eine entscheidende

Frage lautet: Was machen wir dagegen, dass Menschen durch Arbeit körperlich oder psychisch kaputtgehen? - Hier bleibt festzuhalten: Die **Ursache** liegt in den **Arbeitsplätzen**, die die Arbeitgeber zur Verfügung stellen. Diese nehmen wir nicht in Haftung, weder bei mangelnder Weiterbildung und Qualifizierung noch bei Arbeitsplätzen, die die Menschen krank machen. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Zusammengefasst bedeutet das: Niedriglöhne, Minijobs, befristete Arbeitsverhältnisse, steter Abbau von Vollzeitarbeitsplätzen und Leiharbeit sind keine Begriffe, die dazu führen, auch in Zeiten des Fachkräftemangels Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Aufnahme einer Arbeit zu motivieren. Oder noch deutlicher ausgedrückt: Ohne **gute Arbeit**, ohne **Tarifverträge** wird sich der Fachkräftemangel auch mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht beheben lassen.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Die Landesregierung hat uns einen Bericht zur Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt vorgelegt, der mit vielen Zahlen sehr präzise die Entwicklung in diesem Bereich darstellt. Dafür ein Dank. Ein **Bericht**, der aber nicht auf die **aktuellen Kürzungen** der arbeitsmarktpolitischen Instrumente durch die Bundesregierung eingeht und der vernachlässigt, welche Chancen gerade jetzt bestehen, wo sich die Arbeitsmarktlage positiv entwickelt und mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik vielen - gerade auch älteren - arbeitslosen und langzeitarbeitslosen Menschen geholfen werden könnte, vergibt seine Chancen. So wird **kein Beitrag** dazu geleistet, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zurückzubringen.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir in der Debatte fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir Mitglieder des Landfrauenverbandes Bad Schwartau. - Seien Sie herzlich willkommen bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Jetzt erteile ich Herrn Abgeordneten Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst danke auch ich der Landesregierung und dem Minister für den Bericht. Wir haben derzeit eine insgesamt sehr positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Gestern haben wir die **neuen Arbeitsmarktdaten** bekommen. Eine Zahl von unter 100.000 **Arbeitslosen** in Schleswig-Holstein ist das erste Mal seit 16 Jahren erreicht worden. Ich meine, das ist ein großartiger Erfolg.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Herr Kollege Schippels, das ist nicht nur auf eine Bereinigung der Statistik zurückzuführen, sondern es gibt einfach **mehr sozialversicherungspflichtige Jobs** in Schleswig-Holstein. Das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie sollten sich die Statistik einmal genau anschauen.

Wir haben insgesamt eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die **Situation der Älteren**, der Menschen zwischen 50 und 65 Jahren, ist natürlich nach wie vor eine besondere. Sie stellen immer noch eine **benachteiligte Gruppe** auf dem Arbeitsmarkt dar, wobei der Trend - Herr Kollege Kalinka hat das sehr deutlich angesprochen - auch in diesem Bereich positiv ist.

Die aktuelle Entwicklung kommt den Älteren auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls zugute. Die Anzahl von Älteren auf dem schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt nahm in den letzten Jahren deutlich stärker zu als die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs. Die **Beschäftigungsquote** ist in **dieser Altersgruppe** deutlich angestiegen. Mittlerweile gehen immerhin rund 42 % - das ist noch nicht besonders viel - der Menschen zwischen 50 und 64 Jahren einer Erwerbstätigkeit nach. Auch der Anteil der Älteren in der Gruppe der **Arbeitslosen** nahm stärker ab als bei allen anderen Altersgruppen. Das ist sicherlich ein gutes Signal. Im vergangenen Jahr waren rund 51 % der älteren Arbeitslosen weniger als drei Monate arbeitslos gemeldet und nur 6,9 % waren über zwölf Monate ohne Job, also langzeitarbeitslos.

Meine Damen und Herren, es ist zu erwarten - das wurde auch schon angesprochen -, dass die **Beschäftigungschancen für Ältere** weiter steigen werden und dass die Beschäftigungsquoten zunehmen werden.

Es gibt seit mehreren Jahren schon einen deutlichen Rückgang bei den **Altersrenten** aus der Arbeitslosigkeit heraus oder nach einer Altersteilzeit. Dieser Trend wird sich wahrscheinlich ebenfalls fortsetzen.

Unsere **Unternehmen** können angesichts des demografischen Wandels und des zunehmenden **Mangels an Fachkräften** immer weniger auf den Fachverstand und auf die Berufs- und Lebenserfahrung der Älteren verzichten. Wir brauchen die Älteren auf dem Arbeitsmarkt. Zum Glück erkennen das immer mehr Unternehmen. Gerade die mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein erkennen das zunehmend.

Nicht nur vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sollen die Potenziale der Älteren auf dem Arbeitsmarkt besser genutzt werden. Die Älteren sind heute in der Tat - in dem Bericht wird das angesprochen - vitaler und leistungsfähiger als je zuvor.

Im Bereich der **Arbeitsbedingungen** und der **Gesundheitsprävention**, bei den **Arbeitszeitmodellen** - da stimme ich Herrn Kollegen Baasch völlig zu - und auch bei den Einsatzmöglichkeiten gibt es noch viel Verbesserungspotenzial. Immer mehr Unternehmen im Land erkennen dieses Potenzial. Natürlich kann auch die Politik hier für bessere **Rahmenbedingungen** sorgen, was sie auch tut.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Herr Kollege Baasch, es gibt mehrere Initiativen der Bundesregierung und auch der Landesregierung. Es gibt das **Bundesprogramm „Perspektive 50 plus“** zur verbesserten Wiedereingliederung von älteren Langzeitarbeitslosen. Es gibt natürlich auch die eigenen, unterstützenden Maßnahmen der Landesregierung im Rahmen des **Zukunftsprogramms Arbeit**. Das alles kennen Sie. Insofern können Sie gern die Kürzung auf der Bundesebene kritisieren, aber sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass das viel damit zu tun hat, dass es zum Glück weniger Menschen in Arbeitslosigkeit gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Herr Kollege, insofern möchte ich die Feststellung betonen, dass es das recht junge **Bündnis für Fachkräfte in Schleswig-Holstein** gibt. Es ist aus meiner Sicht ganz wichtig, dass die Politik gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, mit den Unternehmen und auch mit den Gewerkschaften gemeinsam an einem Strang zieht.

(Christopher Vogt)

Eines sollten wir in diesem Zusammenhang ebenfalls betonen, auch wenn es hier vielleicht etwas komisch wirkt: Es gibt auch das **Bündnis für Ausbildung**. Ich glaube, dass ist ein ganz wichtiger Punkt. Man sieht auch in dem Bericht der Landesregierung wieder, dass die Älteren auf dem Arbeitsmarkt, die damals keine Ausbildung gemacht haben oder keine machen konnten, heute Probleme haben. Es ist deshalb wichtig, dass wir heute das Bündnis für Ausbildung weiter stärken, damit diese Probleme in Zukunft abnehmen werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Wolfgang Baasch [SPD]: Die Unternehmen in die Pflicht nehmen, Weiterbildung und Qualifizierung zu betreiben!)

- Ja, Herr Kollege Baasch. Wir müssen auch auf die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein schauen, ob gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft gegeben sind. Das sollte man in diesem Zusammenhang auch nicht außer Acht lassen. Das hat damit auch etwas zu tun.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich gebe Ihnen recht, dass ein wichtiger Aspekt sicherlich das **Umdenken** in den **Unternehmen** ist. Ich glaube, das findet in vielen Unternehmen in Schleswig-Holstein auch schon statt. Das sehen Sie wahrscheinlich auch so. Viele Mittelständler haben das Problem erkannt, dass man im Bereich von Gesundheitsprävention und bei Arbeitszeitmodellen umdenken muss. Das machen schon sehr viele, es werden immer mehr. Aber die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein muss auch weiter gestärkt werden, das werden wir tun.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Zitat des Schriftstellers Robert Musil, einem Zeitgenossen Kafkas:

„Keine Grenze verlockt mehr zum Schmutzeln als die Altersgrenze.“

Bewerberinnen und Bewerber ab Mitte 40 verschweigen ihr Alter wie eine peinliche Krankheit.

Und stimmt es nicht, dass das Alter auf dem Weg zum neuen Job ein Bremsklotz ist? Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen doch häufig unter dem Generalverdacht, ihr Wissen stamme von vorgestern, ihre Gesundheit sei angeschlagen, ihre Gehaltsvorstellungen seien übertrieben. Viele Unternehmen schubsen die „Generation 55 plus“ unter dem Tarnmäntelchen der Frühverrentung vor die Tür.

Die **niedrigen Beschäftigungsquoten in Deutschland** sind hausgemacht. Eine jahrzehntelange Politik der Frühverrentung hat ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Arbeitsleben gedrängt, und nun haben wir den Salat. Wegen des demographischen Wandels fehlen in Deutschland bis zu 6,5 Millionen Fachkräfte. Wir brauchen dringend eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Altersdiskriminierung** muss raus aus den Köpfen der **Personalchefs**. Die Fehlentwicklung, ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsleben herauszudrängen, muss umgekehrt werden. Wir brauchen diese Trendwende vor allen Dingen auch unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Es sind die Unternehmen, die wir hier stärken müssen, die sich einer modernen Arbeitsmarktpolitik öffnen müssen.

Ziel einer **modernen Arbeitsmarktpolitik** muss es sein, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirklich bis zum Renteneintrittsalter motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten können. Wir brauchen moderne Arbeitsmarktinstrumente. Ich will sie einmal nennen: Flexiblere Lebensarbeitszeitmodelle, experimentierfreudigere Unternehmen, Sabbaticals, gute Work-Life-Balance und vor allen Dingen eine zukunftsorientierte Qualifizierung und lebenslanges Lernen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vor allen Dingen müssen wir die **Kultur der Altersarbeit** verbessern. Dazu gehörten für meine Fraktion in erster Linie gute Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutzmaßnahmen, Gesunderhaltung von Beschäftigten, Wiedereingliederung und auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflegearbeit und Beruf.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

(Dr. Andreas Tietze)

Wir brauchen auch insgesamt eine bessere gesellschaftliche **Wertschätzungskultur**, damit ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anerkennung bekommen, wenn sie ihr Wissen und ihre Erfahrung einbringen.

Ein weiterer Schritt stellt für uns für eine moderne Arbeitsmarktpolitik eine effektivere **Vermittlung Älterer aus der Arbeitslosigkeit** dar. Gerade ältere Menschen sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Aktuell liegt die Arbeitslosenquote für 55- bis 65-Jährige in Schleswig-Holstein bei 16,8 %.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Herr Minister, Sie haben es gesagt, es sind gute **Arbeitsmarktdaten**, aber die positive Entwicklung gilt immer noch nicht für die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Und ältere Menschen sind länger arbeitslos als jüngere Menschen. Im Jahresdurchschnitt 2010 waren 36,5 % der Arbeitslosen über 55 Jahre langzeitarbeitslos. Zusammenfassend lässt sich sagen, im Falle von Arbeitslosigkeit haben ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer signifikant geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Jüngere.

Es ist natürlich erfreulich, dass die **Beschäftigungsquote** der Älteren ab 50 Jahren in Schleswig-Holstein gestiegen ist - von 34,2 % im Jahr 2000 bis auf 42,4 % im Jahr 2009. Das Ziel der EU, die Beschäftigungsquote auf 50 % zu erhöhen, liegt in Reichweite.

Es ist noch viel zu tun auf dem schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt. Viel Zeit haben wir nicht mehr, denn die Gesellschaft altert schneller, als uns lieb ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage, wie wir künftig leben wollen und wie wir vor allen Dingen im Alter auch gesund arbeiten können, ist eine zentrale Frage. Das hat etwas mit dem Altersbild zu tun. In Skandinavien sieht das etwas anders aus als in Zentraleuropa. In Frankreich gibt es diesen berühmten Spruch, dass man besser arbeitet, um zu leben, als lebt, um zu arbeiten. Wir haben immer noch viel zu hohe **Wochenarbeitszeiten**.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Jeder Mensch in seiner Individualität muss von der Gesellschaft akzeptiert werden und möglichst in vollem Umfang teilhaben können. Das nennt man Inklusion. Ich denke, wenn wir das tatsächlich wollen - das ist ja hier im Haus auch ein Fachbegriff,

der seit Langem geprägt wird - und man das unter dem Gesichtspunkt der Inklusion sieht, dann muss eine **inklusive Arbeitsmarktgesellschaft** die Frage gar nicht stellen, ob ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser oder schlechter integriert werden, sondern mit der Inklusion sind sie es dann. Ich glaube, wir sind noch weit davon entfernt, von einer inklusiven Gesellschaft zu reden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es richtig zu sagen:

„Es kommt nicht nur darauf an, wie alt wir werden, sondern wie wir alt werden; es gilt nicht nur, dem Leben Jahre zu geben, sondern den Jahren Leben zu geben.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** sind nach dem vorliegenden Bericht bei der **Weiterbildung** unterrepräsentiert. Offenbar denken viele Arbeitgeber, dass sich die Weiterbildung bei den Älteren nicht mehr rechnet. Wer allerdings nicht am Ball bleibt, wird abgehängt. Kein Wunder also, dass 2010 jeder fünfte neue Arbeitslose 50 Jahre oder älter war. Jeder fünfte Arbeitslose ist in Schleswig-Holstein über 55 Jahre alt.

Die Gründe dafür sind ganz offensichtlich. Die Unternehmen mussten sich bislang keine Gedanken über Nachwuchs oder Fachkräfte machen, denn die Auswahl war groß. Ältere Beschäftigte wurden aussortiert und konnten umgehend durch vermeintliche leistungsfähigere, jüngere Beschäftigte ersetzt werden. Dieses Verhalten mutierte in den letzten Jahren regelrecht zu einem Automatismus, sodass das **Durchschnittsalter** in den **Betrieben** sank und die Zahl der älteren Arbeitslosen stieg. Diese Entwicklung wurde durch Frühverrentungsmodelle unterstützt und auch seitens der Gewerkschaften über viele Jahrzehnte hinweg mitgetragen. Konsequenterweise bildet Deutschland das Schlusslicht unter seinen europäischen Nachbarn, was die Beschäftigungsquote der über 55-Jährigen betrifft. In Schweden, aber auch in Dänemark, haben Ältere gute Chancen auf eine Vollzeitbeschäftigung im ersten Arbeitsmarkt, in Deutschland nicht.

(Flemming Meyer)

So geht es allerdings nicht mehr weiter, weil die Zahl der Älteren steigt. Jetzt wird hektisch an verschiedenen Stellschrauben gedreht. So wurde das **Renteneintrittsalter** erhöht und die **Frühverrentung** fast unmöglich gemacht. Zwar steigt das Durchschnittsalter in den Betrieben leicht, aber Rentenabschläge machen vielen Älteren das Leben schwer. Auch in der Wirtschaft ändert sich langsam etwas. Man muss in den Personalbüros schmerzhaft lernen, dass man auch mit dem Produktionsfaktor Arbeiter sorgfältiger umgehen muss. Wer seine älteren Beschäftigten von der Weiterbildung ausschließt, verliert nämlich insgesamt als Betrieb den Anschluss und damit wichtige Aufträge. Dumm nur, dass die Unternehmen nicht die einzigen sind, die diese Wettbewerbsnachteile erfahren, sondern dass die Gesamtwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird.

Die entsprechenden Klagen der Wirtschaftsverbände haben jetzt auch die Bundesregierung erreicht und zum Handeln veranlasst. Die Bundesregierung überlegt laut einem Artikel im „Spiegel“ ernsthaft, eine **Quote für ältere Fachkräfte** einzuführen. Danach soll in den Betrieben ab 2020 mindestens jeder zweite Arbeitsplatz von einem älteren Facharbeiter besetzt werden. Auf diese Weise hofft die Bundesregierung, den derzeitigen Braindrain zu stoppen. Beschäftigte sollen nicht mehr nur aufgrund ihres Alters aussortiert werden. Stattdessen sollen ihre Kompetenz und Erfahrung in den Betrieben genutzt werden - und zwar nicht ehrenamtlich beim „Senioren Experten Service“, sondern unter knallharten Wettbewerbsbindungen.

Aktuell zeigen Beispiele, dass man mit älteren Beschäftigten sogar regelrecht punkten kann. Es zahlt sich aus, wenn ein Unternehmen auf Ältere setzt. Vielerorts noch gelten die Älteren als defizitär, langsam und weniger belastbar. Dagegen haben aber zum Beispiel die 45+-Märkte des Discounters Netto gezeigt, dass Ältere sogar belastbarer sind. Der Krankenstand in den Filialen, in denen nur 45-Jährige und Ältere arbeiten, liegt unter dem der Filialen mit altersgemischter Belegschaft.

Ich warne allerdings davor, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lediglich als stille Reserve zu verstehen. Menschen sind keine Maschinen, die geparkt und reaktiviert werden sollen. Ältere Beschäftigte haben das gleiche Recht auf **Qualifizierung** und **gesunde Arbeitsbedingungen** wie jüngere.

Wer einem Bewerber aufgrund seines Lebensalters ablehnt, diskriminiert den Betroffenen. Das ist kein Kavaliersdelikt. Die Beschwerden nehmen zu,

wie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes verzeichnet. Sie empfiehlt Bewerbungsunterlagen ohne Altersangabe, denn sie hat klar nachgewiesen: Je höher das Alter, desto niedriger die Chance auf eine Einladung zum Bewerbungsgespräch.

Altersdiskriminierung ist nicht per Dekret oder Quote beizukommen. Wir sollten daher beginnen, die Altersdiskriminierung als Problem wahrzunehmen. Im vorliegenden Bericht sucht man danach allerdings vergeblich.

(Beifall bei SSW und der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich gehe davon aus, dass Ausschussüberweisung gewollt ist.

(Zurufe: Ja!)

- Danke für die Bestätigung! - Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/1427, federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Perspektiven des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1596

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich erteile für die Landesregierung dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Gelegenheit, einen **Bericht** über die **Entwicklung** eines der größten - wenn nicht sogar das größte - zusammenhängenden **Industrieariale** in Norddeutschland, ein relativ junges Areal, das erst in den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts auf den Weg gebracht worden ist und seitdem auf eine überwiegend erfolgreiche 40-jährige Industriegeschichte in Brunsbüttel zurückblicken kann, abzugeben. Das Land hat diese Entwicklung von Anfang an mit vielen und millionenschweren Förderungen unterstützt. Es gab auch private Investitionen. Der Hinweis auf den ChemCoast-Park Brunsbüttel und das Chemie-Cluster, das sich dort angesiedelt hat, zeigt, in welchem Maße Arbeitsplätze entstanden sind. Wir reden allein in der chemischen Industrie über 12.000 direkte oder indirekte Arbeitsplätze, die dadurch generiert werden.

Das Land hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten - ich habe es bereits gesagt - im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen **Fördermittel** dazu beigetragen, den **Standort** zu sichern. Beispielhaft sei genannt, dass das Land mit 5,1 Millionen € die Modernisierung des YARA-Standorts, der insgesamt ein Investitionsvolumen von 34 Millionen € hatte, unterstützt hat und damit 200 Arbeitsplätze direkt vor Ort sichern konnte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Investitionsbank hat aktuell der Raffinerie Heide einen namhaften Kreditbetrag zur Verfügung gestellt. Ohne die Mitwirkung des zentralen Förderinstituts des Landes hätte die Finanzierung nicht sichergestellt werden können. Damit ist erneut ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen und technischen Grundlage für die Wirtschaft an der Westküste geleistet worden, denn die Raffinerie leistet einen sehr wichtigen direkten Versorgungsbeitrag auch für Brunsbüttel selber.

Die Landesregierung ist nach wie vor vom **Wirtschaftsstandort Brunsbüttel** überzeugt und sieht weiterhin gute **Zukunftsperspektiven**. Das zeigt auch das Bekenntnis der ansässigen Unternehmen für den Standort selbst. So will nicht nur TOTAL in den nächsten fünf Jahren rund 30 Millionen € am Standort investieren; auch Bayer Material Science wird mit einem Investitionsvolumen von rund 100 Millionen € die Kapazität für ein Schaumstoffvorprodukt, dessen Abkürzung ich mir erspare, erweitert und der Standort zukunftsfähig gemacht werden.

Wir setzen uns für die Unternehmen ein. Die Investitionen im YARA-Werk wären nutzlos, wenn der Immissionshandel ab 2013 YARA zum Beispiel in Brunsbüttel das Genick brechen würde. Deshalb versuchen wir gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium, dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Landesumweltministerium, eine tragfähige Lösung zu finden. Die generelle prinzipielle Bereitschaft dazu besteht. Es ist nur in der technisch-administrativen Umsetzung nicht so leicht.

Brunsbüttel ist ein wesentlicher **Energiestandort** in Schleswig-Holstein. Selbstverständlich ist es so, dass die Entscheidung der Bundesregierung, mit einem festen Fahrplan aus der Kernenergie auszusteigen, das definitive Ende des Kernkraftwerks Brunsbüttel bedeutet. Das hat Auswirkungen auf den Standort. Das hat Auswirkungen auf die Mitarbeiter. Auch diese muss man an dieser Stelle einmal nennen und zeigen, dass man sie ernst nimmt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb gehört es dazu, dass man auch neue Perspektiven für den Standort Brunsbüttel aufbaut. Die Landesregierung sieht in der Ansiedlung eines neuen **Steinkohlekraftwerks** eine solche Perspektive. SWS hat mich jüngst angeschrieben und gesagt, dass auf der Basis der Entscheidung der Bundesregierung die Investition in den Standort wieder aussichtsreicher aussieht, als es zwischendurch einmal gewesen ist. Die **Ansiedlung** dort befindet sich auf der Zielgeraden. Das Genehmigungsverfahren ist so weit, dass man von einer Teilerrichtungsgenehmigung sprechen kann. Seit Februar 2011 liegt diese vor. Damit ist das Kraftwerk planungsrechtlich zugelassen. Mit weiteren Genehmigungen, die notwendig sind, um mit dem Bau tatsächlich zu beginnen, rechnet das Unternehmen im Laufe dieses Jahres.

Eine weitere Perspektive, die aus dem Bereich Energie für Brunsbüttel erwachsen kann, ist die Erwartung, die es dort gibt, dass man Brunsbüttel zu einem **Produktionshafen für den Offshore-Sektor** ausbauen kann. Wir wollen mit dem Standort diese Perspektive verfolgen. Deshalb haben wir zusammen mit der SCHRAMM group eine Machbarkeitsstudie auf den Weg gebracht, die nachweist, dass es eine Nische für einen Produktionshafen im Bereich Offshore in Brunsbüttel geben kann. Es gibt eine zweite Machbarkeitsstudie, die die Investitionsvolumina beschreibt, die gegenwärtig noch in einer Größenordnung sind, das sie kaum realisierbar sind.

(Minister Jost de Jager)

Wir haben durch Umschichtungen im Zukunftsprogramm Wirtschaft, die möglich geworden sind, weil wir die einzelbetriebliche Investitionsförderung zurückgefahren haben, sichergestellt, dass ein Betrag von mehr als 20 Millionen € an Investitionen für einen solchen **Produktionshafen** in Brunsbüttel zur Verfügung stehen. Es geht jetzt darum, die Baumaßnahmen so zu dimensionieren, dass dies mit der Unterstützung der Landesregierung auch tatsächlich geleistet werden kann. Das sind überwiegend Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Sie sind bis auf die hälftige Gegenfinanzierung landesmittelneutral und stehen zur Verfügung.

Einen letzten Punkt, den ich nennen möchte, auch wenn ich schon überzogen habe, ist, dass es selbstverständlich eine Diskussion um die **Anbindung** Brunsbüttels gibt und die Erwartung, dass die **B 5** bis Brunsbüttel dreistreifig ausgebaut wird. Wir können gewährleisten, dass es einen ersten Abschnitt in Richtung Wilster gibt. Wir halten es für wünschenswert, den Raum Brunsbüttel anzubinden. Ich sage aber auch, weil man falsche Erwartungen nicht wecken darf, dass die gegenwärtigen Verkehrszahlen nicht dazu führen würden, dass diese Maßnahmen in einem bundesweiten Bedarf ganz vorn steht. Insofern haben wir eine Perspektive, können eine Realisierung aber nicht sofort zusagen.

Ich glaube, insgesamt wird deutlich, dass wir als Landesregierung weiterhin an eine Zukunft für den Wirtschaftsraum, das Industrieareal Brunsbüttel glauben und bereit sind, mit den Infrastrukturmaßnahmen, die wir dort fördern können, tatsächlich zu einer positiven Entwicklung beizutragen.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Die Landesregierung hat die verabredete Redezeit um knapp 2 Minuten überschritten. Diese stehen jetzt in der weiteren Debatte jeder Fraktion zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Herr Abgeordnete Jens-Christian Magnussen.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU den Standort auch für so wichtig hält, dass er hier ans Rednerpult wollte. Aber ich übernehme das dann für ihn.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau vor 40 Jahren wurde im Zuge der Industriean siedlung und zur Ausgestaltung der Weiterentwicklung des Industriestandortes die **Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel mbH** aus der Taufe gehoben. Ich begrüße heute die Aufsichtsratsvorsitzende Frau Dr. Zieschang, die dem Beitrag bewohnt. Es sind 40 Jahre mit vielfältigsten Entscheidungsprozessen, mit Höhen und Tiefen.

Die erste Ansiedlung mit der Grundsteinlegung durch den seinerzeitigen Ministerpräsidenten Dr. Gerhard Stoltenberg am Industriestandort Brunsbüttel im Jahr 1973 war von der ersten Ölkrise begleitet. Dennoch war die Prognose der seinerzeitigen Industriepartner mit einer **Wohnraumschaffung** für bis zu 40.000 Menschen avisiert. Eine dementsprechende Infrastruktur wurde geschaffen, bis heute vorgehalten und vor allem unterhalten.

Im Jahr 1967 trat der landeseigene Hafen in Funktion und schreibt nach der Privatisierung durch die SCHRAMM group im Jahr 1999 eine Erfolgsgeschichte.

Die **Untereberegion** wird mit den Konzernen - alle Unternehmen nenne ich jetzt mit der heutigen Firmierung; ansonsten würde das den Rahmen sprengen - Bayer Material Sciences, Bayer AG, TOTAL Bitumen Deutschland, Sasol Germany, YARA, SAVA, den Kernkraftwerken, der Firma Vesta Biofuels, dem Bioenergieheizkraftwerk und Brunsbüttel Ports zu einer Region mit hochqualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Der Minister hat es ausgeführt, über YARA schwebt das Damoklesschwert des Emissionshandels, der ab 2013 in die Umsetzung gelangen soll.

Aber nicht nur die genannten Unternehmen entwickeln qualifizierte **Arbeits- und Ausbildungsplätze**; auch die regionalen Handwerksbetriebe, die kleinen Betriebe aus Handel und Gewerbe, leisten ihren Teil und spezialisieren ihre Mitarbeiter für die anspruchsvollen Dienstleistungen in den Industriebetrieben.

Fast alle genannten Industrien sind energieintensive Betriebe. Daher ist und bleibt die Forderung aus der Region, Zeichen zu setzen, damit Brunsbüttel auch **Energiestandort** bleibt.

Der Standort Brunsbüttel ist aber nicht nur Industrie- und Energiestandort, sondern auch ein Standort mit hoher - -

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter, ich wollte Ihnen nur ein bisschen mehr Aufmerksamkeit verschaffen.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Vielen Dank. - Der Standort Brunsbüttel ist aber nicht nur ein Industrie- und Energiestandort, sondern auch ein **Standort mit hoher maritimer Bedeutung**. Er ist die Schnittstelle zwischen Nord- und Ostsee. Die Schleusentore sind das Bindeglied zwischen der Elbe und dem 100 km langen Nord-Ostsee-Kanal mit 116-jähriger Geschichte als meistbefahrenere künstlicher Wasserstraße der Welt.

(Zuruf: 99,9 km!)

- 99,9 km, sehr gut! Sie kennen sich aus, wunderbar. - Erforderlich ist der Neubau einer fünften **Expressschleuse** in Brunsbüttel, unter anderem zwecks notwendiger Sanierung der vorhandenen Schleusenkammern, um einem maritimen Super-GAU vorzubeugen. Das ist also eine Maßnahme mit höchster Priorität. Die Landesregierung ist an diesem Thema intensiv dran.

Um die Entwicklung des Industriestandortes weiter voranzubringen, ist auch der Ausbau der Infrastruktur von besonderer Bedeutung, damit die Häfen dem Standard der europäischen Häfen in der **Hinterlandanbindung** entsprechen und gleiche Wettbewerbschancen haben mit den Vorteilen für den Standort Schleswig-Holstein. Der Bund muss auch hier erkennen, dass Brunsbüttel ein Ergänzungspuzzle zum Hamburger Hafen ist.

Die Weiterentwicklung der Idee aus dem Anfang der 70er-Jahre ist ein stetiger Prozess, der kontinuierlich weitergeführt werden muss. Die letzte Großinvestition liegt mit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Brokdorf im Jahr 1986 lange zurück. Im Jahr 1995 hat die seinerzeitige Landesregierung die Landesanteile an der Wirtschaftsförderung auf die Kreise Steinburg, Dithmarschen und die Stadt Brunsbüttel übertragen.

In Anbetracht der katastrophalen finanziellen Lage durch die Verschuldung aufgrund der Altlasten ist die Handlungsfähigkeit der jetzigen Landesregierung jedoch mehr als eingeschränkt. Die Landesregierung steht jedoch zur Weiterentwicklung des Standortes, steht zur Modernisierung der Hafenkapazitäten.

Investitionen in die **Erweiterung der Hafeninfrastruktur** sind von elementarer Bedeutung - der Minister hat es ausgeführt -, um den Brunsbütteler Hafen für die Offshore-Projekte vorzubereiten. Der

Aufbau einer Offshore-Pier ist die Grundlage des weiteren Handelns und wird durch die Akteure vor Ort intensiv vorangetrieben. Auch hier - der Minister hat es gesagt - steht die Landesregierung mit einem zweistelligen Millionenbetrag Gewähr bei Fuß.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die egeb, ist ein Unernehmen mit derzeit 35 Vollzeitkräften. Diese nehmen neben Aufgaben der Arbeits-, Aus- und Fortbildungssituation, des Technologietransfers, des Wissenschaftsparks, der Existenzgründung weitere technische Dienstleistungen wahr. Sie entwickeln und begleiten ständig und kompetent Vermarktungsstrategien für mögliche Investitionen und Ansiedlungen. Die jetzige Landesregierung ist auch in dieses Thema intensiv eingebunden und unterstützt aus Leibeskraften.

Die **Energiewende** kostet am Standort zurzeit Arbeitsplätze, was auch die Entwicklung der Arbeitslosenquote in Dithmarschen aktuell zeigt, die heute der Presse zu entnehmen ist. Ein positives Signal kommt zumindest vonseiten der Bayer AG, der Bayer Material Sciences, die mit einer dreistelligen Millioneninvestition die Sicherung - nicht die Schaffung, sondern die Sicherung - von circa 150 Arbeitsplätzen auf den Weg gebracht hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Brunsbüttel befindet sich durch die Vielzahl von mittlerweile ausländischen Konzernen im Wettbewerb mit vielen insbesondere ausländischen Standorten. Die Ansiedlung des **Steinkohlekraftwerks** am Standort könnte die Grundlage für einen Technologiepark zur Entwicklung und Anwendung von Energiespeichertechnologien werden. Diesen Kristallisationspunkt gilt es nunmehr aufzubauen.

Durch die jüngste Entwicklung in der Energietechnologie ist die Chance für die Ansiedlung von Zukunftstechnologien, von Forschung und Industrieunternehmen gegeben. Das bedeutet die Kompensation für die Verluste an Arbeitsplätzen und die Schaffung zusätzlicher hochqualifizierter Arbeitsplätze.

Unter dem Stichwort erneuerbares Methan kann ein Weg zur **Stromspeicherung** durch die Kopplung von Strom- und Gasnetzen ermöglicht werden. Der Kampf um Investitionen, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht weiter. In diesem sensiblen Umfeld benötigt der Standort jede Unterstützung. Herr Minister, Ihnen vielen Dank für den Bericht und für den Einsatz für die Region.

(Jens-Christian Magnussen)

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Detlef Buder das Wort.

Detlef Buder [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich ganz besonders, dass wir heute fernab von aktuellen Problemen wie zum Beispiel der Frage der Sondermüllverbrennung in der SAVA und der Verwerfungen, die sich da ergeben haben,

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Verwerfungen?)

- ja, Verwerfungen; ich will das vorsichtig umschreiben -, die wir ja ausführlich im Landwirtschafts- und Umweltausschuss besprochen haben, zu Brunsbüttel nicht über diesen Bereich debattieren, sondern über Fragen, die die Finanzen und die Steuerkraft dieses Raums betreffen.

Die **wirtschaftlichen Impulse**, die von **Brunsbüttel** in die gesamte **Westregion** ausstrahlen, sind unumstritten. Natürlich verdient der Raum Brunsbüttel wie auch in der Vergangenheit die Unterstützung durch die Landespolitik. Das machen wir nicht das erste Mal, wie man sich erinnern kann. Nach der zuletzt geführten Debatte im März 2006 hätte ich mir allerdings einen schriftlichen Bericht und nicht nur einen mündlichen Bericht der Landesregierung als vertiefende Diskussionsgrundlage zu den Themen Industriesektor, maritime Wirtschaft, Verkehrsinfrastruktur und Energiebranche gewünscht. Natürlich kann man die Ausführungen des Wirtschaftsministers im Protokoll nachlesen, und dann haben wir das ja auch schriftlich. Wir können uns alle freuen, dass der Minister an den Industriestandort Brunsbüttel glaubt.

Aber meine lieben Kollegen Kumbartzky und Magnussen, ich habe den Eindruck, Sie brauchen wohl einen Tätigkeitsnachweis für die Kandidatenskür vor Ort, weil Sie diesen Bericht bestellt haben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Denn mit Ausnahme der Ausführungen des Ministers, dass wir größere Investitionen bei TOTAL und Bayer haben - er hat beschrieben, welche Breite die Investition dort einnimmt -, haben wir eigentlich nicht viel Neues erfahren. Die Diskussion um das **Steinkohlekraftwerk** liegt auch nicht erst seit heute auf dem Tisch, sondern die Diskussion vor Ort,

insbesondere mit den Gegnern dieses Steinkohlekraftwerks, habe ich geführt. Da hätte ich mir mehr Engagement von Ihrer Seite gewünscht.

(Beifall der Abgeordneten Thomas Rother [SPD], Ulrich Schippels [DIE LINKE] und Björn Thoroé [DIE LINKE])

Für mich sind diese Sektoren, die ich eben genannt habe, nicht trennbar, sondern gemeinsame Bausteine für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region. So kann die Entwicklung der energieintensiven Industrie nur mit einer gesicherten und preisgünstigen Energiebereitstellung - möglichst vor Ort - denkbar sein. Dass die Zeit vom Atomstrom abgelaufen ist, ist inzwischen unstrittig.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Buder, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Detlef Buder [SPD]:

Ja, natürlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte, Herr Matthiessen, Sie haben das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Buder, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie eben bemängelt haben, dass die Landesregierung den Gegnern des Kohlekraftwerks - im Gegensatz zu Ihnen, der es getan hat - die Sinnhaftigkeit des Projekts nicht genügend klargemacht hat? Sie haben mit anderen Worten ausgeführt, Sie hätten für sich das Kohlekraftwerk mit den Gegnern auseinandergesetzt und sich sehr für den Bau dieses Kohlekraftwerks starkgemacht und die Landesregierung hätte dieses zu wenig unterstützt. So habe ich Sie verstanden. Ich frage das vor dem Hintergrund eines Beschlusses Ihrer Partei, den Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein abzulehnen.

Detlef Buder [SPD]:

Herr Kollege, meine Bemerkung war eine Bemerkung vor der seinerzeitigen, historischen Situation und der Gespräche, die sich seinerzeit in Brunsbüttel ergeben haben, als es darum ging, Kraftwerke dort neu aufzulegen, weil wir der Meinung waren, der Betrieb des KKW sei zu beenden. Als Alternative stellte sich historisch seinerzeit dar, dass wir

(Detlef Buder)

dann - das war auch die Beschlusslage dieses Hauses - Kohlekraftwerke mit der Bevölkerung vor Ort diskutieren. Diese Diskussion habe ich eben gemeint. An dieser Diskussion habe ich als Einziger teilgenommen, der damals meine Position vertreten hat. Die Landesregierung habe ich bei dieser Diskussion nicht vertreten, und es war auch nicht meine Aufgabe, sie zu vertreten.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Magnussen?

Detlef Buder [SPD]:

Ja, bitte.

Jens-Christian Magnussen [CDU]: Herr Kollege Buder, ist Ihnen bekannt, dass die Ratsversammlung Brunsbüttel intensiv in diesem Prozess eingebunden war und dass der Kollege Kumbartzky und meine Person Mitglieder der Ratsversammlung Brunsbüttel sind und wir uns intensiv mit den Bürgern und den Einwendern vor Ort auseinandergesetzt und uns nicht auf den Marktplatz gestellt haben, sondern versucht haben, das in konstruktiven Gesprächen auf den Weg zu bringen?

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Was haben Sie gegen Marktplätze?)

- Bei der Diskussion mit den Bürgerinitiativen auf dem Marktplatz waren Sie nicht dabei. Bei den Diskussionen, die Sie in der Ratsversammlung geführt haben, müssen Sie dabei gewesen sein, weil Sie Ratsherr sind. Ich weiß nicht, was an meiner Aussage falsch sein soll.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das ist keine verzerrte Wahrnehmung der Wirklichkeit, Herr Kollege, sondern das ist eine Darstellung dessen, was sich damals abgespielt hat.

Es kommt daher entscheidend darauf an, wie die Weichen für den Energiestandort Brunsbüttel gestellt werden. Es ist aus meiner Sicht inzwischen müßig, darüber zu diskutieren, ob nicht etwas Besseres als ein Kohlekraftwerk in Brunsbüttel entstehen kann. Fakt ist, dass die Genehmigungen für SüdWestStrom für 1,8 MW-Meiler Schritt für Schritt erteilt werden.

Damit wird das Kohlekraftwerk kommen. Wir müssen dafür sorgen, dass die damit verbundenen Fra-

gen wie die Anlandung und Lagerung von Kohle möglichst umwelt- und gesundheitsverträglich gelöst werden können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Erfreulich ist aus meiner Sicht auch die Meldung, dass in Hemmingstedt die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, dass Windstrom in Wasserstoff verwandelt und das in einer Salzkaverne gespeichert werden kann. Dies ist die richtige Antwort auf die **Herausforderungen der Energiewende** und viel besser, als unsere unterirdischen Speicher im Rahmen der CCS-Technik mit der Speicherung von CO₂ zu blockieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nun zu dem aus meiner Sicht wichtigsten Zukunftsthema: die Erweiterung der bestehenden und Schaffung neuer **Hafenflächen** in Brunsbüttel. Neben den bereits bestehenden und hoffentlich steigenden Umschlägen - vor allem für die chemische Industrie und die Kohlenutzung und natürlich auch für die Firmen in Hamburg - ist ein wichtiger Impuls durch die **Offshore-Windkraft** zu erwarten.

Wir müssen hier im Parlament gemeinsam die Interessen von Brunsbüttel gegenüber den Wettbewerberhäfen in anderen Bundesländern vertreten und die Infrastruktur insgesamt ertüchtigen. Dazu gehört die **Verkehrsanbindung** der Region mit Bahn und Auto. Deshalb bedaure ich es in diesem Zusammenhang sehr, dass die Diskussion über die A 20 abgesetzt worden ist. Die Fragen der B 5 hat der Minister teilweise angesprochen. Die Fragen einer Fähranbindung bis zur Fertigstellung der A 20 und der sogenannten westlichen Elbquerung wären hier auch zu diskutieren. Ich vermisse, hier so etwas wie einen gemeinsamen Masterplan für den Ausbau der Infrastruktur gemeinsam diskutieren zu können, der Schritt für Schritt zu erfolgen hätte. Das können wir allerdings im Wirtschaftsausschuss nachholen. Da sehe ich die Ausführungen des Ministers als einen möglichen Ansatzpunkt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Rede von Herrn Buder, die

(Oliver Kumbartzky)

wirklich mit feurigem Beifall bedacht worden ist, komme nun ich.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels
[DIE LINKE])

Man kann sich des Eindrucks, dass einige Oppositionsfraktionen Brunsbüttel nur als Kernenergiestandort oder als Standort der SAVA kennen, nicht erwehren. Brunsbüttel hat aber noch viel mehr zu bieten. Brunsbüttel hat Industrie, maritime Wirtschaft, und natürlich geht es bei der ganzen Sache auch um Verkehrsinfrastruktur. Ich danke dem Wirtschaftsminister für seinen Bericht und das klare Bekenntnis zum **Industrie- und Energiestandort Brunsbüttel**.

Vor dem Hintergrund der Stilllegung des Kernkraftwerks braucht Brunsbüttel ein neues Geschäftsmodell mit neuen Konzepten. Die Zukunft liegt vor allem im Energiesektor und in einer umfassenden Anbindung an die Metropolregion Hamburg.

(Zuruf der Abgeordneten Sandra Redmann
[SPD])

Der **Wirtschaftsraum Brunsbüttel** muss gestärkt und ausgebaut werden. Das trifft, wie gesagt, hauptsächlich auf Brunsbüttel als Energiestandort zu, denn in Brunsbüttel wird der Energiemix wirklich gelebt. Ich meine damit nicht nur das Kernkraftwerk oder geplante Kohlekraftwerksblöcke. Riesiges Potenzial steckt auch in den regenerativen Energien. Man muss sich in Brunsbüttel nur einmal umschauen. Brunsbüttel ist umrahmt von Windkraftanlagen. Auch kleine Windkraftanlagen spielen eine große Rolle. Natürlich gibt es sehr viele Solaranlagen und Solarparks. Im Industriegebiet befindet sich ein großes Biomasseheizkraftwerk, und am Elbehafen werden immer mehr Offshore-Komponenten verschifft.

Wo wir gerade beim Hafen sind: Der Brunsbütteler Elbehafen hat sehr gute Perspektiven, sich als Hafen für Montage, Produktion und Verschiffung von Großkomponenten zu entwickeln. Aufgrund der umfangreichen hafennahen Freiflächen, der vorhandenen Hafenstruktur und Wassertiefen sowie dem umfangreichen Know-how der Hafentreiber beim Umschlag von Windenergieanlagen kann sich Brunsbüttel durchaus mit seinen Mitbewerbern aus Cuxhaven oder Bremerhaven messen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Ich begrüße daher außerordentlich, dass die Landesregierung bereit ist, die Schaffung entsprechender **Hafenkapazitäten** in Brunsbüttel zu fördern.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Sandra Redmann [SPD])

- Aber Sie sehen, dass Schwarz-Gelb definitiv für Offshore ist - und das ist gut so.

(Beifall bei FDP und CDU)

- Jetzt kommt der Applaus im Sekundentakt. Das ist fein.

Der Wirtschaftsraum Brunsbüttel - immerhin das größte Industriegebiet Schleswig-Holsteins - bietet aber noch viel mehr. Er bietet beispielsweise Platz für Hamburger Unternehmen für Zukunftstechnologien, die vor Ort keine Flächen mehr finden und die ihre Produktion nach Brunsbüttel verlagern. Brunsbüttel bietet dafür nicht nur ausreichende Flächen, sondern auch noch qualifizierte Arbeitskräfte dazu.

Damit der Standort gestärkt wird, muss dieser natürlich auch verkehrlich gut erschlossen und angebunden sein. Die FDP-Landtagsfraktion setzt daher weiterhin darauf, dass der **Ausbau der A 20** mit einer Elbquerung bei Glückstadt zügig vorangetrieben wird. Wir wollten ursprünglich in dieser Tagung zu diesem Thema reden. In dem Antrag von CDU und FDP wollten wir die Landesregierung auffordern, die notwendigen Planfeststellungsbeschlüsse zügig herbeizuführen. Das holen wir im August nach. Ich sage aber auch ganz deutlich: Der Landtag soll die Landesregierung natürlich bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung zur Finanzierung des Ausbaus der A 20 inklusive der Elbquerung natürlich unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion tun das. Ich habe einen sehr bemerkenswerten Änderungsantrag der Grünen zum Thema A 20 gesehen. Dort ist von einer Neubewertung der Verkehrsprojekte die Rede. Außerdem steht in dem Antrag etwas von alternativen Elbquerungen mit Fähren oder an anderen Standorten.

(Zurufe)

- Schwebefähre, wer weiß das schon. Ich freue mich wirklich auf die Debatte. Zurück zu Brunsbüttel: Neben dem Ausbau der A 20 ist auch das **Thema B 5** immens wichtig, das muss weiter angeschoben werden.

(Oliver Kumbartzky)

Aber nicht nur die Straßenanbindung spielt eine wichtige Rolle. Durch die Lage Brunsbüttels am Schnittpunkt von Elbe und Nord-Ostsee-Kanal sind die Stadt und der Wirtschaftsraum stark maritim geprägt. Das spielt nicht nur im Bereich des Tourismus eine wichtige Rolle, wobei der Tagestourismus noch enorme Chancen bietet, sondern dies ist auch für die **maritime Wirtschaft** von Belang. Wir haben vor einigen Monaten im Landtag über den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals debattiert und waren uns fraktionsübergreifend einig: Der Ausbau des Kanals muss kommen; ebenso wie der Bau der fünften Schleusenkammer. Sogar die Grünen waren dafür. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

In Brunsbüttel wurde und wird viel investiert. Die Beispiele YARA, Bayer, TOTAL, SWS und der Hafen wurden genannt. Besonders die mittelständischen Handwerksbetriebe in und um Brunsbüttel werden davon profitieren. Brunsbüttel ist ein kraftvoller Wirtschaftsraum, aber er ist nicht nur das. Brunsbüttel ist auch ein attraktiver **Wohnort**. Er ist lebens- und liebenswert, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Sehen Sie es mir nach, wenn ich sage, dass ich natürlich will, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Es gilt, hierfür die Weichen zu stellen, wozu die regierungstragenden Fraktionen und die Landesregierung ihren Beitrag leisten.

Dem Wirtschaftsminister sage ich abermals Dank für den Bericht und für sein Engagement für Brunsbüttel. Die Landesregierung unterstützt die Ansiedlung von Unternehmen sowie vorhandene Unternehmen, und allen ist klar: Der Wirtschaftsraum Brunsbüttel hat einen großen Stellenwert bei der Landesregierung und in der Landespolitik.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Brunsbüttel steht wie keine andere Region in Schleswig-Holstein für die Old Economy, für Kernkraft, für Chemie und Ölraffinerien. Herr Kumbartzky, wenn ich nach Brunsbüttel fahre, dann fühle ich mich manchmal an das Ruhrgebiet erinnert. Dort bin ich aufgewachsen. Doch wie einst das Ruhrgebiet steht die **Region Brunsbüttel** auch vor einem **Strukturwandel**, den es zu gestalten

gilt. Das Pannatomkraftwerk wird stillgelegt. Für viele Menschen in der Region ist das eine große Erleichterung. Nun besteht die Chance, die Zukunft der erneuerbaren Energien mitzugestalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gerade in Brunsbüttel könnte die Landesregierung beweisen, dass sie sich für eine moderne, nachhaltige Industriepolitik im 21. Jahrhundert stark macht und dass sie versteht, wie das funktioniert, doch genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es gerade gehört: Sie sehen die Zukunft Brunsbüttels immer noch als Standort für neue **Kohlekraftwerke**. Das ist alte Denke. Kohlekraftwerke sind nicht notwendig als Brücke zu den erneuerbaren Energien.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Herr de Jager, wir fordern Sie auf: Erteilen Sie dem geplanten Steinkohlekraftwerk von SüdWestStrom eine Absage. Das ist die falsche Priorität. Herr Buder, ich muss Ihnen sagen: Ordnungspolitische Rahmengesetzgebungen wie das von meinem Kollegen Detlef Matthiessen lange diskutierte Landesentwicklungsgrundsatzgesetz könnten dies verhindern. Ich empfinde auch, dass Sie in der Legitimationsfrage sind. Sie haben einen unauflösbaren Widerspruch, in den Sie sich als Landesregierung hineinbegeben, wenn Sie dieses neue Kohlekraftwerk bauen lassen. Dieses Kraftwerk soll bekanntlich capture ready sein. Das heißt, Sie wollen CO₂ abscheiden. Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, wo Sie das CO₂ einlagern wollen. Wo ist hier die Logik? - Sie stellen sich hier im Landtag hin und sagen. Wir wollen keine Einlagerung in Schleswig-Holstein haben. Das ist richtig. Wollen Sie eine Pipeline nach Brandenburg bauen? - Wollen Sie das CO₂ im Meeresboden an der Nordseeküste versenken, oder wollen Sie die wichtigen Kavernen in Brunsbüttel mit CO₂ vollstopfen? - Wir sagen: Die Zukunft liegt bei der Speicherung der Energie und bei der Windenergie sowie der **Speicherkapazität**. Das ist die Herausforderung für Brunsbüttel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Sandra Redmann [SPD])

Herr Minister, Sie waren gestern mit mir auf der Veranstaltung der WindCom. Ich fand diese Veranstaltung ausgesprochen spannend. Ich habe dort mit einem Vorstandsvorsitzenden gesprochen, der eine

(Dr. Andreas Tietze)

Technologie entwickelt hat, um durch Elektrolyse Wasserstoff abzuspeichern; aber nicht in der harten Form, sondern in Form eines Butangases. Er hat das erklärt. Das ist eine neue Innovationstechnik, die er erforscht hat. Das sind die **Innovationen**, die wir in Schleswig-Holstein jetzt sehr aufmerksam registrieren und entwickeln müssen. So können wir Brunsbüttel zu einem Standort der New Economy, zu einem Standort der erneuerbaren Energien machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ändern Sie Ihre Strategie. Die Devise heißt Zukunft durch Modernisierung. Die historische Wende, die wir jetzt im Bereich der Atomenergie und der Atomkraft haben, müssen Sie auch bei der Kohlekraft vollziehen. Ändern Sie Ihre Denke, machen Sie unser Land zukunftsfähig. Wir brauchen die industrielle Transformation. Dies muss ein Schwerpunkt der Politik in Schleswig-Holstein sein. Das gilt insbesondere für Brunsbüttel.

(Lachen des Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Sie lachen. Wir brauchen die technologische Erneuerung in allen Industriezweigen. Herr von Boetticher, was wir nicht brauchen, sind alte Strukturen in den Köpfen alter Industriepolitik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe zu, es ist für mich als Politiker der Grünen eine neue Herausforderung, mich mit **Industriepolitik** zu beschäftigen.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So ist es!)

Gerade zukunftsweisende, grüne Technologien bringen die Industriepolitik von Morgen und die ökologischen Aufgaben der Zukunft aber zusammen. Wirtschaftspolitik muss sich genau daran messen lassen, wie sie technologische, ökologische und soziale Innovationen fördert.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. von Abercron?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich möchte meine Rede gern im Zusammenhang fortsetzen. - Ich gehe im Besonderen auf das Beispiel der **Chemieindustrie** ein. In einer nachhaltigen, ökoeffizienten Chemieindustrie werden hoch-

innovative Produktsegmente wie neue Leichtbaumaterialien, Beschichtungen, Materialien für Niedrigenergiehäuser, Reinigungsmittel, Schmierstoffe, Biokunststoffe, Farben oder Technologien zur CO₂-Vermeidung hergestellt. Die Produktion einer modernen Industrie muss auf Recycling, Kreislaufwirtschaft und schonenden Ressourceneinsatz setzen. Innovative Unternehmen in Schleswig-Holstein könnten sich in Brunsbüttel ansiedeln, die mit Hilfe der weißen Biotechnologie diese industrielle Basis der Chemieindustrie und der Kunststoffindustrie und die Umstellung und Umsteuerung vom Öl weg hin zu nachwachsenden Rohstoffen steuern.

Das ist eine zukünftige Industriepolitik, wie wir sie in Schleswig-Holstein brauchen. Eine One-Size-fits-all-Lösung wird es nicht geben. Wir brauchen Umbaustراتيجien für einzelne Sektoren und Branchen. Herr Minister, allerdings brauchen wir auch klare strategische **Zielvorgaben**. Wir brauchen nicht die eierlegende Wollmilchsau, aber die Entwicklung solcher Strategien kann nur gelingen, wenn wir sie unter Einbeziehung des Wissens der handelnden Akteure, der Unternehmen, der Gewerkschaften, der Ingenieurinnen und Ingenieure und der Entwicklerinnen und Entwickler gemeinsam gestalten.

In Brunsbüttel wurden schon sehr viele Windkraftanlagen aufgestellt. Jetzt geht es aber um den Einstieg in das Offshore-Geschäft. Hier heißt es: Gas geben. Brunsbüttel hat noch die Chance, als **Offshore-Basishafen** mitzumischen, allerdings müssen wir schnell über die notwendigen Investitionen entscheiden.

Dazu liegt von Uniconsult ein sehr beachtenswertes Gutachten aus dem August 2010 zu Brunsbüttel vor. Es besagt, dass das Potenzial gerade in der Offshore-Technologie bis 2030 2.500 neue Arbeitsplätze mit einer Lohnsumme von über 100 Millionen € im Jahr mit fiskalischen Effekten - Finanzpolitiker aufgepasst - von jährlich 45 Millionen € auslösen wird. Das ist ein Green-New-Deal, wie unser Land ihn braucht. Das ist eine Aufbruchstimmung für neue Technologien, und die liegen gerade in dieser Umsteuerung. Hier haben wir in Brunsbüttel Potenziale, die wir heben können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es wurde schon angesprochen: Auch wir Grüne unterstützen den **Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals**. Wir haben kein Verständnis dafür, dass man jetzt von den Fraktionen von CDU und FDP aus die Elbvertiefung wieder ins Spiel bringt. Wir brauchen

(Dr. Andreas Tietze)

die patriotische Haltung, dass Schleswig-Holstein dann gewinnt, wenn der Nord-Ostsee-Kanal ausgebaut wird. Die fünfte Schleuse muss endlich gebaut werden. Mit dem zügigen Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals werden genau diese Arbeitsplätze gesichert und wird genau diese Region gestärkt. Wir sorgen für kürzere Schiffspassagen, wir sparen Treibstoffe. Das ist eine moderne Politik in Zeiten des Klimawandels.

Für uns steht eine umweltverträgliche Wirtschaft mit minimalem Ressourcenverbrauch, maximaler Energie- und Materialeffizienz und vielen neuen Ideen im Vordergrund. Das ist unsere Vorstellung von Wirtschaftspolitik; auch und gerade für Brunsbüttel. Das ist die Zukunft für die Unternehmen und für die Beschäftigungsentwicklung, und es ist auch die strategische Herausforderung einer Landesregierung für die Standortpolitik in Brunsbüttel und Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroer das Wort.

Björn Thoroer [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am heutigen Tag lässt sich gut die Schwerpunktsetzung von CDU und FDP erkennen. Statt heute über den geplanten und eingebrachten Dringlichkeitsantrag zu Steuersenkungen zu reden, reden wir über den **Wirtschaftsraum Brunsbüttel**. Ich frage mich, was passieren würde, wenn alle Direktkandidaten die gleichen Anträge für ihre eigenen Wahlkreise stellen würden. Dann hätten wir relativ viel zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch im Haushalt des Wirtschaftsministeriums lässt sich eine gewisse Schwerpunktsetzung erkennen. Es gibt dort den Titel „Abwicklung von Verflechtungen aus Ansiedlungsverträgen für den Wirtschaftsraum Brunsbüttel“. Dort sind für 2011 und 2012 Mittel in Höhe von 16 Millionen € eingestellt; das entspricht ungefähr der Kürzung des Blindengeldes in diesen Jahren. Nun gut. Alles das ist die Politik von Schwarz-Gelb. Man macht etwas für die Renditen der Unternehmen, und das dafür notwendige Geld wird aus dem Bildungs- und Sozialhaushalt geholt. Unser Politikvorschlag lautet: Alles für die Lebenschancen derjenigen, die den Wohlstand des Landes erarbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Schleswig-Holstein muss gute Bildungs- und Ausbildungschancen für Kinder und Jugendliche bieten. Wir müssen attraktiv für junge Familien und qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden; davon würden auch die Unternehmen profitieren.

(Beifall bei der LINKEN)

In Brunsbüttel wird außerdem gerade über den Neubau eines Kohlkraftwerks debattiert. Dies lehnt DIE LINKE ab. Neue **Kohlekraftwerke** zu bauen würde niemandem nutzen. Die Lebensqualität in der Region würde aufgrund von Schadstoffen in der Luft sinken. Niemand glaubt wirklich, dass ein Kohlekraftwerk in Brunsbüttel ohne CCS-Technologie gebaut werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE setzt auf Brunsbüttel als **Windkraftstandort**. Auch Überlegungen, in Brunsbüttel Wasserstoff zu produzieren, um Energie speichern zu können, findet DIE LINKE überlegenswert.

Brunsbüttel hat mit seiner Lage am Nord-Ostsee-Kanal durch große Freiflächen natürliche Standortvorteile. Eine sinnvolle Wirtschaftspolitik könnte zum Beispiel darauf hinwirken, den **Hafen** in eine Kooperation mit anderen Häfen einzubinden und nicht in unsinnigen Konkurrenzkämpfen allein dastehen zu lassen.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Landesregierung Zuschüsse für den Hafenausbau zur Verfügung stellt, dann muss sie, so denken wir, auch Anteile am privaten Hafentreiber bekommen. Es sind schon genug Steuermittel an Private einfach verschenkt worden.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der CDU)

DIE LINKE will für Brunsbüttel das, was sie für ganz Schleswig-Holstein fordert, nämlich eine Politik, die sich an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiert: gute Löhne, gute Infrastruktur und gute Bildungsmöglichkeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion des SSW hat der Herr Kollege Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In **Brunsbüttel** liegt das größte **Industriegebiet** unseres Landes. Die Wirtschaftsförderung vor Ort gibt an, dass mehr als 12.000 Arbeitsplätze in der Region von Brunsbütteler Unternehmen profitieren und über 4.000 davon direkt in Brunsbüttel. Diese beeindruckenden Zahlen sind aus unternehmerischen Maßnahmen, einer gezielten Wirtschaftsförderung und nicht zuletzt aus einer exzellenten Verkehrsinfrastruktur zu erreichen. Was Brunsbüttel ausmacht, das ist seine Lage an Elbe und Nord-Ostsee-Kanal und seine drei Häfen. Diese Fakten sollten der Landesregierung eigentlich gegenwärtig sein. Die Wartung und Pflege des industriellen Motors des Landes sollte nicht nur beim zuständigen Wirtschaftsminister, sondern bei der gesamten Landesregierung ganz oben auf der Agenda stehen. Tut es aber nicht.

Stattdessen verharrt die Landesregierung in der Rolle als Beobachter. Da wird begrüßt und gutgeheißen, ermuntert und gelobt. Die Landesregierung hat aber keine eigene Vision, jedenfalls bis heute nicht, aufgestellt, wie und mit wem sich der Wirtschaftsraum Brunsbüttel entwickeln könnte und wie dieser Raum verkehrstechnisch weiter erschlossen werden soll. Man wartet und verschanzt sich hinter Machbarkeitsstudien.

Der Ministerpräsident hat anlässlich der 725-Jahr-Feier in Brunsbüttel lediglich weitere Flächen in Aussicht gestellt, auf denen Windenergieanlagen gebaut werden könnten. Das wussten wir allerdings auch schon vorher. **Perspektiven** sehen anders aus.

Dabei müssen die **Hafenanlagen** schleunigst in Abstimmung mit den Nachbarhäfen ausgebaut werden. Wer schon einmal in Rotterdam oder London war, weiß, dass sich Hafenanlagen über viele Kilometer erstrecken und doch von einer Stelle aus gemanagt werden können. Das übrigens sehr erfolgreich. Nur entlang der Elbe regieren drei Bundesländer jeweils über ihre Abschnitte und graben ihren Häfen dabei im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser ab.

Erste Ansätze gibt es, bemerkenswerterweise allerdings von unten nach oben. So präsentierten sich die Brunsbütteler Häfen auf der Münchner Logistik-Messe auf einem gemeinsamen Stand mit den Hamburgern, um für die Verschiffung von Offshore-Windanlagen zu werben. Jetzt muss zügig ein passgenaues Angebot entwickelt werden. Die notwendigen Hafenanlagen müssen in unmittelbarer

Zukunft gebaut werden; andernorts ist man schon weiter.

Bremerhaven hat bereits ein Terminal, um Windkraftanlagen verschiffen zu können, und Cuxhaven baut einen eigenen Verladehafen. Die Konkurrenz schläft also im Gegensatz zu uns nicht.

Trotzdem warne ich vor einer einseitigen Ausrichtung der Hafenentwicklung auf den Offshore-Markt. Ohne Zweifel steckt Offshore-Windkraft noch in den Kinderschuhen und hat erheblich Wachstumschancen. Aber der Norden muss sich breiter aufstellen. Das sichert in Krisenzeiten Stabilität und ist damit ein großer Wettbewerbsvorteil gerade für diejenigen, die als letzte auf dem Markt antreten wie die schleswig-holsteinischen Häfen. Ich warne davor, sich allzu selbstsicher auf ausschließlich eine Fertigkeit zu verlassen, im Fall Brunsbüttel nur auf die Verschiffung von Windanlagen.

Die Wirtschaftsgeschichte ist voll von Geschichten über den kometenhaften Aufstieg und dem tiefen Fall von Firmen, die sich einseitig orientiert haben und dann den Anschluss verpassen.

(Beifall beim SSW)

Darum sehe ich die **Hafenkooperation Offshore-Häfen Nordsee** als eine Teilstrategie für die zukünftige Ausrichtung unserer Häfen. Regelrecht bizarr wird es, wenn das Wirtschaftsministerium den internen Wettbewerb der Häfen innerhalb Schleswig-Holsteins noch befeuert. Ein integriertes Hafenkonzept fehlt. So kann man denn den Häfen ungestört vom Grünen Tisch aus den Garaus machen. Sie werden buchhalterisch ausschließlich als Kostenverursacher gesehen. Die verheerenden Folgen dieser Haltung werden die Menschen an der Westküste bald zu spüren bekommen.

Die Wirtschaft in Schleswig-Holsteins ist stark verwoben mit der Wirtschaft der Metropolregion Hamburg, und die hängt am Hamburger Hafen. Die Forderung des SSW nach einer Hafenkooperation ist derzeit aktueller denn je. Die Vorlage zur Enquete-Kommission strotzt nur so von Forderungen nach besserer Kooperation. Die Abwicklung des Kernkraftstandortes Brunsbüttel ist ein hervorragender Anlass, das Heft des Handelns jetzt in die Hand zu nehmen und by the way nicht Kohlekraftwerke zu bauen, sondern es muss geklärt werden, wie die Bedarfe der Wirtschaft bezüglich eines modernen Hafens sind. Das kann man natürlich nicht mittels eines kläglichen Vierzeilenantrags in Angriff nehmen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Magnussen?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Jens-Christian Magnussen [CDU]: Herr Kollege Harms, ist Ihnen bekannt, dass der Herr Wirtschaftsminister Biel in seinen Zeiten noch eine Hafenkooperation der Elbehäfen unter anderem mit Cuxhaven ratifiziert hat?

- Wenn ich über Hafenkooperation spreche, dann spreche ich über eine **Hafenkooperation der drei Bundesländer**. Dann spreche ich über Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein und, wenn man so will, auch noch über Bremen, weil Bremerhaven ja auch noch dazuzählt. Ich möchte, dass man sich zusammensetzt, eine eigene Konzeption macht und zusammen eigenständig diese Häfen als einen Hafen vermarktet und am Markt anbringt. Das ist bisher immer noch vernachlässigt worden, lieber Kollege. Und das ist etwas, das wir uns als Schleswig-Holstein nicht leisten können, weil wir der kleinste Partner dabei sind und am meisten darunter zu leiden haben.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Magnussen?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Jens-Christian Magnussen [CDU]: Ich muss noch einmal nachfragen, weil Sie eben den Zusammenhang mit den drei Bundesländern brachten. Mir ist bekannt, dass Cuxhaven in Niedersachsen ist, dass Hamburg ein eigenes Bundesland ist und dass Brunsbüttel mit den Häfen in Glückstadt in der Folge zu Schleswig-Holstein gehört, somit also eine Kooperation aller drei Bundesländer. Ich wollte eigentlich nur noch einmal nachfragen, ob Ihnen das auch so bekannt ist?

- Ich habe ja nichts gegen Kooperation, sondern ich habe Ihnen ja gerade eben schon einmal deutlich gemacht: Wenn ich über eine Hafenkonzepktion spreche, dann spreche ich über eine gemeinsame Vermarktung sämtlicher Häfen unter einem Dach.

Dann geht es darum, eben nicht nur zu schlafen und zu sagen: „Lasst die man wurschteln, wie sie wollen“, sondern dann geht es darum, politisch dafür zu sorgen, dass alle drei beziehungsweise sogar vier Bundesländer mit Bremen gemeinsam ihre Häfen an der Elbe und Elbmündung vermarkten, damit wir am Weltmarkt noch eine Chance haben, die wir sonst nicht hätten. Da hat das Schleswig-Holstein das größte Interesse daran, weil wir, wie gesagt, der kleinste Partner sind, der auch darauf angewiesen ist, mit den Hamburgern, mit den Bremern und mit den Niedersachsen zusammenzuarbeiten. Das hat Schleswig-Holstein völlig verschlafen.

Ich will die Zeit nicht weiter nutzen; denn das wäre auch mein Schlusswort gewesen. Wir müssen alle Häfen an der Elbe zusammenbringen. Wir müssen aber auch das tun, was der Kollege Tietze gesagt hat, nämlich **neue Technologien** voranbringen und nicht wieder auf die alten Technologien setzen. Auf den Unsinn mit Kohlekraftwerken können wir verzichten. Wir müssen eine Hafenkooperation haben,

(Beifall beim SSW)

und wir müssen sehen, dass wir wieder führend sind und uns nicht immer nur auf das verlassen, was vielleicht in den 70er-Jahren mal ganz toll war. Das mag ja die konservative CDU schön finden, aber es bringt uns nicht wirklich weiter, und das kostet uns langfristig Arbeitsplätze. Das können wir uns nicht leisten.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, einen Moment bitte. - Herr Dr. von Abercron, haben Sie sich zu einer Zwischenfrage oder zu einem Dreiminutenbeitrag zu Wort gemeldet? - Okay, das hat sich geklärt und ist notiert.

Jetzt sind wir bei den Dreiminutenbeiträgen, und ich erteile zunächst für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Herrn Kollegen Detlef Matthiessen das Wort.

Wir können die Pause nutzen, um auf der Tribüne die Mitglieder des Kulturforums Hessen zu begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen im schönen Schleswig-Holstein und hier im Landeshaus in Kiel!

(Beifall)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Industriestandort und Wirtschaftsstandort **Brunsbüttel** ist auch ganz wesentlich ein Energiestandort. Herr Minister, Sie haben noch einmal der Neuerrichtung eines **Kohlekraftwerks** an diesem Standort das Wort geredet. Wer ein Kohlekraftwerk baut, der treibt den Teufel Atom mit dem Beelzebub Klimavernichtung aus.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Mit einem Kohlekraftwerk in Brunsbüttel vervielfachen wir den CO₂-Ausstoß, den Treibhausgasausstoß Schleswig-Holsteins. Das darf nicht Realität werden.

Warum die Auflage erfolgt, dass die **capture ready** gebaut werden sollen, thematisieren Sie überhaupt nicht. Träumen Sie doch noch von einer CCS-Strategie für die Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein, oder was soll die Auflage, dass dort carbon capture and sequestration gemacht werden soll? Diese Fragen umschiffen Sie sehr einfach, Herr Minister. Wir werden den Finger weiter darauf legen. Dieses Kraftwerk verdient sein Geld auf Kosten der Umwelt, und das darf nicht sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Das Klima wird vernichtet, die Böden unserer Bauern in der Gegend werden vergiftet. Es ist eben nicht egal, wie wir unser Bruttoinlandprodukt erwirtschaften. Wir Grüne kämpfen seit Jahrzehnten für den **ökologischen Umbau** der **Industriegesellschaft**, und seit gestern sind wir mit der Beendigung des Atomprogramms in einem Punkt wesentlich weiter.

Meine Damen und Herren, wir haben auch in dem Beitrag des Kollegen Buder zur Kenntnis genommen, dass der sich in Brunsbüttel hingestellt und für Kohlekraftwerke geworben hat. Er fühle sich dabei von der Regierung allein gelassen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

So hat er das hier ausgeführt. Die SPD hat zwar einen Landesparteitagsbeschluss, wenn es aber darum geht, ein entsprechendes Grundstück des Landes für den Zweck zu verkaufen, fliegen die roten Hände bei der Abstimmung im Landtag nach oben.

(Zurufe von CDU und FDP: Moorburg!)

Wenn es darum geht, einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu verabschieden, wenn die Machtmöglichkeit, die uns das Volk durch Wahlen gegeben hat, vor Ort besteht, dieses Projekt zu verhindern, fliegen die roten Flossen bei der Abstimmung in der Kommunalvertretung in Brunsbüttel für dieses Vorhaben nach oben.

(Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Ich sage Ihnen zum wiederholten Mal: Die Pläne für den Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein entsprechen nicht unseren Vorstellungen. Brunsbüttel hat Zukunftschancen, aber es müssen nachhaltige Arbeitsplätze sein, Zukunftsfähigkeit heißt Nachhaltigkeit.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: In Nordrhein-Westfalen unterstützen die Grünen den Kohlepakt! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat nun der Herr Kollege Dr. Michael von Abercron das Wort.

Dr. Michael von Abercron [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Tietze, lieber Herr Kollege Matthiessen, ich widerspreche ungern, gerade wenn es um wissenschaftliche und fortschrittliche Fragen am Standort Brunsbüttel geht, aber eine Sache muss klargestellt werden. Die Möglichkeit, **capture ready** zu bauen, halte ich für dringend notwendig und sinnvoll. Warum? - Weil es natürlich nicht nur darum geht, das CO₂ irgendwo unterirdisch abzulagern, sondern darum, es zu nutzen. Die Möglichkeit, es zu nutzen, ist sinnvoll.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist auch im Sinne der Umwelt. Denken Sie an die Herstellung von Harnstoff! Dafür braucht man CO₂. Wir haben ein Harnstoffwerk, das Düngemittel herstellt. Sie können CO₂ als Düngemittel im Treibhaus oder als Kühlmittel einsetzen. Warum wollen wir das nicht nutzen? Können Sie mir das erklären?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Olaf Schulze von der SPD-Fraktion.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Kollege Matthiessen, ich widerspreche ungern, weil ich weiß, dass Sie Fachmann sind. Zuzuhören, was der Kollege Buder gesagt hat, hätte geholfen, es hätte geholfen, wenn man richtig zuhört und nicht irgendetwas hineininterpretiert hätte, was man gern gehört hätte.

Herr Buder hat nicht gesagt, er sei für Kohlekraft, sondern Herr Buder hat gesagt, er habe sich als Einziger der Diskussion in **Brunsbüttel** gestellt. Das ist etwas anderes, als zu sagen: Ich bin für Kohlekraft.

Herr Buder hat sich der Diskussion vor Ort gestellt. Sie wissen, dass wir im Landtag gesagt haben: Wir würden dort lieber ein GuD-Kraftwerk errichten. Dazu stehen wir. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass die Ratsversammlung in Brunsbüttel etwas beschlossen hat und B-Pläne beschlossen worden sind, über die wir nicht einfach hinweggehen und sagen können: Das gibt es nicht.

Nun kann man sich natürlich vor Wahlen immer hinstellen und sagen: Wenn wir erst einmal an die Regierung kommen, werden wir das alles verändern, und dann werden wir das stoppen. Das haben Sie in **Hamburg** gemacht. Da gab es einen Koalitionspartner, und Sie haben vorher gewusst, was der Koalitionspartner CDU macht.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Trotzdem haben Sie sich hingestellt und gesagt: Wenn wir in Regierungsverantwortung sind, wird das Kohlekraftwerk Moorburg nicht gebaut. - Herzlichen Glückwunsch! Sie haben dort auf ganzer Linie versagt.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Sich immer hinzustellen und zu behaupten, die Roten machten etwas anderes, als sie sagten, können Sie zwar weiter machen, aber es wird dadurch nicht richtiger. Man sollte sich erst einmal an seine eigene Nase fassen, bevor man auf andere Leute zeigt.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Zurufe)

- Möchten Sie sich zu Wort melden? Sonst möchte ich jetzt gern fortfahren.

(Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 17/1596 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein Antrag gestellt, und deshalb ist der Tagesordnungspunkt damit erledigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 34 B auf:

Keine Bevormundung der Kreise und Kommunen bei der Schülerinnen- und Schülerbeförderung

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1644 (neu)

Keine Ersatzvornahme gegen Kreise bei der Schülerbeförderung

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1653

Schülerbeförderung - die Kreise über Elternbeteiligung entscheiden lassen

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1654

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Ulrich Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich sagen, dass ich froh darüber bin, dass wir heute über dieses Thema diskutieren und dass die Dringlichkeit vom ganzen Hohen Haus anerkannt worden ist.

(Vereinzelter Beifall)

Dafür mein Dank, und ich hoffe, dass das so weitergeht und unserem Antrag beziehungsweise dem Antrag der SPD zugestimmt wird.

Meine Damen und Herren, im Land wird die zum kommenden Schuljahr auferlegte **Elternbeteiligung** an den **Schülerbeförderungskosten** heftig kritisiert - wie wir meinen, zu Recht. Die Kritik kommt vom Landeselternbeirat. Die Kritik kommt von den betroffenen Eltern, sie kommt von den Schülerinnen und Schülern und aus den Kreistagen.

(Ulrich Schippels)

Wenn ich von den Kreistagen rede, ist nicht nur von den Abgeordneten der LINKEN die Rede, sondern es gibt in einigen Kreisen eine einhellige Ablehnung der Beteiligung der Eltern an den Kosten für die Schülerbeförderung.

Sie, meine Damen und Herren von den regierungstragenden Fraktionen, hätten eigentlich gewarnt sein müssen. Schon der **erste Versuch, 2007/2008** einen Teil der Kosten auf die Eltern abzuwälzen, ist zu Recht am Widerstand der Kreise und der Betroffenen kläglich gescheitert. Dann kam die Gesetzesänderung im vergangenen Dezember im Schnelldurchlauf im Rahmen der Haushaltsberatungen. Wenn Sie das so durchboxen, ist es logisch, dass das nach hinten losgehen muss. Es gab damals schon mahnende Stimmen. Mit Ihrer Basta-Politik sind Sie über die berechtigte Kritik einfach hinweggegangen.

Die Beteiligung der Eltern an den Kosten für die Schülerbeförderung ist ungerecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie trifft erstens und vor allem die **einkommensschwachen Bevölkerungsschichten**. Auch wenn einige Kreise - die, die vielleicht etwas mehr Geld haben - **Sozialklauseln** durchgesetzt haben, bleibt es dabei, Kinder reicher Eltern werden eher mit dem Auto zur Schule gebracht, und im anderen Fall sind die Kosten für die Eltern reicherer Kinder Peanuts. Bei einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten sieht das ganz anders aus. Da kann eine geringe Elternbeteiligung schon dazu führen, dass die Kinder nicht mehr auf die Schule geschickt werden, die für sie eigentlich angemessen ist. Sie werden dann auf die Schule geschickt, die am nächsten ist.

Zweitens. Wir als LINKE bleiben bei unserer Forderung der **Lehr- und Lernmittelfreiheit**. Dazu gehört eben auch die kostenfreie Beförderung zur Schule. Nur dies verhindert soziale Ausgrenzung.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. An der Debatte um die Schülerbeförderungskosten zeigt sich, dass Sie gescheitert sind. Sie von den regierungstragenden Fraktionen laufen tagein, tagaus durch das Land und sagen, die **Haushaltskürzungen** werden gemacht, um den Kindern und Jugendlichen eine bessere Zukunft zu ermöglichen. An der Elternbeteiligung an den Beförderungskosten sieht das jeder, der sehen will.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Gegenteil ist der Fall. Haushaltskürzungen gehen unmittelbar zulasten der Zukunft. Das gilt vor allem für Haushaltskürzungen im Bereich der **Bildung**.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier zu kürzen ist Irrsinn. Sie sparen an der Zukunft und verstärken die soziale Ungleichheit im Land, meine Damen und Herren. Das bezieht sich auch - wir hatten gerade wieder die Debatte - auf den Abbau von 300 Lehrerinnen- und Lehrerstellen ab dem kommenden Schuljahr. Sie kürzen bei der Bildung; Sie kürzen an der Zukunft.

Viertens. Es gibt Alternativen. Meine Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, hat in den **Haushaltsberatungen** damals im Dezember durchfinanzierte Vorschläge wie folgt gemacht: Keine Stellen bei den Lehrerinnen und Lehrern streichen. Da waren wir übrigens die einzige Fraktion. SPD und Grüne wollten auch Kürzungen, wenn auch nicht so hart. Weiter haben wir gefordert, die Kosten für die Schülerbeförderung nicht nur in den Landeshaushalt einzustellen, sondern Zug um Zug auch die Übernahme der Kosten für die Berufsschüler und die Schüler der Sekundarstufe II zu ermöglichen. Das wäre möglich gewesen, aber es fehlte der politische Wille.

(Beifall bei der LINKEN)

Fünftens haben Sie damals während der Haushaltsberatungen in letzter Sekunde noch eine **Veränderung der Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten** beschlossen. Es wurde nicht der ursprüngliche Entwurf genommen, der von der Regierung kam, sondern Sie haben noch in letzter Sekunde eine Änderung durchgeführt. Diese Änderung führt zu Chaos und Wildwuchs. Im Gesetz tummeln sich interpretierbare Vorgaben.

Der **Innenminister** versucht jetzt, die ursprünglichen Intentionen des Gesetzentwurfs durch die Hintertür des Druckes auf die gewählte Selbstverwaltung durchzusetzen. Zuletzt ist das mit dem Brief nach Stormarn geschehen. Damit werden Sie scheitern. Ob Sie den **Druck auf die Kreise**, so wie Sie das machen, ausüben dürfen, sei dahingestellt, Herr Innenminister. Das ist nicht meine Frage. Schön ist das auf jeden Fall nicht. Das ist aber nicht die Frage, die mich bewegt. Für mich ist entscheidend, was für die Eltern und Schülerinnen und Schüler herauskommt. Ich hoffe - wie eingangs erwähnt -, dass die Regierungsfaktionen zur Einsicht kommen. Nehmen Sie die Kürzungen im Bildungsbereich zurück. Stimmen Sie unserem Antrag oder dem der SPD zu.

(Ulrich Schippels)

Dem Antrag der Grünen können wir nicht zustimmen, weil Sie durch ihren Antrag die Eltern - abhängig davon, ob sie in einem **reicheren oder ärmeren Kreis** wohnen - durch die Ankündigung, die Regierung möchte einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, der Willkür überlassen beziehungsweise es unterschiedliche Beteiligungen geben wird.

(Zurufe)

- Der Kreistag kann teilweise nicht entscheiden. Der Kreistag kann teilweise nicht entscheiden; denn es gibt reichere und ärmere Kreise.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Es gibt reichere Kreise, und es gibt weniger reiche Kreise. Deswegen werden wir im August noch einen Antrag einbringen, um das ganze Problem zu lösen, indem einfach wieder der Zustand vor der Gesetzesänderung im Dezember 2010 hergestellt wird.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU: Wer zahlt das?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gehört zum Kerngehalt der Demokratie, **Recht und Gesetz zu achten**, zu beachten und gegebenenfalls auch durchzusetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schon deshalb sind die vorliegenden Anträge abzulehnen. Gesetze gelten nicht nur, wenn es einem persönlich gefällt. Wir sitzen hier auf Zeit. Wir sind nicht fehlerfrei, aber wenn wir etwas beschließen, ist das geltendes Recht.

Der Innenminister hat über die **Kommunalaufsicht** gar keine andere Wahl als die Ersatzvornahme. Würde er dies nicht tun, verhielte er sich rechtswidrig. Meine Damen und Herren, insoweit wäre eine Missbilligung seines möglichen und vorhersehbaren Handelns durch den Landtag rechtswidrig.

Auch daher ist der Antrag in aller Klarheit nicht nur abzulehnen, sondern er ist auch nicht hinnehmbar.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Opposition steht im Wettbewerb um die Anträge. Es ist übrigens interessant, einer solchen Landtagssitzung einmal analytisch zuzuschauen. Je konkreter es wird, umso größer werden die Risse im Detail bei der Opposition.

(Zurufe von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Glocke der Präsidentin)

- Herr Kollege Dr. Stegner, seien Sie ganz unbesorgt. Wir werden am Ende sehen, wessen Risse größer sind.

Die SPD-Begründung ist schon ein bisschen putzig. Die SPD sagt, vom Land aus sei eine **angemessene Beteiligung** der Eltern vorgesehen, aber es sei **konkret keine Zahl** genannt worden. Würden Sie einer Ersatzvornahme zustimmen, wenn ein konkreter Betrag genannt würde? Ist das die Folgerung aus der ganzen Situation? Die Begründung Ihres eigenen Antrags steht in Unlogik zu dem, was Sie selbst vorne in ihm geschrieben haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist die Situation.

Lassen Sie mich noch einen Satz hinzufügen. Sie haben doch selbst in den eigenen Reihen die Situation, dass zum Beispiel in Schleswig-Flensburg Ihre Kommunalpolitiker für eine Elternbeteiligung sind und sogar für eine freiwillige Beteiligung waren.

Sie haben auch bei den Grünen die Situation, dass Kreistagskolleginnen und -kollegen von Ihnen sagen,

(Zurufe von der SPD)

wenn wir eine Landesregelung haben, haben wir diese zu beachten. Insoweit kann ich nur sagen: Schauen Sie sich an, was dort gemacht wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Werner Kalinka [CDU]:

Ja, natürlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Kalinka, ich habe zwei Fragen an Sie:

(Werner Kalinka)

Erstens. Wenn Sie von Rissen sprechen, ist Ihnen bekannt, welche Risse es sozusagen innerhalb der CDU-Kreistagsfraktionen zu diesem Thema im ganzen Land gibt?

Zweitens. Würden Sie vielleicht zur Kenntnis nehmen, dass unsere Begründung im Hinblick auf den Regierungsentwurf sehr vornehm ausgefallen ist. Man hätte das auch Pfuscher nennen können. Wir wollten aber das harte Wort vermeiden.

(Christopher Vogt [FDP]: Das hat Ihnen damals wohl wehgetan, als wir das gesagt haben! - Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kalinka. Die anderen Kolleginnen und Kollegen bitte ich um etwas mehr Ruhe.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Kollege Dr. Stegner, Vornehmheit soll nicht vor falschen Formulierungen schützen.

Ich kann es noch einmal sagen: Die Frage, wo am Ende mehr Risse sind oder nicht, sollten Sie schlichtweg der Meinungsbildung überlassen. Ich halte es für einen interessanten Punkt, dass Sie mit Ihrem Antrag noch nicht einmal die rechtstreuen Kreistage achten, die das umgesetzt haben. Das ist die Situation, um die es hier geht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben mit unserer Formulierung sehr bewusst gesagt, wir überlassen das den Kommunen. - Das sind übrigens die Kreise, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, die Gemeinden entscheiden gar nicht darüber, obwohl das in Ihrem Antrag so indirekt drinsteht, es sind die Kreise; das nur als Nebensatz. Wir haben gesagt, das muss in **angemessener Form** passieren. Das kann in einem Korridor zwischen 5 und 30 % liegen, so in etwa.

(Martin Habersaat [SPD]: Was ist mit 4 %? - Weitere Zurufe von der SPD)

Diese Ausgestaltung sind wir bereit, in die **Verantwortung vor Ort** zu legen, damit das dort im Einzelnen ausgefüllt werden kann.

(Zurufe von der SPD)

Das ist vor Ort auszufüllen, wie das auch für andere Bereiche unserer Politik gilt. Sie sehen auch anhand der Beschlüsse vor Ort, dass die Ausgestaltung dieser Regelung in den Kreisen in der Höhe unter-

schiedlich wahrgenommen wird. Unterschätzen Sie eines nicht: In den Städten ist die Kostenbeteiligung schon immer so gewesen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Betrübtlich!)

Auch das haben Sie mit zu beachten.

Lassen Sie mich vielleicht noch einen Punkt hinzufügen, der nicht vergessen werden sollte. Die Regelungen, die hier in den Kreisen getroffen werden, werden von hohen **Sozialleistungen** flankiert. Es ist nicht so, dass Eltern hier in einer Form beteiligt würden, die völlig untragbar wäre.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Das sage ich auch als jemand, der früher leidenschaftlich vor Ort für eine Regelung gekämpft hat. Aber die sozialen Regelungen, die hier greifen, sind - auch in der Höhe - durchaus angemessen. Die Belastungen liegen dadurch in einem Bereich, der für Eltern im Verhältnis gesehen nicht untragbar ist.

(Peter Eichstädt [SPD]: Sagt Herr Kalinka!)

- Ja, wer soll das denn sonst tun, wenn ich hier gerade spreche?

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Herr Kollege, Ihre Weisheiten waren auch schon einmal ausgeprägter.

(Heiterkeit)

Gestern um 16:34 Uhr kam dann der **Antrag der Grünen** dazu. In Kurzfassung sagen Sie darin: Ja, wir wissen, das ist geltendes Recht, wir wollen aber, dass Ihr das nicht anwendet, die Regierung soll einen Gesetzentwurf dazu vorlegen.

Dazu zwei kurze Antworten: Warum haben Sie nicht zumindest selbst formal einen Gesetzentwurf vorlegt? Außerdem wissen Sie auch, dass das zum 1. August 2011 gar nicht mehr funktionieren könnte. Sie haben das einfach deshalb getan, um draußen sagen zu können: Wir waren auch in einer bestimmten Richtung dagegen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist dann eigentlich nur noch ein Eiertanz. Das ist ganz entschieden zu wenig.

Lassen Sie mich abschließend nur noch einen Grundgedanken hinzufügen. Das Ganze ist nicht aus Jux und Tollerei passiert, sondern das ist Ausdruck der bitteren Erkenntnis, dass es angesichts der Schuldenbremse zu Folgen kommen muss.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Kalinka, der Grundgedanke sollte dann aber auch die Redezeit beachten. Der letzte Satz sei Ihnen gestattet, aber bitte keinen ausführlichen Grundgedanken mehr. Sie haben Ihre Redezeit überschritten.

Werner Kalinka [CDU]:

Man kann zu Dingen unterschiedlicher Meinung sein,

(Lachen bei der SPD)

aber sich immer nur vom Hof zu machen, wie es offensichtlich die SPD will, das ist entschieden zu wenig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Buder das Wort.

Detlef Buder [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser bemerkenswerten Rede des Kreistagsabgeordneten Kalinka kann ich Ihnen sagen, er hätte selbst in Dithmarschen bei der CDU-Fraktion keine lange Überlebensdauer.

(Zurufe)

- Politisch!

(Werner Kalinka [CDU]: Das hat man auch woanders geglaubt! - Heiterkeit)

Das, was die Regierung in Trapp gesetzt hat, war der einstimmige **Beschluss des Kreistages in Dithmarschen**, der es inhaltlich abgelehnt hat, die Schülerbeförderungskosten von den Eltern einzufordern. Das war der Hintergrund. Alles, was dann verwaltungstechnisch folgte, ist aufgrund unserer Haltung erfolgt. In Dithmarschen ist es so, dass es bei bestimmten Punkten einhellige, einstimmige Mehrheiten gibt. Das mussten in der Vergangenheit auch andere schon schmerzlich erfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der **Schulgesetznovelle vom Januar 2011** hat die CDU hier im Haus auf Druck ihres Koalitionspartners fast alles von dem wieder eingerissen, was sie in der vergangenen Legislaturperiode mit uns zusammen aufgebaut hatte. Sie hat viel Enttäuschung und Politikverdrossenheit bei den Eltern geschaffen.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun erinnern wir uns einmal ein bisschen an die Vergangenheit und die Erleuchtung des Herrn Ministerpräsidenten Carstensen seinerzeit in Indien.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die Erleuchtung war leider auch in dieser Frage nicht nachhaltig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Da er nicht im Ganges baden wollte, müssen die Eltern nun sein schlechtes Karma ausbaden,

(Beifall und Heiterkeit)

indem sie an den Schülerbeförderungskosten beteiligt werden. Daran ändern auch die merkwürdigen Zwischenbemerkungen des Herrn Kubicki nichts.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihres Fraktionsvorsitzenden?

Detlef Buder [SPD]:

Ja, aber natürlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Buder, wären Sie willens, dem Hohen Haus noch einmal mitzuteilen, wie oft der Ministerpräsident in dieser Frage umgefallen ist?

(Zuruf von der CDU: Er steht! - Abgeordneter Peter Harry Carstensen [CDU] geht zu einem Saalmikrofon)

- Ich glaube, dass möchte der Herr Ministerpräsident, nein, der Herr Abgeordnete Carstensen, selbst mitteilen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich wäre bereit, auch von ihm eine Zwischenfrage zuzulassen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Soweit ich sehe, haben Sie damit die Frage des Kollegen Dr. Stegner beantwortet.

(Heiterkeit)

Ich frage Sie nunmehr, ob Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Carstensen zulassen.

Detlef Buder [SPD]:

Wenn sie „das Umfallen“ betrifft, gern.

Peter Harry Carstensen [CDU]: Da kann ich Ihnen keine Hoffnung machen. Darf ich auch eine andere Frage stellen?

- Ja. Ich weiß nur noch nicht, ob ich sie beantworten kann.

- Herr Kollege Buder, können Sie sich vorstellen, das es - wenn man wie in meiner Regierungszeit ein Haushalt übernimmt, der zu den verlogenen Haushalten gehört hat, den ich je erlebt habe -

(Widerspruch bei der SPD)

- Herr Kollege Stegner, Sie sollten im Moment jetzt ganz still sein -, vor dem Hintergrund eines solchen Haushaltes und der Notwendigkeit, jetzt daraus einen nachhaltigen Haushalt zu formen und einen Sparkurs aufzubauen, der vorbildlich in ganz Deutschland geworden ist, notwendig sein kann, auch Entscheidungen zu treffen, die nicht jeden freuen, die draußen nicht mit Beifall bedacht werden, weil es darum geht, unseren Haushalt für die Kinder, die jetzt zur Schule fahren sollen, so zu gestalten, dass sie anschließend auch noch Politik gestalten können?

(Beifall bei der CDU - Olaf Schulze [SPD]: Das war doch, als Sie in Indien waren, nicht anders! - Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zur Beantwortung dieser Frage hat der Herr Kollege Detlef Buder.

Detlef Buder [SPD]:

Herr Ministerpräsident und Herr Kollege Carstensen, vorstellen kann ich mir alles. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass dem Ministerpräsidenten Carstensen diese Haushaltslage in Schleswig-Holstein bei der Entscheidung, Eltern von den Schülerbeförderungskosten freizuhalten, bekannt war.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann mir in diesem Zusammenhang auch vorstellen, dass diese Lage nicht nur ihm, sondern auch seiner Fraktion bekannt war, und sie trotz alledem das mitgetragen beziehungsweise mit uns zusammen beschlossen hat. Ich glaube, dass damit Ihre Frage beantwortet ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Carstensen!

Detlef Buder [SPD]:

Nein.

(Zuruf von der CDU: Das ist aber schade!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bevor Sie fortfahren, möchte ich noch etwas sagen. - Herr Abgeordneter Carstensen, das Wort „verlogen“ ist ein unparlamentarischer Ausdruck, und ich rüge die Wahl dieser Formulierung.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Der Herr Abgeordnete Buder hat das Wort. Ich bitte Sie, Herr Buder, in Ihrer Rede fortzufahren.

Detlef Buder [SPD]:

Und auch die FDP ist in diesem Zusammenhang vom Paulus zum Saulus geworden. Herr Dr. Kluge, damals noch Stellenbewerber für das Bildungsministerium, brachte am 10. Mai 2007 einen Antrag gegen die Elternbeteiligung mit den Worten ein - und ich zitiere -:

„Mit unserem Gesetzentwurf bieten wir Liberale dem Landtag die Möglichkeit, die umstrittenen Regelungen wieder rückgängig zu machen und die alte Rechtslage im Schulgesetz wieder herzustellen. Die FDP war von Anfang an gegen eine 30-prozentige Zwangsbeteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die haben wir ja auch nicht!)

„Damit wird nämlich in Schleswig-Holstein de facto ein verkapptes Schulgeld eingeführt.“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Das widerspricht dem Sinn des Schulgesetzes. § 12 gewährleistet ausdrücklich die Schulgeldfreiheit.“

Mittlerweile sieht er das offenbar anders. So tritt am 1. August 2011 nun die von Herrn Klug durchgesetzte Neuregelung in § 114 Abs. 2 des Schulge-

(Detlef Buder)

setzes in Kraft, wonach die **Kreissatzungen** vorsehen müssen, dass die Eltern beziehungsweise volljährigen Schüler angemessen an den **Schülerbeförderungskosten** beteiligt werden.

Um noch einmal kurz darauf einzugehen: Allein die Formulierung „angemessen“ ist Ausdruck Ihrer Feigheit,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das ist unglaublich!)

und zwar Ihrer Feigheit vor der Basis.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das ist parlamentarisch, oder was, Frau Präsidentin?
- Zuruf von der SPD: Das war ehrlich!)

Solche Formulierungen sind doch nur dazu da, die Gerichte mit der Klärung der Frage zu behelligen, was denn eigentlich **angemessen** ist.

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir wollen, dass die Eltern von den Schülerbeförderungskosten freigehalten werden. Weiter wollen wir, dass Sie das Gesetz dahin gehend ändern, dass die angestrebte **juristische Auseinandersetzung** zwischen dem Kreis Dithmarschen und der Landesregierung abgewendet wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat die Frau Kollegin Loedige das Wort.

Katharina Loedige [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zuwendungen des Landes zu den Schülerbeförderungskosten - das gilt es, hier herauszustellen - waren eine **freiwillige Leistung**, die das Land deshalb nicht mehr anbieten konnte, weil es in vielen anderen Bereichen über Jahrzehnte über seine Verhältnisse gelebt hat.

(Beifall bei FDP und CDU - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Wer war es?)

Die Rücknahme dieser freiwilligen Leistung war ein Ergebnis dieser rücksichtslosen Ausgabepolitik, die vor allem von den schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten betrieben wurde.

(Beifall bei FDP und CDU - Widerspruch bei der SPD)

Der **Schleswig-Holsteinische Landkreistag** reagierte hierauf prompt und forderte das Land im vergangenen Sommer auf, wenn schon diese freiwillige Leistung zurückgenommen werden müsse, solle das Land - ich darf, mit Verlaub, zitieren - „eine **gesetzgeberische Leitentscheidung**“ zu einer „**zwingenden Elternbeteiligung** an den Schülerbeförderungskosten“ im Schulgesetz treffen. Also der Schleswig-Holsteinische Landkreistag, bei dem viele von Ihnen gestern Abend zum Sommerfest gewesen sind, hat dies eingefordert.

(Zurufe von der SPD)

Um es klarzustellen: Die Forderungen einer zwingenden Elternbeteiligung an das Land zu richten, ist durchaus legitim. Dass nun aber die Landesregierung vonseiten vieler Kreisvertreter für eine Entscheidung an den Pranger gestellt wird, die die Kreise in ihrem höchsten Gremium selbst gefordert haben, ist schon höchst befremdlich.

Mir drängt sich jetzt auch die Frage auf: Warum richtet sich der Unmut gegen das Land und nicht gegen die Mitgliederversammlung des Landkreistages, die mit Beschluss vom 23. Juni 2010 diese Forderung an das Land erhoben hat?

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Katharina Loedige [FDP]:

Nein, im Moment nicht.

Damit kommen wir zum Antrag von Herrn Buder. Tatsächlich zwingt das Land - wo ist er? - die Kreise in diesem Fall ganz offensichtlich nicht gegen den Willen ihrer gewählten Selbstverwaltung. Im Gegenteil. Die Kreise forderten mehrheitlich diese Entscheidung des Landes. Wie kann das Land die Kreise zu etwas zwingen, was die Kreise selbst vom Land gefordert haben?

(Zurufe von der SPD)

Aber ich will klar herausstellen: Auch die FDP-Fraktion hätte sich diesen Streit gern erspart. Deshalb war es auch unser Wunsch, die zwingende Elternbeteiligung nicht vorzusehen, sondern es den Kreisen freizustellen, ob sie die Eltern an den Schulbuskosten für ihre Kinder beteiligen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD]
- Zurufe - Heiterkeit)

(Katharina Loedige)

- Sie klatschen zu früh. Kriegen Sie sich mal wieder ein!

Die klare und eindeutige - -

(Unruhe)

- Ich habe noch das Wort, oder?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die linke Seite darf machen, was sie will! - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das geht doch gar nicht! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ja, genau! Kubicki auch! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Loedige. Ich bitte die Damen und Herren, sich zu mäßigen, und zwar auf allen Seiten des Hauses.

Katharina Loedige [FDP]:

Meine Damen und Herren, die klare und eindeutige Forderung des Landkreistages hat auch uns zum Nachdenken gebracht, ob wir unsere Position mit vollstem Nachdruck weiterzuverfolgen haben.

Nun zum Antrag der LINKEN. Zu Punkt 1 Ihres Antrags zitieren Sie unvollständig. Denn es heißt in Artikel 28 Abs. 2 GG nicht, dass den Gemeinden und Kreisen das Recht gewährt werden müsse, alle Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln. Es heißt vielmehr:

„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

Im Rahmen der Gesetze! Auch die Gemeindeverbände, also auch die Kreise, haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereichs nach Maßgabe der Gesetze das Recht der **Selbstverwaltung**. Es gibt sowohl bei den Gemeinden als auch bei den Kreisen die ausdrückliche Einschränkung „im Rahmen der Gesetze“ beziehungsweise „nach Maßgabe der Gesetze“. Die LINKEN oder auch die SPD können das vielleicht ignorieren. Aber wir haben ein schleswig-holsteinisches Schulgesetz, und der Innenminister wird das Schulgesetz nicht ignorieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie können es ändern, wenn Sie die Mehrheit dafür haben!)

Unter Punkt 3 des LINKEN-Antrags wird es jedoch schon bedrohlich für den Rechtsstaat, denn dieser kann nur dahin gehend interpretiert werden, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag einen offenen Rechtsbruch begehen soll.

Die Beteiligung von Eltern an den Schulbuskosten kann man inhaltlich ablehnen. Der Landkreis Dithmarschen kann auch gegen die in Rede stehende Elternbeteiligung Klage einreichen. Das sollte er übrigens auch, wenn er einen Rechtsverstoß des Landes sieht. Dass aber **Innenminister** Schlie laut Gesetz gezwungen ist, das **rechtswidrige Verhalten** des **Dithmarscher Kreistages** zu **verfolgen**, ist vollkommen unzweideutig.

(Beifall bei FDP und CDU)

Durch die Missbilligung des Vorgehens des Innenministers begrüßt DIE LINKE einen klaren **Rechtsbruch**.

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Hier sollten, ja müssen die Vertreter aller demokratischen Parteien diesem Antrag eine Absage erteilen. Die Zustimmung zu diesem Antrag öffnet der politischen Willkür Tür und Tor.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deshalb lehnen wir diesen Antrag mit ganzer Entscheidung ab.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf von der SPD: Schulgesetzänderung!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat die Frau Abgeordnete Anke Erdmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kalinka, es ist wirklich originell, dass Sie in Zusammenhang mit solchen Haushaltsfragen von Rissen reden. Ich erinnere mich noch an die letzten Haushaltsberatungen und daran, wer da für Risse innerhalb der Regierungsfractionen verantwortlich war.

(Christopher Vogt [FDP]: Und die Abstimmung?)

Heute haben wir aufgrund des Dringlichkeitsantrags der LINKEN eine Chance, hier noch einmal über die Schülerbeförderungskosten zu reden. Eigentlich bietet sich Ihnen von CDU und FDP eine Chance. Die Chance in der Debatte heute liegt nicht darin, dass wir eine Grundsatzdebatte führen. Die haben wir nämlich im Zusammenhang mit dem Haushalt geführt. Die gesamte Opposition hat ja namentliche Abstimmung gegen diese Kürzung der

(Anke Erdmann)

7 Millionen € pro Jahr beantragt. Das ist ein eindeutiges Signal gewesen.

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Jetzt geht es uns darum, einen Lösungsweg aufzuzeigen. Wir halten den Vorschlag, den wir machen, für pragmatisch und kostenneutral fürs Land. Er bietet eine schnelle Hilfe und geht auf das ein, was Frau Loedige hier gerade skizziert hat.

Es ist keine Grundsatzposition der Grünen. Wir wollen die Latte so niedrig hängen, damit Sie auch drüberspringen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir machen den Vorschlag, § 114 Abs. 2 des Schulgesetzes noch einmal zu ändern. Mit kleinen Änderungen am Schulgesetz haben Sie sonst ja auch kein Problem; wir hatten in dieser Legislaturperiode schon zwei. Es ist wichtig, dass dieser Landtag heute ein Signal setzt, in welche Richtung es gehen kann. Dann kann sich auch Minister Schlie ein bisschen entspannen.

(Zuruf von Minister Klaus Schlie)

- Den Eindruck hat man nicht, dass Sie immer so entspannt sind. Aber egal. Dann hätten Sie jedenfalls überhaupt keinen Handlungsdruck.

Wir haben einen eigenen Antrag eingebracht, weil ich - das kommt selten vor - in einem Punkt mit Herrn Kalinka übereinstimme. Ich glaube, dass man das Schulgesetz in den entsprechenden Paragraphen ändern muss. Das ist uns ganz wichtig. Sonst ist die Message: Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Gesetze, die der Landtag beschlossen hat, nicht umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Das geht nicht, auch wenn ich das Gesetz, um das es hier geht, nicht gut finde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich anschaut, um welche Kreise es geht, stellt man fest: Die **gesetzstreuen Kreise**, von denen Frau Loedige gerade gesprochen hat, waren auch nicht begeistert. Es gab in fast jedem Kreis ein Zahnknirschen, das bis nach Kiel zu hören war.

Es gibt Nickeligkeiten. Dithmarschen, Nordfriesland, Ostholstein zum Beispiel fragen zu Recht, warum in einer Zeit, in der ganz viele **kleine Grundschulen geschlossen** werden, auf einmal die Grundschulleitern auch noch für die **Schülerbeför-**

derungskosten zahlen sollen. Das ist überhaupt nicht logisch, und das kann man auch keinem vermitteln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn die Kreise also selber entscheiden wollen, dass in ihrem Bereich eine andere Satzung gelten soll, und wenn man es schafft, aus eigenen Mitteln die Eltern von der Eigenbeteiligung freizustellen, mein Gott, warum sollen die Kreise das nicht tun?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Klug hat an jeder Stelle, wenn es um das Schulgesetz ging, gesagt, wie viel **Freiraum** es für die **Schulen** gebe. Ich sehe das natürlich bei vielen Punkten anders, aber dann muss er doch in der Logik bleiben und genau an dieser Stelle den **Kreisen** den Freiraum auch ermöglichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir reden überhaupt nicht über fiskalische Gründe, weil das die Grundsatzdebatte wäre. Wir machen es so: Ein ganz pragmatischer, schlanker Antrag. Es ist doch auch für Sie nicht schön, vor allem für Herrn Schlie nicht, mit so viel Zoff in die Sommerpause zu gehen. Ich bin ein friedliebender Mensch und möchte, dass sich auch Herr Schlie mal entspannen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Abstimmungsverhalten: Ich hatte vorhin schon gesagt, warum wir aus übergeordneten Gründen den Anträgen von SPD und der LINKEN nicht zustimmen. Aber heute haben wir eine Chance für das grundlegende Signal. Heute haben wir eine Chance, die Gesetzesänderungen nach der Sommerpause auch wirklich einzutüten. Dann kann der Innenminister den Ball flach halten, und die Kreise können selber entscheiden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion des SSW, so habe ich notiert, möchte die Kollegin Anke Spoorendonk reden. Ich erteile ihr hiermit das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Diskussion über die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten muss unserer

(Anke Spoorendonk)

Ansicht nach zweigleisig geführt werden. Auf der einen Seite haben wir die **Rechtslage**, auf der anderen die **politische Entscheidung**. Die Rechtslage kann man eigentlich ganz schnell abhaken: Gesetz ist Gesetz. Aber so einfach ist es hoffentlich dann doch nicht.

Aktuell sieht es so aus, als verstoße der **Dithmarscher Kreistag** mit seiner Entscheidung gegen eine Elternbeteiligung gegen die Gesetzeslage. Dass das Innenministerium als oberste Kommunalaufsicht in den letzten Wochen schon die Muskeln hat spielen lassen und damit droht, eine Satzung zum 1. August 2011 zu erzwingen, ist in diesem Kontext daher ein logischer Schritt. Die Dithmarscher weigern sich jedoch schlichtweg, das Gesetz umzusetzen, weil es ungerecht ist. Dabei pocht der Kreistag auf sein **Recht auf Selbstverwaltung** und klagt jetzt konsequenterweise beim Verwaltungsgericht in Schleswig gegen die Vorgehensweise der Landesregierung. Die Dithmarscher haben bekanntlich schon einmal die zwingende Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten gekippt. Aus Sicht des SSW sollten wir einen Augenblick innehalten und sehen, was die Dithmarscher eigentlich tun.

Die Kreistagsabgeordneten als gewählte Volksvertreter fühlen sich ihrem Wahlvolk direkt verbunden, könnte man sagen. Dies kommt - sage ich auch - gerade hier in Kiel häufig zu selten vor. Zumindest zeugen die Sparbeschlüsse von CDU und FDP davon, dass man wenig Ahnung von den Belangen vor Ort hat. Die Dithmarscher zeigen in ihrer gewohnt sturen und unabhängigen Art und Weise, dass sie sich von Obrigkeiten nicht einschüchtern lassen und sich auch keine Politik vorschreiben lassen, die sie nicht wollen - und das, so denke ich, über Fraktionsgrenzen hinweg. Hierzu kann man eigentlich nur sagen: Respekt, Respekt vor allem auch, weil die Schülerbeförderungskosten nicht einfach nur als Kostenfaktor angesehen werden. Schon 2007 musste die Große Koalition ihre Soll-Bestimmung der Elternbeteiligung einkassieren, weil die Proteste im Land zu groß waren und nicht zuletzt die CDU Angst vor den Konsequenzen bei der nächsten Landtagswahl hatte. Auch das, glaube ich, muss man sich noch einmal in Erinnerung rufen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Man könnte also sagen: Eigentlich wäre es wünschenswert, wenn der Ministerpräsident mal wieder eine Reise machte. Wir können uns daher nur wünschen, dass die Kreise vor diesem Schnellschuss der Landesregierung nicht einfach kuschen, son-

dern auch ihre Unzufriedenheit über dieses Gesetz deutlich machen.

Die Landesregierung hat den Sparbeschluss zur Schülerbeförderung völlig isoliert unter **Kostengesichtspunkten** gefällt. Dabei soll der Haushalt nicht nur um 7 Millionen € auf Kosten der Eltern saniert werden, vor allem wird der Schwarze Peter an die Kreise abgegeben.

Unserer Meinung nach ist die **Elternbeteiligung** an den Schülerbeförderungskosten prinzipiell **ungerecht**. Eine grundständige Bildung darf nie von der finanziellen Stellung der Eltern abhängen, und Kinder im ländlichen Raum dürfen hier auch nicht benachteiligt werden. Die Diskussion um die kreisfreien Städte will ich gern führen; ich finde das auch ungerecht, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist Augenwischerei, wenn Sie sagen, dass das der entscheidende Grund für die Einführung der Elternbeteiligung war.

(Widerspruch bei der CDU)

- Das wird immer wieder gesagt, jawohl!

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Schulbildung muss kostenlos sein. Das ist ein Markenzeichen unseres Sozialstaats; sollte es zumindest sein, unabhängig vom Wohnort und dem Einkommen der Eltern.

Völlig inkonsequent wird der Beschluss der Landesregierung spätestens, wenn man sich die aktuelle Bildungspolitik des Landes ansieht. Da wird das **Schulsystem** insgesamt **zentralisiert**, kleine Grundschulen werden geschlossen, und gleichzeitig wälzt man das Problem der ländlichen Räume, wie die Kinder dann zur Schule kommen sollen, auf die Kreise ab. Das passt vorne und hinten nicht zusammen. Die Landesregierung gibt also eine miese Politik vor und überlässt die Reparatur der Schäden vor Ort anderen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir meinen, es ist an der Zeit, dass die Abgeordneten von CDU und FDP anfangen, auf die Argumente ihrer eigenen kommunalen Basis zu hören und die Fehlentscheidung zur Elternbeteiligung rückgängig machen. Es ist falsch, Gesetze nicht einzuhalten. Aber es ist richtig, den Fraktionen von CDU und FDP endlich klarzumachen, dass die Beteiligung von Eltern an der Schülerbeförderung nicht nur unsozial ist, sondern dass es auch dem Prinzip der kostenlosen Bildung und Chancengleichheit widerspricht, quasi durch die Hintertür ein **Schulgeld** einzuführen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, ich bedaure es sehr, aber ich muss Ihnen sagen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist. Ich bitte Sie um Ihren letzten Satz.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Das will ich auch ganz gern tun. Vielleicht werde ich noch einen Dreiminutenbeitrag anschließen.

Ich will sagen: Wir begrüßen die Intention der vorliegenden Anträge.

Liebe Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss und bitte gleichzeitig darum, einen Dreiminutenbeitrag machen zu können.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Das ist notiert. - Für einen ersten Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nun sind es ja diesmal nicht nur die wilden Dithmarscher, die sich unbeugsam zeigen, sondern es gibt Unklarheiten in einigen Kreisen des Landes, und es gibt einen Bedarf, vielleicht einige Fragen zu klären. Im Laufe der Debatte, Frau Loedige, sind offenbar weitere Fragen aufgetaucht, die dringend der Klärung bedürfen.

Ich habe zum Beispiel als Kreistagsabgeordneter den **Landkreistag** nie als eine oberste, mir vorgeetzte, weisungsbefugte Behörde empfunden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sitze da nicht drin, das stimmt, aber die Weisung erteilte mich ja trotzdem, wenn es so wäre. Nun ist ja der Minister vielleicht eher in dem Bereich zu suchen, über den Sie gesprochen haben. Darauf komme ich nachher noch.

Eine weitere Frage, die wir vielleicht einmal klären müssen, ist: Herr Carstensen, wer war eigentlich, als Sie in Indien waren, vor der Reise Finanzminister, wer war während dieser Reise Finanzminister, und wer war nach der Reise Finanzminister? - Ich erspare Ihnen gern den Weg; ich lasse momentan keine Zwischenfragen zu.

Ich möchte jetzt einmal meinen Heimatkreis Stormarn zur Diskussion stellen. Da sagt die FDP: Ei-

gentlich ist es eine gute Idee, den Kreisen zu überlassen, eine angemessene Elternbeteiligung festzulegen. Die FDP argumentiert weiter: Weil im **Kreis Stormarn** besonders viele Dorfschulen geschlossen wurden, halten wir, FDP Stormarn, es für angemessen, keine Elternbeteiligung zu erheben. Das finde ich super; kann man machen.

Die Grünen in meinem Heimatkreis hatten die Idee, zunächst einen **symbolischen Beitrag** zu erheben. Wenn man denn muss, dann eben 1 € im Monat, und dann ist es gut. Dann kam ein Schreiben vom Herrn Innenminister, das sagte: Das ist nicht angemessen. Nun kann man sich fragen: 2 € im Monat, ist das angemessen? 3 €? Jetzt sagt irgendwer, das sei albern, wenn ich so weitermache. Aber 3,33 € im Monat haben Ihre Parteifreunde in Nordfriesland beschlossen, wenn ich das richtig mitbekommen habe. Da scheint es dann plötzlich angemessen zu sein.

Dubios für mich als Kreistagsabgeordneter war, auch wenn ich nicht im Landkreistag sitze, dass es ein **Schreiben des Innenministers** gibt, der mir quasi damit droht, wenn ich nicht so und so entscheide, dann mache ich mich strafbar. Wo gibt es denn so etwas?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Anita Klahn [FDP]: Können Sie das beweisen?)

- Herr Kubicki, vielleicht schreiben Sie sich den Gedanken auf, ich lese ihn mir dann nachher durch.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Die Grünen sind leicht zu begeistern!)

Wo gibt es denn so etwas, dass Sie vorher einen Korridor bestimmen, von dem Sie den Anfangs- und den Endpunkt - wie eben gezeigt - offenbar gar nicht klar definieren können und mich zwingen wollen, innerhalb dieses Korridors zu entscheiden? Wir haben in Stormarn eine gültige Satzung zur Schülerbeförderung. Wenn wir eine neue beschließen, brauchen wir dafür eine Mehrheit. Die CDU hat einen Vorschlag gemacht, mit dem die SPD nicht einverstanden war. Die SPD hat einen Änderungsantrag vorgelegt, den die CDU abgelehnt hat. Was sollen wir denn tun? Die Ausgangssatzung beschließen, gegen die wir waren? - Wir waren insgesamt bei dem Thema „angemessen“. Angemessen ist es zu diskutieren, was ein **angemessener Beitrag der Eltern** ist. Es ist aber auch zu diskutieren - darauf zielt unser Antrag -: Was ist eigentlich das

(Martin Habersaat)

angemessene Verhalten des Innenministers? Dafür machen wir Ihnen Vorschläge.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Kai Dolgner das Wort.

(Zurufe)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

„Der Ministerpräsident und sein Chef der Staatskanzlei ... sind auf dem Holzweg. Ich rate ihnen dringend, der FDP zu folgen und das Schulgesetz entsprechend zu ändern.“

- So der Kollege Kubicki am 16. November 2007 auf die Beschlüsse des Kreistages Dithmarschen hin, keine Satzung zu erlassen und den rechtlich noch erheblich zweifelhafteren Beschluss des Kreises Nordfriesland, eine schon vorhandene Satzung aufzuheben. Komischerweise hat der Kollege Kubicki damals nicht, wie er eben in seinen Zwischenrufen dokumentiert hat - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht schon wieder mit falschen Erklärungen, Herr Dolgner!)

- Sie belehren auch gern andere Leute, Herr Kollege Kubicki, und ich belehre Sie mit Ihren eigenen Worten. Wenn sie denen keinen Glauben schenken können, ist das Ihr persönliches Problem, nicht meines.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie haben damals diesen Landtag und den Ministerpräsidenten aufgefordert, in einer Situation, wo sogar eine Satzung aufgehoben wurde, der der Landrat hätte widersprechen müssen - ich zitiere weiter aus Ihrer Pressemitteilung -:

„Er sei sich sicher: Dass das Schuldgesetz keinen Bestand haben werde. Über kurz oder lang fällt das Gesetz in diesem Punkt. Je länger die Union sich Zeit lässt, desto nachdrücklicher stellt sich die ... Frage an die CDU-Führung, warum sie an einem derartigen Unsinn so lange festgehalten hat.““

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Mir ist keine Äußerung von Ihnen bekannt, in der Sie den Innenminister aufgefordert hätten, als Konsequenz eine Ersatzvornahme in Dithmarschen oder Nordfriesland vorzunehmen. Es mag sich Ihre rechtliche Bewertung inzwischen geändert haben, aber das sollte - wenn wir hier schon mit Historie anfangen - der ganzen Sache noch hinzugefügt werden. Aber man hat da verschiedene Rollen.

Liebe Frau Kollegin Loedige, ich bin im **Landkreistag**.

(Beifall bei der SPD)

Wie der Kollege Habersaat so richtig ausführte, ist das nicht das oberste Gremium, es ist überhaupt gar kein Gremium der Kreise, es ist ein Verein, es ist ein eingetragener Verein.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dass muss sie nicht wissen! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Da Sie auch immer gern andere Leute belehren, nehme ich mir jetzt auch einmal die Freiheit heraus.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kollege Kubicki, das Belehrungsmonopol ist nicht nur auf Ihrer Seite.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Dann ist es kein Monopol!)

Vielleicht können Sie an der Stelle auch noch etwas lernen. Bei der Mitgliederversammlung im Landkreistag ist dieser Beschluss übrigens mit Mehrheit gefasst worden. Es haben nicht alle Kreise mitgestimmt.

(Katharina Loedige [FDP]: Das ist Demokratie!)

- Natürlich ist das Demokratie, das ist überhaupt gar keine Frage. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung des Landkreistages sind nicht bindend für die Kreistage, und zwar aus Gründen der Organisation. Es ist kein oberes Gremium.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Dr. Dolgner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Nein, die gestatte ich nicht.

(Lachen bei der FDP)

- Sie brauchen gar nicht zu lachen. Ich habe bisher jede Zwischenfrage gestattet, Ihre Frau Kollegin Loedige gestattet fast gar keine.

Ich komme jetzt zum Ende. Herr Kollege Kubicki kann gern noch einmal seine Ausführungen vom Podium aus machen, dann haben wir sie auch im Protokoll.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Vielleicht müssen Sie sie in vier Jahren auch wieder hervorholen - zur Aufklärung. Ich habe damit überhaupt gar kein Problem.

An dieser Stelle komme ich zu meinem Schlusssatz, liebe Frau Kollegin Loedige. Es wäre übrigens schön, wenn man da keine Nebelkerzen zündet, denn ich weiß, in welchem Sinne dieser **Beschluss** vom Landkreistag gefasst worden ist. Der Sinn dieses Beschlusses - der Befürworter dieses Beschlusses - war nicht, Elternbeteiligung bei Schülerbeförderungskosten zu wollen, sondern der Sinn derjenigen, die da zugestimmt haben, war: Wenn das Land das schon will, muss es das auch gesetzlich festschreiben, auch in der Höhe, und nicht die Konflikte in die Kreistage schieben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich war dabei. Das war für viele der Grund, an der Stelle doch zuzustimmen - und kein anderer. Jetzt können Sie gleich wieder Legendenbildung betreiben. Das ist mir langsam schnuppe. Ich habe schon so viele Legenden hier gehört, da können wir noch eine weitere hinzufügen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Christian von Boetticher.

(Christopher Vogt [FDP]: So lebendig ist es in den Fraktionen sonst nie!)

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Eltern in diesem Land müssen nicht

das Karma des Ministerpräsidenten ausbaden, sondern Ihre verfehlte Finanzpolitik, Herr Stegner.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Ich darf das sagen, auch wenn Sie jetzt lachen: Ihr mehrfacher Rechtsbruch ist von Verfassungsgerichten festgestellt worden. Angesichts dieser Tatsache wäre ich persönlich ein wenig bescheidener, Herr Stegner.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und ja, in der Tat hat die CDU in der letzten Wahlperiode bei der Frage der Einführung der Schülerbeförderungskosten keine gute Figur gemacht. Das stimmt. Das gebe ich zu. Das fällt einem auch nicht schwer. Das war ein ziemliches Herumgeeiere, auch in unserer eigenen Partei und der eigenen Fraktion. Aber gerade deswegen gehört einiger Mut dazu, die Erkenntnis zu haben, dass die Haushalte so sind, dass wir trotz dieser schwierigen Pirouette um eine nochmalige Erkenntnis und vor allen Dingen Verabschiedung am Ende nicht herumgekommen sind. Dazu gehört Mut, und zu diesem Mut beglückwünsche ich den Ministerpräsidenten ausgesprochen an dieser Stelle.

Ich sage Ihnen auch eines ganz deutlich: Wir haben natürlich Gespräche geführt, und zwar nicht nur mit dem Landkreistag, sondern natürlich auch mit den einzelnen Kreisen und auch mit Landräten. Wissen Sie was? - Das Bild war am Ende völlig uneinheitlich. Es gab Kreise, die gesagt haben: Bitte schreibt einen genauen Beitrag fest. Andere Kreise haben gesagt: Nein, bitte schreibt gar keinen Beitrag fest. Und wiederum andere haben gesagt: Stellt uns das frei mit einem Ermessens- beziehungsweise Beurteilungsspielraum für die Kreise. Die **Kreise** waren in dieser Angelegenheit völlig **unterschiedlicher Meinung**.

Dann ist beschlossen worden, diese Regel anzuwenden. Darüber kann man streiten. Das ist in Ordnung. Darüber kann man auch unterschiedlicher Meinung sein. Nur bei einer Sache - das sage ich Ihnen ganz deutlich - kann man am Ende keiner unterschiedlichen Meinung sein: Wenn man sich für eine Sache entschieden hat, muss man die als **Recht** auch **vollziehen**. Da kann es doch gar keine zwei Meinungen geben!

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Erdmann hat das gesagt. Darum noch einmal: Frau Erdmann, wir streiten uns gern in der Sache mit Ihnen. Wir haben eine Entscheidung getroffen, mit der in der Tat versucht wurde, eine Mittelpositi-

(Dr. Christian von Boetticher)

on zwischen den völlig unterschiedlichen Positionierungen der Kreise zu berücksichtigen. Jetzt kann man darüber reden, ob sie richtig oder falsch war. Aber ich finde es zumindest gut und anständig, dass Sie erkannt haben, dass man, egal, wofür man sich entscheidet, als Rechtsstaat am Ende - und ich sage Ihnen auch: als Fraktion und Partei - dahinterstehen muss.

Eines hat diese Debatte jetzt gezeigt, meine sehr geehrten Damen und Herren von den Sozialdemokraten: Sie haben nicht den Mumm, den Menschen die Wahrheit über die Haushalte in diesem Land zu sagen. Und da, wo man das einmal gemacht hat, hätten Sie am Ende nicht den Mumm, es zu vollziehen. Das hat der heutige Tag gezeigt.

(Zuruf des Abgeordneten Olaf Schulze [SPD])

Sie haben nicht den Mut, dieses Land zu regieren, harte Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen. Das unterscheidet uns.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und - bei aller Unterschiedlichkeit in der Sache - die Menschen werden merken, wer hier am Ende den Mumm hat, den man in den nächsten Jahren braucht, um schwierige Entscheidungen zu treffen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für den SSW erteile ich der Frau Kollegin Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verlockung ist groß, jetzt in die Diskussion über die **Deutungshoheit** über die **Geschichte** einzusteigen. Ich tue es nicht. Ich stelle aber fest, dass es in bestimmten Situationen ratzfatzen gehen kann, politische Entscheidungen wieder zu ändern.

(Beifall bei der LINKEN und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Situation gab es anscheinend 2009. Ich denke, das sollte man erst einmal so stehenlassen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Kollege Kubicki, in der Zeit der Großen Koalition ging es ratzfatzen, die **Elternbeteiligung**

wieder einzukassieren. Es ging ratzfatzen, die Einführung des beitragsfreien dritten Kindergartenjahres einzukassieren. Das sind Fakten, die stehen so da. Das ist aber nicht mein Anliegen, das will ich nicht. Ich will jetzt auch keine grundsätzliche Diskussion über Chancengleichheit und über das Schulgesetz führen. Diese Diskussion haben wir mehrfach miteinander geführt.

Ich bleibe dabei, dass der SSW seine Position bei der Abstimmung über das Schulgesetz und bei der Abstimmung über den Haushalt 2011/2012 klar und deutlich gemacht hat. Mein Anliegen ist es jetzt, etwas Konkretes zu den drei vorliegenden Anträgen zu sagen. Wir teilen die Intention dieser Anträge, das ist richtig. Wir begrüßen auch, dass die SPD den Antrag der LINKEN auf den Punkt gebracht hat. Ohne die Klageschrift des Kreises Dithmarschen zu kennen, gehe ich davon aus, dass dies auch Kernpunkt dieser Klageschrift sein wird oder ist.

Wir haben uns für den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entschieden, weil uns dieser Antrag als Landtag und als Parlament eine - ich sage das in Anführungszeichen - Handlungsweisung vorgibt. Wir können selbst handeln, und das müssen wir als Parlament auch tun. Wir kommen nicht weiter, wenn wir nur appellieren. Wir müssen selbst handeln. Ich gebe der Kollegin Erdmann recht. Das ist ein Antrag, der versucht, zu reparieren, was es im Moment zu reparieren gibt. Wir werden diesen Antrag also mittragen, und wir werden uns bei der Abstimmung über die beiden anderen Anträge der Stimme enthalten.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Monika Heinold von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, noch einmal für unseren Antrag zu werben, weil uns der Mut oder der Mumm von Einzelnen im Rahmen dieser Debatte relativ egal ist. Die Vergangenheit ist an dieser Stelle, wie sie ist. Uns ist es wichtig, auf zwei Dinge zu schauen. Das ist zum einen die Situation der Eltern in den Kreisen. Zum anderen ist es die Frage, wie viel Verantwortung wir unseren Kommunalparlamenten geben. Das sind die entscheidenden Fragen.

(Monika Heinold)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Antrag hat das Ziel zu sagen: Wir trauen den kommunalen Selbstverwaltungen zu, die Entscheidung darüber, ob sie die Eltern mit Busgebühren belasten wollen oder nicht, selbst zu treffen. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir glauben, dass die Kreistage das können. Es hat sich in der Differenziertheit, die es mit den unterschiedlichen Lösungen gibt, gezeigt, dass sich die Kreistage dieser Aufgabe in der Regel sehr ernsthaft, sehr differenziert und sehr situationsbezogen stellen. Also: Mut zur kommunalen Entscheidung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der FDP, Sie haben es schon gesagt, das ist etwas, was auch Ihnen nah ist. Zweitens. Wir wollen den **Aufbau unnötiger Bürokratie** vermeiden, denn es zeichnet sich ab, dass einige Kreise mit 3,33 € oder so ähnlich dahergehen. Zum Schluss bezahlen die Kreise mehr für die Verwaltung, als sie durch die Gebühr einnehmen. Das kann dabei herauskommen. Auch dies sollten wir vermeiden: Entbürokratisierung statt Bürokratieaufbau.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Wir sollten es vermeiden, dass sich Kommunen und Land in jahrelange Rechtsstreitigkeiten miteinander begeben. Das kostet letztlich wieder Arbeitsaufwand, Arbeitszeit, Bürokratie und Stellen an den Gerichten. Auch dies ist absehbar unsinnig und überflüssig. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam in aller Ruhe diesen kleinen Schritt machen. Es ist ein kleiner Schritt, der aber dazu führt, dass die Kommunen wissen: Wir vertrauen auf ihre kommunalpolitische Vernunft. Das Land regiert nicht ohne Not durch. Dieses Signal vor der Sommerpause wäre ein gutes Signal.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, meine Haltung zum Thema **Schülerbeförderungskosten** und **Belastung der Eltern** ist in diesem Hause bekannt. Ich habe mehrfach Gelegenheit gehabt, hier dazu vorzutragen, das will ich

nicht wiederholen. Ich bin allerdings bei meiner Einschätzung geblieben, weil ich glaube, dass es eine große Ungerechtigkeit ist.

Ich will drei Anmerkungen machen: Erstens. Frau Kollegin Loedige, wir sollten ernsthaft darüber nachdenken, ob wir Ihnen nicht einen Volkshochschulkurs in Sachen Verwaltungsaufbau in Schleswig-Holstein spendieren sollten, damit Sie vor solchen Reden bewahrt werden, die ein bisschen blamabel sind. Glücklicherweise war niemand auf der Tribüne, der das anhören musste.

(Lachen bei der FDP)

Zweitens. Herr Kollege Kubicki, wir wissen, dass der Verlust des Kurzzeitgedächtnisses gelegentlich eine Alterserscheinung ist. Sie aber machen diese Teilamnesie inzwischen geradezu zum Grundsatprogramm. Ich drohe Ihnen an, dass der Kollege Eichstädt, der das gestern meisterhaft mit dem Kollegen Kalinka exerziert hat, regelmäßig hier auftritt, um aus den Protokollen vorzulesen und um Ihnen nachzuweisen, dass Sie hier regelmäßig das Gegenteil dessen erzählen, was Sie vor Kurzem hier dargestellt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das gefällt Ihnen nicht, aber auch Sie sind schon lange genug hier, sodass man Sie ab und zu an das erinnern muss, was Sie gesagt haben.

Sehr verehrter Herr Kollege von Boetticher, ich fand das schon stark, das muss ich sagen. Da stellt sich der Fraktionsvorsitzende der Union hier hin, der Spitzenkandidat seiner Partei ist und Ministerpräsident werden will, und erklärt uns, es sei ein Ausweis von Mut, dass der Ministerpräsident bei dem Thema Schülerbeförderungskosten zweimal umgefallen ist. Ich habe die Bilder noch vor Augen, auf denen er die Vorsitzenden der Elterninitiative auf dem Parteitag der CDU öffentlich umarmt hat. Hinterher fällt er um, und Sie erklären das als Mut. Sie sagen dann anderen Leuten, Sie hätten keinen Mut, den Wählern etwas zu sagen. Vor der Wahl erklären Sie den Leuten etwas über **beitragsfreie Kitajahre**, aber kaum ist die Wahl durch und Sie haben eine andere Mehrheit, machen Sie das Gegenteil. Das ist kein Mut, das ist Wählertäuschung, sehr geehrter Herr von Boetticher. Das ist genau das Gegenteil von Mut. Das ist Charakterlosigkeit und nicht Mut.

(Beifall bei der SPD)

Bei aller Liebe muss ich Ihnen sagen: Wir sollten uns hier nicht das orwellische Sprachverständnis an-

(Dr. Ralf Stegner)

gewöhnen und das Gegenteil von Mut Mut nennen. Das ist nicht Mut, das ist Feigheit, und es ist vor allen Dingen Unwahrhaftigkeit. Ich muss Ihnen sagen: Wir haben uns daran gewöhnt, dass es etwas Besonderes ist, wenn der Herr Ministerpräsident sein Wort einmal hält. Wir haben uns daran gewöhnt, dass dies wirklich etwas Besonderes ist. Er hat es gestern in seiner Rede selbst betont, dass dies etwas Besonderes ist. Sie sollten das nicht zum Mut verklären. Ich finde, das ist ein bisschen viel.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Sind Sie fertig, Herr Dr. Stegner?

(Wortmeldung des Abgeordneten Peter Harry Carstensen [CDU])

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich hatte geahnt, dass Sie das Wort nehmen würden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich habe Herrn Carstensen so verstanden, dass er einen Dreiminutenbeitrag anmeldet.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Harry Carstensen [CDU])

- Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Dann habe ich meiner Vorfreude nur sprachlos Ausdruck verliehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bevor ich in der Reihenfolge der Worterteilung fortfahre, möchte ich darauf hinweisen, dass wir Begriffe wie Charakterlosigkeit von hier aus rügen. Ich bitte Sie insgesamt, sich gegenseitig nicht als charakterlos zu bezeichnen, sondern hier weiterhin eine würdevolle Debatte zu führen.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Meine Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Heiterkeit)

Ich möchte dieses Scharmützel, das ich hier wieder zwischen SPD und CDU höre und sehe, nicht weiter betreiben. Das ist ein ernstes Thema. Es geht darum, dass die Eltern von der **Kostenlast der Schülerbeförderung** befreit werden. Ich glaube, wir sollten auf das Thema zurückkommen.

Herr von Boetticher und Frau Loedige, an den 6,5 Millionen € durch die Beteiligung der Eltern an der Schülerbeförderung machen Sie das Wohl und Wehe der Finanzierung unseres Landes fest. Ich sage Ihnen: Das ist wirklich lächerlich. Im Jahr 2010 wurden allein im Haushaltsvollzug 143 Millionen € im Bereich der **Zinsausgaben** gespart. Das zeigt tatsächlich, wie Ihre Prioritätensetzung ist. Sie bauen hier einen Popanz auf, der mit der finanzpolitischen Realität unseres Landes nichts zu tun hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Entschuldigung geht noch in Richtung an die SPD, was die Haushalte 2000 folgende angeht. Es ist nicht, Frau Loedige, die Ausgabenpolitik von SPD und auch der den Grünen, die dazu geführt hat, dass wir in dieses Desaster gekommen sind.

(Zuruf von der CDU: Nein! Natürlich nicht!)

Es ist die Steuerpolitik von Rot-Grün in Berlin gewesen, die nämlich die Einnahmesituation - -

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Der Sie zugestimmt haben, oder?)

- Ja, das kenne ich von Ihnen auch, dass Sie dem zustimmen, was Ihre Bundesregierung will. Das scheint irgendeine Krankheit zu sein, die hier irgendwo herumfliegt.

(Lachen bei der LINKEN)

Das ist das eine, was ich sagen wollte.

Zweitens wende ich mich den Grünen und dem „zu kleinen Schritt“ zu. Der Schritt ist zu klein. Er ist deshalb zu klein, weil wir der Ansicht sind, dass diese 6,5 Millionen € aus dem Landeshaushalt bezahlt werden müssen; denn wenn wir das jetzt für die Kreise freigeben, dann bedeutet das doch letztlich: Es gibt reiche Kreise, die können die Kosten übernehmen, es gibt arme Kreise, die können es aber nicht. Bisher dachte ich eigentlich, dass auch die Grünen dafür sind, dass die Kommunen und Kreise besser ausgestattet sind. Jetzt aber sollen auf einmal diese die 6,5 Millionen € übernehmen. Da machen wir nicht mit, sondern wir sagen: Dann machen wir doch bitte gemeinsam in der August-Sitzung einen schönen Gesetzesantrag mit dem Ziel, das **Schulgesetz** wieder zu ändern. Und dann haben

(Ulrich Schippels)

wir das Problem gelöst. Das werden wir auch machen. Warten Sie einfach darauf!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat nunmehr Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Dr. Stegner, ich möchte Sie schlicht und ergreifend in Anbetracht der Tatsache, dass wir noch neun Monate bis zur Wahl vor uns haben und noch sieben Sitzungen haben werden, darum bitten - das ist einfach nur eine persönliche Bitte -, dass Sie die behelrende - ich belehre ja auch gern - Art unterlassen, wie Sie sie gegenüber Frau Kollegin Loedige gewählt haben, sie solle doch einmal einen Volkshochschulkurs besuchen, damit sie solche Reden nicht mehr halten müsste.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

- Kollege Eichstädt, ich habe noch nie jemandem von Ihnen empfohlen, einen Volkshochschulkurs zu besuchen, bevor er ans Podium tritt, um hier zu reden.

(Unruhe bei der SPD)

Aber lassen wir das. Ich möchte dies nur einmal so sagen. Wenn das nämlich künftig die Form der Debatte wird, dann wird das hier ziemlich bunt werden; das kann ich Ihnen sagen.

Herr Kollege Dr. Dolgner, Sie haben darauf hingewiesen, dass der **Landkreistag** kein oberstes Beschlussgremium ist. Das stimmt. Aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass bei Gesetzesvorhaben, die Gemeinden und Kreise berühren, die **kommunalen Landesverbände** zwingend zu beteiligen sind. Selbstverständlich muss der Landkreistag von uns gehört werden. Das steht so schlicht und ergreifend auch im Gesetz. Er entscheidet nicht, aber selbstverständlich hören wir ihn. Und wenn es gute Argumente gibt, die dafür sprechen, den Empfehlungen des Landkreistages zu folgen, dann tun wir das ja nicht nur in diesem Falle, sondern gelegentlich auch sonst.

Ich darf Sie darauf hinweisen - das hat die Kollegin Loedige auch schon gesagt -, dass die ursprüngliche Haltung der FDP genau die gewesen ist, dass man es den Kreisen freistellt, zu entscheiden. Aber es gibt auch gute Argumente, dies nicht zu tun, weil

die **Haushaltsslage der Kreise** völlig unterschiedlich ist und uns Kommunalvertreter gesagt haben: Wenn es auf Landesebene keine zwingende gesetzliche Regelung gibt, die das vorschreibt, dann haben wir das Problem jedes Mal bei uns vor der Tür, weil der eine Kreis das erhebt und der andere Kreis nicht. Diese Situation halten wir im Zweifel nicht aus. Deshalb regelt das so.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Eichstädt?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich.

Peter Eichstädt [SPD]: Herr Kollege Kubicki, haben Sie zur Kenntnis genommen und wahrgenommen, dass die Kollegin Loedige von dem höchsten Gremium der Kreise gesprochen hat, als sie vom Landkreistag sprach?

- Das ist ein Beschlussgremium der Landkreise, weil Sie auch nur den Landkreistag hören und nicht einzelne Kreise im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens. Deshalb ist es in diesen **Fragen der Beteiligung** für die Landkreise das höchste Gremium. Punkt, aus, Ende!

(Zuruf des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Dann brauchen wir den Landkreistag auch nicht mehr zu hören, wenn dessen Beschlüsse nicht mehr maßgeblich sind bei der Frage der **Willensbildung im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren**.

(Zurufe)

Es hat ja auch niemand gesagt, dass der Landkreistag Beschlüsse ersetzen kann.

(Christopher Vogt [FDP]: Das hat nun wirklich niemand gesagt!)

Ich möchte noch einmal auf Folgendes hinweisen: Wir diskutieren momentan nicht über die Frage: Ist die Beteiligung sinnvoll oder nicht sinnvoll? Der Kollege Kalinka hat darauf hingewiesen, dass wir eine erhebliche Bandbreite mit dem Begriff „angemessen“ geschaffen haben. „Angemessen“ ist übrigens ein juristisch bereits ausgeurteilter Begriff. Bei Enteignungen ist übrigens auch angemessen zu entschädigen. Somit können Kreise, die nur einen geringen Beitrag erheben wollen, auch einen geringen Beitrag erheben, während andere Kreise, die auf-

(Wolfgang Kubicki)

grund ihrer Haushaltslage einen höheren Beitrag erheben müssen, diesen höheren Beitrag auch erheben können.

Aber noch einmal: Momentan reden wir gar nicht über diese Frage, sondern wir reden über die Frage, ob bestehendes Recht angewandt werden muss, ja oder nein.

Die Grünen haben den in dieser Frage einzig intelligenten Antrag gestellt, weil er nämlich darauf hinausläuft, dass wir bis zum 1. August gar kein normales Gesetzgebungsverfahren mehr hinbekommen können, um ein Schulgesetz in dieser Frage zu ändern, das mit Wirkung zum 1. August 2011 angewandt werden muss. Die Aufforderung ist ja: Die Landesregierung soll einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen und bis dahin keine **Ersatzvornahme** vornehmen. Das ist wenigstens ein intelligenten Antrag, weil er das Problem erfasst. Wir müssen dem zwar nicht zustimmen, aber er ist wenigstens intelligent. Ihr Antrag, nämlich das schlicht und ergreifend nicht zu beachten, ist es im Zweifel nicht. Auch eine **Schulgesetzänderung** im August oder September kommt in dieser Frage zu spät, weil ab dem 1. August Schulbeiträge zu erheben sind.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin, ich danke Ihnen, ich wollte meine Rede auch gerade beenden.

Es macht keinen Sinn, hier einen Popanz aufzubauen, sondern man muss sich der sachlichen Frage nähern. Darüber können wir dann diskutieren, und darüber sollten wir dann auch entscheiden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe bei Beschlüssen, die in der Großen Koalition von mir oder von der Großen Koalition gefällt worden sind, noch nie aus dem Nähkästchen geplaudert, warum Beschlüsse denn so gefasst worden sind. Aber wenn ich hier von Ihnen,

Herr Stegner, vorgeführt werde, erlaube ich mir schon, einen kleinen Unterschied zu 2007 zu machen.

Wir haben einen gemeinsamen Beschluss gefasst, einen Beschluss von CDU und SPD, die **Schülerbeförderungskosten** einzuführen.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So ist es!)

Es gab einen Innenminister, der nicht bereit war, das Recht anzuwenden und dieses auch bei den Kreisen durchzusetzen. Das ist der große Unterschied.

(Zuruf von der SPD: Und haben Sie ihn rausgeworfen?)

- Nein, leider nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe ihn später rausgeworfen, als es dann zu viel wurde. Vielleicht hätte man das früher machen können. Vielleicht wäre dann einiges anderes und besser gelaufen.

Ich will Ihnen nur den Unterschied deutlich machen. Ich gebe gern zu: Aus dieser Situation heraus, weil Landkreise gegen das Recht verstoßen und dieses nicht vollziehen wollten und der Innenminister, der für Recht und Ordnung in diesem Land verantwortlich ist, dieses nicht vollziehen wollte, habe ich seinerzeit die Reißleine gezogen und habe gesagt: „Wir kriegen das nicht hin.“

(Widerspruch bei der SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Märchenstunde!)

- Nein, das ist keine Märchenstunde, Herr Stegner. Hier sind ja noch einige, die auch dabei gewesen sind.

Wir haben also die Reißleine gezogen und haben gesagt, wir kriegen das nicht hin. Wenn der Innenminister den gemeinsamen Beschluss nicht vollzieht, wird das nicht laufen. Und das war der Grund, die Reißleine zu ziehen, obwohl es damals genauso richtig gewesen wäre, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat sich der Abgeordnete Werner Kalinka gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch für meinen Teil ein paar kleine Punkte klarstellen. Nach meiner Kenntnis war und ist die Koalition für die **Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung**, und dies ist nach meiner Erinnerung auch Gegenstand der Haushaltsstrukturkommissionsvorschläge im Mai letzten Jahres gewesen. Wenn man eine politische Aussage trifft, dann finde ich es gut, wenn man diese dann auch vertritt und sich daran gegenseitig messen lässt, und zwar in Beifall und in Kritik. Und zu diesem Punkt gingen die Meinungen, wie auch zu erwarten war, schon damals natürlich auseinander.

Zweiter Punkt. Ich fand es sehr hässlich, zu sagen, „angemessen“ sei Ausdruck von Feigheit. Das ist wirklich sehr böse. Der Landtag hat nicht gesagt Null, sondern er hat gesagt „angemessen“, und das bedeutet einen Korridor, einen Spielraum. Wer die Schülerbeförderung ein bisschen kennt, der weiß, dass die Situation von Ort zu Ort unterschiedlich ist, individuell, wie es intensiver nicht sein könnte.

(Zuruf von der SPD: Das ist Willkür!)

- Das hat mit Willkür nichts zu tun, sondern das etwas damit zu tun, eine eigene Entscheidungsfähigkeit herbeizuführen. Sich aber der Feigheit bezichtigen lassen zu müssen, das geht dann doch zu weit. Da kann ich nur sagen: Andere hatten gar nicht den Mut, eine Entscheidung zu treffen.

Dritte Bemerkung. Allein die Kreistage sind befugt, über diese Sachen zu entscheiden.

Vierte Bemerkung. Es kann doch nicht strittig sein, dass die Diskussion, um die es heute geht, um die es jetzt geht, allein die ist, zu sagen: Halten wir uns an Recht und Gesetz oder nicht? Das ist allein die Diskussion, um die es geht.

Sie können die anderen Debatten jederzeit auf Veranstaltungen draußen, in der Presse oder meinetwegen auch noch einmal im Landtag führen. Heute geht es aber um die Frage, ob wir uns an Recht und Gesetz halten, und diese Frage kann in diesem Haus ja wohl nicht strittig sein, egal, wie charmant man Anträge formuliert.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold?

Werner Kalinka [CDU]:

Natürlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Heinold, Sie haben das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kalinka, haben Sie unseren Antrag zur Kenntnis genommen, und stimmen Sie mir zu, dass der Landtag, wenn er diesen Antrag beschließen würde, sich auf der Grundlage von Recht und Gesetz verhalten würde?

Werner Kalinka [CDU]:

Nein, der Landtag würde sich nicht auf dieser Basis bewegen, weil dieses die letzte Sitzung vor der Sommerpause ist und die Entscheidung mit Vorlagen durch die Kreistage bis zum 1. August umzusetzen ist. Es gibt keinen realen Spielraum, der dem gerecht werden kann. Frau Kollegin Heinold, wenn Sie das gewollt hätten, hätten Sie in der politischen Diskussion vor drei Monaten auf die Idee kommen müssen. Ob ich dem zustimme oder nicht, ist eine ganz andere Frage. Sie hätten vor drei Monaten dazu kommen müssen.

Sie können doch nicht ignorieren, dass wir ein Gesetz haben, das für dieses Land heute gilt und das auch in den nächsten Wochen gelten wird, weil es von diesem Landtag weder in dieser Sitzung noch in den nächsten Wochen außer Kraft gesetzt werden wird. Was wollen Sie denn von einem Innenminister erwarten, außer dass er der gesetzlichen Umsetzung Geltung verschafft? Soll er sich hinsetzen und sagen: Es gibt die Erwartung, dass das anders wird, und dann lassen wir es einmal nach? Nein, das ist aus meiner Sicht keine innerliche und tatsächliche Gesetzestreue, die ein Innenminister an den Tag legen würde. Deswegen kann der Landtag ihn nicht dazu auffordern, sich gesetzeswidrig zu verhalten. Wo kommen wir denn da hin?

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, es gibt weitere Zwischenfragen. Lassen Sie zunächst eine Zwischenfrage der Kollegin Erdmann zu?

Werner Kalinka [CDU]:

Ich lasse jede Zwischenfrage zu.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Erdmann, dann haben Sie jetzt das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Kalinka, ist Ihnen aufgefallen, dass im Gesetz gar keine Frist 1. August zur Umsetzung steht, sondern dass dieser Bereich ohne Fristsetzung im Gesetz steht? Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass am 1. Juni dieses Gesetz zwar schon gegolten hat, aber nicht umgesetzt worden ist. Würden Sie mir zustimmen, dass der Innenminister vor diesem Hintergrund einen gewissen **Ermessensspielraum** hat?

Werner Kalinka [CDU]:

Nein, der Innenminister hat ihn deswegen nicht, weil so schnell wie möglich die Umsetzung zu erfolgen hat, und diese kann schlechterdings im Regelfall nur zum **Schuljahrsbeginn** sein. Frau Kollegin, ich bin 23 Jahre in einem Kreistag gewesen und weiß, wie das funktioniert. Es ist zum Schuljahrsbeginn zu machen.

(Zurufe)

- Meine Damen und Herren, lassen Sie uns ganz ruhig weitermachen! Haben Sie eigentlich eine Vorstellung davon, was es heißt, all diese Dinge umzustellen, zu verändern, auf eine Basis zu stellen, was das in der Praxis bedeutet?

(Zurufe)

- Frau Kollegin, haben Sie das in der Willensbildung jemals mitgemacht?

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich bitte Sie, Ihre Antwort zu geben und keine Dialoge zu führen. Es gibt ja die Möglichkeit für Dreiminutenbeiträge. Ist damit die Antwort auf die Frage der Kollegin Erdmann gegeben?

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin, ich habe mir erlaubt, eine Antwort zu geben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich frage Sie, ob Sie die Antwort beendet haben.

Werner Kalinka [CDU]:

Ja, die habe ich beendet, wie zu erkennen war.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, wie ich es erkannt habe, genau, Herr Kalinka. - Ich frage Sie, ob Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jezewski zulassen.

Werner Kalinka [CDU]:

Natürlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte, Herr Jezewski, Sie haben das Wort!

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]: Herr Kollege Kalinka, Sie wissen, wie sehr ich Sie fachlich schätze.

(Zurufe)

- Das macht er auch immer, das war eine Retourkutsche.

(Zurufe)

- Wenn ich jetzt bitte meine Zwischenfrage stellen dürfte. - Sie wissen ja auch, dass die CDU/FDP-Bundesregierung

(Christopher Vogt [FDP]: Die CSU ist auch dabei! Leider!)

das Gesetz zur Durchführung der Vorratsdatenspeicherung einige Monate lang nicht angewendet hat. Sie haben uns vorhin anschaulich geschildert, welche katastrophalen Umstände drohen, wenn eine Regierung ein Gesetz nicht anwendet. Glauben Sie, dass damit quasi eine Sinnkrise der Bundesrepublik stattgefunden hat, dass dieses Gesetz nicht angewendet wurde?

Werner Kalinka [CDU]:

Der letzte Punkt gehört nun wirklich nicht zu diesem Tagesordnungspunkt, die Sinnkrise der Bundesrepublik. Herr Kollege, ich finde es gar nicht schlimm, dass Sie manches von dem, was ich fachlich sage, sympatisch finden. Ich kann unterscheiden zwischen Sympathie und einem konstruktiven, aber harten politischen Dialog. Ich habe überhaupt kein Problem damit; deswegen kann ich einen menschlich durchaus schätzen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Es gibt eine weitere Zwischenfrage, und diese Zwischenfrage bitte ich zuzulassen, wie Sie es schon angekündigt haben.

Werner Kalinka [CDU]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Kollege Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kalinka, Sie argumentieren im Moment nur formal. Ich möchte Sie vor dem Hintergrund der Änderung beim Denkmalschutzgesetz und beim Landesentwicklungsplan und der kommunalen Selbstverwaltung als Kommunalpolitiker fragen, ob die Kreise sehr wohl in der Lage sind, über die Belange der Schülerbeförderungskosten selbst zu entscheiden.

(Zurufe)

Werner Kalinka [CDU]:

Wir sind dafür, dass wir mehr **Eigenverantwortung** nach unten zurückgeben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine absolut richtige Position, eine Position übrigens, die Sie beim **Landesentwicklungsplan** in diesem Hause politisch bekämpft haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Über diese Position können wir gern diskutieren. Wir werden auch beim Thema Straßenausbaubeiträge genau zu dieser Fragestellung kommen. Herr Kollege Dr. Habeck, ein Punkt war für unsere Meinungsbildung entscheidend: Hätten wir gesagt, ihr könnt es alles kostenfrei machen, hätten die Kreise doch gesagt: Ja, wir verlangen dafür natürlich eine Gegenfinanzierung von euch. Das ist doch völlig klar, das war doch der politische Hintergrund! Wenn das Land Gesetze macht und anderen Lasten auferlegt, muss es dafür in die Haftung gehen.

So einfach wollten wir es uns nicht machen. Deswegen haben wir uns für diesen Weg entschieden, der nicht lupenrein die Lehre ist, die wir möglicherweise gemeinsam wollen. Es ist nicht lupenrein, das sehen Sie völlig richtig. Es ist aber auch keine Flucht aus der Verantwortung zu sagen: Im Zweifel könnt ihr die Kritik am Landtag ablassen. Denn Sie können nach draußen gehen und sagen: Ihr seid es vor Ort nicht, ihr habt das auszubaden, was die Mehrheit des Landtags gemacht hat. - Wir haben Ihnen doch die Chance gegeben, uns politisch daran zu messen. Insofern finde ich unser Verhalten durchaus nachvollziehbar.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, bevor Sie sämtliche Zwischenfragen zugelassen haben, möchte ich für eine weitere Zwischenfrage Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki das Wort erteilen.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Kalinka, Sie wissen, wie sehr ich Ihre profunde Sachkenntnis schätze.

(Heiterkeit)

Würden Sie mir zustimmen, dass die Anwendung des Gesetzes zur Vorratsdatenspeicherung nicht von der Regierung ausgesetzt wurde, sondern vom Bundesverfassungsgericht durch Entscheidung im März?

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Kubicki, das war wie häufig bei Ihnen eine intellektuelle Brillanz, mit der Sie es formuliert haben. Insofern treffen sich bei uns im Augenblick der Sachverstand und die Wertschätzung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen!

(Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kalinka. Wenn es hier zu Zweiergesprächen kommen sollte, bitte ich, die draußen fortzuführen.

Werner Kalinka [CDU]:

Ich habe gelauscht, weil ich das Vieraugengespräch zwischen Herrn Kubicki und Herrn Jezewski gern gehört hätte.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine letzte ernsthafte Bemerkung machen! Es hat mich gestern schon gewundert, wie der Kollege Eichstädt mich zitiert hat, weil er den Vorwurf von Frau Kollegin Pauls vorher in einen Zusammenhang gestellt hat, der nicht in Ordnung war und mit dem Zitat nicht in Übereinstimmung steht. Ich habe gestern geschwiegen, um nicht auf jede Sache zu antworten. Wenn dies heute auch von der Kollegin Erdmann, vielleicht unbewusst, versucht wird, möchte ich Sie daran erinnern, dass ich vorhin gesagt habe:

(Werner Kalinka)

Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber man darf sich nicht immer vom Hof machen. Die Betonung lag auf dem Wort "immer".

Das habe ich im Übrigen nicht Ihnen vorgeworfen, sondern ich habe das auf die SPD projiziert. Ich lege auf diesen Punkt Wert. Sie werden doch nicht in Abrede stellen, dass ich nicht nur bei politischen Themen eine Aussage treffe, Rückgrat zeige und auch Dinge mit verändert habe. Frau Kollegin Heinoold, ich bedanke mich, dass Sie vorgestern beim Glücksspiel gesagt haben, auch beim Thema Spielhallen habe Kalinka eine Aussage getroffen, die offensichtlich Bewegung hineingebracht hat, und auch zu anderen Fragen. Ich bringe meine Äußerungen mit der Wirklichkeit gut in Übereinstimmung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben schon festgestellt, dass es 14 Uhr ist und die Mittagspause nicht stattgefunden hat. Bevor wir in der Debatte fortfahren, möchte ich Ihnen die Verabredung der Parlamentarischen Geschäftsführer zur Kenntnis geben, damit sich die nachfolgenden Rednerinnen und Redner darauf einstellen können. Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, dass wir die Sitzung ohne Pause fortsetzen.

Als Nächstes haben sie sich darauf verständigt, dass der Punkt 34 von dieser Tagung abgesetzt wird und auf die August-Tagung verschoben werden soll.

Dann möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir nun in der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt fortfahren. Es wurden noch weitere Dreiminutenbeiträge angemeldet. Die Kolleginnen und Kollegen, die zum Tagesordnungspunkt 20, Folgen der Stilllegung der AKWs Brunsbüttel und Krümmel, reden möchten, wollen sich bitte dennoch schon bereithalten. Das wird der nächste Tagesordnungspunkt sein, den ich aufrufen werde. Ich danke Ihnen und werde nun das Wort der Kollegin Silke Hinrichsen vom SSW erteilen. - Sie möchten nicht mehr das Wort. Das hat sich erledigt.

Dann steht auf meiner Rednerliste Herr Abgeordneter Heinz-Werner Jezewski von den LINKEN. Ich bitte ihn um seinen Dreiminutenbeitrag.

Habe ich richtig erkannt, dass sich Herr Kollege Fürter ebenfalls für einen Dreiminutenbeitrag gemeldet hat? - Danke schön.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz eine Deutschstunde: Es gibt einen deutlichen Unterschied zwischen Können und Müssen, Herr Kollege Kalinka. Niemand in diesem Haus hat etwas dagegen, wenn Sie sagen, die **Kreise können** die Eltern an der **Schülerbeförderung** beteiligen. Das bedeutet eine Stärkung der Autonomie der Kreise. Das ist das, was in diesem Haus gewünscht ist.

Wenn der Innenminister aber sagt, die Kreise müssen die **Eltern** an den Schülerbeförderungskosten beteiligen, ist das das, was hier ungewünscht ist oder zumindest bei großen Teilen dieses Hauses unerwünscht ist.

Offensichtlich ist das aber bei Ihnen auf dieser Seite des Hauses gewünscht. Sie sagen: Die Beteiligung der Eltern als symbolisches Zeichen an der **Konsolidierung des Haushalts** ist Ihnen wichtiger als ein vernünftiges Bildungssystem in diesem Land. - Inhaltlich trauen Sie sich aber nicht, diese Argumentation vorzubringen. Also argumentieren Sie formal. Formal - das wissen Sie auch - argumentieren Sie falsch. Sie haben aber den Vorteil, dass Sie einen Abgeordneten weniger als der Rest haben. Deswegen tun Sie es. Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von CDU und FDP: Mehr!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun erteile ich Herrn Abgeordneten Thorsten Fürter von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen weiteren Dreiminutenbeitrag das Wort.

Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mache es relativ kurz. Herr Kubicki hat den Antrag der Grünen als intelligent gelobt. Das hat er zu Recht getan. Die Frage ist, ob man das heute beschließen kann. Der Landtag kann natürlich nicht dazu auffordern, ein **Gesetz** nicht anzuwenden. Er kann aber dazu auffordern, ein Gesetz zu ändern. Er kann auch vorübergehend die Landesregierung auffordern, nicht im Sinne der **Kommunalaufsicht** tätig zu werden. Die Kommunalaufsicht steht im **Opportunitätsprinzip**. Übersetzt für Nichtjuristen heißt das, im Ermessen. Das heißt, sie kann tätig werden, aber sie muss nicht tätig werden.

Ich bin mir ganz sicher, wenn wir als Landtag heute beschließen - vielleicht mit der FDP zusammen -, dass das so zu machen ist, wird dieser Landtagsbe-

(Thorsten Fürter)

schluss eine Erwägung sein, die Sie in Ihrem Ermessen leiten wird, Herr Schlie. Deshalb können wir das machen. Das ist rechtlich sauber.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, würden Sie dennoch eine Zwischenfrage zulassen? - Nicht? - Okay.

Nun habe ich nur noch die Landesregierung auf der Rednerliste. Deshalb erteile ich dem Innenminister, Herrn Klaus Schlie, das Wort.

Klaus Schlie, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema **Beteiligung von Eltern** und volljährigen Schülerinnen und Schülern an den **Kosten der Schülerbeförderung** wirft, wie ich finde, ein bemerkenswertes Licht auf eine offenbar bei der Fraktion bestehende Einstellung zu Gesetz und Recht, die ich, zurückhaltend formuliert, mindestens als problematisch bezeichnen möchte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb ergreife ich gern das Wort, um nicht nur aus der Sicht des Kommunalministers, sondern auch in meiner Zuständigkeit für das **Verfassungsrecht** einige Dinge klarzustellen.

Zunächst zum Hintergrund oder - wie es früher in gewissen Kreisen hieß - zum Überbau. Durch **Artikel 10** des **Haushaltsbegleitgesetzes 2011/2012** vom 17. Dezember 2010 ist § 114 Abs. 2 Satz 3 des **Schulgesetzes** dahin gehend geändert worden, dass die **Kreise** verpflichtet sind, in ihrer **Satzung** vorzusehen, dass die **Eltern** oder die **volljährige Schülerin** oder der volljährige Schüler an den **Kosten der Schülerbeförderung** beteiligt werden.

Gemäß Artikel 30 Abs. 5 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011/2012 tritt diese Regelung - man höre und staune, das steht in dem Gesetz - ab 1. August 2011 in Kraft. Man muss alle Gesetze lesen.

Es kann nicht erwartet werden - ich tue das auch nicht -, dass diese Regelung allseits auf Zustimmung stößt. Ich bin allerdings davon überzeugt, dass sie richtig ist. Darum geht es hier aber nicht.

Entscheidend ist vielmehr, dass die **Norm** in einem ordnungsgemäßen Gesetzgebungsverfahren zustande gekommen ist. Der Landtag hat sie in dieser Form mehrheitlich beschlossen, und sie ist ordnungsgemäß in Kraft getreten. Damit ist dieses Ge-

setz selbstverständlich zu beachten. Die **Bindung an Recht und Gesetz** sollte zum Grundverständnis aller Staatsbürgerinnen und -bürger gehören. Mit ihrem Antrag verabschiedet sich die Fraktion DIE LINKE öffentlich von diesem zentralen rechtsstaatlichen Grundsatz.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schippels?

Klaus Schlie, Innenminister:

Gern.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Danke schön. Ich wollte einmal fragen, ob Sie nicht auch der Ansicht sind, dass es möglich wäre, rückwirkend eine Satzungsregelung zur Eigenbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten durch die Kreise in Kraft treten zu lassen? Das bedeutet, dass es jetzt gar nicht einer entsprechenden Verabschiedung bedarf, sondern dass man das rückwirkend im Laufe des Jahres machen kann.

- Nein! Die Befugnis, gesetzliche Regelungen zu verwerfen,

(Beifall bei CDU und FDP)

kommt aus gutem Grund ausschließlich der Verfassungsgerichtsbarkeit zu, und zwar nur in dem Fall, dass ein Gesetz nach Überzeugung des Gerichts gegen Verfassungsrecht verstößt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wo kämen wir denn hin, wenn jeder nach Gutdünken darüber entscheiden könnte, welches Gesetz er anwenden will und welches doch lieber nicht? Der Antrag der Fraktion DIE LINKE redet daher staatlicher Willkür das Wort.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abgeordneten Schippels?

Klaus Schlie, Innenminister:

Nein, ich glaube, er hat das verstanden. Das war nicht so schwierig.

(Heiterkeit)

Es mag in anderen staatlichen Systemen möglich sein, staatliche Willkür auszuüben, aber in unserem demokratischen Rechtsstaat ist das undenkbar und inakzeptabel.

(Minister Klaus Schlie)

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

- Ich würde sagen, wenn Sie einmal eine Bauchlandung gemacht haben, versuchen Sie das nicht noch einmal.

Schon die Nummer 1 des Dringlichkeitsantrags offenbart ein völlig falsches Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung und von der **Rolle der Kommunen** im Staatsgefüge. Ich kläre aber gern auf: Kommunale Selbstverwaltung ist nach allgemeinem Verfassungsverständnis der Exekutive zuzurechnen. Das gilt auch für die gewählten kommunalen Vertretungen, auch wenn diese etwas irreführend hin und wieder einmal als Kommunalparlamente bezeichnet werden.

Dessen ungeachtet räumen das **Grundgesetz** und die **Landesverfassung** den Kommunen mit dem Recht auf **kommunale Selbstverwaltung** im Staatsgefüge eine besonders geschützte Stellung ein. Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung bedeutet jedoch keinesfalls das Recht auf eine eigene Entscheidung, welche Gesetze man vor Ort beachten möchte und welche nicht.

Hier hilft bereits die Lektüre der Landesverfassung weiter. **Artikel 46 der Landesverfassung** gewährleistet das Recht auf kommunale Selbstverwaltung ausdrücklich nur **im Rahmen der Gesetze**. Auch Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordnete haben daher ihr Abstimmungsverhalten selbstverständlich an Recht und Gesetz auszurichten. Das gilt auch für den Kreis Dithmarschen.

Hierüber wacht in letzter Konsequenz das **Innenministerium** als oberste **Kommunalaufsicht**. Auch hier gilt ein erneuter Blick in die Landesverfassung. Nach Absatz 3 des bereits genannten Artikel 46 sichert das Land durch seine Aufsicht die Durchführung der Gesetze. Damit wird dem Rechtsstaatsprinzip Wirkung verschafft.

Es stünde einem Rechtsstaat nicht gut an, wenn Rechtsverstöße zwar unzulässig wären, letztlich aber kein Instrumentarium zur Verfügung stünde, um ihnen wirksam begegnen zu können. Dementsprechend ist es im Falle der Weigerung einzelner Kreise, fristgerecht eine **gesetzeskonforme Schülerbeförderungssatzung** zu erlassen, meine Aufgabe als Innenminister - jedenfalls nach meinem Amtsverständnis -, durch geeignete **kommunalaufsichtliche Maßnahmen** einen rechtskonformen Zustand herbeizuführen.

Herr Dr. Stegner, ich akzeptiere, dass Sie eine andere Rechtsauffassung hatten. Deswegen sind Sie aber auch nicht mehr Innenminister.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk zulassen?

Klaus Schlie, Innenminister:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Wir haben leider Probleme mit der Technik. Ich bitte jetzt die Anwesenden, so leise zu sein, dass wir die Kollegin Spoorendonk auch ohne Mikrofon verstehen können.

Anke Spoorendonk [SSW]: Herr Minister, ich teile ja Ihre Auffassung, dass kommunale Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze stattfinden muss. Ich gehe davon aus, dass das in jedem Fall gilt, auch beispielsweise beim Landesarchivgesetz und bei der Umsetzung des Landesarchivgesetzes auf kommunaler Ebene. Oder habe ich da etwas falsch verstanden?

Klaus Schlie, Innenminister:

Meine Ausführungen sind grundsätzlicher Natur.

Anke Spoorendonk [SSW]: Ich werde darauf zurückkommen, Herr Minister.

(Vereinzelter Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Fürter?

Klaus Schlie, Innenminister:

Die Zwischenfragen gestatte ich besonders gern.

Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister Schlie, vielen Dank. Sind Sie mit mir der Meinung, dass die Frage, ob die Kommunalaufsicht tätig wird und wie sie tätig wird, im Ermessen Ihres Hauses steht?

- Nein, sie steht im Ermessen der Gesetze, die der Schleswig-Holsteinische Landtag hier beschlossen hat. Der **Ermessensspielraum** richtet sich nicht danach - damit liegen Sie völlig falsch, das ist ein

(Minister Klaus Schlie)

bisschen abstrus -, ob ich ein Gesetz, das ich noch einmal eben benannt habe, das zum 1. August 2011 in Kraft treten soll, dann gegebenenfalls durch meine Tätigkeit als Kommunalaufsicht mit den entsprechenden Maßnahmen durchzuführen habe oder nicht. Ich glaube, das ist so obskur, dass ich nicht weiß, ob Sie sich mit dieser Frage einen Gefallen getan haben.

Auch mit Blick auf die weit überwiegende Zahl der Kreise, die der Gesetzgebungsumsetzung - das will ich auch noch einmal deutlich hervorheben - trotz zum Teil kontroverser Debatten vor Ort selbstverständlich gefolgt sind, konnte und durfte ich hier nicht untätig bleiben. Was also - so frage ich die antragstellende Fraktion - wollen Sie da missbilligen lassen?

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Innenminister -

Klaus Schlie, Innenminister:

Nun will ich das erst einmal zu Ende führen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Innenminister, lassen Sie mich bitte ausreden. - Die antragstellende Fraktion hat auch eine Frage an Sie, die Sie offenbar nicht zulassen möchten. Habe ich das gerade richtig verstanden?

Klaus Schlie, Innenminister:

Ich würde das jetzt gern im Zusammenhang zu Ende bringen. Ich biete dem Abgeordneten Jezewski an, das anschließend mit ihm weiter zu erörtern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Okay, danke.

Klaus Schlie, Innenminister:

Das Innenministerium wird in enger Abstimmung mit dem fachlich zuständigen Bildungsministerium auch weiterhin alles Gebotene dafür tun, dass zum **1. August 2011** in allen **Kreisen** eine **gesetzeskonforme Satzungsregelung** besteht. Vorgaben wurden den sich widersetzenden Kreisen in einem ersten Schritt nur insoweit gemacht, als die Anordnung getroffen wurde, eine - wie es das Schulgesetz vorsieht - „**angemessene**“ **Beteiligung** sicherzustellen. Die Ausgestaltung dieses unbestimmten Rechtsbegriffs obliegt in dieser Phase selbstverständlich den Kreistagen. Das wiederum ist Ergeb-

nis der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie und letztlich auch des ebenfalls dem Rechtsstaatsprinzip innewohnenden **Verhältnismäßigkeitsprinzip**. Deshalb zeugt auch der Vorwurf, ich wollte eigene inhaltliche Vorgaben durchsetzen, erneut von elementarer Rechtsunkenntnis.

Ebenso sind die Ausführungen im Änderungsantrag der Fraktion der SPD leider nicht auf der Höhe des Rechts. Einmal ernsthaft gefragt: Woraus soll sich die Unverhältnismäßigkeit einer Ersatzvornahme bei solchen Kreisen ergeben, die sich grundsätzlich weigern, geltendes Recht anzuerkennen? Das von Ihnen angeführte **Recht auf kommunale Selbstverwaltung** eröffnet den **Kreistagen** gerade keine Befugnis, das Rechtsstaatsprinzip zur Disposition zu stellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und noch eine Bemerkung zur Begründung des SPD-Antrags! Es ist sicherlich richtig, dass das **Schulgesetz** keine konkrete Vorgabe zur **Erhöhung der Eigenbeteiligung** macht. Aber gefordert ist schon jetzt eine **angemessene Beteiligung**. Deshalb sind bloße symbolische Beteiligungen in Höhe von 1 € ebenso wenig gesetzeskonform wie der von der SPD-Kreistagsfraktion Stormarn in die Diskussion eingebrachte Vorschlag, nur eine Beteiligung von Einkommensbeziehern von - ich will es einmal so formulieren - mehreren 100.000 € vorzusehen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD])

- Ja, ob es Hunderttausende oder 200.000 sind, ist doch egal. Man erkennt doch die Zielsetzung. Ich finde, Sie sollten diese Dinge, die der Schleswig-Holsteinische Landtag - und Sie sind doch Mitglied des Landtags - beschlossen hat, wirklich ernst nehmen. Sie sollten das auch als Mitglied des Gesetzgebungsorgans tun. Dann sollte man das auch nicht konterkarieren, wenn man auf einer anderen Ebene Kommunalpolitik betreibt.

(Zurufe von der SPD)

- Nein, das entscheide ich nicht. Der **Schleswig-Holsteinische Landtag** hat mit Mehrheit ein **Gesetz** beschlossen. Das ist in dieser Demokratie so. Wir leben nicht in einem anderen Staat - der Ihnen vielleicht vorschweben mag -, wir leben in diesem Rechtsstaat. Dann müssen Sie sich an diese Prinzipien aber auch gewöhnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, Sie können mit Sicherheit davon ausgehen,

(Minister Klaus Schlie)

dass zum 1. August 2011 in allen Kreisen in Schleswig-Holstein eine gesetzeskonforme Satzung vorhanden sein wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bin - Kollegin Erdmann! - ganz entpannt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Der Minister hat mit seinen Ausführungen die Redezeit der Landesregierung um 4 Minuten überzogen. Diese stehen nun allen Fraktionen zusätzlich zu Verfügung.

Die erste Wortmeldung stammt von der Fraktion DIE LINKE. Herr Abgeordneter Heinz-Werner Jezewski hat nunmehr das Wort.

(Zuruf von der FDP)

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Kollege Kubicki, für die Korrektur.

Wer mir hier erzählen will, dass die **Aussetzung von Gesetzen** durch Moratorien etwas Staatszersetzendes sei, der sollte sich einmal mit dem **Internetzensurgesetz** beschäftigen, das der **Bundestag** ausgesetzt hat. Auch das Gesetz zur **Vorratsdatenspeicherung**, Kollege Kubicki, ist übrigens ausgesetzt worden, obwohl nur Teile davon vom Verfassungsgericht kritisiert und angemahnt worden sind. Ein einziges Mal allerdings habe ich gedacht, wir kommen hier ganz knapp an einer Staatskrise vorbei, nämlich als die Bundeskanzlerin ohne Anhörung des Bundestags sich hingestellt und gesagt hat, das **Gesetz zur Laufzeitverlängerung** der Atomkraftwerke werde ausgesetzt, man führe ein dreimonatiges Moratorium ein. Das war mit keinem Parlament abgesprochen, wurde allerdings im Nachhinein abgenickt. Es gibt also keinen rechtlichen und staatsrechtlichen Grund, nicht ein **Moratorium** für das zu beschließen, um was es hier geht.

Das Zweite ist: Herr Minister, ich bin schon relativ enttäuscht und werde mir das am Montag noch einmal im Protokoll anschauen, wie genau Sie es ausgedrückt haben, dass Sie selbst oder einer Ihrer Mitarbeiter im Namen des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein am 27. Juni 2011 dem Kreis Stormarn, vertreten durch den Landrat, Folgendes geschrieben haben - ich zitiere -:

„Zwar wäre - wie bereits ausgeführt - ein rückwirkendes Inkrafttreten einer Satzungs-

regelung zur Eigenbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten rechtlich denkbar,“

- genau danach hatte Herr Kollege Schippels Sie gefragt, Herr Minister -

„indes“

- und Sie, Herr Minister, haben uns gesagt, dass Sie keinen Spielraum haben -

„erscheint ein hinausschiebendes Inkrafttreten einer Satzungsregelung nicht angezeigt.“

Also gibt es offensichtlich doch einen **Spielraum**. Denn wenn ich entscheiden kann, ob etwas angezeigt ist oder nicht, habe ich eindeutig einen riesengroßen Spielraum. Darüber würde ich mich gern anschließend weiter unterhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe daher die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit und Konzentration.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1653, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer lehnt diesen Antrag ab? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und der LINKEN bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1654. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer lehnt diesen Antrag ab? - Wer enthält sich an dieser Stelle? - Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und der LINKEN ebenfalls abgelehnt worden.

Ich lasse nunmehr über den Antrag der Fraktion die LINKEN, Drucksache 17/1644 (neu), abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist gegen diesen Antrag? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

LINKE bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 20 auf:

Folgen der endgültigen Stilllegung der AKWs Brunsbüttel und Krümmel

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1575

Wird das Wort zur Begründung erwünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit diesem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich erteile für die Landesregierung dem Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration, Herrn Emil Schmalfuß, das Wort.

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der **Deutsche Bundestag** hat gestern mit der Verabschiedung des Energiepakets die Weichen für eine nachhaltige Energiewende gestellt. Mit breiter Mehrheit und deutlicher Zustimmung aus dem Lager der Opposition ist das **13. Atomrechtsänderungsgesetz** beschlossen worden. Ich begrüße dies ausdrücklich.

Zentrale **Regelungsgehalte** des Gesetzes sind: Erstens. Die mit dem 11. Atomrechtsänderungsgesetz Ende 2010 erfolgte Gewährung zusätzlicher Strommengen und damit die Laufzeitverlängerungen werden zurückgenommen.

Zweitens. Für die sieben ältesten Kernkraftwerke und das Kernkraftwerk Krümmel wird mit Inkrafttreten des Gesetzes unmittelbar und sofort die Berechtigung zum Leistungsbetrieb erlöschen.

Drittens. Die Genehmigungen zum Leistungsbetrieb der drei jüngsten Anlagen erlöschen spätestens im Jahr 2022, für die übrigen Anlagen erlöschen sie gestaffelt bis spätestens 2015, 2017, 2019 und 2021.

Ich werte dieses Ergebnis auch als Erfolg der schleswig-holsteinischen Atompolitik. In Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten hatte ich

nach der Katastrophe von Fukushima wiederholt gefordert, dass die vom Vattenfall-Konzern betriebenen **Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel** nicht wieder ans Netz gehen und **dauerhaft abgeschaltet** bleiben. Diese zentrale Forderung wird nun erfüllt. Es liegt jetzt dazu die rechtsstaatlich notwendige eindeutige **Rechtsgrundlage** vor. Ich bin davon überzeugt, dass diese in der nächsten Woche in den Beratungen des Bundesrats auf breite Zustimmung stoßen wird.

Nicht zuletzt - das ist mir besonders wichtig - bin ich davon überzeugt, dass diese atompolitische Entscheidung gesellschaftspolitisch auf breite Zustimmung und Akzeptanz stoßen wird. Politik muss die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst nehmen und hierauf angemessen und verantwortlich reagieren.

Zu den mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angesprochenen Fragen zu den **Folgen der endgültigen Stilllegung** der Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel lassen Sie mich Folgendes sagen: Zunächst einmal möchte ich festhalten, dass die Untersagung des Weiterbetriebes der sieben ältesten Anlagen und des Kernkraftwerks Krümmel keiner Stilllegungsanordnung durch die Atomaufsichtsbehörde bedarf, sondern durch den **Gesetzgeber** selbst und unmittelbar durch Entzug der Berechtigung zum Leistungsbetrieb geregelt worden ist. Dies ist auch notwendig, weil es sich um eine grundrechtsrelevante wesentliche Entscheidung handelt. Die weitere Abwicklung der Stilllegung ist demgegenüber in § 7 Abs. 3 des Atomgesetzes geregelt. Danach bedarf die Stilllegung eines Kernkraftwerkes eines atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens. In diesem Rahmen wird es eine umfassende Prüfung geben.

Welche Zeiträume für die **Stilllegung** und den **Rückbau** der beiden Vattenfall-Anlagen angesetzt werden müssen und welche Auswirkungen sich hieraus ergeben, lässt sich seriös gegenwärtig noch nicht abschätzen. Die Beantwortung dieser und der damit im Zusammenhang stehenden Fragen ist von vielen Faktoren abhängig, insbesondere vom Stilllegungs- und Abbaukonzept, von der Verfügbarkeit von Castor-Behältern, von der Verfügbarkeit von Spezialisten und vielem mehr. Hier sind zunächst einmal die Betreiber der beiden Anlagen in der Pflicht, ein **konkretes Stilllegungskonzept** zu entwickeln, es vorzulegen, und von der Reaktorsicherheitsbehörde genehmigen zu lassen.

Mehr lässt sich zu den Einzelheiten der Folgen der Stilllegung zurzeit nicht sagen.

(Minister Emil Schmalfuß)

Betreiber wie auch beteiligte Behörden stehen bei der Stilllegung von Kernkraftwerken über viele Jahre vor großen Herausforderungen. Die schleswig-holsteinische Reaktorsicherheitsbehörde wird sich diesen, wie auch in der Vergangenheit schon, nach dem Grundsatz stellen, dass in der Kerntechnik auch bei der Stilllegung **Sicherheit** stets Vorrang vor allen anderen Erwägungen haben muss.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Einen Antrag stellen, und dann sitzt da kein Mensch! - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo sind Ihre Leute?)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Leider gibt der Bericht so gut wie keine Antworten auf unsere Fragen. Das ist bedauerlich. Was ist mit den Milliarden an **Rückstellungen**? Stehen sie jetzt, wo sie gebraucht werden, auch zur Verfügung?

In einer Pressemitteilung des Bundesrechnungshofs heißt es:

„Die Betreiber der Kernkraftwerke in Deutschland sind verpflichtet, für den Rückbau der Anlagen und die Endlagerung radioaktiver Abfälle Rückstellungen zu bilden. Diese betragen zum 31. März 2009 knapp 28 Milliarden €. Der Bundesrechnungshof hat festgestellt“

- so heißt es weiter -,

„dass keine staatliche Stelle die Höhe der Rückstellungen sachgerecht beurteilen kann.“

Die einzigen **Behörden**, die detaillierten Einblick in die entsprechenden Unterlagen zur Bewertung dieser Frage haben, sind die **Finanzbehörden** der **Länder** und des **Bundes**.

Deshalb fragen wir gerade die Landesregierung in unserem Berichtsantrag. Der **Bundesrechnungshof** schreibt, die Finanzbehörden prüften zwar die Rückstellungen, könnten jedoch die **technischen**

Annahmen, die der Rückstellungsbildung und damit auch der Rückstellungshöhe zugrunde lägen, nicht fachlich beurteilen. Über **Fachkompetenz** verfüge bei Endlagerfragen insbesondere das **Bundesamt für Strahlenschutz**. Es habe die Finanzverwaltung bisher nicht in dem erforderlichen Umfang unterstützen können. Grund dafür seien die fehlenden Auskunftsrechte gegenüber den Betreibern gewesen, um die technischen Unterlagen einzusehen.

Auch das möge man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, Meine Damen und Herren.

Der Bundesrechnungshof stellt infrage, ob wirklich die **Betreiber** verursachergerecht für den **Rückbau** bezahlen oder nicht doch die öffentliche Hand auf den Kosten sitzenbleibt. Wörtlich heißt es:

„Der Bund müsste dann als Ausfallbürge für die nicht gedeckten Kosten aufkommen.“

So weit meine Zitate aus dieser bemerkenswerten Pressemitteilung des Bundesrechnungshofs.

Der Kollege Kalinka hat in einer Kleinen Anfrage diesen Fragenkomplex abgefragt, hat übrigens wesentlich mehr Antworten bekommen, als wir hier mit diesem Bericht.

Offenbar haben wir jetzt ein Problem, wo der Atomausstieg beschlossen und zwei unserer AKWs stillgelegt und rückgebaut werden müssen. Wir fordern, dass die **Rückstellungsmilliarden** in einen **öffentlich-rechtlichen Fonds** überführt oder wenigstens vor Insolvenz sichergestellt werden.

Was ist denn, wenn E.ON oder Vattenfall pleitegehen? Wie man hört, hat das **Land Baden-Württemberg** nach dem unsäglichen Einkauf des Landes in den Energiekonzern EnBW durch den ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten Mappus große Schwierigkeiten mit dieser Beteiligung. Die Erträge sinken. Neue Investitionen für die Zukunft wären notwendig. Eigenkapital ist knapp. Jetzt sollen die **Rückstellungsmilliarden** mobilisiert werden. Der Mappus-Einkauf wird sich für das Land Baden-Württemberg noch rächen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es besteht dringender gesetzlicher Handlungsbedarf, um die öffentliche Hand zu schützen. Die **Gelder** für den Rückbau der AKWs, für die Konditionierung der radioaktiven Abfälle, für ein Endlager müssen verfügbar gemacht werden.

Akzeptanz - um zu einem anderen Thema zu kommen - ist ein wohlfeiles Thema. Wir haben es bei verschiedenen Tagesordnungspunkten auch in die-

(Detlef Matthiessen)

ser Landtagstagung gehört. Warum beantworten Sie nicht wenigstens die Frage nach **Unterrichtung der Bevölkerung**? Wir sehen das als öffentliche Aufgabe an, zu deren Kosten auch die Betreiber herangezogen werden sollten.

Herr Minister, Ihr Bericht ist ungenügend. Er gibt keine Antworten. Meine Damen und Herren, dabei kann der **Rückbau der Atomindustrie** auch eine Wirtschaftschance für unser Land sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind auch Firmen notwendig, die sich dieser Aufgabe stellen. Warum sieht die Landesregierung das nicht als Chance für Schleswig-Holstein, hier eine neue Industrie aufzubauen? Die traurige Hinterlassenschaft der Atomindustrie für viele Jahrzehnte - lasst uns diese Aufgabe verantwortungsvoll angehen! Darauf hätten wir Antworten erwartet.

Herr Präsident, wir erleben den seltenen Fall einer Unterschreitung der Redezeit, weil einfach keine Antworten gegeben wurden, die man weiter kommentieren könnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Jens-Christian Magnussen.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Kollegen Matthiessen habe ich wirklich selten so sprachlos gesehen wie heute. Ihnen, Herr Minister, vielen Dank für den Versuch, die gestellten Fragen heute zu beantworten. Ich glaube, der Prozess, um dies alles beantworten zu können, ist doch etwas ausgiebiger und etwas länger und bedarf einer besonderen Sorgfalt.

Mir liegt es fern, Stimmung zu machen. Aber dieser Antrag bedarf schon einer besonderen Betrachtung und Beurteilung. Ich hätte erwartet, dass die Antworten auf alle von Ihnen aufgeführten Fragen und **Fragestellungen**, verehrter Herr Kollege, schon bei Ihnen aus der Schublade zu ziehen wären. Aber was stellen wir fest? - Weder die technische Realisierbarkeit eines Umstiegs noch die rechtlichen Rahmenbedingungen sind gedanklich vorbereitet.

Wenn Sie in Ihrem Antrag ausführen, dass das endgültige **Aus der AKWs** und deren **Rückbau** für Schleswig-Holstein eine bislang unbekannte Herausforderung mit vielen **Aspekten** für die betroffe-

ne **Wirtschaft**, die **Verwaltung** und die **Landespolitik** darstellt, verwundert mich das doch sehr, wo Sie doch den Ausstieg von allen am lautesten gefordert hatten. Aber was haben Sie wirklich? Ausstieg ja, aber was kommt dann? Das große Fragezeichen bleibt bestehen.

Alle Fragen gehen vorrangig auf die Belange ein, die sich mit den Folgen für den Staat auseinandersetzen. Das ist sicherlich auch ein Aktionsfeld mit sehr hoher Brisanz und von besonderer Bedeutung. Der Höhepunkt Ihres Fragenkatalogs ist allerdings die Frage 3 - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

„Im Bericht soll insbesondere eingegangen werden auf die Zeitpunkte und Zeiträume für den Rückbau der AKWs. Wird ein Rückbau zur grünen Wiese angestrebt? In welchem Zeitraum? Auf welcher legalen Grundlage?“

Verehrter Herr Kollege, mit dieser Frage zeigen Sie Ihr wahres Gesicht. Ihnen geht es nicht um Vorsorge und Löschen des Wissensdursts, Ihnen geht es darum, weiter Stimmung zu machen. Die betroffenen Unternehmen und auch die zuständigen Behörden werden rechtlich sauber die **legalen Wege** beschreiten, um die notwendigen Vorgänge abzuarbeiten.

Was mir bei Ihrem Antrag leider zu kurz kommt beziehungsweise gar keine Rolle spielt, sind die **Menschen**, deren **Existenz** an den **verlorengehenden Arbeitsplätzen** hängt. Hier, insbesondere hier, hat die Politik einen noch höheren Berg an Hausaufgaben zu erledigen, um Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzkompensationsmaßnahmen zu schaffen.

Die Abschaltung des **Kernkraftwerks Brunsbüttel** zum Beispiel schlägt sich bereits jetzt nachteilig auf die Arbeitsplätze der **Region** nieder. Dies trifft insbesondere die kleinen und familiengeführten Betriebe. Die Ergebnisse hatte ich bereits heute Morgen ausgeführt. In **Krümmel** wird es nicht anders aussehen.

Wie der Umgang mit diesem hochsensiblen Thema Existenzgefahr durch Arbeitsplatzverluste ist, dokumentiert der Ansatz eines allseits bekannten Journalisten aus dem Lübecker Raum, der mich fragte, wie ich, bezogen auf die sofortige Stilllegung der AKWs, mit der Niederlage umgehen würde. Ich denke, Niederlage hat etwas mit verlieren zu tun. Ich persönlich habe hier nicht verloren. Die Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, sollten einmal befragt werden. Das gehört auch zu gutem

(Jens-Christian Magnussen)

Journalismus und einer guten Aufarbeitung dieses brisanten Themas.

Ein weiterer nicht unerheblicher Punkt bei den **Auswirkungen der Stilllegung** ist die Finanzierung der kommunalen Infrastrukturen, die durch die nicht unerheblichen **Steuereinnahmen**, von denen nicht nur die **Kommunen** profitiert haben, gut aufgebaut und unterhalten wurden und noch unterhalten werden müssen. Stichwort: Kommunaler Finanzausgleich.

Verehrter Herr Kollege Matthiessen, das neue Zeitalter der Energieversorgung ist angebrochen. Dazu stehe auch ich. Gemeinsam sind wir nun gefordert, Lösungsansätze zu finden und auf den Weg zu bringen.

Ihnen, Herr Kollege Dr. Habeck - jetzt ist er leider nicht hier; ich bitte darum, dass Sie das weitergeben -, danke ich für den gestrigen Beitrag zum Thema Energie, der ein Stück Gemeinsamkeit bei diesem Thema erkennen ließ. Wir können alle Facetten der Energiezukunft von der theoretischen Seite her aufrollen, aber der erste praktische Aufschlag muss sitzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vielen Dank und eine schöne Sommerzeit!

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Olaf Schulze.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe anwesende Zuhörer! Der **Atomausstieg** ist gestern vom **Bundestag** beschlossen worden. Das ist unumkehrbar und gut so. Mit dieser Entscheidung sind weitreichende Folgen verbunden, die im vorliegenden Fragenkatalog skizziert wurden. Ich bedanke mich, dass Minister Schmalfuß auf der Basis der aktuellen Situation eine erste Einschätzung zu den **Folgen** des Atomausstiegs für **Schleswig-Holstein** gegeben hat. Ich hätte mich allerdings gefreut, wenn wir einen schriftlichen Bericht bekommen hätten. Dann hätten wir ein bisschen besser und auch mit mehr Inhalt diskutieren können.

Aus den bestehenden Erfahrungen beim **Rückbau** von Atomkraftwerken wissen wir, dass wir wahrscheinlich einen jahrzehntelangen Prozess vor uns haben, bis auch die Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein sicher aus der Landschaft verschwunden sind. In diesem Prozess wird ein in diesem Volu-

men am Arbeitsmarkt derzeit nicht vorhandenes Potenzial von Facharbeitskräften benötigt. Auch wenn der Rückbau wie vorher auch der Betrieb von Atomkraftwerken in erster Linie eine **Aufgabe der Betreiber** ist, muss der **Staat** die Aufsicht auch in diesem anstehenden Prozess sicherstellen. Vorher sind die Fragen der ausreichenden Rücklagen, die Endlagerung des anfallenden hochradioaktiven Materials und die Haftung bei Unfällen mit den Betreibern zu klären. Für diesen Prozess ist sicherlich auch die Frage zu klären, wie auch die **Atomaufsicht** personell für einen zu definierenden Zeitraum zu verstärken ist.

Wenn die Atomkraftwerke aus unserer Landschaft verschwunden sind, wird eine **Folgenutzung** der nunmehr **freien Flächen** stattfinden. Angesichts der Vornutzung und **Anbindung an das Stromnetz** sind hier neue, vor allem regenerative Energien besonders interessant. Diese Entscheidung steht jedoch in der **Planungshoheit** der **Standortgemeinden** und kann nicht vom Land vorgegeben werden; denn das sollte auch noch vor Ort diskutiert werden, und wir sollten dann jeweils auch vor Ort sehen, was dort am sinnvollsten ist.

Wie Sie den Ausführungen des Ministers entnommen haben, sind die meisten der gestellten Fragen heute nicht abschließend belastbar zu beantworten. Das kann zum heutigen Zeitpunkt auch gar nicht anders sein. Wir sollten uns daher nach dem Grundsatz „Genauigkeit geht vor Schnelligkeit“ sorgfältig mit diesen Fragen im Ausschuss befassen und dieses Thema zu einem geeigneten Zeitpunkt wieder aufrufen.

(Beifall des Abgeordneten Jens-Christian Magnussen [CDU])

- Das finde ich schön, endlich mal.

Zum Thema Arbeitsplätze! Ich meine, auch dieses Thema können wir gern noch einmal im Ausschuss diskutieren, auch, wie viele Arbeitsplätze durch den Rückbau geschlossen werden. Dort ist es nämlich so, dass auch in den Kommunen, in denen heute Arbeitsplätze sind, die Betriebe davon profitieren können, die jetzt schon da arbeiten. Ich weiß, es sind nicht alle Betriebe, und es ist richtig, dass wahrscheinlich auch Arbeitsplätze wegfallen werden. Aber es wäre natürlich schön gewesen, wenn die Bundesregierung den rot-grünen Kompromiss einfach beibehalten hätte. Dann hätte es eine Planungssicherheit für die Betreiber und auch für die Kommunen gegeben. Aber durch dieses Ad-hoc-Ereignis aus dem letzten Jahr, als Sie ja die Atomkraftwerkslaufzeitverlängerung durchgesetzt haben,

(Olaf Schulze)

und den jetzigen Umschwung ist die Planungssicherheit bei den Atomkraftwerksbetreibern auf ein Minimum gesunken.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie nach dem Beifall des Abgeordneten Magnussen auch eine Frage von ihm?

(Heiterkeit)

Olaf Schulze [SPD]:

Aber selbstverständlich. Nachdem er schon so nett war und mir applaudiert hat, gern.

Jens-Christian Magnussen [CDU]: Herr Kollege, stimmen Sie mit mir überein, dass durch die Stilllegung die direkten Arbeitsplätze nicht betroffen sind, aber dass durch die Stilllegung Arbeitsplätze bei den Fremdfirmen, die jetzt im Werk tätig waren, sofort wegfallen und eine Sofortmaßnahme vollzogen werden muss, um dem entgegenzuwirken?

- Ich kann Ihnen da leider nur zum Teil zustimmen. Wenn Sie einmal von der Westküste in den Osten des Landes fahren würden, würden Sie sehen, dass zum Beispiel beim Atomkraftwerk Krümmel zurzeit noch eine neue Fassade angebaut wird und diese Arbeiten nicht gestoppt sind. Insofern sind bei dem Unternehmen weiterhin die Arbeitsplätze erhalten. Es gibt sicherlich einige Arbeitsplätze, die jetzt schon wegfallen, aber es gibt auch andere Arbeitsplätze, die durch den Rückbau neu geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Olaf Schulze [SPD]:

Selbstverständlich gern.

Jens-Christian Magnussen [CDU]: Würden Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass es an der Westküste vielleicht etwas anders ist? Die aktuellen Zahlen und Gespräche mit der Agentur für Arbeit dokumentieren klar und deutlich, dass im Moment massive Arbeitsplatzverluste anstehen. Die Renovierung in Brunsbüttel ist im Übrigen abgeschlossen. Auch da ist eine neue Fassade montiert worden.

- Ich nehme immer wieder gern zur Kenntnis, dass es an der Westküste anders ist als in anderen Landesteilen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Silke Hinrichsen [SSW])

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrter, lieber Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es wirklich bemerkenswert, dass die Grünen hier einen mündlichen Berichts Antrag stellen, den Tagesordnungspunkt setzen lassen und dann drei Fraktionsmitglieder hier sitzen und sich den mündlichen Bericht anhören.

(Sandra Redmann [SPD]: Ich zähle allein schon vier! - Zuruf von der SPD: Es sind sechs!)

- Ja, Frau Amtsberg, der Bericht wurde schon gegeben, Sie sind jetzt ein wenig zu spät.

Das endgültige Aus für Kernkraftwerke und deren Rückbau sind für Schleswig-Holstein eine bisher unbekannte Herausforderungen mit vielen neuen Aspekten für die betroffene Wirtschaft, die Verwaltung und die Landespolitik. Insbesondere auf die Kraftwerksbetreiber kommen Herausforderungen zu. Es gibt geänderte Anforderungen an die Personalstruktur, und es wird zu einem Personalabbau kommen. Besonders externe Unternehmen und deren Beschäftigte werden davon betroffen sein.

Gestern hat der Bundestag historische Beschlüsse gefasst. Die große Herausforderung ist vor allem, dass in Deutschland nicht nur ein oder zwei **Kernkraftwerke stillgelegt** werden, sondern eben gleich **acht** auf einmal. Die **Genehmigungen zum Leistungsbetrieb** der weiteren Kernkraftwerke **erlöschen** - wie Sie wissen - gestaffelt bis zum **Jahr 2022**. Da stellt sich zwangsläufig die Frage nach der **Endlagerung**. Denn es liegt in der Verantwortung der Generation, die die Kernenergie genutzt hat, auch dafür zu sorgen, dass die radioaktiven Abfälle sicher gelagert werden.

Der **Ausstieg** aus der **Kernenergienutzung** ist gesellschaftlich gewollt. Daher muss auch die **gesamte Gesellschaft** für den Rückbau und die **Entsorgung** Verantwortung tragen. Dies ist in der Vergan-

(Oliver Kumbartzky)

genheit, wie Sie wissen, nicht ernsthaft angegangen worden. Es ist zu begrüßen, dass die ergebnisoffene weitere **Erkundung von Gorleben** nun weitergeführt wird. Zudem sollen auch weitere allgemeine geologische Eignungskriterien ermittelt und mögliche **alternative Entsorgungsoptionen** im gesamten **Bundesgebiet** geprüft werden.

Die Abwicklung der Stilllegung von Kernenergieanlagen ist in **§ 7 Abs. 3 des Atomgesetzes** geregelt. Es bedarf eines atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Weitere rechtliche Grundlagen, die ebenfalls beachtet werden müssen, sind zum Beispiel die Strahlenschutzverordnung, das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, die Gefahrstoffverordnung und das Bundesimmissionsschutzgesetz. Herr Matthiessen, zu diesem Zeitpunkt heute, also einen Tag, nachdem der Bundestag beschlossen hat - der Bundesrat beschließt erst nächste Woche -, schon einen ausführlichen Bericht haben zu wollen, wie das Ganze vonstatten gehen soll, geht nun einmal einfach nicht.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das kann nur er!)

- Das kann nur er, genau.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich will nicht bezweifeln, dass die Fragen wichtig und richtig sind, aber dieses Thema wird uns definitiv noch lange beschäftigen. Natürlich muss auch die örtliche Bevölkerung informiert werden. Aber zum jetzigen Zeitpunkt kann man das alles noch nicht detailliert sagen.

Was jetzt erst einmal passiert ist, dass nach dem Abschluss der vorbereitenden Tätigkeiten erst mal die sogenannte **Nachbetriebsphase** beginnt. In dieser Phase werden die letzten Brennelemente abtransportiert. Ich hoffe natürlich ohne Proteste von Kraftwerksgegnern, Herr Thoroe. In folgenden, genau definierten Phasen werden die Kernkraftwerke nach und nach zurückgebaut.

Es sind in Deutschland schon mehrere Kernkraftwerke stillgelegt und rückgebaut worden. Die Erfahrungen, die dort gemacht worden sind, sind auch den anstehenden Projekten dienlich. Das Beispiel vom **Kernkraftwerk Stade** zeigt, wie zeit- und kostenintensiv eine Stilllegung und ein Rückbau ist. Die Abschaltung von Stade fand im November 2003 statt. Die Genehmigung des nuklearen Rückbaus erfolgte dann im September 2005, und der Rückbauprozess wird bis Ende 2015 andauern.

Einen letzten Aspekt will ich gern noch aufgreifen: Es ist natürlich darauf zu achten und dafür zu sorgen, dass im Zuge des Atomausstiegs achtsam mit Steuergeldern umgegangen wird. Herr Matthiessen erwähnte schon den Bundesrechnungshof. Wir haben eine große Anzeigenkampagne der grünen Bundestagsfraktion gesehen. Da muss man sich natürlich fragen, wie das finanziert worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt schon durchaus Erfahrungen von Steuergeldverschwendungen der Grünen, was den Atomausstieg anbetrifft. Als das Kernkraftwerk Stade, das ich gerade erwähnt habe, damals stillgelegt wurde, feierte der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin seine Freude auf einer großen Atomausstiegsparty - mit Politikern, Umweltschützern und Wirtschaftsvertretern. 41.823 € kostete das Vergnügen, und dieses Geld bezahlte der Steuerzahler.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: So billig hätten wir das nicht gemacht! - Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Der Bundesrechnungshof hat das in einem Bericht ausführlich erwähnt und bezweifelt, dass dieser Empfang dem Zweck der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung erfülle. Im Bericht heißt es, das Ministerium habe damit eher Werbung für die Grünen gemacht.

(Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fällt Ihnen zum Thema noch was ein?)

- Genau, Frau Amtsberg, vielleicht noch am Rande etwas zu dem Thema. Bei dieser Party war nämlich der Ihnen sicherlich bekannte Schauspieler Manfred Krug engagiert worden. Der verließ aber schon nach dem ersten Lied die Bühne, weil das Publikum ihm kein Gehör schenkte und durcheinanderredete. Das ist wahrscheinlich üblich bei den Grünen. Krug sagte später in einem Zeitungsinterview - ich darf das zitieren -: „Ich wollte gerade das schöne Lied singen: ‚Es ist nicht leicht, so grün zu sein‘. Als ich merkte, dass die sich so viel zu erzählen hatten und nicht in der Lage waren, mal einen Moment ruhig zu sein, dachte ich, da kannst du auch gehen.“

(Beifall des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unabhängig vom Atomausstieg muss ich wirklich sagen, dass es geschmacklos ist, Steuergelder an einem Tag zu verschwenden, an dem mehrere 100 Arbeiter in dem Kernkraftwerk Stade ihren Job verloren haben. Dass man dann so eine Sause macht,

(**Oliver Kumbartzky**)

geht überhaupt nicht. Ich freue mich auf die weiteren Debatten zu diesem Thema, die es sicherlich noch geben wird.

(Beifall bei der FDP - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es kann nur besser werden!)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroë.

Björn Thoroë [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wir hätten gern einen schriftlichen Bericht gehabt.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das liegt am Antragsteller!)

- Das weiß ich. Das war auch an die Grünen gerichtet. Das ist mir bewusst.

Wir hätten es besser gefunden, wenn die Antragsteller der Regierung noch ein bisschen mehr Zeit gelassen hätten, um ihr die Möglichkeit zu geben, über die Fragen nachzudenken und einen substantiellen schriftlichen Bericht abzuliefern, weil ich glaube, dass dieses Thema einfach zu diesem Zeitpunkt noch nicht so sehr viel hergibt. Vielleicht hätte man lieber Vorgaben machen sollen, was die Landesregierung beim Abbau grob beachten soll. Mir fallen da auch gleich drei Punkte ein.

Einmal sollte möglichst schnell dafür gesorgt werden, dass die **Atomkraftwerke** abgebaut werden. Der längste **geplante Abbau** findet gerade in **Jülich** statt. Das Kraftwerk wurde 1988 stillgelegt. Nach den neuesten Schätzungen ist es 2078 komplett abgebaut. So etwas sollte hier in Schleswig-Holstein natürlich nicht unbedingt der Fall sein.

Das zeigt aber gleichzeitig auch - ich möchte noch einmal kurz auf das Arbeitsplatzargument eingehen -: Natürlich werden **Arbeitsplätze** beim **Rückbau** erstmal noch vorhanden sein. Erneuerbare Energien schaffen natürlich auch ganz viele Arbeitsplätze, auch in Brunsbüttel. Da geht es um die Wasserstoffverarbeitung, da geht es um die Windkraft. Davon werden natürlich auch Firmen in Brunsbüttel profitieren.

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Das nützt aber heute nichts!)

Ich bin mir ziemlich sicher, dass die mittelständischen Firmen in Brunsbüttel kreativ genug sind, um auf so einen Wandel zu reagieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die zweite Frage, die sich uns stellt, wäre: Wer **bezahlt den Abbau**? - Wir hoffen, dass es nicht so sein wird, dass der **Steuerzahler** für den Abbau aufkommen muss, sondern dass es die vier großen Energiemultis sind, die diesen Abbau komplett zu zahlen haben. Es sind schon genug **Subventionen** für die Atomkraft an die vier großen Energiekonzerne geflossen. Wir hoffen, dass die vier großen Betreiber für den Abbau der Kraftwerke zahlen müssen.

Was uns noch sehr am Herzen liegt, sind die **Arbeitsbedingungen**, die während des Abbaus dort herrschen werden. Es darf nicht so sein wie jetzt zum Beispiel bei der Revision in **Brokdorf**, dass dort **Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter** in Massen herangekarrt werden, um dort die gefährlicheren Arbeitsbedingungen zu haben als sogar die Stammbeslegschaft und dafür noch schlechter bezahlt zu werden und unsichere Arbeitsplätze zu haben. Wir hoffen, dass das beim Abbau der Atomkraftwerke nicht der Fall sein wird, sondern dass dort sichere, sozialversicherungspflichtige und gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden. Mehr habe ich dazu im Moment auch nicht zu sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Atomausstieg ist noch nicht einmal richtig beschlossen, und schon liegt uns ein **Antrag** vor, der sich mit den Fragen des **endgültigen Rückbaus der Atomanlagen** beschäftigt. Normalerweise müsste man jetzt sagen, dass bestimmt schon ein grüner Masterplan für den Rückbau der AKWs vorliegen müsste, weil Rot-Grün auf Bundesebene schon einmal den Ausstieg für 2021 beschlossen hatte und weil es damals auf Bundesebene einen grünen Bundesumweltminister gab. Gäbe es also auf alle Fragen, die uns der Kollege Matthiesen vorgelegt hat, eine endgültige und allgemein gültige Antwort, dann hätte er sie wohl selbst schon in Form eines Antrags vorgelegt. Ich sage dies deshalb, weil ich nicht erwartet habe, dass heute schon alle Fragen von der Landesregierung lückenlos beantwortet werden können. Dafür ist das Thema zu komplex, und die rechtlichen Grundlagen sind zu vielfältig.

(Lars Harms)

Es ist aber klar, dass diese Fragen in naher Zukunft beantwortet werden müssen. Wenn eine **kerntechnische Anlage stillgelegt** und abgebaut werden soll, dann ist dies zu beantragen. Dann muss ein genauer **Plan** vorgelegt werden, der besagt wie die Anlage abgebaut werden soll, welche möglichen Ausgleichsmaßnahmen notwendig werden und welcher Zustand nach Abschluss der Maßnahme hergestellt sein soll. Das bedeutet aber, dass jede Maßnahme - also jeder Rückbau eines AKWs - als Einzelfall betrachtet werden muss. Es gibt somit kein Schema F, das man immer und überall anwenden kann, sondern es muss je nach Gegebenheiten passgenaue **Einzelfalllösungen** geben.

Daher lassen sich auch keine allgemeinen Aussagen darüber treffen, welche Teile von AKWs wo gelagert werden müssen und wie ihre Sicherung bei Transporten vorgenommen werden soll. Auch diese Fragen können nur im Einzelfall gelöst werden. Ich sage dies deshalb ausdrücklich, weil ich Wert darauf lege, dass man jetzt nicht schon am Anfang einer Debatte mit irgendwelchen Diskussionen über angebliche Versäumnisse der Landesregierung beginnt. Vielmehr ist es wichtig festzulegen, welche weiteren **politischen Ziele** es geben muss, damit der **Atomausstieg** schnellstmöglich gelingen kann.

Hierbei wäre es nach unserer Auffassung notwendig, schnell und unvoreingenommen nach **Endlagermöglichkeiten** zu suchen. Die bisherigen Vorfestlegungen oder eher gesagt Standortausschlüsse im Süden der Republik dürfen so nicht Bestand haben. Vielmehr muss es bis spätestens Mitte dieses Jahrzehnts eine sachgerechte und endgültige Festlegung auf einen oder mehrere **Standorte** geben. Für uns als SSW ist es entscheidend, dass sich die Bundesrepublik Deutschland ihrer Verantwortung bewusst ist und dass wir unseren Atommüll ausschließlich im eigenen Land entsorgen. Ein Verschicken des Atommülls **ins Ausland** darf es nicht geben.

In dem Moment, in dem die Endlagerfrage gelöst ist, wird man auch Möglichkeiten haben, den Atommüll, der derzeit noch direkt bei den AKWs gelagert ist, einzulagern. Allein die Tatsache, dass **Castoren** so einfach auf dem **Gelände der AKWs** abgelagert sind, bringt hoffentlich genügend Zeitdruck in die Debatte, um das Problem zu lösen. Ohne eine Lösung der Endlagerung des Atommülls kann es keinen Atomausstieg geben. Wer den Atomausstieg will, der darf die Notwendigkeit der Endlagerung nicht ausblenden. Hier sind wir heute die Leidtragenden von Fehlentscheidungen, die die Politik in den 60er- und 70er-Jahren auf Kosten un-

terer und auf Kosten vieler folgender Generationen getroffen hat.

Eine wichtige Frage ist auch die Frage nach der **Finanzierung** des Atomausstiegs und seiner **Folgekosten**. Diese Lasten können nicht vordringlich den Bürgerinnen und Bürgern angelastet werden. Die **Energieunternehmen** haben **Rückstellungen** gebildet, die vollständig offengelegt werden müssen und für die Kosten des Ausstiegs verwendet werden müssen. Es ist zwar klar, dass der Staat für Planfeststellungen und ähnliche Verwaltungshandlungen aufkommen muss, aber die weiteren **Kosten** des Ausstiegs bis hin zu den Endlagerkosten sind nach unserer Auffassung vollständig von den **Betreibern** zu zahlen. Die Unternehmen haben in der Vergangenheit riesige Gewinne gemacht, und der Staat hat in den vergangenen Jahrzehnten riesige Summen aufwenden müssen, um in die Atomwirtschaft einzusteigen. Der Ausstieg und der Rückbau der Anlagen sollte daher die Aufgabe und die Verantwortung der Betreiber sein, jedoch unter staatlicher Kontrolle. Das ist die eigentliche politische Aufgabe, die wir jetzt haben.

Für uns ist der Ausstieg aus der Atomkraft eine Herzenssache. Für uns bedeutet das aber auch, dass hier **rechtstaatliche Verfahren** eingehalten werden müssen und dass im Einzelfall über die Art und Weise des Rückbaus entschieden werden muss. Um überhaupt aussteigen zu können, muss die Frage der Endlagerung zuallererst und mit allerhöchster Priorität gelöst werden; und danach die Frage der Finanzierung. Wenn wir diese beiden Fragen gelöst haben, dann werden wir es tatsächlich schaffen, 2022 das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet zu haben.

(Beifall beim SSW und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 17/1575 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es wurde kein Antrag gestellt, der Tagesordnungspunkt ist somit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Keine Vorfestlegung für eine Privatisierung des UK S-H

Antrag der Fraktionen von SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/1613 (neu)

(Präsident Torsten Geerds)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1648

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion des SSW erteile ich dem Herrn Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die über 10.000 **Beschäftigten** im UK S-H kommen schon seit Jahren nicht mehr zur Ruhe. Mit der **drohenden Privatisierung** sind ganz konkrete Ängste und Unsicherheiten im Zusammenhang mit der eigenen beruflichen Zukunft verbunden. Doch damit nicht genug. Aktuell wird nun auch noch am Sinn der schwierigen und mitunter schmerzhaften **Fusion** der **beiden Standorte** gezweifelt. Der Presse konnten wir entnehmen, dass ich der Wissenschaftsrat in einer Stellungnahme zur Weiterentwicklung der Hochschulmedizin unmissverständlich für eine Trennung von **Lübeck und Kiel** ausspricht.

Aus Sicht des SSW bringt ein solches Votum, wenn es auch glücklicherweise nicht bindend ist, nicht nur weitere Unruhe für die vielen Beschäftigten im Universitätsklinikum, es erscheint auch ökonomisch zweifelhaft. Die entstandenen Gewinne durch Synergieeffekte liegen deutlich über den Kosten des Fusionsprozesse. Diesen rückgängig zu machen, würde viele Millionen € kosten. So viel ist klar.

Auf der Basis der heutigen Faktenlage scheint uns auch nur ein **fusioniertes Klinikum** die nötige Schlagkraft zu haben, um in der ersten Liga der **Maximalversorger** mitzuspielen und ein hohes Niveau der Krankenversorgung zu halten, während es gleichzeitig rentabel wirtschaftet. Ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass der Weg der **Defusionierung** zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Universitätsklinikums beiträgt. Nichtsdestotrotz stellt der Antrag der SPD eine unnötige Vorfestlegung auf eine bestimmte Struktur des Klinikums dar, der wir in der heutigen Lage nicht zustimmen können.

Nach Auffassung des SSW muss in einer Zeit, in der der Regierung offensichtlich der Mut zu einem klaren Bekenntnis zu dem Universitätsklinikum fehlt und in der leider kein breiter politischer Wille zur baulichen Sanierung mit Mitteln der öffentlichen Hand erkennbar ist, zumindest eins klar sein: Es darf im Rahmen des **Markterkundungsverfahrens** keine Vorfestlegung auf ein Modell geben, das

eine spätere vollständige oder auch nur teilweise Privatisierung des Primärbereichs beinhaltet.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Eine solche **Privatisierung** wird zwangsläufig negative Auswirkungen auf die **Qualität der Krankenversorgung** und nicht zuletzt auch auf die **Arbeitsbedingungen** vieler Beschäftigter im Universitätsklinikum haben.

Das UK S-H ist natürlich kein völlig gewöhnliches Krankenhaus. Wir haben mehrfach deutlich gemacht, dass dem Universitätsklinikum allein schon deshalb eine ganz besondere **Bedeutung für Schleswig-Holstein** zukommt, weil nur hier unverzichtbare universitäre Forschung betrieben und die Qualität der medizinischen Versorgung weiterentwickelt wird. Mit der Übergabe der Verantwortung an Private verlieren wir an Einfluss auf die Entwicklung im Gesundheitsbereich, und wir berauben uns der Möglichkeit, hier mitzugestalten. Uns allen sollte endlich eines klar werden: Die Bereiche der Krankenversorgung und der **Forschung und Lehre** sind Teil der Daseinsvorsorge und damit **öffentliche Aufgaben**. Sie müssen auch in Zukunft vom Land wahrgenommen werden. Dies muss die Grundlage jeder weiteren Entscheidung sein.

Mit Blick auf die von Minister de Jager vorgestellten Modelle, die als Ergebnis des Markterkundungsverfahrens im Raum stehen, muss ich eines deutlich sagen: Die zum heutigen Zeitpunkt vorliegenden Fakten reichen als Grundlage zur abschließenden Meinungsbildung - egal über welches Modell - nicht aus. Zumindest meiner Fraktion liegen zu den unterschiedlichen Modellen, die bekanntlich von der Beteiligung öffentlicher Einrichtungen an der baulichen Sanierung bis hin zur sofortigen Privatisierung eines Standortes gehen, keine detaillierten Informationen vor. So ist zum Beispiel völlig unklar, welche Konsequenzen die unterschiedlichen **Varianten** für die Versorgungsqualität hätten.

Für uns ist klar, dass bei der **Entscheidung** über die Zukunft des UK S-H neben der auszuschließenden Privatisierung des Primärbereichs vor allem günstige Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Klinikums maßgeblich sein müssen. Dabei darf die Schaffung dieser **Rahmenbedingungen** aber nicht zur weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen oder gar zulasten der Patienten gehen.

Ich halte also fest: Die Faktenlage ist zum heutigen Zeitpunkt noch nicht umfassend. Gleichzeitig

(Lars Harms)

wächst der Druck, das UK S-H baulich zu sanieren. Um endlich eine tragfähige Lösung zu finden, die auch den Beschäftigten eine sichere Perspektive bietet, dürfen wir uns heute nicht unnötig vorfestlegen. Für uns ist aber klar, dass wir uns an **Vereinbarungen** halten, die immerhin geschlossen wurden. Deshalb darf es keine **Vorfestlegung** auf eine wie auch immer geartete **Privatisierung** geben.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir diesen Antrag hier noch einmal ganz deutlich gestellt. Es gibt einen Vertrag, an den wir uns zu halten haben. Er darf nicht auf irgendeine Art und Weise durch die Hintertür umgangen werden.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Pünktlich vor Beginn dieser Debatte hat uns noch ein Brief der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beziehungsweise der Personalräte des UK S-H erreicht, um die Position noch einmal deutlich zu machen. Man ist für die Beibehaltung der Fusion und gegen Privatisierung, also für weiterhin öffentliche Trägerschaft. Das heißt, es geht im Prinzip wieder um den Austausch der altbekannten Positionen auch heute hier im Landtag.

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich halte den Zeitpunkt, diese Debatte hier heute zu führen, für den absolut falschen. Ich bin auch ein Stück weit enttäuscht darüber, dass Sie an diesen Anträgen festgehalten haben, weil wir uns im Ausschuss eigentlich schon auf einen Zeitplan verständigt hatten.

Herr Harms, wenn Sie sagen, Ihnen lägen noch nicht alle Fakten vor, um die unterschiedlichen Modelle des Ministeriums nachvollziehen zu können, dann muss ich Ihnen sehr deutlich sagen: Wir haben am 16. Juni eine Einführung in die Vorstellungen des Ministeriums dazu bekommen. Daraufhin ist von den Grünen im Ausschuss beantragt worden, dass wir Akteneinsicht erhalten. Jetzt haben wir alle Post bekommen des Inhalts, dass Akteneinsicht möglich ist in der Zeit vom 27. Juni bis zum 11. Juli. Ich kann nur sagen: Vom SSW hat sich das wohl keiner angesehen.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Ja, wir werden das tun. Aber auf Ihren Antrag hin, sollen wir heute im Landtag schon eine Vorfestlegung treffen, obwohl Sie die Unterlagen noch gar nicht gelesen haben. Das sind Unterlagen in einem Umfang von 573 Seiten, die gelesen werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Dem einzigen Kollegen in diesem Haus, Herrn Dr. Tietze, der sich das von den Oppositionsfraktionen schon einmal angeguckt hat, billige ich zu, dass er sich zumindest ein bisschen eingelese hat. Aber das ist wirklich ein Thema, in das man sich wirklich tief hineinknien muss. Ich spreche Ihnen wirklich die Ernsthaftigkeit ab, dass es Ihnen bei diesem Thema tatsächlich um die Sorgen und Nöte und um die **Zukunftsansichten der Beschäftigten** geht, wenn man sich mit einem solchen Thema auf diese Weise beschäftigt.

(Beifall bei der CDU)

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung. Ich halte das **Verfahren** auch deshalb für unsinnig, weil mehrere Modelle - und die werden Sie sicher zumindest in den Grobunterlagen angeguckt haben - vorliegen, in denen eindeutig steht, dass sie erst dann richtig beurteilt werden können, wenn die Stellungnahme der Wissenschaftskommission zur Zukunft der Medizinstruktur vorliegt.

(Zuruf)

Die liegt aber noch nicht vor, die liegt erst am 8. Juli vor.

Deswegen bleibe ich dabei: Heute ist der absolut falsche Zeitpunkt, um hier eine Grundsatzdiskussion zu führen. Wir werden uns erst nach der Sommerpause im Ausschuss darüber unterhalten können, und deswegen beantragen wir auch die Überweisung an den Fachausschuss, damit wir Ruhe und Zeit haben, alle Seiten ausreichend durchzulesen und danach eine Entscheidung zu treffen.

Ich gebe unumwunden zu, dass auch ich durchaus Schwierigkeiten in dem Bereich sehe bei einer tatsächlichen **Privatisierung**, was die **Abgrenzung** zwischen **Krankenversorgung** auf der einen Seite und **Forschung und Lehre** auf der anderen Seite angeht. Ich glaube, dass das wirklich unglaublich schwierig ist und dass die praktischen Beispiele, die es dazu gibt, auch zeigen, dass es zumindest in der bisherigen Umsetzung noch nicht möglich gewesen ist, dieses zu überwinden.

(Daniel Günther)

Ich muss allerdings auch sagen: Das ist auch im Falle einer **öffentlich-rechtlichen Struktur** nicht so ganz einfach. Wenn Sie sich darüber einmal mit den Beschäftigten, mit den Beteiligten unterhalten, dann werden die Ihnen sagen, dass es auch in der jetzigen Struktur erhebliche Abgrenzungsprobleme gibt. Aber es gibt bei Krankenhäusern auch jetzt schon unterschiedliche Modelle, bei denen eine private Beteiligung - auch in Form eines Betreibermodells oder etwas anderes - durchaus dazu geführt hat, dass man eine Akzeptanz bei den Beschäftigten bekommen hat. Wenn ich mir unsere Krankenhäuser in Rendsburg und Eckernförde angucke, dann ist dort 1994 beschlossen worden, dass die Sana einen Betriebsführungsvertrag macht, bekämpft von allen Fraktionen, die hier heute Anträge gestellt haben. Nach zehn Jahren waren dann die Grünen, um diese direkt anzusprechen, diejenigen, die bei der Jubiläumsfeier „10 Jahre Sana Kliniken“ die ersten waren, die Stößchen auf eine gelungene Privatisierung gesagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen lassen Sie uns Schluss machen mit diesen Diskussionen über irgendwelche Vorfestlegungen. Wir haben nach der Sommerpause Zeit, auf Grundlage der Fakten wirklich endgültige Entscheidungen zu treffen. Das haben die Beschäftigten verdient und nicht eine solche Debatte über Grundsatzpositionen, die wir oft genug miteinander ausgetauscht haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Jürgen Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat bedarf es keines **Markterkundungsverfahrens**, um die Frage zu prüfen, welches System und welche Form für Krankenhausbetreibungen sinnvoll ist oder nicht, sondern Markterkundungsverfahren macht man, um zu gucken, ob es für die verschiedenen Modelle **Marktteilnehmer** gibt. Insofern haben wir interessante Aufschlüsse bekommen, über die wir im Ausschuss auch schon beraten haben. Das muss ich hier alles gar nicht wiederholen.

Ich möchte in der Tat auch die Grundsatzposition nicht wiederholen; auch die haben wir uns alle häufig genug erzählt. Für uns bleibt es dabei, dass der

Weg zu einer **wirtschaftlichen Sanierung** des größten Arbeitgebers und des einzigen Trägers der medizinischen Maximalversorgung - und das ist eben nicht vergleichbar mit einem Kreiskrankenhaus, Herr Kollege - in privaten und öffentlich Partnerschaften liegt.

(Beifall bei der SPD)

Ich erspare Ihnen die Ausführung zu dieser Position, weil wir die häufig genug vorgetragen haben, und unsere Position ist insoweit unverändert.

Das Wichtigste will ich aber doch noch einmal deutlich sagen. Wenn wir heute schon dieses Thema auf der Tagesordnung haben, dann deshalb, weil in der Tat endlich entschieden werden muss. Denn ich darf darauf hinweisen, dass seit Jahren Unternehmensberater, Sanierer, Gutachter Geld, vor allem aber Zeit verschlingen. Seit einigen Jahren wird eingesourct, outgesourct, seit Jahren werden Leitungsstrukturen umgebaut, Medizinausschüsse neu strukturiert, Vorstände neu besetzt, seit Jahren werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in erheblichem Maße Sanierungsbeiträge durch Gehaltsverzicht zugemutet, seit Jahren gibt es Diskussionen über Planungen und Masterbauplanungen; sie werden entwickelt, gestoppt, überarbeitet, wieder gestoppt und nochmals überarbeitet. Und - das ist dann allerdings dann schon neu - seit 2005 haben wir im Hintergrund eben auch das Damoklesschwert der Privatisierung. Und der interne Streit innerhalb der Regierungen von 2005 bis 2009 und auch jetzt wieder aktuell hat eben auch ein klares und zügiges planungssicheres Umsetzen der Sanierung verhindert. Das muss jetzt endlich beendet werden, und deswegen sage ich: Nach der Markterkundung, über die wir im Plenum nun schon dreimal geredet haben und in den Ausschüssen sowie so, muss jetzt endlich Schluss sein mit Warteschleifen. Wir brauchen jetzt endlich **Entscheidungen**.

(Beifall bei der SPD)

Mit ist klar, dass diese nicht heute und hier getroffen werden, sondern in absehbarer Zeit, so hoffe ich jedenfalls.

Minister de Jager hat im Finanzausschuss dargestellt, dass es auch und gerade für das **Asset-Modell** - das sogenannte; mir fehlt die Zeit, jetzt darzustellen, in welcher konkreten Ausführung - starke Partner gibt. Mittlerweile ist das Investitionsvolumen für die Bauten sowohl für Krankenversorgung als auch für Forschung und Lehre noch einmal eingegrenzt und zwischen Kiel und Lübeck abgestimmt worden. Es bleibt dabei: Jeder Monat, jeder Tag und jedes Jahr, in dem nicht entschieden wird,

(Jürgen Weber)

wird in Erhaltungsmaßnahmen investiert werden müssen bei Gebäuden, von den wir wissen, dass wir sie in Zukunft eh abreißen müssen. Das ist **Geldverschwendung** pur; das kann keiner wirklich fortsetzen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Neu ist auch nicht die Variante der **Defusionierung** als ein Schreckgespenst, das an die Wand gemalt wird. Ich hatte bereits im März aus den Papieren für die Markterkundung zitiert und hatte damals gesagt - ich zitiere mich ausnahmsweise einmal selbst -:

„Sie, Herr de Jager, sagen, hinsichtlich der Standorte Kiel und Lübeck sollen keine Vorfestlegungen gemacht werden. Auch das finde ich bemerkenswert, und daraus lese ich, dass die Spielchen mit der möglichen Defusionierung immer noch nicht aufgegeben wurden. Das ist aber einer der zentralen Punkte, die in Zukunft das UK S-H gefährden, das muss vom Tisch.“

So sagte ich es seinerzeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass auch Herr de Jager nicht ernsthaft zu einem Ziel kommen will, das die **Synergiegewinne** aufs Spiel setzt und die gemeinsamen Strukturen von Diagnostikzentrum bis Servicegesellschaften sehr teuer zerschlagen werden. Ich glaube nicht, dass er das will; das will ich ihm auch gar nicht unterstellen. Ich erwarte nur, dass dieses Gespenst der Defusionierung jetzt in der Tat zügig vom Tisch kommt.

(Beifall bei der SPD)

Dass das schwieriger wird, will ich gern gestehen; denn ich habe schon ein Papier, von dem der Kollege Günther sagte, dass es das eigentlich noch gar nicht gibt, das ich aber schon vom Minister in Form einer Vorfassung zugeschickt bekommen habe, nämlich eine Vorfassung, eine Zwischenfassung oder eine Fast-Endfassung des Gutachtens des Wissenschaftsrats.

Dort heißt es interessanterweise - ich zitiere von Seite 84 -:

„Die unterschiedlichen ... Organisationsstrukturen - eine geplante Stiftungsuniversität mit engem, im Wesentlichen medizinisch ausgerichteten Profil auf Lübecker Seite, eine Volluniversität ... auf Kieler Seite ... sprechen gegen die derzeit angestrebte Annäherung der Standorte und lassen die Pläne der Landesregierung für eine noch engere Ko-

operation als wenig aussichtsreich erscheinen.“

Hoch interessant, hoch bemerkenswert. Dass nicht Fakten, sondern die Wünsche einiger Protagonisten für eine **Stiftungsuniversität** als zentraler Parameter für die Bewertung des Klinikums herangezogen werden, ist außerordentlich bemerkenswert. Das unterstreicht - das sage ich in aller Zurückhaltung und ohne Übertreibung -, dass auch Papiere von Wissenschaftlern nicht weniger von Interessen geleitet sind als die anderer Berufsgruppen. Das ist hier deutlich nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD)

Die **Hochschulmedizin** ist für alle da, die eine medizinische Maximalversorgung benötigen. Wir brauchen sie für eine vorbildliche Ausbildung des Medizinernachwuchses und nicht zuletzt als Basis eines starken Forschungsimpulses in unserem Land. Das **UK S-H** und die Tausenden von Beschäftigten sind kein Spielball für die Eitelkeiten und Ambitionen einiger weniger Professoren und Klinikchefs.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, wenn Sie schon nicht auf uns hören, hören Sie auf den Vorstand, hören Sie auf die Personalräte, hören Sie auf die meisten Klinikleitungen, auf die Kassen und die vielen jungen Forscher am UK S-H!

(Glocke des Präsidenten)

Das ist mein letzter Satz: Beenden Sie den Defusionierungsspek, und entscheiden Sie schnell für ein tragfähiges Modell des Klinikums in öffentlicher Trägerschaft! Über Details können wir gern reden.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Präsident Torsten Geerds:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Kirstin Funke das Wort.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Es ist doch höchst erstaunlich, wie einige oppositionelle Fraktionen in diesem Hohen Haus arbeiten. Da muss ich ins gleiche Horn stoßen wie mein Kollege Daniel Günther.

Am 16. Juni erfuhren die Mitglieder des Finanz- und Bildungsausschusses in einer gemeinsamen Sitzung vom Wissenschaftsminister die Ergebnisse

(Kirstin Funke)

des Markterkundungsverfahrens. Seit dieser Woche haben wir alle die Möglichkeit, Akteneinsicht zu erhalten, und der **Wissenschaftsrat** wird am 8. Juli dieses Jahres seinen Bericht und seine Stellungnahme zu den Medizinischen Fakultäten der beiden Universitäten und zum UK S-H offiziell bekannt geben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Und vorher wissen wir gar nichts!)

Liebe Kollegen vom SSW, Sie stellen bereits am selben Tag, am 16. Juni, den Antrag, dass es keine **Vorfestlegung** zur Privatisierung des UK S-H geben soll.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist sportlich, das nenne ich eine wirklich bemerkenswerte Arbeitsweise.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Die Fraktion der Grünen schließt sich kurz entschlossen dem SSW an.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Es ist bei Ihnen keine Rede davon, dass Sie sich eingehend mit den Möglichkeiten und den Modellen beschäftigen und prüfen wollen, ob nicht doch **Varianten** dabei sind, die allen **Beteiligten** helfen könnten und zu einer guten und tragfähigen Lösung führen. Nein, Sie scheinen die Antworten auf die Probleme des Landes schon zu wissen, bevor Sie alle Fakten kennen! Und das nennen Sie verantwortliches politisches Handeln. Ich nicht!

Meine Damen und Herren, nach Ihren Vorstellungen soll es so weitergehen wie bisher: weiterer Schuldenaufbau des Landes, da Sie den **Sanierungsstau** beim UK S-H irgendwie beseitigen und die Bedingungen für **Forschung und Lehre** verbessern müssen. Woher nehmen Sie das Geld für die Sanierung? Allein aus der leeren Landeskasse?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Fragen über Fragen, die Sie weder in Ihren Anträgen noch sonst irgendwo beantworten. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, erst kürzlich hat das Parlament der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses vom 11. November 2010 zugestimmt. Hierin heißt es:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag anerkennt, dass die zwischen dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H), dem Land Schleswig-Holstein und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) im

April 2008 geschlossene ‚Anwendungsvereinbarung zur Zukunftssicherung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein‘ gemäß § 2 der Vereinbarung ‚bis zum 01.04.2015 keine Entscheidung für eine Ausgründung des Primärbereichs der Krankenversorgung des UK S-H im Wege einer materiellen Privatisierung‘ ermöglicht.“

Da Ihr Antrag so kurz nach diesem Beschluss kommt, scheint es, dass Sie entweder ein unheimlich kurzes Gedächtnis haben oder Beschlüsse des Landtags gering schätzen. Beides gereicht Ihnen nicht zur Ehre, Herr Stegner.

(Beifall bei FDP und CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nein, wir trauen Ihnen nicht!)

Meine lieben Kollegen und Kolleginnen, die FDP-Fraktion wird die **verschiedenen Modelle** mit ihren Konsequenzen für alle Beteiligten sorgfältig nach Vorlage aller Fakten, das heißt auch nach der offiziellen Vorlage des Berichts des Wissenschaftsrats, prüfen und abwägen und sich dann entscheiden. Bei uns wird es kein Denkverbot geben. Ich weigere mich, heute eine Geisterdebatte zu führen.

(Lars Harms [SSW]: Deswegen haben wir den Antrag gestellt!)

Kollege Weber, seien Sie unbesorgt: Wir werden in dieser Legislaturperiode darüber entscheiden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche schlugen die Wogen um das UK S-H wieder einmal hoch. Vorabveröffentlichungen über den Vorschlag einer **Defusionierung** haben alle aufgeregt. Es ging um eine vertrauliche und noch nicht beschlossene Stellungnahme des **Wissenschaftsrats**. Die hat die Belegschaft verunsichert und veranlasste den UK S-H-Vorstand sogar zu einem Foul gegen die Gutachter. Sie haben als Ministerium ja darauf reagiert.

Albert Einstein hat einmal gesagt - ich zitiere mit Verlaub -: „Ein Wissenschaftler ist eine Mimose, wenn er selbst einen Fehler gemacht hat, und ein brüllender Löwe, wenn er bei anderen einen Fehler

(Dr. Andreas Tietze)

entdeckt.“ - Vielleicht ist das eine Erkenntnis, die auch für Herrn Scholz nicht unwichtig ist.

Fakt ist, es läuft nicht rund, das stimmt. Vorfestlegungen helfen aber nicht weiter, die **Probleme des UK S-H** sind komplex. In der Tat ist es ein Unterschied, heute in diese Debatte zu gehen und die Aktenlage geprüft zu haben. Es war ein höchst interessantes Erlebnis, mir die Akten anzuschauen. Da muss man als Abgeordneter ein bisschen Zeit mitbringen. Es ist sehr komplex und detailliert dargestellt, was dort in den einzelnen Angeboten berichtet wird. Das ist für mich eine Grundlage, um zu einer sachgerechten Entscheidung zu kommen.

Herr Weber, auch wir haben gefragt, ob es den Bericht des Wissenschaftsrats gibt. Ich war letzte Woche leider nicht in Kiel und habe aus Naivität beim Wissenschaftsrat angerufen und gefragt: Können Sie mir das nicht einmal zuschicken? Der sagte mir: Sind Sie verrückt, das ist absolut vertraulich, am 8. Juli findet erst die Sitzung statt. Daraufhin habe ich im Ministerium angerufen und gefragt: Gibt es den Bericht für die Abgeordneten? Dann kriegte ich heraus, dass das schon in unsere Fraktion gekommen ist.

Ich halte es für eine Form von politischer Kultur, wenn man einen vertraulichen Bericht bekommt, dass man auch in der Opposition eine gewisse Verlässlichkeit praktiziert und nicht in öffentlicher Sitzung daraus zitiert. Denn in der Tat, wenn ich den Wissenschaftsrat richtig verstanden habe, werden noch diverse Formulierungen geprüft und liegt noch kein abschließender Bericht vor. Deshalb verstehe ich nicht, dass Sie hier dieses Zitat gebracht haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen doch die Veröffentlichung abwarten und können uns dann im Parlament argumentativ mit den Thesen einer Defusionierung auseinandersetzen.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Weber?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

Jürgen Weber [SPD]: Herr Kollege Tietze, ist Ihnen bekannt, dass die Fassung, die der Herr Minister den hochschulpolitischen Spre-

chern der Fraktionen zugesandt hat - übrigens ohne den ausdrücklichen Hinweis auf Vertraulichkeit, wenn ich das recht entsinne -, schon zwei Wochen vorher im Internet durchlesbar war, weil der Wissenschaftsrat selbst das Papier ins Netz gestellt hat?

- Herr Weber, den Vorgang kann ich nicht nachprüfen. Als ich den Bericht vorliegen hatte, stand auf dem Deckblatt des Berichts deutlich lesbar das Wort „vertraulich“. Ich nehme das ernst. Dort stand „vertraulich“ drauf, und ich habe mich daran gehalten. Darauf bezog sich mein Beitrag. Ich habe das im Internet nicht gefunden.

Herr Weber, Ihr Antrag geht ja in die Richtung, dass Sie sich schon jetzt festlegen wollen. Sie sprechen sich in Ihrem Antrag klar gegen eine Defusionierung aus. Mir ist nicht klar, ob Sie die Risiken schon jetzt abschätzen können, denn es gibt tatsächlich erhebliche finanzielle Risiken für das Land. Genau diese Risiken gilt es doch im politischen Kontext zu diskutieren und zu bewerten. Wir haben das auch innerhalb der Fraktion diskutiert. Der Vorschlag der **Rückabwicklung**, der jetzt im Raum steht und der vom **Wissenschaftsrat**, wenn ich Sie richtig verstanden habe, auf die Tagesordnung der Landespolitik gesetzt wurde, ist eine erste Einschätzung. Ein Wissenschaftsrat kann ein Problem durchaus isoliert betrachten. Er kann auch sachliche und logische Schlüsse ziehen. Das werden wir auch noch weiter diskutieren, aber wir als Landesparlament und Fraktionen haben die Risiken als Ganzes zu bewerten. Wir haben die **Risiken** als **Ganzes** abzuwägen und letztlich zu entscheiden, was dem Wohl eines Landes und nicht eines einzigen Standortes dient. Deshalb habe ich die Aufregung zu dem wissenschaftlichen Bericht gar nicht verstanden. Das ist nicht eine Einladung zur **Defusionierung** sofort, sondern das ist ein Beitrag, mit dem wir uns argumentativ auseinandersetzen müssen.

Im Übrigen habe ich an dieser Stelle immer ganz klar auch gegen eine **Teilprivatisierung** gesprochen. Ich habe mich dagegen ausgesprochen, dass wir profitable Filetstücke aus dem UK S-H herauslösen und privatisieren. Das halte ich für keine richtige und zukunftsweisende Antwort. Es kann nicht sein, dass sich Private die Rosinen herauspicken und der Rest dann in der öffentlichen Hand bleibt und noch teurer wird. Das ist nicht meine Einstellung. Insofern bin ich da inhaltlich auch ganz nah bei Ihnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Andreas Tietze)

Das **Scheitern der Fusion** wäre sogar schlecht für das Land - das ist klar - und gut für Privatisierer.

Nein, unserer Fraktion geht es jetzt wirklich in diesem Prozess, in dem wir stehen, einzig und allein darum, wie wir die Sanierung des UK S-H unter den gegebenen wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen bestmöglich realisieren können. Uns geht es auch darum, wie wir den künftigen Betrieb mit einer mindestens ausgeglichenen schwarzen Null - das ist hier schon mehrfach genannt worden - sicherstellen können. Dazu müssen wir den Investitionsstau abbauen. Richtig, das muss schnell gehen. Wir fordern als Grüne, dass man ein modernes **Bau- und Facilitymanagement** einführen muss. Man könnte sogar einmal das Thema eines **Green Hospitals** diskutieren. Die spannende Herausforderung ist doch auch für eine Gestaltungspartei wie die Grünen, wie wir Kostenvorteile aus **Energieeffizienzen** in einem Krankenhausbau herausholen können. Wie können wir Ressourcen einsparen? Wie können wir vielleicht auch das Defizit dadurch verringern, dass wir dann eben auch bei der Energie sparen und nicht bei anderen Dingen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben daher ein leichtes Pro für das vom UK S-H vorgeschlagene **Asset-Modell**. Auch das muss man sich genau durchlesen. Ich habe an diesen Text auch einige dicke Fragezeichen gemacht. Es ist natürlich sehr schwer, wenn man dieses Konzept nicht vorliegen hat und damit nicht arbeiten kann. Sie sind da im Ministerium im Vorteil. Sie haben die Akten ständig vorliegen. Wir müssen uns das mühsam herauschreiben. Das ist nicht gerade einfach. Dennoch ist aber der Plan B interessant. Ich konnte den Akten entnehmen, dass andere Konzepte durchaus auch interessante Aspekte aufweisen, aber bei mir gab es auch ein leichtes Pro für das Asset-Modell.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit neigt sich dem Ende zu.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zu meinem letzten Satz. - Man muss die **PPP-Modelle** kritisch prüfen, da sie auch Risiken in sich bergen. Dies aber bitte nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag; denn es geht um eine klare und dringende **Investitionsentscheidung**. Deshalb ist genau das richtig, was der SSW und wir fordern,

nämlich jetzt keine Vorfestlegung in Ruhe zu prüfen, aber auch nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag zu warten, sondern sich zu entscheiden und dann die Investitionen für das UK S-H zu tätigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Frau Kollegin Antje Jansen.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Funke, nach Ihrem Beitrag kann ich nur sagen, dass es richtig und wichtig ist, dass wir heute noch einmal diese Debatte führen. Sie haben uns mit Ihrem Beitrag noch misstrauischer gemacht als wir vorher überhaupt schon gewesen sind. Deshalb müssen wir heute unsere Positionen auch noch einmal austauschen.

(Beifall bei der LINKEN und SPD)

Die Landesregierung hat die **Ergebnisse** ihres **Markterkundungsverfahrens** vorgelegt. Das Ergebnis war für uns erwartbar und bestätigt unsere Auffassung.

Die Einleitung des Markterkundungsverfahrens im Frühjahr 2011 war ein deutliches Signal der Landesregierung, dass die Zeichen auf Privatisierung gestellt werden sollen. Die Interessenbekundung zeigt, dass dieses Signal auch verstanden wurde. **Private Krankenhausträger** stehen in den Startlöchern für eine Privatisierung des UK S-H. Der Minister hat im Ausschuss berichtet, dass es einen Interessenten gibt, der das **UK S-H defusionieren** und das Uniklinikum in Lübeck sofort privatisieren möchte. Er hat erklärt, dass dieser Vorschlag in den weiteren **Entscheidungsprozess der Landesregierung** natürlich nicht eingeschlossen werden könne, weil mit ihm eine Entscheidung über die materielle Privatisierung des Primärbereichs der Krankenversorgung des UK S-H vor dem 1. April 2015 verbunden wäre.

Es sollte der Landesregierung aber auch klar sein - das ist ihr natürlich auch klar -, dass das **ÖPP-Kombinationsmodell**, in dem die Krankenversorgung mit einer Privatisierungsoption eingeschlossen ist, eine theoretische Option auf eine Privatisierungsentscheidung im April 2015 und die sehr praktische Entscheidung enthält, die Privatisierung jetzt schon einzuleiten.

(Antje Jansen)

Ein möglicher **Krankenhausbetreiber** nach diesem Modell wird unumkehrbar in die **Betriebs- und Personalstrukturen** der Krankenhausversorgung eingreifen. Er wird seine baulichen Investitionen zurückhaben wollen, wenn die Privatisierung nicht vollzogen wird.

Das ÖPP-Kombinationsmodell muss deshalb vom Tisch, das Modell sofortige Privatisierung des **Standortes Lübeck!**

(Beifall bei der LINKEN)

Der Zwischenbericht des Ministeriums sagt zu dem weiteren Verfahren: Aus den vorgelegten Konzepten sei eine Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht abzuleiten. Die Modell- und Konzeptideen müssten jetzt auf ihre Tragfähigkeit hin untersucht werden. - Mit anderen Worten: Nach der Markterforschung ist vor der Markterforschung. Das für das Verfahren ausgegebene Geld hätte man sich sparen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht für uns weiter um eine **politische Entscheidung**. Meines Wissens hat heute der **Personalrat** des Klinikums Lübeck und Kiel in einem offenen Brief geschrieben, der Ihnen allen wohl vorliegt, dass eine politische Entscheidung gefällt werden muss und dass von einer **Privatisierung** abgesehen werden sollte.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Die Landesregierung ist dabei, die vertragliche Bindung der Anwendungsvereinbarung zu unterlaufen und eine Privatisierung des UK S-H einzuleiten. Wir, DIE LINKE, lehnen die Privatisierung des UK S-H ab. Das schließt ein, dass wir jede Vorfestlegung in Richtung auf eine Privatisierung ablehnen. Wir sind noch immer der Meinung, dass es Aufgabe des Landes bleibt, den Masterplan umzusetzen und dies mit Landesmitteln zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Am 8. Juli sollen die **Empfehlungen des Wissenschaftsrats** zur Weiterentwicklung der Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein vorgelegt werden. Um diese Empfehlungen ist ein wildes Hickhack in der Presse entbrannt.

Wir hätten uns gewünscht, dass nach der Vorlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates eine sachliche Debatte darüber geführt wird, ob sich die Fusion des UK S-H im Jahr 2003 bewährt hat oder ob sie tatsächlich gescheitert ist. Dieser Wunsch ist von der Wirklichkeit überholt worden. Der Wissenschaftsrat ist in die unübersichtliche Gemengelage

der Interessen an Fusion und Defusion der Universitätsmedizin in Kiel und Lübeck geraten.

Richtig ist, dass eine Trennung der beiden Kliniken deren Privatisierung erleichtern würde. Man kann aber ein Großunternehmen wie das Uniklinikum nicht beliebig fusionieren oder defusionieren.

Eine **Defusion** zum jetzigen Zeitpunkt lehnt die Fraktion DIE LINKE ab, solange man uns nicht klar das Scheitern der Fusion nachweist. Wer jetzt das Uniklinikum Schleswig-Holstein zerschlagen will, hat keine vernünftigen Gründe, sondern will eine Empfehlung des Wissenschaftsrats undiskutiert für seine Privatisierungspläne einspannen. Das werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE hält an ihren **drei Zielen** für die **Zukunft des UK S-H** fest. Wir wollen den voll umfänglichen Erhalt des UK S-H als medizinischer Maximalversorger für die Bevölkerung in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb sind wir gegen die Privatisierung des UK S-H.

Wir wollen die Aufrechterhaltung der Rolle des UK S-H als Klinikum für die medizinische Forschung und Lehre in Schleswig-Holstein. Deshalb sind wir gegen die Privatisierung des UK S-H.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen anständige Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in allen Bereichen des UK S-H. Darin ist eingeschlossen, dass die Anwendungsvereinbarung nicht in der Nähe ihrer Buchstaben, sondern in ihrem Geiste eingehalten wird. Das schließt eine Entscheidung über die Privatisierung des Primärbereichs der Krankenversorgung des UK S-H aus.

(Glocke des Präsidenten)

Krankenversorgung, Wissenschaft, Forschung und Lehre sind für DIE LINKE Daseinsvorsorge und müssen in **öffentlicher Hand** bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat ist es so, dass vieles von dem, was hier in der Debatte gesagt wurde, auch schon in den Debatten vorher gesagt worden ist. Insofern will ich den formellen Teil meiner Rede ausgesprochen kurz halten und sagen, dass wir das **Markterkundungsverfahren** - das habe ich am 16. Juni so auch im Ausschuss vorgestellt - mit drei Bedingungen auf den Weg gebracht haben. Das waren sozusagen drei Vorgaben für die Marktteilnehmer, die sich dazu äußern sollten.

Das sind die **Vorgaben**, dass die Sicherung von Forschung und Lehre gewährleistet bleibt, dass die Sicherung der Maximalversorgung gewährleistet bleibt und dass die tarifliche Anwendungsvereinbarung, dass vor dem 1. April 2015 keine materielle Privatisierung des Primärbereichs der Krankenversorgung stattfinden darf, eingehalten wird. Sie können sich darauf verlassen, dass ich dafür Sorge tragen werde, dass diese Anwendungsvereinbarung eingehalten wird. Sie trägt nämlich meine Unterschrift. Ich habe ein Interesse daran, deutlich zu machen, dass meine Unterschrift gilt. Insofern können Sie sich darauf verlassen, dass wir vor 2015 keine Privatisierung vornehmen. Ich meine aber, dass das gar nicht der entscheidende Punkt ist.

Wenn man einmal in die wirkliche Auslegung des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW eintritt, sagt der Antrag nicht das, was Herr Kollege Harms in seiner Rede ausgeführt hat. Der Antrag besagt nämlich nicht, dass eine Privatisierung auszuschließen ist, sondern der Antrag besagt lediglich, dass vor 2015 eine **Vorfestlegung für eine Privatisierung** auszuschließen ist.

Wenn man dem Willen des Herrn Abgeordneten Harms hätte folgen wollen, den er in seiner Rede zum Ausdruck gebracht hat, hätte der Antrag lauten müssen, die Landesregierung solle ein Modell wählen, das eine Privatisierung ausschließt. Das steht aber nicht in dem Antrag. So habe ich auch Herrn Kollegen Tietze nicht verstanden. In dem Fall ging es nur um die Frage, mit welchem Modell wir ein **PPP-Modell** auf den Weg bringen und welche mögliche Anschlussfähigkeit nach 2015 dort gegeben ist beziehungsweise ob das eine Modell, das ich im Ausschuss vorgestellt habe, tatsächlich eine Vorfestlegung in dem Sinne bedeutet, dass es mit einer Entscheidung für **eine Privatisierung** gleichzustellen wäre.

Ich würde uns raten, dass wir so vorgehen sollten, dass wir Optionen jetzt noch nicht ausschließen, von denen wir nicht wissen, ob wir sie irgendwann einmal brauchen werden. Insofern geht es darum, das PPP-Modell so auszulegen, dass es in der Tat anschlussfähig ist, ohne dass ein Automatismus damit einhergeht. Ich meine, das ist möglicherweise eine der Leitplanken für die Diskussion, die wir haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich möchte noch kurz auf die Anmerkung eingehen, die den **Wissenschaftsrat** anbelangt. Herr Abgeordneter Harms hat gesagt, das hätte er aus der Presse erfahren. Das hätte er nicht aus der Presse erfahren müssen, weil er hätte in das sehen können, was wir der Fraktion zugeschickt haben. Wir haben das in der Tat den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Es ist vielleicht ungewöhnlich, dass man einen solchen Entwurf zur Verfügung stellt.

Herr Harms, Sie können sich aber darauf verlassen, dass wir dafür Sorge tragen werden, dass die Diskussion über das Modell für das Bauvorhaben am UK S-H nicht dadurch überschattet wird, dass wir einen Streit haben, welche Informationen wir zur Verfügung stellen und welche nicht, sondern Sie können sich darauf verlassen, dass wir Ihnen alle **Informationen** zur Verfügung stellen. Das tun wir nicht aus Nächstenliebe und Menschlichkeit, sondern das tun wir, damit auch Sie in die Lage versetzt werden, sehr genau zu begründen, wie Sie sich in dem Fall entscheiden und was Sie mitmachen und was Sie nicht mitmachen. Das gehört nämlich meiner Meinung nach auch zu einer verantwortungsvollen Oppositionsarbeit in dieser Fragestellung dazu. Ich meine, dass, auch deutlich wird, dass je mehr Informationen wir zur Verfügung stellen, das Ganze ein sich selbst erläuternder Prozess wird. Insofern haben wir überhaupt keine Probleme damit, diese Dinge zur Verfügung zu stellen.

Probleme habe ich allerdings damit, dass wir jetzt Stellung nehmen sollen oder uns am besten von einem Beschluss distanzieren sollen, den der Wissenschaftsrat noch gar nicht gefasst hat. Insofern will ich mich nicht im Einzelnen dazu äußern. Dies auch deshalb nicht, weil nicht auszuschließen ist, dass der eine oder andere **Antrag**, den das **Land Schleswig-Holstein** am 8. Juli gegenüber dem **Wissenschaftsrat** stellen wird, vielleicht sogar durchkommt. Insofern kann sich diese Empfehlung noch verändern.

An dieser Stelle möchte ich nur zwei Dinge vorausschicken: Es ist eine Empfehlung des Wissen-

(Minister Jost de Jager)

schaftsrats, die das Land Schleswig-Holstein selbst beantragt hat. Wir haben den Wissenschaftsrat gefragt, ob er eine **Begutachtung der Hochschulmedizin** in Schleswig-Holstein vornimmt und zu Vorschlägen kommt. Insofern würde ich es für falsch halten, zu einem Zeitpunkt, zu dem der Wissenschaftsrat die **Vorschläge** noch nicht einmal beschlossen hat, sie schon abzulehnen.

Ich würde es übrigens auch methodisch für falsch halten, jetzt schon zu sagen, dass der Wissenschaftsrat eine **Fusion** nicht rückgängig machen darf, nur weil die Regierung Simonis und der Bildungsstaatssekretär Stegner damals sie auf den Weg gebracht haben, sondern man muss sehr genau hinschauen, ob das stimmt, was der Wissenschaftsrat sagt.

Ich habe dazu Anmerkungen in zweierlei Hinsicht. Einmal ist es so, dass ich schon meine, dass der Wissenschaftsrat zu wenig begutachtet hat, welche **wirtschaftlichen Auswirkungen** bestimmte Veränderungen an einer Struktur haben können. Das ist aus meiner Sicht ein Manko dieser Empfehlung.

Es gehört aber auch zur Wahrheit, dass der Wissenschaftsrat zur Empfehlung einer Fusion aus einer anderen Blickrichtung kommt. Der Wissenschaftsrat sagt nämlich - das muss man ernst nehmen, ob man es mag oder nicht -, in der schleswig-holsteinischen Hochschulmedizin ist **die Krankenversorgung gegenüber der Forschung** zu mächtig. Deshalb sagt er, diese Vormacht muss man dadurch brechen, dass man zwei campusbezogene Universitätsklinika wieder auf den Weg bringt, die dann eine stärkere Mitsprache der Dekane oder der Fakultäten auch tatsächlich ermöglichen.

Ich bin nicht überzeugt davon, dass das der richtige Weg ist, aber man muss die Argumentation des Wissenschaftsrats ernst nehmen. Wenn man ihr nicht folgen will, muss man gute Gründe haben, um ihr nicht zu folgen. Da fallen mir einige Gründe ein. Mir würde zum Beispiel einfallen, dass wir eine **Holdingstruktur** für die Dinge brauchen, die wir jetzt schon **standortübergreifend** geregelt haben. Da sind zum Beispiel Verträge mit Privaten hinsichtlich der Labordiagnostik, wie NROCK und andere Fragen. All das muss berücksichtigt werden. Insofern meine ich, muss man die Diskussion ein bisschen differenzierter führen als allein mit Vorfestlegungen, die aus einer Zeit von vor etwa zehn Jahren herrühren. Insofern sollten wir sehr ergebnisoffen über die Empfehlungen des Wissenschaftsrates reden.

Wir sollten uns dann aber auch im August politisch darauf einigen, wie weit wir tatsächlich schon die Empfehlungen des Wissenschaftsrats in das Modell für das **PPP-Projekt** am UK S-H einbeziehen oder nicht einbeziehen. Damit haben wir eine ausreichend anspruchsvolle Aufgabe. Wir sollten aber, weil wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir nicht die einzigen sind, die darüber reden, die Argumente, die andere vortragen, so ernst nehmen, dass wir sie entweder entkräften können oder übernehmen müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Ich konnte nicht mehr abfragen, ob noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten möglich gewesen wäre. Gegebenfalls gibt es aber ja auch noch die Möglichkeit eines Dreiminutenbeitrages. - Danach sieht es aber nicht aus.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/1613 (neu) und den Antrag Drucksache 17/1648 dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 32 für heute erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

Fortschreibung des Psychiatrieplans

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/994

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 17/1584

Ich erteile dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Christopher Vogt, das Wort. - Der ist nicht anwesend. Dann erteile ich dem stellvertretenden Vorsitzenden das Wort. - Der ist auch nicht hier. Dann bin ich vielleicht richtig davor, wenn ich das Gefühl habe, dass die beiden Vorsitzenden auf die Vorlage verweisen würden?

(Heiterkeit)

- Dann danke für die „Berichterstattung“, und wir kommen zur Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Ursula Sassen.

(Präsident Torsten Geerds)

(Zurufe von der SPD)

- Das Wort hat die CDU-Fraktion. Der Wissenschaftliche Dienst hat uns das so mitgeteilt. Die SPD-Fraktion kommt gleich danach dran.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das freut uns sehr!)

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte der SPD auch gern den Vortritt gelassen.

CDU und FDP haben in der letzten Sozialausschusssitzung den Antrag der SPD zur **Fortschreibung des Psychiatrieplans** abgelehnt. Wir hätten uns dazu eine Diskussion gewünscht, aber es ist sehr merkwürdig gelaufen, es wurde plötzlich abgestimmt, und damit war das schneller erledigt als wir dachten. Das Ergebnis der **Anhörung** hat uns nicht davon überzeugt, dass es zur Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen unbedingt einer Fortschreibung des Psychiatrieplanes unter Berücksichtigung der 22 Schwerpunkte im SPD-Antrag bedarf.

Es gibt Bereiche, die der **Nachbesserung** bedürfen, dies kann nach unserer Auffassung aber auch ohne Fortschreibung des Psychiatrieplanes und weiterer verbindlicher Vorgaben geschehen. Gerade der Bereich der Psychiatrie lässt sich wegen seiner Vielschichtigkeit nicht in standardisierte Vorgaben pressen. Mit der schriftlichen Anhörung haben wir das Signal gesetzt: Die Politik nimmt sich dieses Themas an. In den Stellungnahmen kamen viele Anregungen, die wir gern aufgreifen werden. Daher ist die Anhörung auch nicht ins Leere gelaufen.

Die Zahl der Menschen, die nach einem **psychotherapeutischen Behandlungsplatz** suchen, nimmt ständig zu. Es ist nicht ungewöhnlich, dass psychisch kranke Menschen bei mehreren niedergelassenen Psychotherapeuten nachfragen müssen und zunächst nur auf eine Warteliste kommen. Auch in angeblich gut versorgten Städten warten die Patienten manchmal wochenlang auf ein erstes Gespräch.

Psychische Erkrankungen sind auch ein großes **arbeitsmarktpolitisches Problem**. Seit 1990 hat sich die Anzahl der Krankschreibungen von Arbeitnehmern aufgrund psychischer Erkrankungen nahezu verdoppelt. Depressionen sind die häufigste psychische Erkrankung in Deutschland und führen zu 30 bis circa 50 Fehltagen pro Jahr. Fazit: Es besteht Handlungsbedarf.

Ähnlich wie in der hausärztlichen und fachärztlichen Versorgung weist die **Versorgung** mit psy-

chotherapeutischen Praxen ein großes **Gefälle zwischen Stadt und Land** auf. Die Chance, einen Psychotherapieplatz zu erhalten, ist im **ländlichen Raum** neunmal geringer als im städtischen Raum.

Die von CDU und FDP unterstützte kleinteiligere **Bedarfsplanung für Haus- und Fachärzte** über Sektorengrenzen hinweg muss es auch für **Psychiatrie**, Neurologie und Psychotherapie geben. Wir begrüßen, dass es in einigen Regionen bedarfsorientierte Angebote gibt. Hier ist besonders das Papier „Regionale Verantwortung als Basis für ein zukunftsfähiges Entgeltsystem für die Psychiatrie und Psychotherapie“ von Professor Dr. Arno Deister u.a., Klinikum Itzehoe, zu nennen, das vor allem die Notwendigkeit der **Vernetzung** der Psychiatrie und der Überwindung sektoraler Grenzen verweist.

Wir haben in Schleswig-Holstein viel erreicht. Es war und ist richtig, die Verantwortung in der Region zu belassen. Nur so ist es möglich, die regionspezifischen Bedürfnisse ausreichend zu berücksichtigen. In den letzten Jahren haben zwischen den Krankenkassen und den Kliniken vereinbarte **Modellprojekte** gezeigt, dass durch ein **regionales Budget** für klinische, psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung **Steuerungsanreize** gesetzt werden, die zu einer Verlagerung von stationärer zu ambulanter Behandlung durch **Kliniken** führen.

Um den psychisch Erkrankten die jeweils bestmögliche Behandlung zukommen zu lassen, sind hohe Hürden zu nehmen. Die Schnittstellen zwischen der Versorgung im Krankenhaus beziehungsweise durch das Krankenhaus und der Versorgung im ambulanten Bereich zu überwinden, kostet Zeit, bürokratische Anstrengungen und somit auch Geld. Das führt häufig dazu, dass trotz medizinischer Notwendigkeit nicht die dem Patienten angemessene **Behandlungsform** zum richtigen Zeitpunkt zur Verfügung steht.

Bezüglich der Wartezeiten für ein Beratungsgespräch gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen. Die Landesregierung kann darauf keinen Einfluss nehmen. Gut zwei Drittel der Psychotherapeuten in Schleswig-Holstein sind weiblich. Dies kann Auswirkungen auf die Versorgung haben, weil Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten oder mit Rücksicht auf Kinder nicht in vollem Umfang ihrer Tätigkeit nachgehen. Daher dürfen wir bei der Versorgung nicht nur Köpfe zählen.

Die in mehreren Stellungnahmen geforderte fundierte, aussagekräftige **Datenbasis** und eine aktua-

(Ursula Sassen)

lisierte Aufstellung bestehender Hilfestellung sollte nach Auffassung der CDU-Fraktion kurzfristig möglich sein.

Wir werden weitere Gespräche führen, um zu konkretisieren, an welchen Stellschrauben gedreht werden muss.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Bernd Heinemann das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie sich doch die Zeiten ändern! Noch vor drei Jahren war unser heutiger Minister stetiger Jäger, oft eingeladen von seinen Vorgängerinnen, um von den engagierten Impulsen der Ministerinnen in den Feldern der Psychiatricentwicklung zu hören. Seit September 2009 Funkstille! Das Haus an der Adolf-Westphal-Straße ist für Abgeordnete, gar für Abgeordnete der Opposition, geschlossen.

Die SPD-Fraktion hat Verständnis für das gut gemeinte Papier des Landtagspräsidenten mit der Überschrift „Parlamentarismus im Wandel“. Daran möchte ich aus Kapitel drei - mit Verlaub - zitieren:

„Die Ausschussarbeit ist eine zentrale Säule des Parlamentsbetriebes.“

Und dann weiter: Ausschüsse sind

„die Gremien, in denen die Fachpolitikerinnen und Politiker gemeinsam mit Experten die Ideen, Initiativen und Vorstöße der Fraktionen untermauern. Anhörungen - mündlich oder schriftlich - erfordern eine bewertende Diskussion und Rückmeldung der Fraktionen an die Angehörten.“

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren der CDU und FDP, mich würde brennend interessieren, was Sie den von Ihnen benannten 13 **Anzuhörenden** denn mitzuteilen haben oder rückgemeldet haben. Haben Sie ihnen geschrieben, dass Ihnen die 274 Handlungshinweise, die dort drinstehen, zu viel seien, um sich damit zu beschäftigen? Haben Sie ihnen mitgeteilt, dass Sie mit der Arbeit im Sozialausschuss völlig überfordert sind und dieses zweifellos wichtige Thema daher zurückstellen müssen? Oder haben Sie gar

nichts gemacht und die Anhörungsergebnisse in den großen Ordner „Unerledigt“ abgeheftet?

Dabei haben es Ihnen die **Fachverbände** mit den vielen Anregungen leicht gemacht, den dringenden Handlungsbedarf zu erkennen. So hat der Landkreistag, ein Kritiker landesplanerischer Ambitionen, den wir gern im Sozialausschuss zur mündlichen Anhörung eingeladen hätten, einen deutlichen Handlungsbedarf gesehen. Er - ich zitiere -:

„hält es für angezeigt, die psychiatrischen Versorgungskonzepte regelmäßig fortzuschreiben, abzugleichen und zu koordinieren.“

Auch der Städteverband Schleswig-Holstein sieht diesen Handlungsbedarf, indem er feststellt - ich zitiere mit Verlaub -:

„Es besteht nach Auffassung des Städteverbands Schleswig-Holsteins in etlichen der im Antrag der SPD-Fraktion angesprochenen Schwerpunkte eines neuen Psychiatricplanes ein Handlungsbedarf ...“

Meine Damen und Herren, selbst bei kritischster Betrachtung sind sich alle fachlich Beteiligten darin einig, dass wir uns als Land auch bei den derzeitigen **zentralen Strukturen** nicht aus der Verantwortung stehlen dürfen. Die regierungstragenden Fraktionen schweigen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist zumindest erstaunlich, welche Art von Demokratie- und Handlungsverständnis sich in der **Arbeit des Sozialausschusses** in den letzten Monaten offenbart hat. Der Umgang mit den Angehörten, mit ihren teils verzweifelten Appellen ist nicht mehr zu fassen. Keine Wortmeldungen von CDU und FDP zu unserem Antrag! Eisiges Schweigen zu den Anhörungsergebnissen!

(Lachen bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich rede vom Ausschuss, Herr Abgeordnetenkollege.

Schwarz-Gelb ist sogar gegen eine mündliche Anhörung der Kommunen, obwohl diese selbst unstrittig einen Handlungsbedarf sehen und darum bitten.

Und dann meldet sich ein Mitglied der CDU-Fraktion. Wir alle waren nun doch wirklich sehr interessiert, was jetzt passieren würde - vielleicht die Planung des weiteren Vorgehens oder Ähnliches. Nein. Stattdessen hatte ich kurzfristig den Ein-

(Bernd Heinemann)

druck, ich hätte einen Hörsturz. Denn es wurde schlicht und ergreifend Abstimmung in der Sache beantragt - ohne weitere Aussprache. Das ist die öffentliche Debatte im Ausschuss - und das ist das Papier des Präsidenten, meine Damen und Herren. Die Oppositionsfraktionen waren über den derartigen Wandel des Parlamentarismus vom Donner gerührt, dass sich blankes Entsetzen auf der Oppositionsbank im Ausschusssaal breitmachte.

Kein einziges Wort zur Psychiatrie im Allgemeinen, zu irgendwelchen Handlungsoptionen oder gar zu wenigstens einer der 274 Anregungen, die uns die Fachleute gemacht haben!

Herr Präsident, Ihr Anliegen in allen Ehren, aber diese Art Wandel geht in die falsche Richtung. Er geht einige Jahrzehnte zurück. Er geht in die 80er. Arroganz der Macht, kann ich nur sagen.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

Die Zeiten der Gestaltung, selbstverständlich mit Oppositionsgespräch, wie sie Ihre Vorgängerinnen mit Ihnen pflegten, Herr Minister, sind vorbei. Da der Minister auch keine Runden Tische einrichtet, wie schon bei den Hebammen oder der Hospizbewegung oder der Palliativmedizin, werden wir als SPD-Fraktion weiterhin die Runden Tische einrichten, werden wir in unseren Fraktionssälen die Kompetenz versammeln. Wir nehmen unsere Rolle als Volksvertreter ernst. Wir werden die Psychiatrieplanung weiter vorantreiben und die neuen Anregungen aufgreifen.

Von CDU und FDP erwarten die betroffenen Menschen in unserem Land nicht mehr viel. Im Ausschuss schweigen Sie zu sechs Monaten Wartezeit auf Psychotherapie. Sie schweigen zu den jetzt notwendigen Anpassungen an die UN-Behindertenrechtskonvention. Sie schweigen zu Zielaussagen für offene Hilfen, Personenzentrierung, Gemeindeförderung und kreisübergreifende Koordinierung. Sie schweigen zu der Verantwortung des Landes beim Übergang von Maßregelvollzug und Forensik in das komplementäre Hilfesystem. Sie schweigen zu Änderungen in den Sozialgesetzbüchern II, V, VII, IX und XI, die Anpassungen erforderlich machen.

(Glocke des Präsidenten)

Sie schweigen zur zunehmend desolaten Situation der gerontopsychiatrischen Versorgung. Sie schweigen zu geforderten verbindlichen Leitlinien und Rahmenbedingungen der Entwicklung der psychiatrischen Versorgung in Schleswig-Holstein.

Meine Damen und Herren, wir schließen uns der Ärztekammer an, die eine **Leitstruktur** für unent-

behrlich und eine alleinige kommunale Verantwortung für nicht ausreichend hält.

Bis zum 6. Mai 2012 werden wir den **Dialog** auch in der Psychiatrieplanung jedenfalls weit vorangebracht haben.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Bernd Heinemann [SPD]:

Ich komme zum Schluss. - Nicht nur die Menschen mit psychischen Belastungen, Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen erwarten neue Rahmen und Lösungen. Wir Sozialdemokraten nehmen unseren Auftrag ernst, Herr Präsident - versprochen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geschätzter Herr Kollege Heinemann, die von Ihnen vorgetragene Kritik an der nicht ausführlich geführten Debatte im Sozialausschuss nehme ich so zur Kenntnis. Ich möchte aber Ihren Vorwurf, die Regierungsfaktionen bügeln Oppositionsanträge einfach ab, so nicht im Raum stehen lassen. Ich gebe zu: In der Sitzung war ich auch ein wenig überrascht, dass wir so schnell zum Abstimmungsverfahren kamen, ohne dass vom Antragsteller eine weitergehende Debatte forciert worden ist.

Wenn ich mich recht entsinne, kam dieser Hinweis auf Abstimmung in der Sache auch von der linken Seite, vom Vorsitzenden aus gesehen. Aber das ist, wie gesagt, eine Frage der Wahrnehmung.

Was mich, ehrlich gesagt, jetzt ärgert, ist, dass Sie jetzt hier im Plenum darüber lamentieren. Das ist weder der Sache dienlich noch interessiert es die Öffentlichkeit. Im Gegenteil, es führt genau zu der Politikverdrossenheit, die meine Kollegin Brand-Hückstädt gestern hier ausgeführt hat.

Meine Damen und Herren, als Liberale ist es für mich aber selbstverständlich, den Ball des Kollegen Heinemann aufzunehmen. Ich erkläre gern hier an dieser Stelle, warum wir dem Antrag der SPD, Drucksache 17/894, nicht zustimmen können. Aus

(Anita Klahn)

unserer Sicht ist der Antrag der SPD geprägt von der Vorstellung: der Staat kann alles, macht alles, muss alles, und er kann auch alles kontrollieren. Er widerspricht damit der in weiten Bereichen praktizierten Philosophie der Selbstbestimmung, der Selbstverantwortung der Hilfeanbieter, dem Wechselspiel zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern.

Wie ich bereits in der Plenarberatung im November 2010 dargestellt habe, hat der Antrag des Kollegen Heinemann eher den Charakter einer Großen Anfrage. Auf mehreren Seiten wird eine Fülle von Fragen mit liebevollen Details gestellt, aber letztlich werden wenig konkrete Problemstellungen benannt. Wir kennen die Klagen über **fehlende Angebote**. Hinsichtlich der Anpassung psychiatrischer Praxen ist es aber wie mit dem Wetter: Es gibt ein gefühltes und ein tatsächliches. Gefühlt sind es zu wenig, und tatsächlich ist es nach der alten Planung ausreichend. Völlig undurchsichtig ist aber nach der alten Planung, ob eine **Praxis** in Vollzeit oder in Teilzeit geführt wird. Da in diesem Bereich viele Weibliche tätig sind, gibt es die kuriose Situation, auch im Kreis Stormarn: Theoretisch haben wir eine Überversorgung, de facto haben wir aber nur 50 %. Somit war für CDU und FDP hier durchaus Klärungsbedarf erkennbar.

Ich habe auch angemerkt, die **Veränderung** in der **psychiatrischen Versorgung** durch die **Kommunalisierung** sowie die angestrebte Veränderung der **Bedarfsplanung** mit zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang habe ich auch eine Frage zum **Kosten-Nutzen-Verhältnis** bei der eventuellen Umsetzung einer fünfjährigen **Fortschreibung des Psychiatrieplans** aufgeworfen. Ich muss mich ganz deutlich gegen Bürokratisierung aussprechen. Es ist ein eklatanter Widerspruch, dem Sozialministerium einerseits einen strengen Sparkurs und Personalabbau aufzuerlegen und es zum anderen mit zusätzlichen Aufgaben zu belasten.

Meine Damen und Herren, aus der schriftlichen Anhörung war für uns erkennbar, dass eine Fortschreibung des Psychiatrieplans nicht das Instrument zur Verbesserung einer psychiatrischen Versorgung im Land ist. Ich zitiere hier beispielhaft die Krankenhausgesellschaft. Der **Psychiatrieplan** stellt jedoch keine verbindliche Vorgabe zur Gestaltung der vorhandenen oder neuer Versorgungsstrukturen dar. Damit ist auch die **Ausgestaltung** eines solchen Psychiatrieplans ein eher programmatisches Dokument. Es kann lediglich den status quo einschließlich der vorhandenen Versorgungsdefizite aufzeigen.

Auch der Städteverband erklärt: Das Land hat sich in weiten Bereichen aus der Psychiatrieplanung zurückgezogen, insbesondere mit der Kommunalisierung der Eingliederungshilfe. Der Städteverband versichert für die Städte, dass diese im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse und ihrer finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten bereits eine regional orientierte Planung psychiatrischer Versorgungsstrukturen betreiben.

Der Landkreistag ergänzt hierzu: Es ist nicht mehr Aufgabe des Landes Schleswig-Holstein, den örtlichen Trägern der Sozialhilfe im Rahmen des Plans Vorgaben zu machen.

Präsident Torsten Geerds:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Anita Klahn [FDP]:

Nein, ich möchte den Vortrag jetzt zu Ende bringen. - Die KVSH votiert für eine sektorenübergreifende Versorgungsplanung, verweist auf ihre Bemühungen, einem Arztmangel explizit im Bereich der Psychiatrie entgegenzuwirken.

Aus unserer Sicht ist der **Psychiatrieplans 2000** in seinen Grundaussagen immer noch gültig. Die Psychiatrieplanung wurde im Krankenhausbereich gerade mit dem Krankenhausplan neu verabschiedet.

Aus unserer Sicht ist das einzige Instrument, eine ausreichende Versorgung zu planen und sicherzustellen, eine **angepasste Bedarfsplanung**. Die schwarz-gelbe Bundesregierung führt hierzu eine Reform des Versorgungsgesetzes zum Januar 2012 durch. Sobald die Richtlinien erarbeitet sind, kann die KVSH im Rahmen der Selbstverwaltung agieren. Dazu gehört dann in erster Linie, die tatsächliche Versorgungssituation zu analysieren. Aber das ist, wie gesagt, eine Aufgabe der Selbstverwaltung.

Meine Damen und Herren, alle anderen Aspekte, die in der Anhörung von Kammern und Verbänden vorgebracht worden sind, sind nicht mit einem Landespsychiatrieplan zu lösen. Ich bin der Meinung, darüber sollten die Akteure miteinander sprechen.

(Beifall bei der FDP)

Von daher bitte ich darum, der Beschlussempfehlung des Ausschusses zuzustimmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Kollegin Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen das Angebot gern an. Wenn ich das gerade richtig verstanden habe, ist von der CDU-Fraktion signalisiert worden, dass weitere Gespräche durchaus möglich wären. Ich hatte das im Sozialausschuss anders verstanden. Ich hatte in Erinnerung - das können wir gern noch einmal nachgucken -, dass der Kollege Heinemann von der SPD eine zusätzliche mündliche Anhörung beantragt hatte und dass das nicht auf Zustimmung gestoßen ist. Wenn sich das geändert hat, freut mich das sehr. Dann sollten wir aber jetzt am Ende der Debatte den Antrag in den Sozialausschuss zurücküberweisen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf)

- Genau. Danke, Herr Kollege.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Arbeiten bis der Arzt oder die Ärztin kommt“ ist zur Volkskrankheit geworden.

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Anita Klahn?

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Anita Klahn [FDP]: Danke. - Ich möchte aufgreifen, was Sie eben noch einmal zu einer weiteren Anhörung nachgefragt haben. Können Sie mir bitte erläutern, was Sie sich von einer weiteren mündlichen Anhörung anderes erwarten als das, was aus einer schriftlichen Anhörung hervorgeht?

- Kann ich gern machen; ich unterstütze das ja, was der Kollege Heinemann gesagt hat. Mir wäre sehr daran gelegen, dass der Professor Arno Deister einmal dazu eingeladen würde, damit der Sozialausschuss seine zusätzlichen Empfehlungen aus fachlicher Sicht bei der weiteren Beurteilung mitberücksichtigen kann.

Präsident Torsten Geerds:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Spoorendonk?

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Anke Spoorendonk [SSW]: Vielen Dank. Frau Kollegin Bohn, stimmen Sie mir zu, dass bei einer mündlichen Anhörung auch der Dialog der Sache dienlich ist?

- Vielen Dank für die Frage, Frau Kollegin Spoorendonk. Ich stimme dem absolut zu. Es ist genau so, wie Sie es sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Arbeiten bis der Arzt oder die Ärztin kommt“ ist zur Volkskrankheit geworden. Burnout und Depressionen haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Das gilt auch für andere psychische Erkrankungen. Die Fachleute im Gesundheitswesen sind sich einig, dass die **Versorgungsstrukturen** in Schleswig-Holstein dringend angepasst werden müssen. Ich zitiere Professor Dr. Arno Deister, Umdruck 17/2537: „Psychische Störungen gehören zu den Erkrankungen, die zunehmend häufiger verantwortlich sind für Arbeitsunfähigkeit, Krankenhausaufenthalte und frühzeitige Berentungen.“

Wichtig ist eine Verbindung der **Qualität der Versorgung** mit den verfügbaren Möglichkeiten, was zum Beispiel das Personal angeht. Diese Einschätzung wird allgemein in der Fachwelt geteilt. Daher ist die **Fortschreibung des Psychiatrieplans** sinnvoll und erforderlich. Aber einmal mehr verpasst die Landesregierung die Gelegenheit, wichtige gesundheitspolitische Weichen zu stellen. Das ist bedauerlich.

Wir Grünen sehen erheblichen Handlungsbedarf gerade auch in den Bereichen der **Kinder- und Jugendpsychotherapie** und bei **gerontopsychiatrischen Patientinnen und Patienten**. Den Antrag der SPD ohne Alternative abzulehnen, ist ein großer Fehler. Es zeigt einmal mehr, dass die Landesregierung nicht auf die Fachwelt hört und die Zeichen der Zeit völlig unterschätzt. Das ist bedauerlich für alle Beteiligten. Wichtig ist eine Stärkung der **Prävention**. Je mehr psychische Erkrankungen wir verhindern, desto besser ist es für alle Beteiligten.

(Dr. Marret Bohn)

Wichtig ist eine Verkürzung der Wartezeiten bis zum Beginn einer Behandlung. Je früher eine Therapie beginnt, desto besser ist das Ergebnis; auch darauf ist vorhin schon hingewiesen worden. Wichtig ist uns Grünen auch, weiter auf eine regionale Planung zu setzen. Möglichst wohnortnah, wann immer es geht ambulant vor stationär, das ist die richtige Devise.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Angehörige von Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen brauchen bessere Informationen. Die **Koordinierung der Hilfen** muss verbessert werden. Wir Grünen wollen auch mehr Transparenz im System, und wir erwarten die Einhaltung von **Qualitätsstandards**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der **Psychiatrieplan Schleswig-Holstein** ist mehr als zehn Jahre alt. Offensichtlich können wir von dieser Landesregierung keinen neuen Plan erwarten. Sie stellt sich auf beiden Ohren taub und hört nicht auf die Fachwelt. Damit geht kostbare Zeit verloren. Für uns Grüne steht fest: Die Zeichen der Zeit fordern eine bessere **Planung der Versorgungsstruktur**. Ein neuer Psychiatrieplan wäre hier sehr hilfreich. Den Antrag der SPD werden wir gerne unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich dem Kollegen Heinz-Werner Jezewski.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist es ja ganz hilfreich, wenn man in einer Ausschusssitzung nicht anwesend ist. Wenn auf Ihrer Seite wirklich das Interesse besteht, das Gespräch noch einmal aufzunehmen, wo sollte man das besser tun, als im Ausschuss und vielleicht dazu auch noch mit Fachleuten bei einer mündlichen Anhörung? - Deswegen beantrage ich für meine Fraktion ausdrücklich die erneute Überweisung dieses Antrags an den zuständigen Ausschuss.

Der **Psychiatrieplan** ist nach wie vor ein wichtiges Instrument für eine zeitgemäße **Planung zur Versorgung psychischer Erkrankungen** von Bürgerinnen und Bürgern. Genau aus diesem Grund spricht sich meine Fraktion, DIE LINKE, mit Nachdruck für eine **Fortschreibung** des Plans aus, der in seiner jetzigen Form mehr als veraltet ist. Die Situation ist heute eine ganz andere und nicht mehr

mit den Gegebenheiten des Jahres 2000 zu vergleichen. Gesellschaftliche Entwicklungen sind es, die uns vor immer neue Herausforderungen auf diesem Gebiet stellen. Das haben auch die zahlreichen Stellungnahmen der Fachverbände gezeigt und die Referentinnen und Referenten ausführlich erläutert.

Mit der Ratifizierung der **UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung** haben sich Bund und Länder verpflichtet, den **Inklusionsgedanken** umzusetzen und die entsprechenden strukturellen Maßnahmen zu ergreifen, die die Ausgrenzung von Menschen mit psychischen Erkrankungen vermindern. In den Stellungnahmen wird auch immer wieder deutlich, was wir bereits in der letzten Debatte betont haben: Es gibt einen enormen **Anstieg der psychischen Erkrankungen**. Ohne eine auskömmliche Finanzierung des präventiven Angebots und der Sicherung qualitativer Standards wird sich diese Entwicklung in Zukunft höchstens noch verstärken.

Mit ihrer ablehnenden Haltung zeigt die Landesregierung einmal mehr, wie sie mit den Schwächsten unseres Landes umgeht. Kürzungen im Bereich der offenen Hilfe, Einschränkungen bereits begonnener Projekte bei der Arbeit mit Jugendlichen oder das Zusammenstreichen der dialogischen Arbeit - das alles hat mit der Umsetzung des Inklusionsgedankens und mit Teilhaberechten nun gar nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Hören Sie auf, Interesse an der Inklusion zu heucheln, während Sie bereits bestehende inkludierende Strukturen ausbluten lassen! Wichtiger ist es jetzt, bestehende **Versorgungslücken** zu erkennen und umgehend zu schließen. Wir stehen vor neuen Herausforderungen, beispielsweise auch bei der geschlechtsspezifischen Versorgung, bei der Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund oder in der Sozialraumorientierung.

Auch die **Neuerungen** in verschiedenen Bereichen des **Sozialgesetzbuches** machen eine Fortschreibung dieses Psychiatrieplans umgehend erforderlich. Dazu kommt - wie schon öfter erwähnt - das gesamte Fachgebiet der **Gerontopsychiatrie**. Dieses befand sich von zehn Jahren noch im Aufbau. Die Struktur und die Angebote ebenso wie die Erkenntnisse sind heute viel umfassender. Im Psychiatrieplan 2000 finden sie bisher aber keine Berücksichtigung.

Die **qualitative Betreuung** muss nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen gesichert werden. Dafür bedarf es auch umfassender **Qualitätsstan-**

(Heinz-Werner Jezewski)

dards im Personalbereich. Ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, angemessene Entlohnung, die Verpflichtung zur Supervision und die Möglichkeit zur Fort- und Weiterbildung ebenso wie die Finanzierung dieser Angebote ist dies nicht zu erreichen. Bisher haben die **Kürzungen** in den Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen bei der Eingliederungshilfe leider eher zu einer Verschlechterung der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten geführt.

Zusätzlich muss das Prinzip „ambulant vor stationär“ weiter verfolgt werden. Das bedeutet aber auch, dass der Umfang der **Betreuung** im Bereich der **Eingliederungshilfe** erweitert werden muss. Es müssen ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden, sodass die Betroffenen im wohnortnahen Umfeld Unterstützung finden können. Noch immer unterscheiden sich nämlich diese Angebote von Region zu Region maßgeblich voneinander. Deshalb appelliere ich an die Landesregierung, sich ihrer Verantwortung zu stellen und in den **überregionalen Austausch** mit Kreisen, kreisfreien Städten, gemeindepsychiatrischen Verbänden ebenso wie mit den einzelnen Fachvertreterinnen und -vertretern zu treten, denn eine erfolgversprechende Fortschreibung des Psychiatrieplanes kann es nur dann geben, wenn alle Akteure mit einbezogen werden.

(Beifall bei der LINKEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich dem Kollegen Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer im Kreis Rendsburg-Eckernförde wohnt und sich über die hiesigen Unterstützungsangebote bei eigener psychischer Erkrankung oder der eines Freundes oder Familienmitgliedes informieren möchte, der ist erst mal aufgeschmissen. Denn die Erstellung eines **psychosozialen Wegweisers** mit Adressen, Sprechstunden und Erreichbarkeit scheitert an fehlenden Mitteln. Einen aktuellen psychosozialen Wegweiser gibt es in Rendsburg-Eckernförde nicht. Diese Information ist den Unterlagen zu unternehmen, die der Sozialausschuss im Zusammenhang mit dem Novellierungsantrag zum Psychiatrieplan erreichten. Die Stellungnahmen waren insgesamt sehr aufschlussreich und zeigten durchgängig, dass eine Evaluierung der

Regionalisierung im Bereich der Psychiatrie und eine Bestandsaufnahme der Einrichtungen von allen Experten befürwortet wurde. Die **Aktualisierung des Psychiatrieplans** ist also notwendig - das auch ganz abgesehen von der Tatsache, dass die Zahl der psychischen Erkrankungen zugenommen hat.

Die Regierungsfractionen lehnen aber selbst eine Bestandsaufnahme ab und wollten stattdessen auf Grundlage veralteter Strukturen und Zahlen weiter wurschteln lassen. Damit werfen sie Schleswig-Holstein genau dorthin zurück, wo es vor dem aktuellen **Psychiatrieplan 2000** schon einmal war: ans Ende der bundesdeutschen Psychiatrieentwicklung.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das ist keine Frage des Prestiges, sondern eine Frage der **patientengerechten Versorgung**. Das zeigen bereits die langen Wartelisten für psychisch Kranke. Laut Bundestherapeutenkammer beträgt die **Wartezeit** auf ein Erstgespräch in Schleswig-Holstein über 14 Wochen. Das ist der allerhöchste Wert in Westdeutschland - ein trauriger Rekord! Die unabhängige **Patientenberatung** beklagt Wartezeiten von einer Dauer bis zu einem Jahr in Schleswig-Holstein.

Was tun, um diese enormen Wartezeiten zu überbrücken? - **Selbsthilfegruppen** könnten hier effektive Unterstützung leisten, wenn sie in den letzten Monaten nicht kaputtgespart worden wären. Was bleibt? - Griff in den Medikamentenschrank zu den Psychopharmaka. Die Techniker Krankenkasse Schleswig-Holstein hat errechnet, dass bei den Patienten das Verordnungsvolumen von Antidepressiva in den Jahren 2006 bis 2009 um 48 % von 5,1 auf 7,5 Tagesdosen je Erwerbsperson gestiegen ist. Geht das so weiter, wird sich das Verordnungsvolumen bereits im nächsten Jahr verdoppelt haben.

In Schleswig-Holstein macht man ohne aktuelle Fortschreibung einfach so weiter wie gehabt und ignoriert die sich rapide verändernden Rahmenbedingungen. Handlung ohne Plan und Wissen - das ist das krasse Gegenteil von einer geordneten Sozialplanung!

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir leisten uns einen sehr teuren Blindflug, weil wir nicht wissen, ob die eingesetzten Mittel sachgerecht eingesetzt werden. Psychopharmaka sind nämlich teuer und - die Verordnungsexplosion legt das zumindest nahe - eine vermeidbare Alternative.

(Flemming Meyer)

Gäbe es ausreichend **Therapieangebote**, könnte man sich diese Ausgaben sparen.

Die Regierungsfractionen sind dagegen durchaus zufrieden mit der **Struktur**, der regionalen Verteilung, der Regionalisierung der Angebote und deren Vernetzung. Wäre es nicht so, müsste sie sich den Oppositionsparteien anschließen und eine detaillierte Analyse der psychiatrischen Angebote fordern. Stattdessen spielen sie den Reiter über den Bodensee und ignorieren das brüchige Eis der Tatsachen. Bloß nicht wahrnehmen, welche Fehlentwicklungen sich im Land abzeichnen und immer schön weiterreiten. Übrigens ist der Reiter in dieser Ballade von Gustav Schwab nach seiner verwegenen Tat gestorben.

(Beifall bei SSW und vereinzelt bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Kollegin Ursula Sassen.

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte hier keine lange Rede halten, sondern einfach nur darauf hinweisen, dass wir intern Gespräche führen werden und dass wir ein hervorragendes Papier von Professor Deister erhalten haben - ich sagte es schon -, mit dem wir uns auch noch intensiver beschäftigen wollten. Wenn ich ihm nicht bei einer Veranstaltung mit Fritz Beske anlässlich der Kieler Woche getroffen und gesprochen hätte, hätten wir dieses Papier gar nicht gehabt. Es ist versehentlich nämlich nicht verumdruckt worden. Das ist kein Problem, das kann vorkommen. Wir werden dieser Fortschreibung des Psychiatrieplans nicht zustimmen. Wir werden aber gern nach internen Beratungen mit Ihnen gemeinsam darüber sprechen, welche Probleme wir gemeinsam angehen können.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Baasch, ich nehme Sie sogar ernst.

(Zuruf der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD])

- Nein, ich finde das nicht übertrieben, Frau Kollegin Herdejürgen. Ich möchte mir eine persönliche Vorbemerkung gestatten, weil ich gern mit dem Märchen aufräumen möchte, die Opposition sei in der vergangenen Legislaturperiode pausenlos in das Sozialministerium eingeladen worden. Ich war ausschließlich als Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses ab und an in der letzten Legislaturperiode im Sozialministerium. Nicht dass ich auf eine Einladung großen Wert gelegt hätte, aber ich bitte darum, mit diesem Märchen aufzuhören, Herr Kollege Heinemann.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es kommt vielleicht auch darauf an, welche Philosophie man hinter dem zu Recht gelobten **Psychiatrieplan des Landes** sieht. Ich glaube, die Philosophie, die ihm 2000 zugrunde lag und die er belebt hat, war nicht, ihn in Zwei-, in Fünf- oder in Zehnjahresabständen fortzuschreiben. Ich glaube, er war vor allen Dingen eine Handlungsanweisung, um das System komplett zu verändern, denn die zentrale Forderung der Psychiatrie-Enquetekommission Schleswig-Holstein und des - ich sage das noch einmal - zu Recht gelobten Psychiatrieplans sind und waren die **Dezentralisierung** und die **Kommunalisierung der Hilfen für psychischkranke und behinderte Menschen**. Genau diese Forderung haben alle Landesregierungen und alle Gesundheitsministerinnen und -minister seit dem Jahr 2000 konsequent verwirklicht.

Das **Ergebnis** ist heute: Es gibt keine kreisfreie Stadt und keinen Landkreis mehr, in der oder dem es kein Angebot gibt. Die früheren zentralen Großeinrichtungen sind heute Regelversorger. Das Land verfügt über ein Netz von inzwischen 35 Tageskliniken und 47 Institutsambulanzen. Neun weitere Tageskliniken sind aktuell in der Bauplanung, sodass sich das Netzwerk auf weitere 44 Tageskliniken ausdehnt. Ich glaube, man darf dieses Angebot mit Recht flächendeckend nennen.

(Beifall bei der FDP)

Ein wichtiger Schritt war die Kommunalisierung der **Eingliederungshilfe**. Sie ist in den Kommunen gerade für die chronisch psychisch erkrankten Menschen eine der wichtigsten Leistungen. Die Berech-

(Minister Dr. Heiner Garg)

tigten sind oft viele Jahre auf genau diese Hilfeform angewiesen. Das gilt ebenso für pflegerische Leistungen, insbesondere im Bereich der Demenz, die eine der am häufigsten diagnostizierten gerontopsychiatrischen Erkrankungen ist. Hier arbeiten wir gemeinsam mit den Pflegekassen an der Weiterentwicklung der Beratungs- und Versorgungsstrukturen.

(Unruhe)

Ziel ist es, die individuellen Beratungsaufgaben auf regionaler Ebene in den Pflegestützpunkten zu konzentrieren und - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Minister, Entschuldigung. Könnten wir die Gesprächskreise nach draußen verlegen oder zumindest die Plätze wieder einnehmen?

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Ich fange noch einmal an. Wir wollen mit den Pflegekassen gemeinsam die **Beratungs- und Versorgungsstrukturen** weiterentwickeln, und zwar mit dem Ziel, die individuellen Beratungsaufgaben auf regionaler Ebene in den Pflegestützpunkten zu konzentrieren und alle landesweit koordinierenden Strukturen in einer koordinierenden und strukturgebenden Form zu bündeln, was übrigens bereits begonnen wurde, und zwar in dem erst vor Kurzem gegründeten landesweiten Kompetenzzentrum Demenz. Wenn ich mich umgucke, dann sehe ich, dass bei der Gründungsveranstaltung der eine oder andere Kollege oder die eine oder andere Kollegin anwesend war.

Als nächsten Schritt überplanen wir die Übertragung der Freiwilligenleistung des Landes für die offenen ambulanten Hilfen an die **Kommunen** ab dem Jahr 2012. Man kann darüber streiten, ob man das richtig findet oder nicht. Tatsache ist, dass dies aus Sicht der Landesregierung den einzig konsequenten Weg der Weiterentwicklung darstellt. Wenn ich das anmerken darf: Das ist die seit elf Jahren kontinuierlich entwickelte Linie aus der Zielsetzung des Psychiatrieplans 2000. Sie haben es heute Morgen schon versucht, und es wundert mich nicht, dass die Opposition diese Politik als ahnungslos darstellen will. Ich sage noch einmal: Es ist Ihr gutes Recht, diesen Versuch zu unternehmen. Es wundert mich aber, dass man den Antrag der SPD als Stopp der Kommunalisierung und der **orts-**

nahen Zuständigkeiten lesen kann. Wie anders soll verstanden werden, dass darin mehr Landespsychiatrieplanung statt einer kommunalen Psychiatrieplanung gefordert wird? - Wenn Sie der Auffassung sind, dass dies falsch ist, dann mögen Sie das vielleicht in einen Antrag gießen, aber ich stehe - wie alle Vorgängerregierungen seit dem Jahr 2000 - dafür, Hilfen so zu organisieren, dass man nah am Menschen ist, und nicht vom grünen Schreibtisch aus.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir haben hier so viele Zitate aus der schriftlichen Anhörung. Das ist exakt die Position der Kreise und Kommunen. Der Städteverband Schleswig-Holstein hat ausdrücklich betont, dass dem Land lediglich im Bereich der psychiatrischen Krankenhausleistung die Ausstellung und Anpassung des Krankenhausplanes obliegt.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Nein, Herr Präsident, ich gestatte keine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stegner. Der Landkreistag hat auf den Übergang zentraler Bereiche der psychiatrischen Versorgungsplanung auf die Kreise und kreisfreien Städte hingewiesen. Im Übrigen ist klar, dass die Versorgung durch niedergelassene Psychiater und Psychotherapeuten der Kassenärztlichen Vereinigung obliegt. Hier kommen Planungskompetenzen des Landes mit Sicherheit nicht in Betracht. Dort, wo noch **Planungszuständigkeiten** beim Land liegen, wie bei der psychiatrischen Krankenversorgung oder dem Maßregelverzug, hat die Landesregierung - anders als Sie behaupten - längst ihre Hausaufgaben gemacht. Vielleicht werfen Sie höflicherweise in der Sommerpause einmal einen Blick in den gerade beschlossenen Landeskrankenhausplan.

Der **Maßregelvollzug** in Schleswig-Holstein ist ebenfalls auf einem guten Weg. Dies bestätigen im Übrigen auch die unabhängigen Anliegenvertreter und die **Besuchskommission** Maßregelvollzug, deren jährliche Berichte auch den Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags erreichen.

Wenn Sie den **Psychiatrieplan 2000** aufschlagen und die damaligen Leitlinien durchlesen, dann werden Sie erkennen, dass genau diese Leitlinien bis heute Gültigkeit haben, weil sie konsequent umgesetzt werden. Land und Kommunen sind auf der bestehenden Planungsgrundlage gut aufgestellt, um die angemessene Hilfe für psychisch kranke Menschen zu gewährleisten. Man sollte es vielleicht

(Minister Dr. Heiner Garg)

auch vonseiten der Opposition anerkennend zur Kenntnis nehmen, dass die Kommunen die ihnen übertragenen Aufgaben in vorbildlicher Weise erfüllen. Selbstverständlich greifen die Kommunen die laufenden neuen Entwicklungen auf. Ich finde, das haben sie nicht verdient, wenn Sie hier so tun, als ob sie sich noch in der psychotherapeutischen und psychiatrischen Steinzeit befänden, Herr Kollege Heinemann.

Vor diesem Hintergrund mögen Sie einfach noch einmal einen Blick auf das werfen, was tatsächlich passiert. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass man enttäuscht ist, wenn man mit einem ambitionierten Anliegen startet und damit keinen Erfolg hat, aber das ist ab und zu der Lauf der demokratischen Dinge. Was meinen Sie, wie oft mir das in der letzten Legislaturperiode passiert ist!

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Es ist zunächst beantragt worden, den Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 17/994, an den Sozialausschuss zurückzuüberweisen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des SSW. Gegenstimmen! - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag auf Rücküberweisung abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 17/994 abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen! - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW. Damit stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 17/994 abgelehnt worden ist.

Damit schließen wir diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 49, 50 und 58 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Auswirkungen der Aussetzung des Wehrdienstes und Zukunft der Freiwilligendienste und des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1425

b) Wissenschafts- und Studienplatzstandort nachhaltig sichern!

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1426

c) Bereitstellung von Studienanfängerkapazitäten durch die Aussetzung der Wehrpflicht

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1569

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat ist es so, dass diese drei Berichte, die Sie eben genannt wurden, zwar eine gemeinsame Klammer haben, aber doch sehr unterschiedliche Themen berühren; denn zwei von den drei Themen fallen in den Bereich des Wissenschaftsministeriums. Deshalb werde ich dazu vortragen. Ich bitte um Nachsicht, wenn vielleicht einige Äußerungen zu dem ersten Thema aus meinem Munde ein bisschen fremd klingen mögen.

Schleswig-Holstein ist das Land zwischen den Meeren, überproportional stark durch Bedrohung von Naturkatastrophen, Sturmfluten und Orkanen ausgesetzt. Deshalb setzt sich die Landesregierung dafür ein, die Auswirkungen der Bundeswehrreform so verträglich wie möglich zu gestalten. Das bedeutet konkret: Die besondere Gefahrenlage Schleswig-Holsteins muss durch überproportionale Bundeswehrpräsenz im Land berücksichtigt werden. Die **Bundeswehr** muss auch nach der Reform in der Lage sein, bei schweren **Naturkatastrophen** ebenso Hilfe zu leisten wie zum Beispiel bei einem **Großbrand**.

Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, das bundesweit tätige THW insoweit zu stärken, als

(Minister Jost de Jager)

durch die Bundeswehrreform Fähigkeiten und Möglichkeiten der Bundeswehr wegbrechen und dieses ausgeglichen werden muss.

Mit dem **Aussetzen der Wehrpflicht** wird auch die Pflicht entfallen, **Dienst im Zivil- und Katastrophenschutz** zu leisten. In Schleswig-Holstein leisten gegenwärtig etwa 2.000 Helfer diesen Ersatzdienst. Wir gehen davon aus, dass der neue Bundesfreiwilligendienst diese Lücke nicht wird schließen können.

Insbesondere für den **Katastrophenschutz** fordert die Landesregierung deshalb vom Bund weitere **kompensatorische Konzepte** und Maßnahmen des Bundes, um erstens der abnehmenden Anzahl der Helfer im Katastrophenschutz entgegenzuwirken und zweitens das **Bundesfreiwilligendienstgesetz** und seine Auswirkungen auch auf die Gewinnung von Helfern im Zivil- und Katastrophenschutz zeitnah zu evaluieren.

Die dritte wesentliche Auswirkung der Strukturreform der Bundeswehr betrifft die **Hochschulen**, und hier kommt jetzt das MWV ins Spiel. Die Aussetzung der Wehrpflicht sowie der Zivildienstpflicht wird kurzfristig zu einem weiteren signifikanten **Anstieg der Studienanfängerzahlen** führen. Im Rahmen des Hochschulpaktes II von Bund und Ländern müssen unsere Hochschulen in den Jahren 2011 und 2015 bereits ohnehin knapp 10.000 zusätzliche Studienanfänger aufnehmen.

Durch die Wehrpflichtaussetzung kommen ab dem Jahr 2011 zwischen 1.263 und 1.665 weitere hinzu, je nach dem, wie gut die neuen Freiwilligendienste tatsächlich angenommen werden. Der Schwerpunkt liegt in den Jahren 2011 und 2012.

Diese Studienanfänger werden analog im **Hochschulpakt II** finanziert. Das heißt, 50 % zahlt der Bund, und 50 % der Kosten übernimmt das Land. Da allerdings noch nicht feststeht, wie viele Studienanfänger tatsächlich kommen werden, hat sich die gemeinsame Wissenschaftskonferenz darauf verständigt, diese Zahlung erst nachlaufend zu übernehmen. Das heißt, die Zahlen für 2011 werden erst ab 2013 tatsächlich rückwärtig finanziert.

Die **Kosten für Schleswig-Holstein** werden dabei zwischen 12,6 Millionen und 16,6 Millionen € liegen. Das Land wird die Mittel entsprechend in den nächsten Haushalten zusätzlich veranschlagen.

In diesem Kontext aktuell hoher Auslastung der schleswig-holsteinischen Hochschulen ist auch der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur nachhaltigen Sicherung des Wissenschafts- und Studien-

angebots zu sehen. Die **Umstellung des Studiensystems** auf die Abschlüsse Bachelor und Master ist eine der umfassendsten Veränderungen des deutschen Hochschulsystems in den letzten Jahrzehnten, und sie verfolgt neben der Anpassung des deutschen Studiensystems an internationale Standards auch - und das ist in diesem Kontext nicht unerheblich - das Ziel der Studienzeitverkürzung.

Die schleswig-holsteinischen Hochschulen haben bis zum Wintersemester 2010/2011 etwa 95 % aller Studiengänge bereits auf diese neue Struktur umgestellt. Der verbleibende Rest der Studienplätze sind überwiegend Staatsexamenstudiengänge wie Medizin, Jura und Pharmazie. Wir sind damit besser als der Bundesschnitt, der bei 80 % liegt.

Die ersten Bachelor-Absolventen haben zum Wintersemester 2004 Master-Studiengänge besuchen können, der allergrößte Rest erst am 2008.

Zu der Frage, ob wir ausreichend Master-Studiengänge im Rahmen des Hochschulpaktes zur Verfügung stellen, möchte ich folgende Hinweise geben:

Erstens. Das Verhältnis von **Master-Studiengängen** zu Bachelor-Studiengängen liegt in Schleswig-Holstein im Wintersemester 2009/2010 und im Sommersemester 2010 bei etwa eins zu zwei.

Zweitens. Der Hochschulpakt in der Phase II finanziert zusätzliche Studienanfängerplätze für einen Zeitraum von vier Jahren.

Das führt drittens zu folgender Rechnung: Das **Bachelor-Studium** dauert in der Regel drei, in Einzelfällen auch dreieinhalb Jahre. Damit ist im Rahmen des Hochschulpaktes bei einem dreijährigen Bachelor wie bei jedem zweiten Absolventen das in der Regel zweijährige Master-Studium ausfinanziert.

Eine verlässliche Prognose darüber - das ist das, was hinter dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steckt, ob dieses ausreichend ist - ist zu diesem gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich; denn die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass das vorhandene Angebot an Master-Studiengängen nicht vollständig genutzt wird. Vielmehr sind die Master-Studiengänge bis auf einzelne Ausnahmen überwiegend nicht ausgelastet, teilweise liegt die Nachfrage nach entsprechenden Plätzen unter 50 %. Die Gründe für diese geringe Nachfrage können derzeit nur vermutet werden. Zum einen sind diese **Erfahrungswerte** aufgrund der geringen Zahl von Jahren, in denen es diese Struktur gibt, noch nicht repräsentativ genug, zum anderen beobachten wir allerdings, dass anders, als viele Prognosen es besagen und auch die Berichterstattung in der Presse,

(Minister Jost de Jager)

viele Bachelor-Absolventen bereits vom Arbeitsmarkt sehr gut angenommen werden. Insofern ist es aus meiner Sicht aus finanziellen Gründen nicht möglich und wahrscheinlich auch gar nicht notwendig, im Zusammenhang mit dem Hochschulpakt II zusätzliche Master-Studienplätze zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Markus Matthießen.

Markus Matthießen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen besseren Zeitpunkt als den heutigen Tag kann es für diese Diskussion wohl nicht geben. Seit heute greift die Aussetzung des Wehrdienstes.

Herr Minister de Jager und Herr Minister Schlie, ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeitern sowie den beteiligten Häusern für Ihre Berichte. Es ergeben sich - das hat der Minister eben ausgeführt - entsprechende Herausforderungen unseres Landes. Für die Aufnahme **zusätzlicher Studienanfänger** im Jahre 2011 wird das unter Berücksichtigung der **Freiwilligendienste** etwa 680 sein, im Jahr 2015 dann etwa 54.

Ich begrüße ausdrücklich das Ergebnis der Verhandlungen unseres Wissenschaftsministers Jost de Jager mit seinen Kollegen in den anderen Ländern und dem Bund. Darin ist eine **hälftige Kostenteilung** zwischen Bund und Ländern festgelegt. Es gelten also identische Kriterien wie beim Hochschulpakt II. Dadurch muss Schleswig-Holstein jetzt nicht 25, sondern etwa 12,6 Millionen € aus Landesmitteln finanzieren. Das ist ein großer Verhandlungserfolg. Über die Auszahlungsmodalitäten, die flexibel gehandhabt werden, hat der Minister einiges gesagt, sodass ich das hier nicht wiederholen muss.

Der Berichts Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter dem Titel „Wissenschafts- und Studienstandort nachhaltig sichern“ zielte darauf ab, sich den immer wieder vorgetragenen Vorwurf, **Bachelor-Absolventen** seien für den Zugang zum **Master-Studiengang** in Schleswig-Holstein vergleichsweise hoch, schriftlich bestätigen zu lassen. Das ist nicht gelungen. Vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN er-

nüchternd, aber für unser Land und damit für die betroffenen Studierenden ermutigend.

Die Bestimmungen zu den **Zugangsregelungen** zum Master sind im neuen Hochschulgesetz gelockert worden. Dies hat die Hochschulen darin ermutigt, in den überwiegenden Fällen überhaupt keine Beschränkungen einzuführen. Insofern ist hier auch kein Druck vorhanden. Auch das wurde ausgeführt. Nicht einmal 50 % der **Master-Angebote** werden tatsächlich genutzt. Ich formuliere es einmal positiv. Das zeigt sicherlich auch, dass die **Qualität der Bachelor-Abschlüsse** entsprechend so ist, dass eine Aufnahme auf dem Arbeitsmarkt vorhanden ist. Ich meine, das ist ein gutes Zeichen.

Interessant und wesentlicher Bestandteil des ersten Teils des Tagesordnungspunktes sind die tatsächlichen **Auswirkungen** auf den **Zivil- und Katastrophenschutz**. Aus dem **Bericht** wird deutlich, dass es derzeit rund 2.000 Helfer in unserem Land gibt, die ihren Ersatzdienst im Zivil- und Katastrophenschutz ableisten, davon rund 1.600 bei den freiwilligen Feuerwehren. Der Landesfeuerwehrverband geht nicht davon aus, dass es zu einer erheblichen Abnahme der Helfer kommen wird. Er wartet auch nicht ab, sondern hat eine erfolgreiche Mitgliederwerbekampagne ins Leben gerufen. Das wurde auf dem Landesfeuerwehrtag in Groß Grönau im April dieses Jahres entsprechend deutlich.

Im Bereich der Bundeswehr und der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Katastrophenfall haben wir in Schleswig-Holstein natürlich ein besonderes Augenmerk auf die aktuelle Diskussion der **Truppenreduzierung**.

Ich bin froh darüber, dass Verteidigungsminister de Maizière bei der Bewertung der Standorte auch eine **Komponente der zivil-militärischen Zusammenarbeit** berücksichtigt. In seiner Regierungserklärung vom 27. Mai 2011 hat er betont, dass die Unterstützung bei heimischen Katastrophen weiterhin zum Aufgabenfeld der Bundeswehr gehört. Wie wichtig diese Komponente gerade für Schleswig-Holstein ist, wird aus dem Bericht des Innenministers mehr als deutlich.

(Unruhe)

Die Vorhaltung von Personal und Material durch die Bundeswehr ist für den **Katastrophenschutz** in unserem Land von besonderer Bedeutung. Klar ist auch, dass wir uns Veränderungen in der Struktur nicht grundsätzlich verschließen, die berechtigten Interessen gerade in dem angesprochenen Bereich des Katastrophenschutzes aber ernsthaft im Auge behalten.

(Markus Matthießen)

(Unruhe)

Noch ein Wort zu der ab heute wirksamen **Aussetzung der Wehrpflicht** und der damit verbundenen Aussetzung des Ersatzdienstes. Da von **Wehrge-rechtigkeit** in den letzten Jahren nicht mehr viel übrig geblieben ist, treten wir jetzt in eine gesellschaftliche Diskussion um den Wert und die Anerkennung von freiwilligen Diensten ein. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass ich keinen Unterschied darin sehe, ob sich ein junger Mensch in unserer Gesellschaft freiwillig für einen zeitlich befristeten oder dauerhaften Dienst in der Bundeswehr oder einen Freiwilligendienst im sozialen Bereich entscheidet. Beides hat seinen besonderen Wert an sich und bedarf einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung und Anerkennung.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Abschließend möchte ich mich bei den Kollegen der anderen Fraktionen bedanken, dass wir dieses Thema gemeinsam auf die Tagesordnung gebracht haben. Leider lässt die Zeit nicht mehr zu, dass wir uns über alle drei Themen in aller Breite unterhalten. Das können wir später im Ausschuss machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Ich erteile jetzt dem Kollegen Rasmus Andresen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal gilt festzustellen, dass die **Wehrpflicht** seit gestern abgeschafft ist. Das ist sehr gut, das begrüßen wir als Grüne ausdrücklich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der LINKEN)

Es ist ein langer Weg gewesen, bis es endlich Realität geworden ist. Wir begrüßen ausdrücklich, dass damit ein weiteres Dogma, eine weitere, alte konservative Programmatik der CDU fällt.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Doch gleichzeitig wird die Freude ein bisschen dadurch getrübt, dass sehr viele Fragen noch offen sind, und zwar bei der **Ausgestaltung der Freiwilligendienste**, beim **Ersatz für den Zivildienst**. In Schleswig-Holstein gab es über 2.000 Zivildienst-

stellen, die jetzt in vielen sozialen Bereichen fehlen, beispielsweise im Pflegebereich, bei den Krankenhäusern, aber auch im Katastrophenschutz. Das sind alle Bereiche, in denen die hauptverantwortlichen Akteure klagen und sagen, dass sie nicht sehen, wie das gelöst werden soll, wie man mit dem jetzt entstehenden Mangel umgehen soll.

Wir vermissen Antworten, wir vermissen Antworten vonseiten der Bundesregierung, da der **Bundesfreiwilligendienst** - das wurde schon gesagt - zurzeit noch eine starke Luftnummer ist.

(Unruhe)

Er ist eine Luftnummer, weil er vom Umfang her mit der Anzahl von Zivildienststellen überhaupt nicht vergleichbar ist. Auf drei Zivildienststellen kommt eine Bundesfreiwilligendienststelle. Von 35.000 Stellen, die überhaupt geschaffen werden sollen, sind - Stand: Anfang der Woche - unter 2.000 besetzt. Da klafft eine Riesenlücke, und Antworten gibt es keine. Start des Ganzen ist heute, am 1. Juli 2011.

(Beifall der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

Wir glauben, dass da noch eine Menge passieren muss, und wir finden keine Antworten in den Berichten der Landesregierung.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr de Jager, Sie problematisieren viel, aber Sie haben keine Antworten, Sie haben keine häuserübergreifende Strategie, wie man mit dieser Herausforderung umgehen soll,

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

erst recht, weil Sie die **Landesfreiwilligendienste**, die wir haben, nicht gerade gestärkt haben, sondern vielmehr haben schleifen lassen und in einigen Bereichen sogar extrem gekürzt haben, wenn wir an das FÖJ denken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Wir glauben, dass man nicht nur ankündigen und problematisieren sollte, sondern dass man sich Konzepte überlegen sollte, und das alles besser heute als nach den Ferien.

Auch wenn Sie dazu wahrscheinlich nicht mehr imstande sind, freut es mich, Herr de Jager - das ist jetzt die Brücke zum Hochschulbereich -, dass Sie ein bisschen weitergekommen sind beim Thema

(Rasmus Andresen)

Studienplätze nach Aussetzung der Wehrpflicht, weil wir da ja ziemlich lange im Nebel herumgestochert haben, zusammen mit Ihnen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben uns Gedanken gemacht, auch wenn die immer spät erhört werden, aber sie wurden jetzt anscheinend doch erhört. Sie sagen ja, 1.200 Studienplätze sollen auch in Schleswig-Holstein entstehen. - Sie nicken, das freut mich sehr. Das nehme ich als positive Botschaft in die Sommerpause mit.

(Beifall der Abgeordneten Anke Erdmann
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn das sind Studienplätze, die hier dringend entstehen müssen. Insofern freut mich das ausdrücklich.

Noch ein oder zwei Sätze zum Thema Masterstudienplätze.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Torsten Geerds:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Abgeordneter Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank. - Es ist völlig richtig, dass es zurzeit in fast allen Bereichen - es gibt zwei, drei Ausnahmen - genügend **Masterstudienplätze** an den schleswig-holsteinischen Hochschulen gibt. Das hat von uns vorher auch niemand bestritten. Man kann aber auch nicht sagen, dass es nicht wert wäre, das einmal zu ermitteln, das einmal festzustellen. Ich weise beispielsweise auf die FH Kiel hin, an der es viel mehr Bewerber für Masterstudienplätze gibt als Plätze. Herr de Jager - das ist interessant für die Entscheidung, die noch aussteht -, auch bei den **Management-Studiengängen** in Flensburg gibt es mehr Bewerbungen, als es Plätze gibt. Auch das können Sie für die Kabinettsberatungen einmal mitnehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Als letzter Satz dazu: Die Debatte zum Thema Masterstudienplätze wird keine Debatte sein, bei der sich auf ewig nichts verändern wird. Wir müssen auch bei den Masterstudienplätzen in ein paar Jahren, wenn wir Bachelorabsolventen haben, neu darüber nachdenken und gucken, wie sich das entwickelt hat, wie wir im Bereich der Masterstudien-

plätze nachsteuern müssen. Ich hoffe, dass Sie dazu genauso bereit sind, wie Sie das bei den Bachelorplätzen vorhin bewiesen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Andreas Beran das Wort.

Andreas Beran [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst ein herzliches Dankeschön an die Landesregierung für die vorgelegten Berichte. Gestatten Sie mir, meine Rede heute aus einem anderen Blickwinkel vorzutragen; der Tagesordnungspunkt ist wirklich recht vielseitig.

Die Zeit der Bundis und Zivis ist vorbei, heute beginnt die Zeit der Bufdis. Heute ist ein historischer Tag. Ab heute gibt es keine Wehrpflicht mehr, beziehungsweise sie ist ausgesetzt - für viele junge Männer ein Tag der Freude.

Doch die schnelle **Aussetzung der Wehrpflicht** und damit das Ende des Zivildienstes haben in den letzten Monaten für viel Unruhe in sozialen Einrichtungen gesorgt. In Schleswig-Holstein fehlen rund 3.400 Zivildienststellen. Davon sind besonders die Pflege - und die Betreuungsdienste betroffen.

Die SPD hat immer ein Gesamtkonzept für die Zeit nach dem Zivildienst gefordert. Unser Vorschlag zur Weiterentwicklung der bestehenden **Jugendfreiwilligendienste** wäre der richtige Weg gewesen. Statt die Plätze im FSJ und FÖJ zu kürzen, hätten sie nach unserer Meinung besser aufgestockt werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

Denn FSJ und FÖJ sind so nachgefragt, dass viele Jugendliche in der Vergangenheit auf einen Platz warten mussten. Daneben brauchen wir Anreize und gute Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und vor allem eine vernünftige Strategie für mehr Fachkräfte in den sozialen Berufen. Stattdessen wurden teure und überflüssige Doppelstrukturen mit dem neuen Bundesfreiwilligendienst geschaffen, der die zivilgesellschaftlichen Träger außen vorlässt. Zudem hat sich die Bundesregierung verrechnet. 35.000 Stellen im **Bundesfreiwilligendienst** sollen besetzt werden. Lediglich 3.000 Verträge wurden bisher abgeschlossen, darüber hinaus 14.300 Zivildienstverträge verlängert.

(Andreas Beran)

Heute, zum Start, sind noch viele Fragen ungeklärt, und auch der Kindergeldbezug hat noch keine rechtliche Verankerung. Das ist ein Schnellschuss und handwerklicher Murks, der Freiwillige und Träger verunsichert.

Die Landesregierung schätzt in ihrem Bericht die Auswirkungen auf den **Katastrophenschutz** als gering ein. Ich teile diese Einschätzung nicht. Ein Teil der jetzt Freiwilligen, zum Beispiel die beim THW verpflichteten Helfer, war früher selbst über die **Freistellung vom Wehrdienst** verpflichtet. Diese Motivation wird künftig wegfallen.

Hinzu kommt, dass ein Teil der freiwillig verpflichteten Helfer vorher selbst Wehrdienst oder Zivildienst abgeleistet hat und sich nach Ableistung dieser Dienstpflicht gern weiter ehrenamtlich für die Gemeinschaft engagieren wollte. Auch diese Motivation fällt weg.

So werden auch beim Katastrophenschutz Lücken entstehen, die der Bundesfreiwilligendienst aufgrund seiner Struktur als Ganztagsdienst nicht so einfach stopfen kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, die Landesregierung hat die Problematik, die auf uns nun zukommt, noch nicht voll erfasst. Ihr Bericht und Konzept hat viele Lücken. Wir müssen im Sozial- sowie Innen- und Rechtsausschuss die Folgen des heutigen Tages weiter diskutieren und auch im Rahmen der **Anträge zum Ehrenamt**, zu denen wir schon viele Stellungnahmen erhalten haben, darüber sprechen, wie wir bürgerschaftliches Engagement für alle und auch für junge Männer attraktiver gestalten und honorieren können.

Das Ende der Wehrpflicht hat auch **Konsequenzen für die Hochschulen**. Wenn künftig viele junge Männer statt in die Kaserne in die Hörsäle eilen, muss dort mehr Platz geschaffen werden. Das wird sich in fünf Jahren besonders verschärfen, weil der **Übergang auf das G 8**, so wie das alle Bundesländer machen, 2016 zu einem **Doppeljahrgang** an den Hochschulen führen wird. Hamburg hatte im vergangenen Jahr knapp 60 % Zuwachs bei den Erstsemestern.

Das Ministerium geht von 1.300 bis 1.700 zusätzlichen Studienbewerbern wegen des Fortfalls der Wehrpflicht aus. Es hofft aber auf eine Entlastung durch die Freiwilligendienste. Da sollte man besser keine allzu großen Hoffnungen hegen. Derzeit spricht wenig dafür, dass die Abiturienten, außer wenn sie vielleicht Wartezeiten bis zur Einschrei-

bung in ein zugangsbeschränktes Fach überbrücken wollen, scharenweise in diese Dienste streben werden.

Es ist auch gut so, dass wir mehr Studierende und damit künftige Lehrer, Ärzte und so weiter haben; denn Deutschland hat zu wenig Hochschulabsolventen. Daher wird das Land gemeinsam mit dem Bund diese finanzielle Belastung von rund 17 Millionen € schultern müssen, auch wenn uns das schwerfällt und wenn der weitere Ausbau der **Bologna-Strukturen** den Hochschulen viel abverlangt, wie der Bericht über die Masterstudiengänge zeigt.

Die beiden Berichte zum Hochschulausbau sollten im Bildungsausschuss weiter erörtert werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort erteile ich der FDP-Landtagskollegin Kirstin Funke.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und natürlich auch bei den Ministern für die Berichte bedanken, die uns zu den einzelnen Anträgen vorliegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ab heute gilt es: Die **Aussetzung der Wehrpflicht** ist Wirklichkeit. Eine alte liberale Forderung wird mit dieser Reform realisiert. Der Schritt weg von den Pflichtdiensten hin zur Freiwilligkeit ist ein historischer Schritt.

(Beifall bei FDP und der LINKEN)

Mit der Reform werden die Freiwilligendienste weiter unterstützt und das **zivilgesellschaftliche Engagement** gestärkt.

Die Reform hat nicht nur Auswirkungen auf die Bundeswehr, sondern in erheblichem Maße auch auf die Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Hilfsdienste und zahlreiche weitere soziale Einrichtungen, die bislang Zivildienstleistende eingesetzt haben. Obwohl der Wehr- und Zivildienst wie auch der künftige Bundesfreiwilligendienst prinzipiell Bundessache sind, machen die individuellen Auswirkungen vor Ort bei den diversen Einrichtungen auch eine Beschäftigung des Landtags mit diesem Thema dringend erforderlich.

(Kirstin Funke)

Ich möchte im Folgenden einige Punkte des Berichts gesondert aufgreifen. Zunächst zum **Bundesfreiwilligendienst**: Dieser ist durchweg zu begrüßen. Der Bundesfreiwilligendienst ist arbeitsmarktnneutral und er führt nicht zu einer Verdrängung oder einem Ersatz regulärer Beschäftigung. Positiv ist auch, dass er allen Altersgruppen offensteht. So können auch Ältere ihre Erfahrungen einbringen! Da eine detaillierte Vorhersage der Auswirkungen dieses Dienstes und insbesondere beim Beitrag zur **Deckung des Personalbedarfs** gerade im Pflegebereich noch nicht zuverlässig möglich ist, muss diesem Bereich jedoch weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Er könnte auch die Chance für Bürgerinnen und Bürger bieten, in eine sozialsicherungsrechtliche Beschäftigung zu kommen. In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich die bereits geplante beziehungsweise eingeleitete **Informationskampagne** der Landesregierung, „Chancen der Freiwilligendienste nutzen“. Die Freiwilligendienste, wie das Freiwillige Soziale Jahr oder das Freiwillige Ökologische Jahr, das heute sein 20-jähriges Jubiläum feiert, stellen einen weiteren wichtigen Baustein dar. Diese sind besonders beliebt, weil sie auch einen pädagogischen Ansatz verfolgen. Somit sind diese Projekte auch für eine Sensibilisierung der Jugendlichen für **ehrenamtliche Arbeit** und gesellschaftliches Engagement wichtig.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund ist die Verbesserung der Umstände für diese Dienste besonders erfreulich, weil dies auch eine Investition in die Zukunft darstellt. Meine Fraktion begrüßt den qualitativen und quantitativen **Ausbau der Jugendfreiwilligendienste** ausdrücklich.

(Zurufe von der SPD)

- Herr Stegner, ich kann genauso gut ablesen, wie Sie es auch von Ihren Karteikarten tun. Danke schön.

Die Auswirkungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt werden auch aufgrund der aktuell guten wirtschaftlichen Lage und der insgesamt relativ entspannten Arbeitsmarktsituation keine großen Probleme darstellen. Mit einer gewissen Besorgnis müssen wir jedoch die zukünftige Situation an den Hochschulen sehen, für die erhebliche Mehrausgaben unabdingbar sind. Dies setzt den reichlich strapazierten Landeshaushalt zusätzlichen unter Druck. Die FDP-Landtagsfraktion begrüßt, dass es für die zusätzlichen Studierenden, die ab dem kommenden

Wintersemester auf die Hochschulen zukommen, eine Lösung zwischen dem Bund und den Ländern gegeben hat.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass der Bund sich mehr an der Finanzierung des Mehraufwandes der Hochschulen beteiligt. Denn auch der geplante Weg stellt einen enormen **Finanzierungsmehraufwand** für unser Land dar.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er beteiligt sich doch!)

- Wir hätten uns ein Mehr gewünscht, lieber Kollege Andresen.

Ein besonderes Augenmerk möchte ich zum Abschluss noch auf die **Stationierung der Bundeswehr** richten, die unter strukturpolitischen, aber auch insbesondere unter Sicherheits- und Katastrophenschutzgesichtspunkten zu sehen ist. Bereits in der Vergangenheit war eine spürbare Verringerung der Bundeswehrpräsenz zu verzeichnen. Wir sollten klarstellen, dass eine derartige weitere Verkleinerung der Präsenz in der Fläche und ein weiterer Abzug von schwerem Gerät für Schleswig-Holstein eine besondere Belastung bedeuten. Die Landesregierung sollte sich deshalb weiterhin um eine **intakte zivil-militärische Zusammenarbeit** bemühen und die besonderen Erfordernisse in unserem Bundesland in Berlin deutlich kommunizieren.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, der Bericht „Wissenschafts- und Studienplatzstandort nachhaltig sichern“ passt an dieser Stelle leider nicht in die Thematik Aussetzung der Wehrpflicht. Deswegen kann ich hier nur kurz darauf eingehen. Der Bericht des Wissenschaftsministers stellt unmissverständlich dar, dass es derzeit in Schleswig-Holstein keine Diskrepanz zwischen den Studienplatzangeboten für Masterstudiengänge und Bewerbern gibt - was wir sehr begrüßen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoro.

Björn Thoro [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wir begrüßen ausdrücklich die Aussetzung der Wehrpflicht. Wir hatten nur eigentlich schon erwartet, dass sie ein paar Jahre früher kommt, eventuell

(Björn Thoroer)

schon unter Rot-Grün und nicht erst jetzt unter Schwarz-Gelb.

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

- Gut, immerhin ist es jetzt geschafft. Das begrüßen wir sehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Für den Katastrophenschutz kann man ja nicht nur die Bundeswehr einsetzen. Wenn man es mit dem Katastrophenschutz ernst meint, sollte man auch das **Technische Hilfswerk** stärken und sollte nicht das **Feuerwehrschiß in Kiel** stilllegen. Auch dafür hätte man noch Geld zur Verfügung stellen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Die drei vorliegenden Berichte führen uns einmal mehr vor Augen, wie unvorbereitet und handlungsunfähig die Landesregierung ist. Die Frage eins lautete, wie wir eigentlich mit dem Wegfall des Zivildienstes umgehen. - Was wir wissen, ist, der **Wegfall des Zivildienstes** führt bei den Trägern in Schleswig-Holstein zu einem akuten **Personalnotstand**. Der Bundesfreiwilligendienst kann diesen Notstand nicht kompensieren. Ich nenne einmal ein paar Beispiele.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Beim Paritätischen Wohlfahrtsverband sind 250 Stellen ausgeschrieben - es gibt zwei Bewerbungen. Bei der Diakonie sind 600 Stellen ausgeschrieben - es gibt zwölf Bewerbungen. Bei der AWO sind 140 Stellen ausgeschrieben - es gibt keine Bewerbung.

Freiwilligkeit, Freiwilligendienst und auch das Ehrenamt benötigen Förderung und finanzielle Unterstützung. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die **Freiwilligendienste** in Schleswig-Holstein langfristig gesichert und ausgebaut werden. Die Landesregierung hat dazu anscheinend keine Vorschläge.

Die zweite Frage lautet: Wie reagiert die Landesregierung eigentlich auf die zusätzlichen Studierenden? - Das ist schnell beantwortet. Erst einmal will die Landesregierung jetzt gar nichts machen. Nach Ansicht der Landesregierung sollen die Hochschulen das selbst erledigen, und zwar durch die Anmietung von Räumen und weitere **befristete Lehrverträge**. Geld vom Land gibt es dafür erst einmal nicht, eventuell 2013, wenn man nach Meinung der Landesregierung absehen kann, wie viel Geld den Hochschulen gefehlt hat. - Herr de Jager, das ist keine Strategie, das ist eine Farce. Die Lan-

desregierung trocknet die Hochschulen finanziell aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Und auch zur dritten Frage, der Frage zum **Zugang zum Masterstudiengang**, haben wir bisher hier nur positive Botschaften gehört. Das ist nicht ganz korrekt. Ich frage mich: Wie sollen die Hochschulen in Anbetracht der strukturellen Unterfinanzierung auf die absehbar höhere Nachfrage reagieren? Es scheint, als wollte die Landesregierung wieder erst tätig werden, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Denn schaut man sich die Zahlen im Bericht genauer an, werden die euphorischen Worte der Landesregierung schnell relativiert. Zahlreiche **Masterstudiengänge** haben eine überproportionale Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern im Verhältnis zu den verfügbaren Plätzen. Das wird besonders bei der Fachhochschule Kiel deutlich. Nur einige Beispiele: Den 233 Plätzen beim Bachelor Betriebswirtschaft stehen in den Semestern 2009/10 und im Sommersemester 2010 gerade einmal 37 Masterplätze gegenüber, auf die sich 132 Absolventinnen und Absolventen beworben haben. Ähnlich sieht es im Bereich Soziale Arbeit aus.

Weil Sie Ihre Entscheidungen so gern auf Umfragen stützen, möchte ich auf eine Studie der Christian-Albrechts-Universität aus dem Sommersemester 2010 verweisen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Darin werden Bachelorstudentinnen und -studenten gefragt ob sie ein **Masterstudium an der CAU** anschließen möchten. Lediglich 16,2 % haben mit Nein geantwortet. Als häufiger Grund wurde dafür die Notenhürde angegeben. Ähnliche Ergebnisse liefert die Studie „Mit dem Bachelor in den Beruf“ aus dem Jahr 2011. 70 % der Studierenden der Universitäten wollen ein Masterstudium direkt anschließen.

Wenn es nach der Landesregierung geht - wir haben das auch heute noch einmal gehört -, würde aber nur jeder zweite Studierende einen Masterstudienplatz bekommen. Wir Linke lehnen eine solche Art der Planwirtschaft ab.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe der CDU: Hört, hört!)

Das **Recht auf ein Masterstudium** muss im Hochschulgesetz festgeschrieben werden. Ich muss schon sagen, dass die Landesregierung immer noch damit rechnet, dass die Zahlen der Studienanfängerinnen und -anfänger wegen der hohen Inanspruch-

(Björn Thoro)

nahme der Freiwilligendienste „übersichtlich“ sein wird, halte ich für eine riskante Spekulation.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels
[DIE LINKE])

Statt wilden Spekulationen zu folgen, fordert DIE LINKE eine Stärkung der sozialen Dimension in den Hochschulen. Jeder muss den höchstmöglichen Abschluss ungeachtet der sozialen oder wirtschaftlichen Voraussetzung erreichen können. Das Masterstudium muss nachfrage- und bedarfsgerecht bereitgestellt werden, und zwar ohne nächtliche Vorlesungen in Kinosälen, ohne unbezahlte Mehrarbeit und prekäre Beschäftigung des Hochschulpersonals - und natürlich ohne Studiengebühren.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Ich erteile der Vorsitzenden der SSW-Fraktion, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich nicht stur veranlagt bin, werde ich jetzt nur ein paar Stichworte zu diesen Berichten sagen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Kollege Kubicki, der erste Bericht zur **Aussetzung des Wehrdienstes** und **Zukunft der Freiwilligendienste** und des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein basiert auf einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen. Ich denke, über ihn wird man im Ausschuss weiter beraten können.

Zu den Masterstudienplätzen möchte ich ausdrücklich noch einmal hervorheben, dass es auf der einen Seite natürlich richtig ist, dass anscheinend genügend **Masterstudienplätze** vorhanden sind, dass es aber trotzdem interessant ist zu sehen, wie sich die Masterstudienplätze verteilen. Es gibt Studienplätze, die besonders nachgefragt sind, nämlich zum Beispiel die Wirtschaftsstudiengänge der Universität Flensburg.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Diese Studiengänge bieten nämlich ausreichend Möglichkeiten und haben ein Potenzial, das andere Studienplätze nicht haben. Ich finde, dass darf man nicht unterschätzen.

Hinzu kommt als Letztes, dass auch die Motivation, einen Masterstudienplatz zu belegen, aus dem Be-

richt deutlich wird. Ich denke, auch das kann man im Ausschuss noch einmal beraten.

Der SSW begrüßt ganz ausdrücklich, dass die gemeinsame Wissenschaftsministerkonferenz auf die Aussetzung der Wehrpflicht reagiert hat. Erwähnen möchte ich, dass die Landesregierung in ihrer Planung von einer starken Inanspruchnahme des neuen **Bundesfreiwilligendienstes** ausgeht. Es ist aber zum heutigen Zeitpunkt mehr als ungewiss, ob die eintritt. Damit die Rechnung aufgeht, muss noch umfassend über diese Tätigkeit informiert werden. Das ist bisher noch nicht geschehen. Nicht zuletzt muss auch im Sinne der Träger dieser Dienste und der Interessierten ein verlässlicher Rahmen geschaffen werden. Anderenfalls bleiben die prognostizierten Teilnehmerzahlen bloßes Wunsdenken.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben diesem Schaltebel geht es aber vor allen Dingen um die grundsätzliche **Ausrichtung der Bildungspolitik** in Deutschland. Das sollte aus meiner Sicht auch die Klammer sein. Es kann nicht angehen, dass wir mit der **Bologna-Reform** weniger Hochqualifizierte und Wissenschaftler in Deutschland haben werden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn also Studienplätze nicht ausreichend nachgefragt werden, reicht es nicht aus, den Zugang zu erleichtern oder den Studiengang kritisch zu überprüfen beziehungsweise einzustellen. Es muss darum gehen, mehr junge Menschen für den Master zu begeistern und für diesen dann auch zu werben. Dafür müssen dann auch mehr Studienplätze eingeworben werden.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit hier am Ende einer langen Tagung.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Berichte der Landesregierung, Drucksachen 17/1425, 17/1426, 17/1569, federführend dem Bildungsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Präsident Torsten Geerds)

Ich rufe dann den Tagesordnungspunkt 25 auf:

**Forschung und Tourismus auf Helgoland durch
„Bluehouse“-Projekt stärken**

Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und SSW
[Drucksache 17/1595](#)

Änderungsantrag der Fraktion die LINKE
[Drucksache 17/1643](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Im Ältestenrat wurde Ausschussüberweisung vereinbart. Ich lasse daher darüber abstimmen, den Antrag Drucksache 17/1595 und den Änderungsantrag Drucksache 17/1643 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

**Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß
§ 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**

[Drucksache 17/1626 \(neu\)](#)

Die Tagesordnungspunkte mit den entsprechenden Voten der Ausschüsse und der Fraktionen entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Sammeldrucksache. - Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 17/1626 (neu) einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so bestätigt.

Dann gebe ich bekannt, dass die nächste Plenarsitzung für den 24. August 2011 einberufen werden wird. Wir haben jetzt die sitzungsfreie Zeit erreicht. Ich wünsche Ihnen allen gute Erholung und eine gute Reise.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:59 Uhr